Das größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden

# KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind Österreich

7&8 · 2010

**THEMA**

Kommunale Sommergespräche: 24 Seiten Sonderbericht ▶25

**PRAXIS**

Energie: Die Minister Mitterlehner und Bures im Interview ▶62

**CHRONIK**

Neuer Präsident: Oberösterreichs Hans Hingsamer im Interview ▶94

**THEMA**

## 744 Euro Mindest-sicherung

**Das Thema bedarfsorientierte Mindestsicherung wird heiß diskutiert. Ein Bericht über die genutzten und die verpassten Chancen.**

ab SEITE 8

DVR: 0930 423

P.b.b. Verlagspostamt · 1010 Wien · 02 Z 032902M · ISSN: 1605-1440

Veranstaltung – Kongress

Konferenz – Besprechung

Foyer – Empfang

Parkmöblierung

Entsorgung

Bühnen - Festsaal

OBJEKT: GEMEINDE- UND PFARRZENTRUM IN MEGGENHOFEN,
ARCHITEKTURBÜRO TWO IN A BOX

## „Stühle und Tische von Selmer haben uns überzeugt. Ob Funktionalität, Komfort oder Design - alles sitzt!“

LAbg. Bgm. MAX HIEGELSBERGER
Architekt Mag. CHRISTIAN STUMMER

# Alles sitzt!

SELMER
Objekteinrichtungen

**Zentrale und Ausstellung Köstendorf**
Wenger Straße 3, 5203 Köstendorf, Tel 06216 20 210
**Niederlassung und Ausstellung Wien – In der Alten Heumühle**
Heumühlgasse 9/69, 1040 Wien, Tel 01 58 51 525–20

www.selmer.at

Bürger vertragen Wahrheit und erwarten Entscheidungen

# Die Chance der Kleinen

Natürlich war der Titel der Kommunalen Sommergespräche in Bad Aussee „Haben die Kleinen (noch) eine Chance?“ provokativ gewählt. Aber angesichts der hitzigen Diskussion und der dramatischen Entwicklung der Gemeindefinanzen muss man die Frage offen und ohne Vorbehalte angehen. Und das kann man nur in einer Denkwerkstätte, in der nicht jedes Wort sofort auf die parteipolitische Waagschale gelegt wird, sondern Hintergründe, zukünftige Trends und unkonventionelle Ideen frei diskutiert werden. Die Sommergespräche haben sich zu dieser Plattform entwickelt, bei der gegensätzliche Standpunkte ausgetauscht werden, hervorragende Experten von außen ihre Meinung äußern und ein Blick in die Zukunft gemacht wird. Natürlich gibt es keine Patentrezepte, wie die Gemeinden ihre Aufgaben in Zukunft meistern können, aber einige Anregungen und Überlegungen, die in zehn Punkten zusammengefasst werden können.

Wer glaubt, dass es nach der Krise wie vor der Krise weitergeht, irrt gewaltig.

Um die zukünftigen Herausforderungen zu lösen, brauchen wir eine völlig neue Macht- und Verantwortungsteilung. Österreich ist kein Land, in dem große Veränderungen möglich sind, wenngleich die Bürgerinnen und Bürger ganz klar rasche Entscheidungen erwarten und genau wissen, dass Einschnitte auf sie zukommen. Der Aufbruch der derzeitigen Strukturen geht nur in kleinen Schritten und von unten nach oben.

Der Druck der Bürgerinnen und Bürger nach flexiblen und leistbaren Dienstleistungen der öffentlichen Hand (Kinderbetreuung, Pflege etc) wird massiv zunehmen.
Gleichzeitig wird der Ruf nach mehr Staat von einem Ruf nach mehr Freiheit ergänzt oder übertönt. Die Veränderungen in gesellschaftlicher Hinsicht werden auch an den kleinen Einheiten nicht vorbeigehen.

Aber gerade die kleinen Einheiten bieten die Chance, mehr Eigenverantwortung der Menschen einzufordern, sie sind das Fundament für Flexibilität und Aufbruch. Notwendige Veränderungen werden durch vier Faktoren blockiert: Angst vor Machtverlust, Neid vor Erfolg, überbordende Bürokratie und Verwaltung, die beängstigend fortschreitende Verrechtlichung.

Und schließlich brauchen wir Verantwortungsträger, die Mut, Ausdauer, Geschlossenheit, Zuversicht und Freude leben und ausstrahlen.

Gerade der letzte Punkt ist bei den Gemeindemandataren besonders ausgeprägt, weshalb sie noch immer das mit Abstand höchste Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern genießen. Mit zunehmender Größe der Einheit nimmt dieses Vertrauen ab. Darin liegt vor allem die Chance der Kleinen, die Bürger als Partner zu gewinnen. Denn ohne Eigenverantwortung, ohne Bürgerengagement, ohne die großartige Freiwilligenarbeit werden weder der derzeitige Standard gehalten werden noch die Herausforderungen der Zukunft bewältigt werden können. Diese Erkenntnis ist nicht neu, aber sie wurde uns in Bad Aussee von prominenten Experten wieder einmal deutlich vor Augen geführt.

Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Ohne Eigenverantwortung, ohne Bürgerengagement, ohne die großartige Freiwilligenarbeit werden weder der derzeitige Standard gehalten werden noch die Herausforderungen der Zukunft bewältigt werden können.

## THEMEN

### Gemeindebund


8 Restriktive Leistungen und hoher Verwaltungsaufwand: Die bedarfsorientierte Mindestsicherung – eine vergebene Chance?

17 57. Österreichischer Gemeindetag in Graz: 2000 Anmeldungen sind Rekord

18 Die Messe der kurzen Wege: KOMMUNALMESSE und Gemeindetag rücken noch näher zusammen

20 Das sagen die Aussteller der KOMMUNALMESSE: Fixpunkt für alle, die mit Gemeinden Geschäfte machen


### Recht & Verwaltung


11 Erste gesamteuropäische Agrarstrukturerhebung: Gemeinden müssen mitmachen

14 Jubiläum: 50. Sitzung der Altlastensanierungskommission

16 Siedlungswasserwirtschaft: Spitzenförderung über den Betrachtungszeitraum hinaus

24 Wer haftet bei Unfällen im Gemeindebad: Badegäste tragen auch sowas wie Eigenverantwortung


### Finanzen


12 Emotionale Sommersitzung des Sozialausschusses: Ausgabensituation weiter dramatisch


### Europapolitik


22 Nationalrat beschneidet kommunale Mitwirkungsrechte: Gemeindebund fordert Gesetzesreparatur

23 Neues Gesicht im AdR. Hannes Weninger für die Gemeinden neu in Brüssel


## Impressum


**Herausgeber:**
Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

**Medieninhaber:**
Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:
**kommunalverlag@kommunal.at**

**Geschäftsführung:**
Mag. Michael Zimper

**www.kommunal.at**

**Redaktion:**
Mag. Hans Braun - DW 16 (Leitung)
**hans.braun@kommunal.at**
Mag. Helmut Reindl - DW 15
**helmut.reindl@kommunal.at**
Julya Pollak - DW 37
**julya.pollak@kommunal.at**
Tel.: 01/ 532 23 88

**Anzeigenberatung:**
Tel.: 01/532 23 88
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12
**sabine.brueggemann@kommunal.at**
Mag. Alexander Palaschke - DW 14
**alexander.palaschke@kommunal.at**
Patrizia Poropatits - DW 30
**patrizia.poropatits@kommunal.at**

**Grafik:**
Ernst Horvath
**ernst.horvath@kommunal.at**

**Fotos:**
www.bilderbox.at; www.photos.com

**Redaktionsbeirat:**
Mag. Ewald Buschenreiter (Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)
Mag. Dr. Elisabeth Dearing (Bundeskanzleramt)
Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund)
Dr. Gustav Fischer (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)
Mag. Michael Girardi (BM für Inneres)
Mag. Petra Hafner (BM für Unterricht, Kunst und Kultur)
Mag. Wolfgang Hiller (Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments für Österreich)
Dr. Robert Hink (Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes)
Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)
Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)
Robert Lender (BM für Wirtschaft & Jugend)
Mag. Susanne Metzger (BM für Verkehr, Innovation und Technik)
Bgm. Helmut Mödlhammer (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)
Mag. Georg Möstl (BM für Wirtschaft)
Eduard Olbrich (BM für Soziales und Konsumentenschutz)
Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen)
Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)
Mag. Bianca Pörner (BM für Inneres)
Adina Reumüller (Vertretung der Europäischen Kommission, Wien)
Mag. Christian Rupp (Geschäftsführer IKT-Board im BKA)
Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer (Johannes-Kepler-Universität Linz)
Mag. Christian Schneider (Landesgeschäftsführer des GVV der VP-NÖ)
Ges. Dr. Harald Stranzl (BM für Europ. und Internationale Angelegenheiten)
Dagmar Strobel (Bundesministerium für Frauen und öffentlichen Dienst)
Mag. Michael Zimper (Geschäftsführer)

**Hersteller:**
Leykam Druck, 7201 Neudörfl

PEFC zertifiziert:
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – **www.pefc.at**

Druckauflage: **34.500**
(Jahresdurchschnitt 2009)



Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Mit „E.E." gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung „Service" laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.

Teilen dieser Ausgabe liegen Informationen der Firma Zeppelin Österreich bei.

## PRAXIS

### Traditionelle & erneuerbare Energie

62 Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner im Interview: Ein effizienter Einsatz von Energie sichert Österreichs Klima- und Energiesystem
72 Technologieministerin Doris Bures: Gerade Umwelttechnologien erweisen sich als krisenfest

### E-Government: Das kommunale Büro

80 Der elektronische Akt in den Gemeinden: Elektronische Systeme sparen Kosten und bringen Transparenz

## CHRONIK

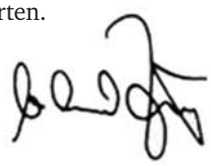
94 OÖ Gemeindebund-Präsident Hans Hingsamer im Interview: … da werden wir durchkommen
96 Sonnenschein-Gemeinde: Know-how steht im Vordergrund
97 Ottensheim: Das offene Amtshaus und die Geschichte einer Metamorphose
98 Technik: Genaue Vermessung spart Geld
99 Kuratorium für Verkehrssicherheit: Baustellenabsicherung ist Wahrnehmungspsychologie
100 Aus den Bundesländern
104 Personalia, Ehrungen, Buch-Tipps & Info-Mix
110 Vorschau & Service

# Editorial

Michael Zimper
Geschäftsführer

Liebe Leserin, lieber Leser!

Zwar kann niemand für die Wetterbedingungen und die Jahrhunderttemperaturen in Russland verantwortlich gemacht werden, doch haben die August-Brände in Russland anschaulich Schwächen eines politischen Systems offengelegt. Nach Außen hin werden einige untergeordnete Beamte in den entsprechenden Behörden und Regionen die Schuld dafür tragen, dass die im Sommer üblichen Wald- und Torfbrände zu einer umfassenden Krise ausufern konnten. Ihnen wird man die schlampigen Präventionsmaßnahmen, die fehlende Ausrüstung und die schlechte Informationspolitik vorwerfen.
In Wahrheit jedoch findet man die Ursache in dem politischen System, der so genannten „Vertikale der Macht“: Das hochgradig zentralistische System gewährt den Verantwortlichen auf regionaler und lokaler Ebene keine ausreichende Handlungsfreiheit oder Finanzmittel.
Die Gouverneure werden zudem nicht von den Bürgern einer Region direkt gewählt, sondern durch den Präsidenten von oben eingesetzt. Bei jeder größeren Entscheidung warten die Gebietschefs folglich auf die Vorgaben aus dem Kreml und aus den von Moskau kontrollierten Bundesbehörden.
Auch entsteht eine Anfälligkeit der Bürokratie für Ineffizienz und Korruption, da die so wichtige öffentliche Kontrolle der Verwaltung durch den Bürger kaum möglich ist.
Nun muss ich an dieser Stelle niemanden von den Vorzügen der lokalen Selbstverwaltung und dem Grundsatz der Subsidiarität überzeugen. Doch sollte man sich vor Augen halten, was es bedeutet in unmittelbarer Nähe zum Bürger Bewegungsspielraum einzubüßen.
Das Bild mag natürlich überzeichnet sein, aber negative Folgen durch fehlende Bürgernähe können in allen Lebenslagen auftreten. Dann heißen die Brände vielleicht Pflege, Straßenbau und Kindergärten.



THEMEN

**Optimierungspotenzial** bei Infrastrukturverbänden

# Lebensministerium initiiert Pilotprojekt

Gerade beim allem rund ums Wasser gilt: Gemeinsam rudern ist effizienter und deutlich kostengünstiger.

In der bislang letzten Sitzung der Kommission in Angelegenheiten der Wasserwirtschaft wurde vom Österreichischen Gemeindebundes das Thema „Optimierungspotenziale bei Infrastrukturverbänden“ behandelt und erörtert.
Da die derzeitige Organisationsstruktur in der Wasserwirtschaft sehr kostenintensiv ist, sieht der Gemeindebund vor allem in der verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit die Möglichkeit und zugleich die Chance, bei gleichbleibender Qualität die Ausgaben zu senken. Ausgehend von stetig steigenden Kosten der Gemeinden vor allem im Bereich der Abwasserent- und Wasserversorgung und dem damit einhergehenden erhöhten Bedarf an Förderungen und Subventionen im Bereich der Wasserwirtschaft wurde ersucht, im Rahmen eines Pilotprojektes mögliche Synergien und Einsparungspotenziale zu erheben. Dabei soll weder der hohe Gewässerschutzstandard noch die enorme Leistungsqualität im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung beeinträchtigt werden.
Ersten Schätzungen zufolge ergäbe eine Kosten- und Leistungsoptimierung ein Einsparvolumen von rund 100 Millionen Euro.
Das Lebensministerium hat rasch reagiert und setzt im gemeinsamen Arbeitskreis Bund-Länder den Schwerpunkt „Strukturverbesserung, Effizienzsteigerung und Optimierungspotenziale“. Etliche Verbände haben ihr Interesse bekundet, an diesem Pilot- und Forschungsprojekt mitzutun.

**EU:** Kommission gegen deutsche Einheimischenmodelle beim Grundstückserwerb

# Österreich sollte Deutschland beistehen

Die EU-Kommission hat Deutschland Ende Juni 2010 aufgefordert, binnen zwei Monaten eine schlüssige Begründung für die in vielen deutschen Gemeinden praktizierten Einheimischenmodelle beim Immobilienerwerb zu liefern. Die Kommission geht nämlich davon aus, dass günstigere Grundstücks- und Immobilienpreise für ortsansässige Bürger dem Unionsrecht widersprechen, da Ortsfremde, selbst wenn sie sich danach in der betreffenden Gemeinde niederlassen, automatisch benachteiligt werden. Reagiert Deutschland nicht zufriedenstellend, kann die Kommission Klage beim Europäischen Gerichtshof erheben.
Die deutschen Kommunen verteidigen diese Praxis mit dem Argument, ohne Vergünstigungen für Einheimische könnten sich diese in vielen Pendler- und Tourismusgemeinden kein Grundstück mehr leisten, würden also de facto aus der eigenen Gemeinde verdrängt. Von den Begünstigungen sind auch ortsansässige Unionsbürger erfasst, weshalb die Einheimischeneigenschaft nicht auf die deutsche Staatsbürgerschaft abstellt.
Der Ausgang dieses Rechtsstreits sollte auch in Österreich genau verfolgt werden, bei Erhebung einer Klage gegen die Bundesrepublik sollte der Bundesregierung empfohlen werden, als Streithelfer Deutschlands dem Prozess beizutreten.
**http://europa.eu**

**RGRE:** Quotenregelung

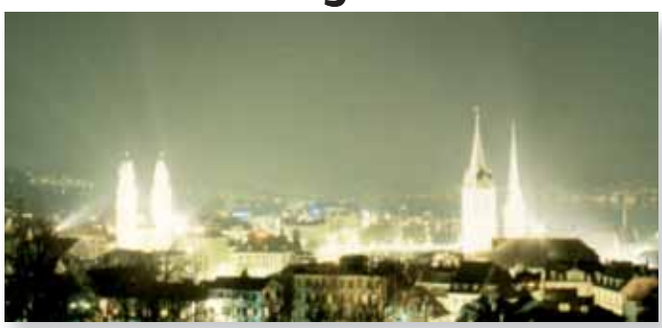
# Neuwahlen im Winter

Anfang Dezember 2010 werden im Rahmen der Sitzung des RGRE-Hauptausschusses in Luxemburg wieder Wahlen für das RGRE-Präsidium sowie den Exekutivausschuss stattfinden. Ebenso werden die nationalen Delegationen erneuert, die Verbände müssen ihre Delegierten für die Periode 2011–2014 neu nominieren. Dabei kommt erstmals eine Bestimmung der RGRE-Geschäftsordnung zur Anwendung, wonach eine ausreichende Vertretung beider Geschlechter sichergestellt werden muss – im Fall Österreichs eine Frau.
**www.ccre.org**

**Slowenien:** Als erstes Land der Welt ein Gesetz gegen „böses“ Licht installiert

# Kampf der Lichtverschmutzung

„Ljubljana“, sagt Andrej Mohar, „ist des Nachts wahrscheinlich heller als die meisten deutschen Städte. Und trotzdem haben wir hier die Verschmutzung schon um ein Fünftel reduziert.“ Dabei geht es Mohar nicht darum, das Licht abzudrehen, sondern einfach darum, „schlechtes“ weißes (und noch schlechteres blaues von den LEDs) gegen „gutes“ gelbes Licht zu tauschen.
Wie der „Standard“ Mitte August berichtete, hat Slowenien nun als erstes Land der Welt ein Gesetz gegen das „böse Licht“. Das bedeutet keineswegs das Aus für die kommunale Belchtung, sonder nur, das optimale Licht zu verwenden. Und es ist gesundheitsfördernd, denn laut dem Bericht im „Standard“ ist das grelle Licht nicht nur für die Tierwelt schlecht.
Auch Menschen leiden wegen lichtbedingten Schlafmangels zunehmen unter der Lichtverschmutzung.



Gerade die Beleuchtung von Bauten muss nicht „schmutzig“ sein.

**Statistik Austria**

## Neun Millionen dank Migration

Österreichs Bevölkerung wird 2030 die Neun-Millionen-Schallmauer durchbrechen. So die jüngsten Berechnungen der Statistik Austria. Gegenüber dem Jahr 2008 bedeutet das eine Steigerung von 8,1 Prozent. In Österreich profitieren dabei die meisten Bundesländer, nur Kärnten muss mit einem Rückgang der Bevölkerung rechnen. Besonders dramatisch ist die Tatsache, dass nur die Ballungsräume stark zulegen.
KOMMUNAL berichtet im September ausführlich.

KOMMUNALMESSE 2010

**EU:** Klage wegen Vorarlberger Grundverkehrsgesetz

## Verstoß gegen Niederlassungsfreiheit?

Die EU-Kommission hat Ende Juni wegen aus ihrer Sicht nicht EU-konformer Bestimmungen des Vorarlberger Grundverkehrsgesetzes Klage beim EuGH gegen die Republik Österreich eingebracht. De facto ist es Außenstehenden unmöglich, landwirtschaftliche Flächen in Vorarlberg zu erwerben, sobald ein Landwirt von seinem Vorkaufsrecht Gebrauch macht. Aus Sicht der Kommission stellt diese Bestimmung einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Niederlassungs- und Kapitalfreiheit dar.
**http://europa.eu**

**Post:** Tiefrote Zahlen für das Filialnetz der Post

## 300 Filialen werden heuer zugesperrt

Rund 300 Postämter will Post-Chef Georg Pölzl heuer noch zusperren und durch Post-Partner ersetzen. Laut einem Bericht im „Kurier“ soll das Post-Netz über diese Schiene sogar noch ausgebaut werden, kolportiert werden 700 eigene Filialen und 1300 Post-Partner. Derzeit sind es 1051 Filialen und 756 Post-Partner, in Summe also ein Plus von rund 200 Stellen.

**Europäische Kommission:** Künftig Steuern einheben?

# Kommt der direkte Griff Europas zum Börsl?

Immer wieder gibt es Vorstöße der EU-Kommission, die Union mit eigenen Steuern zu finanzieren – die Ablehnung der Mitgliedstaaten kommt meist postwendend. So ist EU-Kommissar Janusz Lewandowski mit seinem jüngsten Vorschlag zumindest bei Deutschland abgeblitzt: „Kommt nicht in Frage.“
Der Idee von Lewandowski, mit einer Luftverkehrsabgabe und/oder einer Finanztransaktionssteuer die Union direkt zu finanzieren, gründet auf der Überlegung, dass viele Länder wegen der Sparpläne in den nationalen Haushalten ihre Meinung geändert hätten. Laut einem Bericht in den OÖN steht man im Wiener Finanzmisterium solchen Plänen durchaus positiv gegenüber.

Foto: © European Union, 2010

Janusz Lewandowski, EU-Kommissar für Finanzen.

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung – eine vergebene Chance?

# Restriktive Leistungen und hoher Verwaltungsaufwand

Mit der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung am 1. September 2010 wird das bekannte Instrument der „offenen“ Sozialhilfe abgelöst.

Herbert Prucher

Zunächst werden allerdings nur drei Bundesländer – Salzburg, Niederösterreich und Wien – die zeitgerechte Einführung am 1. September umsetzen können. Die Grundlagen der bedarfsorientierte Mindestsicherung beruhen auf einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern (gemäß Art 15a-B-VG), die nach mehrjährigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern unter Einbindung der Vertreter des Gemeindebundes und des Städtebundes im März 2010 abgeschlossen wurde. Die langjährigen Bemühen und Verhandlungen rund um die Mindestsicherung waren stets von dem Ziel der Vereinfachung und Vereinheitlichung getragen.
Dieser gesetzliche Rahmen sollte es ermöglichen, eine Angleichung der bisher voneinander abweichenden Sozialhilfe-Systeme der Bundesländer zu erreichen, ohne diese jedoch gänzlich zu vereinheitlichen. Dabei formuliert die Mindestsicherung – wie schon bisher die Sozialhilfe – abstrakte Bedarfe für Lebensunterhalt und Wohnen, etwa monatlich 744 Euro für einen Alleinstehenden. Gemäß dem Prinzip der Subsidiarität deckt die Mindestsicherung die Differenz zwischen diesen Bedarfen und den verfügbaren eigenen Mitteln. Für die Lebensunterhalte ist die Lösung geglückt. Für Wohnen stellt sich die Sachlage bedeutend schwieriger dar, denn fast jedes Bundesland geht von anderen Voraussetzungen der Finanzierung des Wohnaufwandes aus – Wohnbeihilfe aus der Wohnbauförderung, abstrakte Pauschalen oder Obergrenzen des abzudeckenden Mietaufwandes im Westen Österreichs.

## Manches erreicht …

Im Ergebnis stellt sich die bedarfsorientierte Mindestsicherung als reformierte und in zentralen Punkten verbesserte Sozialhilfe dar. Österreichweit ist die Einbindung von Mindestsicherungs-BezieherInnen in die gesetzliche Krankenversicherung besonders hervorzuheben. Damit wird ein langjährig angestrebtes sozialpolitisches Ziel der Entstigmatisierung verwirklicht und jede/r ÖstereicherIn im Krankheitsfall gleichgestellt. Das Bundesland Salzburg nützt den vorhandenen Spielraum speziell für einen höheren Bedarf für Kinder aus.

## … viele Chancen ungenützt verstrichen

Ungeachtet der zweifellos erzielten Fortschritte ist festzuhalten, dass mit der Umsetzung der Mindestsicherung in ihrer aktuellen Form die Chance auf eine umfassende Gesamtreform so-

zialer Sicherungssysteme in Österreich – wohl für längere Zeit – ungenützt verstrichen ist. So ist es beispielsweise nicht gelungen, das erste soziale Netz im Rahmen der Arbeitslosenversicherung (wie auch Pensionen und Renten) auf ein Leistungsniveau anzuheben, das eine „mindest gesicherte“ Deckung des Lebensunterhalts gewährleistet. Dazu hätte es einer Anhebung insbesondere des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe auf das Leistungsniveau der bedarfsorientierten Mindestsicherung bedurft. In den letzten Jahren haben zahlreiche Maßnahmen des Bundes dazu geführt, dass Leistungen ins zweite soziale Netz verschoben und damit Städte, Gemeinden und Länder mehr belastet wurden, zum Beispiel Verschärfung der Sanktionen der Arbeitslosenversicherung. BezieherInnen von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Pensionen und Renten werden weiterhin in erheblichem Ausmaß zusätzliche Leistungen der Mindestsicherung (bisher: Sozialhilfe) benötigen, um ihre Existenz bestreiten zu können. Die ursprüngliche Planung eines „One-Stop-Shop“ beim AMS für alle arbeitsfähigen Personen konnte nicht umgesetzt werden, was bleibt ist eine „Einbringungsstelle“. Einen besonderen Schwerpunkt legt die bedarfsorientierte Mindestsicherung auf die verbesserte (Re-)Integration von MindestsicherungsbezieherInnen in den ersten Arbeitsmarkt. Die Wirkung dieser Regelung wird daran zu messen sein, wie weit das AMS sich künftig auch jener neuen Personengruppe widmet, die keine Leistungen nach den Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe) bezieht.

## Kurzfristige Kostenvermeidung zu Lasten langfristiger Einsparungspotenziale

Was die Länder betrifft, ist es schmerzlich, dass unter dem Diktat der kurzfristigen Kostenbremse im eigenen Bereich die Gelegenheit versäumt wurde, sinnvolle Maßnahmen zur besseren Unterstützung der Arbeitsmarktintegration einzuleiten.

Mittel- bis längerfristig hätte dies erhebliches Einsparungspotenzial gebracht.
Ein Beispiel: Ein einzelner, heute etwa 30-jähiger Mindestsicherungsbezieher, der nicht mehr ins Erwerbsleben zurückkehrt, wird im Laufe seines Lebens Mindestsicherungsleistungen von bis zu 400.000 Euro in Anspruch nehmen. Es wäre effizient, bereits im Vorfeld einer AMS-Betreuung beziehungsweise flankierend eine Rückkehr ins Erwerbsleben durch gezielte sozialarbeiterische Begleitung zu unterstützen. Dem gegenüber stehen jährlich rund 75.000 Euro pro SozialarbeiterIn (inklusive Nebenkosten). In dieser „Kostenrechnung“ wird bereits ein/e KlientIn, der/die im fünften Bezugs-Jahr ins Erwerbsleben (re-)integrierte werden kann, die eingesetzte Personalressource im Sinne der Umwegrentabilität erwirtschaften. Natürlich kann professionelle, fallführende Sozialarbeit tatsächlich ein Vielfaches davon leisten. Die Erfahrungen der Sozialämter und des AMS untermauern die Notwendigkeit derartiger Maßnahmen, von denen die Betroffenen massiv profitieren könnten.
Die Tatsache, dass etwa in Salzburg im Zuge der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung trotz der erwarteten Fallzahlensteigerung nicht ein einziger zusätzlicher Sozialarbeiter eingestellt werden konnte, zeigt, dass anderen kurzfristigen Interessen der Vorzug gegeben wurde. Ein Ergebnis, das nicht zuletzt auf Betreiben von Gemeindeverband und Städtebund zustande gekommen ist. Ähnliches gilt für die ungenutzt verstrichene Gelegenheit, weitere Anreize zur Erwerbsarbeit zu schaffen. Vor allem die Nichtanrechnung eines 13. und 14. eigenen Bezuges als Einkommen wäre eine einfache und effektive Maßnahme dahingehend gewesen. Damit verbundene Verwaltungsvereinfachungen im Vollzug – wie die Abschaffung von Einmalleistungen (etwa für einen neuen Kühlschrank) und Sonderbedarfen (wie Kinderbetreuungskosten) – durch stärkere Pauschalierungen konnten ebenfalls nicht realisiert werden.

> In der aktuellen Form der Mindestsicherung müssen verschiedene Dienstleistungen durch andere Systeme wie Sozialmedizinischer Dienst, Jugendwohlfahrt, Schuldnerberatung und andere erbracht werden.

Damit folgt die Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung in Salzburg dem Grundsatz: „Möglichst restriktive Leistungen, durchaus unter Akzeptanz eines hohen Verwaltungsaufwandes, mit Blick ausschließlich auf das aktuelle Budget“. Die bisher bekannten Pläne anderer Bundesländer bestätigen diesen Eindruck. Die mögliche Alternative „Verfahrensvereinfachung durch Pauschalierung, dafür verstärkte Sozialarbeit, um nachhaltig Kosten zu senken“ scheint hingegen einmal mehr auf der Strecke geblieben zu sein. Die viel diskutierte Verwaltungsreform wird in der Realität des Verwaltungslebens vernachlässigt.
In der aktuellen Form der Mindestsicherung müssen verschiedene Dienstleistungen durch andere Systeme wie Sozialmedizinischer Dienst, Jugendwohlfahrt, Schuldnerberatung und andere erbracht werden. Dies ist für Betroffene nicht verständlich und für die Verwaltung weiterhin zusätzlicher Aufwand.

Hofrat Dr. Herbert Prucher ist Landesamtsdirektor-Stellvertreter und Abteilungsleiter Soziales in Salzburg

2010: Erste gesamteuropäische Agrarstrukturerhebung seit elf Jahren

# Gemeinden müssen mitmachen

Mit Stichtag 31. Oktober 2010 ist erstmals seit dem Jahre 1999 wieder eine umfassende Agrarstrukturerhebung (Vollerhebung) durchzuführen. Die Auskunftserteilung bei dieser im gesamten europäischen Wirtschaftsraum durchzuführenden Erhebung ist für alle Landwirte und Landwirtinnen verpflichtend, die unterstützende Mitwirkung der Gemeinden ist gesetzlich vorgesehen.

Robert Hink

Für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie auch für die Europäische Kommission liefert die Agrarstrukturerhebung wertvolle Erkenntnisse über die Entwicklung der österreichischen und europäischen Landwirtschaft. Die Ergebnisse der Agrarstrukturvollerhebung beschreiben exakt die Betriebs- und Produktionsstrukturen der landwirtschaftlichen Betriebe. Gerade zur Bewertung der bestehenden Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) als auch für Vorschläge zur Ausgestaltung der GAP nach 2013 ist die Europäische Kommission einmal mehr auf unabhängig gewonnene Daten angewiesen. Die Ergebnisse stellen auch eine unentbehrliche Grundlage für agrarpolitische Entscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene, wie etwa für die Festlegung von Abgeltungen von Leistungen und Ausgleichszahlungen oder die Entwicklung von Förderungsprogrammen.

Jene Landwirte und Landwirtinnen, die beim Ausfüllen des Fragebogens die Hilfe der Gemeinden in Anspruch nehmen, können dies von Anfang November 2010 bis zum 31. März 2011 erledigen.

Dr. Robert Hink ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

Die Erhebung wird ausschließlich über einen elektronischen Fragebogen abgewickelt. Die auskunftspflichtigen Landwirte und Landwirtinnen bekommen ihre Benutzerkennung, ihr Passwort und das zum Ausfüllen des Fragebogens notwendige Informationsmaterial direkt von der Bundesanstalt Statistik Österreich übermittelt und können den Fragebogen entweder direkt über den eigenen PC (Direktmelder) oder zu einem vereinbarten Termin mit Unterstützung der zuständigen Gemeindeorgane beantworten. Direktmelder sollten ihre Meldung nach Möglichkeit bis zum 28. November 2010 abschließen. Jene Landwirte und Landwirtinnen, die beim Ausfüllen des Fragebogens die Hilfe der Gemeinden in Anspruch nehmen, können dies von Anfang November 2010 bis zum 31. März 2011 erledigen.

## Mitwirkungspflichten der Gemeinden

Die Durchführung der Erhebung erfolgt ausschließlich auf Basis eines elektronischen Fragebogens, der vom Bewirtschafter selbst oder bei der Gemeinde ausgefüllt werden kann. Aufgrund der großen Anzahl der zu befragenden Betriebe ist es aus organisatorischen Gründen derzeit noch unerlässlich, dass im Rahmen dieser Vollerhebung wieder auf die Mitwirkung der Gemeinden zurückgegriffen wird. Erfahrungsgemäß nimmt aber die Bereitschaft zum Direktausfüllen zu in der letzten Zeit wurden bei anderen Erhebungen schon rund ein Drittel der Fragebögen direkt von den Bewirtschaftern beantwortet. Für die nächste Stichprobenerhebung im Jahr 2013 wird – so wie bei den Erhebungen im Viehbereich – eine geänderte Ablauforganisation angestrebt, die eine Mitwirkung der Gemeinden überflüssig macht.
Die Gemeinden werden im September über das Fragebogentool informiert und bekommen dieses auf einer CD im Oktober mit den Erhebungsunterlagen übermittelt. Mit den übermittelten Gemeinde-Zugangsdaten (Benutzerkennung und Passwort) kann die Gemeinde das Fragebogentool öffnen und auf eine Auswahlliste der in ihrem Gemeindegebiet zu befragenden Betriebe zugreifen. Auf dieser Betriebsliste – die mit jedem Serverabgleich aktualisiert wird – scheinen immer nur jene Betriebe auf, für die zum aktuellen Zeitpunkt der Abfrage noch keine Meldung abgegeben wurde.

Für die nächste Stichprobenerhebung 2013 wird ein Ablauf angestrebt, der eine Mitwirkung der Gemeinden überflüssig macht.

## Abgeltung des Aufwandes

Infolge der Erweiterung des Frageprogramms gebührt den Gemeinden eine gegenüber der letzten Agrarstrukturerhebung erhöhte Kostenabfindung in Höhe von 5,70 Euro je erhobener statistischer Einheit. Nachdem rund ein Drittel der Betriebe den Fragebogen selbst ausfüllen wird, ergibt sich de facto eine höhere Kostenabfindung für die Gemeinden, da für einen Selbstausfüller kein oder nur ein geringfügiger administrativer Aufwand anfällt.

Emotionale Sommersitzung des Sozialausschusses des Gemeindebundes

# Die Gemeinden sollten sagen, was sie können und was nicht

Der Gesundheits- und Sozialausschuss des Österreichischen Gemeindebundes am 30. Juni 2010 stand ganz im Zeichen der stark wachsenden Sozial- und Gesundheitsausgaben der Gemeinden sowie der nach wie vor mangelnden sozialrechtlichen Absicherung von Gemeindemandataren und Bürgermeistern.

Konrad Gschwandtner

In einer sehr leidenschaftlich geführten Sitzung referierte der Ausschussvorsitzende Ernst Schmid (Präsident des Verbandes sozialdemokratischer Gemeindevertreter im Burgenland) eingangs zu den enorm gestiegenen Ausgaben im Gesundheits- und Sozialbereich. Einer im Juni durchgeführten OGM-Umfrage zur Folge sehen über 80 Prozent der Bürgermeister und mehr als die Hälfte der befragten Personen die Finanzierung der Gemeindeleistungen als gefährdet an, wenn es zu keinen Reformen kommt. Drei Viertel der Bürger wie auch der Kommunalpolitiker sprachen sich hierbei für Leistungsreduktionen anstelle von Neuverschuldung aus (KOMMUNAL berichtete).
Laut jüngsten Einschätzungen des Finanzministeriums werden die Gesamteinnahmen der Gemeinden aus 2008 erst wieder im Jahre 2012 zu erreichen sein. Dem gegenüber stehen aber enorme Ausgabensteigerungen: So hat sich etwa die Anzahl der Sozialhilfebezieher (in Privathaushalten, Altenwohn- und Pflegeheimen) in den vergangenen zehn Jahren fast verdoppelt. Die Kosten des Landespflegegeldes steigen seit Jahren mit zwei und mehr Prozent jährlich an und die Gemeinden tragen davon einen Anteil von rund 38 Prozent. Bis auf Oberösterreich, welches eine eigene Berechnungsmethode für seine 6,9 Prozent Landesumlage hat, und NÖ, welches die Landesumlage abgeschafft hat, gibt es in allen anderen Ländern Landesumlagen in der Höhe der maximal durch das FAG 2008 erlaubten 7,6 Prozent der gekürzten Ertragsanteile. Das heißt, dass die ohnehin bereits durch den Abzug der 12,7 Prozent Gemeindebedarfszuweisungsmittel verminderten Einkünfte der Gemeinden aus den Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben in weiterer Folge auch noch um die Landesumlagen vermindert werden. In einigen Bundesländern wird bereits die Forderung von Gemeinden nach einer Abschaffung der Landesumlage laut, jedenfalls ist es höchst an der Zeit, in Österreich eine Aufgabenreform durchzuführen, denn die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben geht immer weiter auf, wie auch die Entwicklung der Nettosozialausgaben der Gemeinden, welche seit dem Jahre 2000 im Durchschnitt um jährlich fünf Prozent anwachsen, zeigt.
In der Diskussion über die Kinderbetreuung war von einem gewissen Ost-West-Gefälle bei der Betreuungsquote außerhalb des verpflichtenden letzten Kindergartenjahres die Rede, das verpflichtende letzte Kindergartenjahr ist aber jedenfalls auf Schiene. Weiters wurde thematisiert, dass die Kindergärtnerinnen immer mehr gefordert werden, insbesondere im sozialpädagogischen Bereich, sie aber nicht leistungsgerecht und marktkonform entlohnt würden. Nach jüngsten Umfragen haben 50 Prozent der Maturantinnen kein Interesse an einer Kindergärtnerausbildung, und es gibt daher etwa in Vorarlberg bereits Nachwuchsprobleme. Bezüglich der Finanzierung wurde angemerkt, dass der Bund zwar bis 2011 eine Zusage für das verpflichtende letzte Kindergartenjahr gegeben hat, was danach passiert, sei aber noch gänzlich ungeklärt. Der Ausschuss sprach sich abschließend dafür aus, dass die Gemeinden eine funktionierende Kinderbetreuung wollen und brauchen, der Gesetzgeber aber seine gewünschten kleineren

Mag. Konrad Gschwandtner ist Jurst im Österreichischen Gemeindebund

Das sind die Themen, die die Gemeinden beschäftigen: Alten- und Krankenpflege, Kindergarten, Sozialdienste, Bürgermeisterbezüge und (Bild rechts) die Diskussion um die Pflegeversicherung.

Gruppen, längeren Öffnungszeiten oder die Akademisierung des Personals selbst finanzieren muss. Man sei durchaus bereit, den Aufgabenbereich Kinderbetreuung im Abtausch mit anderen, etwa Schulen oder Pflege, zur Gänze zu übernehmen.
Hinsichtlich der notwendigen Reformen im Bereich der Pflege wird der Österreichische Gemeindebund über den Sommer Überlegungen zu einem Finanzierungsmodell anstellen, in welchem die Schnittstellen zwischen Vorsorge, Gesundheit und Pflege berücksichtigt werden. In der medialen Berichterstattung stehen derzeit eine Versicherungsvariante und ein Fonds-Modell im Raum, ausgegorene Modelle liegen derzeit noch keine vor.
Wir, die Gemeinden, sollten sagen was wir können, so der einhellige Tenor des Ausschusses zur Notwendigkeit einer Aufgabenreform. Mangelnde Reformen spüren zuerst jene, die am nächsten beim Bürger sind, also die Gemeinden. Die Bundes- und Landespolitiker würden immer öfter den „Selbstbedienungsladen“ unterstützen und hätten nicht den Mut zu sagen, dass nicht alles gratis sein kann, egal ob in der Pflege oder der Kinderbetreuung, so der stellvertretende Ausschussvorsitzende Mag. Wilfried Berchtold (Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes). Es gibt große demografische und sozialpolitische Herausforderungen, und diesen muss mit klaren und zukunftsorientierten Regelungen von Kompetenzen, Standards und der dazugehörigen Finanzierung begegnet werden. Der Gesetzgeber muss klare Zielvorgaben machen, diese auch entsprechend legistisch ausformulieren, und nicht jeder Vorschlag einer Erhöhung von Standards darf ungeprüft Eingang in die Gesetze finden. Man muss es schaffen, auch unangenehme Wahrheiten politisch mehrheitsfähig zu machen.
Im Gesundheits- und Sozialausschuss wurde auch die mangelnde sozialrechtliche Absicherung der Gemeindemandatare und Bürgermeister thematisiert. Der Österreichische Gemeindebund hat aufgrund der nach wie vor vorhandenen Problembereiche – beispielsweise der durch das Teilpensionsgesetz bedingte Wegfall einer vorzeitigen Alterspension bei einem Bürgermeisterbezug über der Geringfügigkeitsgrenze oder die Nichteinbeziehung von kommunalen Mandataren in die Arbeitslosenversicherungspflicht – eine Resolution verfasst. Mittlerweile wurde diese Resolution, welche auch der Notwendigkeit einer Aufgabenreform in unserem Land Ausdruck verleiht, bereits von rund 80 Prozent der österreichischen Gemeinden unterzeichnet.
Wohl aus Angst, in eine Diskussion rund um Politikergehälter verstrickt zu werden, sind den Worten des BMASK – es gab bereits eine Reihe von Besprechungen mit Minister Hundstorfer und dem zuständigen Sektionschef Pöltner und es konnte in vielen Fragen Übereinstimmung erzielt werden – keine Taten gefolgt. Aber auch die beiden Großparteien zögern mit der Umsetzung der vorliegenden Vorschläge des Gemeindebundes. In einer Besprechung beider Parlamentsklubs am 23. Juni 2010 zeigten sich unterschiedliche Standpunkte etwa im Bereich der geforderten Pflichtversicherung. Während der ÖVP-Klub die Regelung der Arbeitslosenversicherung von Gemeindemandataren den Ländern überlassen möchte, trat der SPÖ-Klub im Gegensatz dazu für eine bundesweite Regelung, jedoch nicht nur für die kommunalen, sondern für alle Mandatare ein. Der Gesundheits- und Sozialausschuss vertrat die Meinung, dass es eine bundesweite Regelung zumindest für Bürgermeister und amtsführende Vizebürgermeister geben muss, er geht aber davon aus, dass eine Regelung für alle Mandatare realpolitisch keinerlei Chancen auf Umsetzung hat, nicht zuletzt,

Der Gesetzgeber muss klare Zielvorgaben machen, diese auch entsprechend legistisch ausformulieren, und nicht jeder Vorschlag einer Erhöhung von Standards darf ungeprüft Eingang in die Gesetze finden.

da parlamentarisch eine Zwei-Drittel-Mehrheit nötig ist.
Hinsichtlich der Problematik der Schädlichkeit etwa eines Bürgermeisterbezugs für eine vorzeitige Alterspension ist die Forderung nach einer Freigrenze in Höhe von 50 Prozent des NR-Bezuges, wodurch große Teile der österreichischen Bürgermeister umfasst wären, nach wie vor aufrecht, so der Ausschussvorsitzende. Politisch unproblematisch sollte aber jedenfalls eine (Teil-) Verzichtsmöglichkeit auf die Bürgermeisterentschädigung sein, die in einigen Bundesländern noch nicht möglich ist.
Trotz der erfolgten Zusage der beiden Regierungsparteien im Herbst, eine Lösung in Form eines Gesamtpaketes anzustreben, ist die Situation, dass sich derzeit keinerlei Gesetzesanträge hinsichtlich der sozialen Absicherung der Bürgermeister im parlamentarischen Prozess befinden, unbefriedigend, und da und dort soll man schon die Worte „Einen Anlauf noch und dann streiken wir!“ von einem Bürgermeister gehört haben, wie von einem Ausschussmitglied berichtet wurde.

Jubiläum: 50. Sitzung der Altlastensanierungs-Kommission

# 50 Sitzungen, 230 Förderansuchen, 755 Millionen Euro Förderungen, eine Milliarde Euro Investitionen

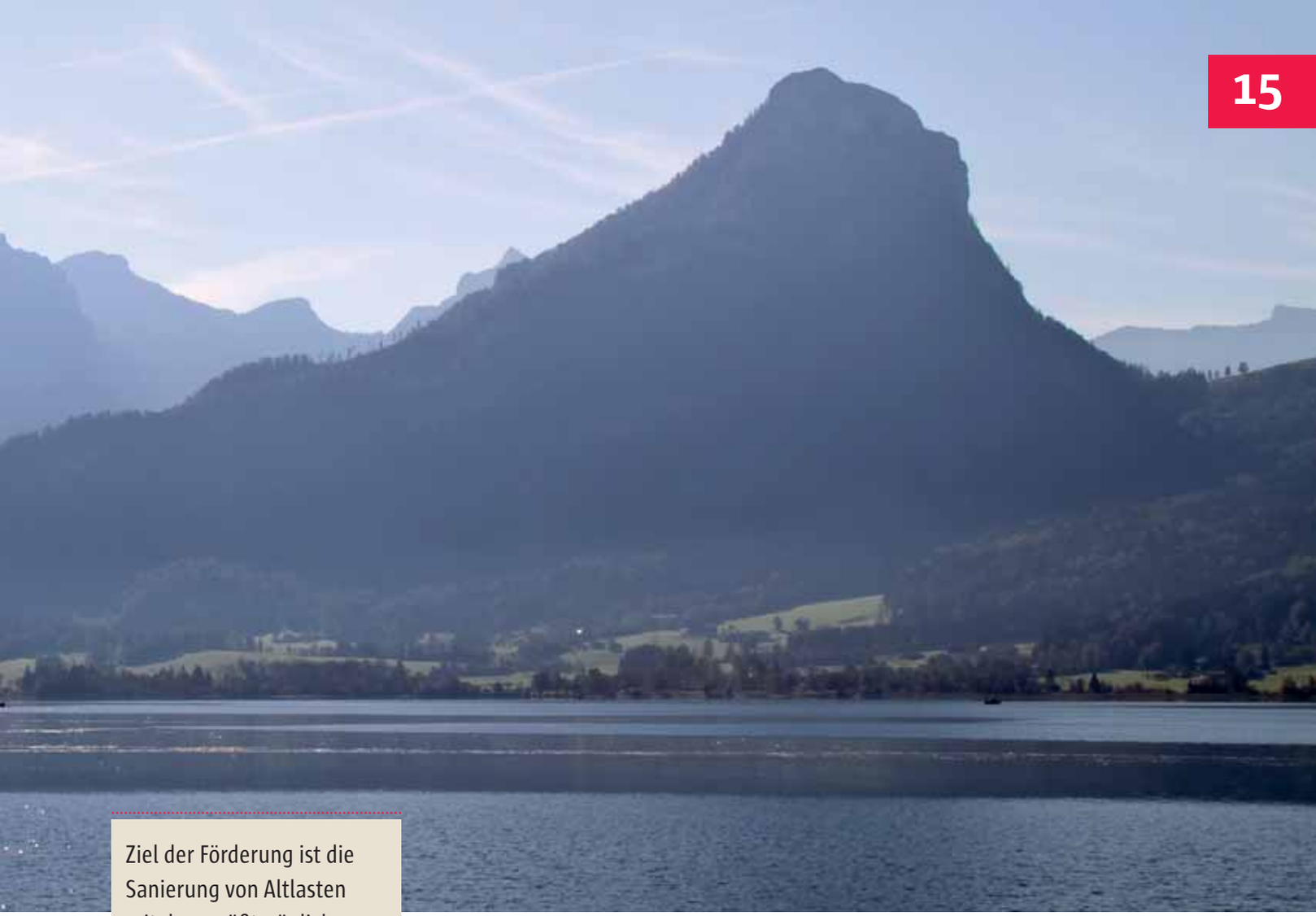
Stephan Pernkopf

Am 23. Juni fand unter Vorsitz des Autors die 50. Kommissionssitzung in Angelegenheiten der Altlastensanierung statt. Aus Anlass dieser Jubiläumssitzung wurden einige interessante Zahlen und Daten genannt.
So wurde die erste Sitzung am 25. Oktober 1989 im Beisein der damaligen Umweltministerin Dr. Marilies Flemming abgehalten.
An dieser ersten Sitzung nahmen auch die heutigen Landeshauptleute Dr. Erwin Pröll, Dr. Michael Häupl und Dr. Josef Pühringer als Kommissionsmitglieder in ihrer damaligen Funktion als jeweils zuständige Landesräte teil.

> Die Sanierung von Altlasten wird vom Bund im Rahmen des Umweltförderungsgesetzes finanziert beziehungsweise gefördert.

In den bisherigen 50 Sitzungen wurden insgesamt 230 Förderungsansuchen mit einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von 1,004 Milliarden Euro und einer Förderung von 755 Millionen Euro positiv begutachtet.
Die größten Sitzungen nach Fällen mit 12 Anträgen war die 31. Sitzung am 27. November 2000. Die größte Sitzung nach Volumen mit 98,9 Millionen Euro war die 33. Sitzung am 28. November 2001.
Großer Dank gilt den längstdienenden Kommissionsmitgliedern Sektionschef DI Dr. Leopold Zahrer (BMLFUW), der bereits seit der ersten (!) Sitzung als Mitglied tätig ist, DI Christian Holzer (BMLFUW), seit der 7. Sitzung (19. 3. 1992) aktiv, sowie bei Generalsekretär Dr. Robert Hink (Österreichischer Gemeindebund), der der Altlastensanierungskommission seit der 8. Sitzung (13. Oktober 1992) angehört.
Als Altlasten gelten ehemalige Deponien oder Betriebsstandorte, von denen auf Grund einer Verunreinigung des Bodens oder des Grundwassers erhebliche Gefahren für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt ausgehen.
Mit der dringlich gebotenen Sanierung dieser Altlasten werden vor allem bereits vor Jahrzehnten verunreinigte Grundwasserkörper wieder nutzbar gemacht und damit unser wertvolles Trinkwasser geschützt.
Die Sanierung von Altlasten wird vom Bund im Rahmen des Umweltförderungsgesetzes finanziert beziehungsweise gefördert. Ziel der Förderung ist die Sanierung von Altlasten mit dem größtmöglichen ökologischen Nutzen unter gesamtwirtschaftlich vertretbarem Kostenaufwand.
Derzeit sind im Altlastenatlas 65 Altlasten für Niederösterreich ausgewiesen. Davon wurden bereits 26 Altlasten erfolgreich saniert beziehungsweise gesichert. Niederösterreich gilt damit als besonders aktives Bundesland in der Altlastensanierung. Als Paradebeispiele erfolgreicher Altlastensanierungen der letzten Jahre in Niederösterreich seien genannt:

- Fischer-Deponie (Theresienfeld)
- Neunkirchner Schraubenwerke
- Werft Korneuburg
- Deponie Wiener Neudorf



Ziel der Förderung ist die Sanierung von Altlasten mit dem größtmöglichen ökologischen Nutzen unter gesamtwirtschaftlich vertretbarem Kostenaufwand.

▸ Linoleumfabrik Brunn am Gebirge

Der Bundesminister für Umwelt hat zu seiner Beratung bei der Ausweisung von Altlasten und der Förderung von Altlastensanierungsprojekten eine „Kommission in Angelegenheiten der Altlastensanierung“ eingerichtet.
Der Autor übt seit 2009 die Funktion des Vorsitzenden dieser Kommission aus. Dies unterstreicht auch die bundesweit maßgebende Rolle des Landes Niederösterreich in der österreichischen Altlastensanierung. Ziel der Kommission war und ist es, die vorhandenen Förderungsmittel ökologisch und wirtschaftlich möglichst effektiv einzusetzen. Die Förderungen werden daher unter Berücksichtigung der Sanierungsdringlichkeit der Altlasten und des Verursacherprinzips vergeben, das heißt keine bzw. reduzierte Förderung bei schuldhaft entstandener Kontamination.

## Spitzenförderung für Abwasserbeseitigungsanlagen

Nach intensiven Verhandlungen mit dem Finanzministerium und dem Umweltministerium konnte am 23. Juni ein großer Erfolg für die Gemeinden im Bereich Förderung für Abwasserbeseitigungsanlagen erzielt werden: Der so genannte Spitzenfördersatz von bis zu 50 Prozent konnte um drei Jahre verlängert werden und bleibt bis 2018 anstatt bis 2015 erhalten.
Dieses positive Ergebnis konnte Dank des Verständnisses von Finanzminister Josef Pröll für die Anliegen der Gemeinden erreicht werden. Dafür gilt ihm besonderer Dank. Damit werden nun in Niederösterreich Investitionen von über 200 Millionen Euro gesichert, und die Gemeinden können sich 55 Millionen Euro an Bundesförderung abholen, um die sie sonst umgefallen wären. Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll hat sich persönlich im Vorfeld der Übernahme des Vorsitzes der Landeshauptleutekonferenz für diese positive Lösung für die Gemeinden und vor allem auch für die Bürgerinnen und Bürger eingesetzt.
Der Hintergrund dazu: Für den Bau von Abwasseranlagen wie Kanäle und Kläranlagen gibt es Förderungen für Gemeinden im ländlichen Raum bis zu 50 Prozent. Voraussetzung dafür ist, dass bis 2015 gebaut wird. Viele Gemeinden haben aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Lage aber Probleme mit diesem Zeitlimit. Diese Gemeinden würden vom jeweiligen Spitzenfördersatz auf acht Prozent herunterfallen, womit eine Realisierung von Abwasserprojekten kaum noch möglich wäre.
Mit dem erzielten Verhandlungsergebnis sichern wir vor allem Aufträge für die regionale Bauwirtschaft und damit Arbeitsplätze. Außerdem können wir in Niederösterreich unsere Spitzenposition bei der Wasserqualität mit der Steigerung der Anschlussquote von derzeit 92 auf 95 Prozent ausbauen (*siehe dazu auch Bericht auf der folgenden Seite dieser Ausgabe*).

Dr. Stephan Pernkopf ist Umweltlandesrat in Niederösterreich

Positive Entwicklungen in der Siedlungswasserwirtschaft

# Spitzenförderung über den Betrachtungszeitraum hinaus

Auf Basis des Umweltförderungsgesetzes und der dazu erlassenen Förderungsrichtlinien für die kommunale Siedlungswasserwirtschaft können Gemeinden für die Errichtung von Abwasserentsorgungs- oder Schlammbehandlungsanlagen nun vom Bund eine Spitzenförderung von bis zu 50 Prozent erhalten.

Bernhard Haubenberger

Das Ausmaß der Förderung beträgt acht bis 50 Prozent der förderbaren Investitionskosten (Fördersatz, Berechnung gemäß nachfolgender Formel) zuzüglich einer allfälligen Pauschale. Die Spitzenförderung kann dann gewährt werden, wenn die Gemeinde einen Entsorgungsbereich („Gelbe Linie“) festgelegt hat und die Abwasserentsorgungs- oder Schlammbehandlungsanlagen für die Entsorgung dieses Bereiches innerhalb des zugehörigen Betrachtungszeitraumes errichtet werden. Bei der Festlegung des Betrachtungszeitraums sind die angefallenen Kosten innerhalb der vergangenen zehn Jahre vor Antragsstellung und die Kosten für die zukünftigen 15 Jahre ausschlaggebend. Für die Ermittlung des Spitzenfördersatzes zur Errichtung von Abwasseranlagen sind die Gesamtbaukosten relevant, die innerhalb des „Betrachtungszeitraums“ von 25 Jahren bereits angefallen sind oder noch anfallen werden.

## Viele Projekte nicht rechtzeitig umsetzbar

Aufgrund der aktuellen Finanzsituation in den Gemeinden (Sinken der Ertragsanteile, Steigerung der Sozialausgaben) treten seit 2009 vermehrt Probleme bei der Realisierung von Infrastrukturmaßnahmen auf.

Mag. Bernhard Haubenberger ist Jurist im Österreichischen Gemeindebund

Da der Betrachtungszeitraum in vielen Gemeinden jedoch bereits in den Jahren 2010 bis 2015 endet, können viele Gemeinden die geplanten Abwasserentsorgungsprojekte nicht zeitgerecht umsetzen. Die Investitionen würden somit bei Verschiebung und Umsetzung nach Auslaufen des Betrachtungszeitraumes nur mit der Sockelförderung (acht Prozent) statt wie ursprünglich vorgesehen mit der Spitzenförderung gefördert werden. Betroffen sind davon jene Gemeinden,

- deren Betrachtungszeitraum vor Ende 2015 ausläuft,
- die keine Möglichkeit zur Verschiebung des Betrachtungszeitraumes mehr haben (die bereits gem. FRL-Novelle 2005 verschoben haben),
- bei denen in den nächsten Jahren noch relevante Kosten für den Ausbau der Abwasserentsorgung anfallen (offene Gesamtkosten).

Nach intensiven Verhandlungen mit den zuständigen Ressorts aus Umwelt, Wirtschaft und Finanzen konnte weiters erreicht werden, dass die Frist zur Erlangung der Spitzenförderung um drei Jahre verlängert wurde (jedenfalls bis 2015 beziehungsweise drei Jahre nach Ende des Betrachtungszeitraumes). Daher können auch nach Auslaufen des Betrachtungszeitraumes nach dem 31. Dezember 2009 jene Kosten für Abwasserentsorgungs- oder Schlammbehandlungsanlagen bis Ende 2015 oder bis spätestens drei Jahre nach Ablauf des Betrachtungszeitraumes mit einer Spitzenförderung gefördert werden, deren Realisierung innerhalb des Betrachtungszeitraumes geplant war und deren förderbare Investitionskosten in die Fördersatzberechnung der letzten vor Inkrafttreten der Novelle 2010 zugesagten Spitzenförderung Eingang gefunden haben. Rund 500 Gemeinden können von dieser Maßnahme profitieren. Bei voller Ausschöpfung des Potenzials ergäbe dies eine erhöhte Förderung von rund 110 Millionen Euro.

> Da der Betrachtungszeitraum in vielen Gemeinden bereits in den Jahren 2010 bis 2015 endet, können viele die geplanten Abwasserentsorgungsprojekte nicht zeitgerecht umsetzen.

9. und 10. September 2010: 57. Österreichischer Gemeindetag in Graz

# Rekord: Über 2000 Anmeldungen

Wenn Sie diese Ausgabe von KOMMUNAL in Händen halten, sollten es nur mehr 13 Tage sein, bis die Spitzenvertreter der österreichischen Politik von den Spitzen der österreichischen Kommunalpolitik empfangen werden. Alle Vorzeichen deuten darauf hin, dass es auf diesem Gemeindetag an Deutlichkeit nicht mangeln wird, dafür werden schon die derzeit vorherrschenden politischen Themen sorgen.

57. Österreichischer Gemeindetag

## Das Programm

### Donnerstag, 9. September 2010

ab 9.00 Uhr Ausgabe der Tagungsunterlagen im Tagungsbüro.

11.00 Uhr Eröffnung des Österreichischen Gemeindetages und der Kommunalmesse durch Bgm. Helmut **Mödlhammer**, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, LAbg. Bgm. Erwin **Dirnberger**, Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes, und Mag. Siegfried **Nagl**, Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz.

Im Anschluss findet ein Rundgang auf der KOMMUNALMESSE statt, von 11.30 bis 13.30 Uhr das „Kulinarische Willkommen in der Steiermark".

13.30 bis 14.00 Uhr Vorstellung der Initiative „Europa-GemeinderätInnen" im KOMMUNALCORNER auf der Messe mit Außenminister Dr. Michael **Spindelegger.**

14.00 Uhr Fachtagung „Energie und Nachhaltigkeit" im Kommunal-Corner der Kommunalmesse mit Podiumsdiskussion.

19.00 Gala-Abendessen in der Stadthalle Graz.

### Freitag, 10. September 2010

9.00 Uhr Platzkonzert vor der Stadthalle Graz und Empfang des Herrn Bundespräsidenten Dr. Heinz **Fischer.**

9.30 Uhr Festveranstaltung 57. Österreichischer Gemeindetag mit Referaten und Grußadressen von Bgm. Helmut Mödlhammer, Bgm. Mag. Siegfried Nagl, Mag. Franz **Voves**, Landeshauptmann der Steiermark, und Dr. Heinz Fischer, Bundespräsident der Republik Österreich.
Das Hauptreferat hält der Bundesminister für Finanzen, DI Josef **Pröll**, Vizekanzler der Republik Österreich.

Nach der Schlussansprache von Bgm. Helmut Mödlhammer gibt es um 12.00 Uhr einen Empfang im Foyer der Stadthalle Graz, im Anschluss kann noch bis 18.00 Uhr die Kommunalmesse 2010 besucht werden.

Politisch ist der Österreichische Gemeindetag von größter Bedeutung, weil die Gemeindevertreter hier ein Zeichen setzen können, welches die Bedeutung der Gemeinden für das Staatswesen deutlich macht. Die Aufgaben und Probleme der Gemeinden nehmen ständig zu, deshalb ist ein geschlossenes Auftreten umso wichtiger.
Als Thema hat der Steiermärkische Gemeindebund (2010 der Ausrichtier des Gemeindetages) „Energie und Nachhaltigkeit" gewählt, weil dieser Bereich unsere Gesellschaft und damit auch die Gemeinden und ihre Vertretungen sehr intensiv beschäftigt und für die Zukunft ein großes Handlungsfeld bietet.

Mit dem Thema Energie und Nachhaltigkeit wollen wir die Gemeinden unterstützen bei ihren Bemühungen, Energie zu sparen ...

Erwin Dirnberger, Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes

Dazu der Präsident des steiermärkischen Gemeindevertreterverbandes, Bgm. Erwin Dirnberger: „Wir freuen uns, als Gastgeber viele Bürgermeister, Gemeindevertreter und Bedienstete in Graz begrüßen zu können. Mit dem Thema Energie und Nachhaltigkeit wollen wir die Gemeinden unterstützen bei ihren Bemühungen, Energie zu sparen, verstärkt erneuerbare Energie zu verwenden, um die Umwelt zu schonen und die Lebensqualität zu erhalten, aber auch nachhaltig die Wirtschaft in den Regionen zu stärken."
Der 57. Österreichische Gemeindetag findet am 9. und 10. September 2010 in Graz statt.

Die KOMMUNALMESSE ist die wichtigste Veranstaltung Österreichs, an der Anbieter kommunaler Produkte mit Gemeindevertretern zusammentreffen.

KOMMUNALMESSE und Gemeindetag rücken noch näher zusammen

# Die Messe der kurzen Wege

Die KOMMUNALMESSE und der gleichzeitig stattfindende Österreichische Gemeindetag in Graz finden in unmittelbarer Nähe zueinander statt. Nur wenige Schritte trennen die beiden Veranstaltungshallen. Damit ist sichergestellt, dass die Teilnehmer des Gemeindetages auch die Messe bequem besuchen können.

Nach zweijähriger Pause findet heuer wieder eine KOMMUNALMESSE zeitgleich mit dem Österreichischen Gemeindetag statt.
Die Zusammenlegung der beiden Großveranstaltungen hat sich bewährt: Die Besucher können dadurch am größten kommunalpolitischen Ereignis des Jahres teilnehmen und sich gleichzeitig über die neuesten Produkte und Dienstleistungen für Gemeinden informieren.

> Gemeindetag und KOMMUNALMESSE finden in nur durch wenige Meter getrennten Hallen statt. Kurze Wege sind garantiert.

## Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch

Die beiden Veranstaltungen finden in nur durch wenige Meter getrennten Hallen statt. Dadurch kann die KOMMUNALMESSE bequem vor oder nach dem 57. Gemeindetag besucht werden. Kurze Wege sind garantiert. Erfahrene Messebesucher wissen, dass man bei dem großen Angebot oft mehrere Rundgänge machen muss, um sich einen Überblick zu verschaffen. Viele Aussteller bieten auch Kaffee und Erfrischungen an, die zu einem längeren Verweilen und zu unverbindlichen Gesprächen einladen. Dabei ergibt sich auch immer wieder Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch mit Vertretern anderer Gemeinden.

## Entscheidungsträger und Anbieter finden zusammen

KOMMUNAL, Österreichs größtes Fachmagazin für Gemeinden und offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes, ist Veranstalter der KOMMUNALMESSE. Das Zusammenrücken von Messe und Gemeindetag wurde durch die enge Zusammenarbeit von Österreichischem Kommunalverlag und Gemeindebund möglich. Michael Zimper, Geschäftsführer des Kommunalverlages, dazu: „Durch unsere Doppelfunktion als Messeveranstalter und Herausgeber des offiziellen Gemeindebundmagazins können wir sicherstellen, dass Anbieter und ihre möglichen Kunden, nämliche die Entscheidungsträger der Gemeinden, zueinander finden können.“
Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer: „Die österreichischen Gemeinden freuen sich außerordentlich, dass wieder eine KOMMUNALMESSE stattfindet. Diese Messe ist für uns überaus bedeutend, denn hier können die Firmen und Betriebe alles, was in den Gemeinden benötigt wird, präsentieren. Und vor allem können die Gemeinden hier ihre Bedürfnisse decken.“

## Für Anbieter unentbehrlich

Für Unternehmen, die Produkte oder Dienstleistungen für Gemeinden anbieten, ist die Teilnahme an der KOMMUNALMESSE ein Muss. Das zeigt sich schon allein an der Tatsache, dass bereits jetzt praktisch die gesamte Ausstellungsfläche ausgebucht ist. Zu Redaktions-

schluss gab es nur noch ganz wenige Restplätze.

### Vielfältiges Angebot

Auf rund 6600 Quadratmetern Ausstellungsfläche und einem großen Freigelände werden die Aussteller am 9. und 10. September ihre Angebote für Gemeinden zeigen. Diese sind so vielfältig wie das Leistungsspektrum der Gemeinden: Der Bogen spannt sich von Fahrzeugen für den Fuhrpark und Geräten für den Bauhof über die Energiewirtschaft und Sicherheitsdienstleistungen bis zu Umweltschutz und Recycling sowie Abfallentsorgung. Auch Finanzdienstleister und Versicherungen werben wieder verstärkt um Österreichs Kommunen.
Eröffnet wird die Messe am Donnerstag, dem 9. September, um 11 Uhr. Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, der Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes Erwin Dirnberger sowie der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl werden dabei die tausenden Gäste aus dem ganzen Land begrüßen und anschließend einen Rundgang durch die Messe machen.

### Schwerpunkt Energiesparen

Schwerpunkt der diesjährigen KOMMUNALMESSE sind Energieeffizienz und Energieautarkie von Gemeinden. Zu diesen Themen findet am Donnerstag, dem 9. September, eine Fachtagung mit anschließender Podiumsdiskussion statt, an der Experten aus Politik und Wirtschaft teilnehmen werden. Dieses Thema hat in den letzten Monaten enorm an Bedeutung gewonnen. Mit einer regen Diskussion kann daher gerechnet werden.

## Information

Österreichischer Kommunalverlag
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Tel.: 01/532 23 88
Fax.: 01/532 23 88-22
E-Mail: **kommunalverlag@kommunal.at**
Web: **www. kommunal.at/kommunalmesse**

Das sagen Aussteller über die KOMMUNALMESSE

# „Fixpunkt für alle, die mit Gemeinden Geschäfte machen“

Nicht nur die Kommunalpolitiker sind Hauptakteure beim größten kommunalpolitischen Event Österreichs, auch die Firmenchefs und die Verantwortlichen der Aussteller spielen eine wichtige Rolle. KOMMUNAL hat sich umgehört, was ihre Erwartungen sind.

„Die Kelag und die Kelag Wärme GmbH – als österreichweit größter Anbieter von Wärme auf Basis von Biomasse und industrieller Abwärme – sind ständig bestrebt, umweltfreundliche Energielösungen anzubieten. Speziell für Kommunen planen, errichten und betreiben wir maßgeschneiderte Wärmeprojekte, sei es für das gesamte Gemeindegebiet oder für Einzelobjekte. Im Bereich Elektro-Mobilität sind wir Vorreiter im Aufbau einer modernen, schnelllade- und roamingfähigen Lade-Infrastruktur und vertreiben die modernste Ladesäule Europas in Österreich.“

Harald Kogler, Kelag

Speziell für Kommunen planen, errichten und betreiben wir maßgeschneiderte Wärmeprojekte, sei es für das gesamte Gemeindegebiet oder für Einzelobjekte.

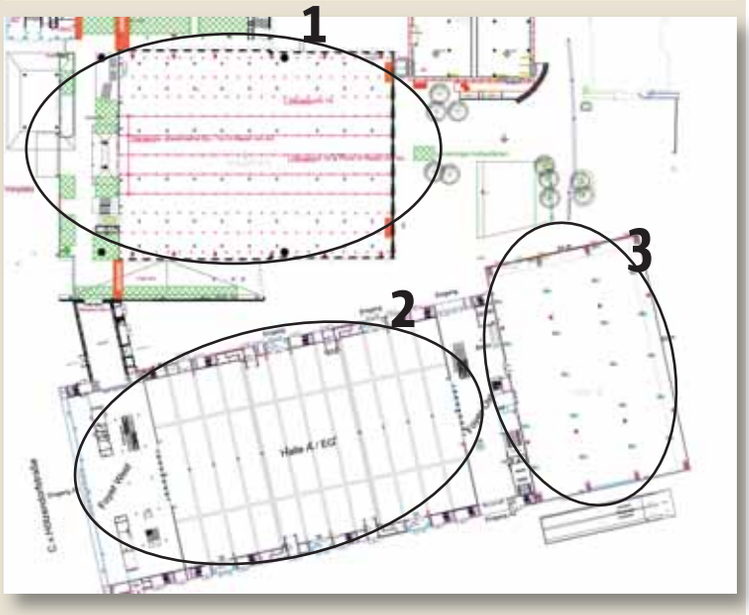
Harald Kogler, Mitglied des Kelag-Vorstandes und GF Kelag Wärme GmbH

„Da die Gemeinden und die öffentliche Hand zu unseren wichtigsten Kunden zählen, inserieren wir laufend in KOMMUNAL und sind seit über zehn Jahren auf jeder KOMMUNALMESSE mit einem repräsentativen Stand vertreten. Die Gemeinden, mit denen wir in Kontakt sind, werden von uns darauf hingewiesen, dass wir bei dieser Veranstaltung anwesend sind. Wir konnten auch zwei befreundete Firmen animieren, an der Veranstaltung in Graz teilzunehmen – und zwar die Firma Frühwald/Tiba aus der Steiermark und die Firma Uretek aus Wien. Viele Gemeindevertreter beru-

Da die Gemeinden zu unseren wichtigsten Kunden zählen, inserieren wir laufend in KOMMUNAL und sind seit über zehn Jahren auf jeder KOMMUNALMESSE mit einem repräsentativen Stand vertreten.

Florian Firtik, Firma Drizoro

## Die Messe der kurzen Wege




57. Österreichischer Gemeindetag (1 = Stadthalle Graz) und KOMMUNALMESSE (2 = Messehalle, 3= überdachtes Freigelände) finden nur wenige Meter voneinander entfernt statt.

fen sich auf unser Inserat in KOMMUNAL bzw. mit uns auf der Messe Kontakt gehabt zu haben. Das ist der Grund um wieder auszustellen."

Florian Firtik, Drizoro

„Die E-Control – die unabhängige Regulierungsbehörde für Strom- und Gas – ist heuer das erste Mal als Aussteller bei der KOMMUNALMESSE mit dabei. Wir haben uns für eine Teilnahme entschlossen, weil es für uns die beste Möglichkeit ist, die wichtigen Entscheidungsträger aus dem öffentlichen Bereich, sei es Bürgermeister, Amtsleiter oder Gemeindebedienstete, anzusprechen und sie so auf die Möglichkeiten des freien Strom- und Gasmarktes in Österreich aufmerksam zu machen. Schließlich sind auch in Österreichs Gemeinden die Budgets immer knapper, und bei einem Wechsel des Strom- oder Gaslieferanten können sich die Gemeinden oft sehr viel Geld sparen. Sie darüber zu informieren, das ist unser Ziel bei der KOMMUNALMESSE."

Bettina Ometzberger, Energie-Control GmbH

„Unsere Medaillen werden in jeder Gemeinde von Zeit zu Zeit benötigt. Das Entwerfen solcher Medaillen ist auch bei unseren Künstlern sehr beliebt, weil sie dabei ihrer Kreativität freien Lauf lassen können. Wie bereits Tradition, wird es auch heuer die Möglichkeit geben, sich eine Erinnerungsmünze an den Gemeindetag selbst zu prägen. Das kommt bei den Bürgermeistern immer gut an."

Josef Martinkowitsch, Münze Österreich

„Wir sind vor allem in Ostösterreich aktiv, daher ist Graz ein idealer Messestandort für uns. Auf der letzten KOMMUNALMESSE in Klagenfurt haben wir viele unserer bestehenden Kunden getroffen – und zwar ohne vorherige Absprache. Es ist uns dort auch gelungen, den einen oder anderen Neukunden zu gewinnen. Es ist für ein kleineres Unternehmen wie BITUBAU gar nicht nötig, pompös aufzutreten. Wichtig ist vielmehr, dass man präsent ist und die Besucher kompetent und persönlich informieren kann."

Walter Zehenthofer, BITUBAU

> Wichtig ist, dass man präsent ist und die Besucher kompetent und persönlich informieren kann.
>
> Walter Zehenthofer, Firma BITUBAU

KOMMUNAL-Schnitzeljagd

## Schnitzeljagd auf der KOMMUNALMESSE

KOMMUNAL veranstaltet auf der KOMMUNALMESSE eine Schnitzeljagd, bei der es wertvolle Preise zu gewinnen gibt. Die Besucher erhalten am KOMMUNAL-Stand oder von den KOMMUNAL-Hostessen einen Sammelpass. Dieser muss dann an acht Messeständen abgestempelt werden. Der vollständige Pass kann dann am KOMMUNAL-Stand abgegeben werden.
**Am 9. September, werden um 13 Uhr die Gewinner gezogen.**

### 1. Preis:
Wellness-Wochenende für zwei Personen im Naturhotel Steinschaler im niederösterreichischen Dirndltal
**www.steinschaler.at**

### 2. Preis:
1 „KOMMUNAL-Vinzenz" UND je 1 Kinder-Warnfigur „Alexandra & Fabian"

Bei der KOMMUNAL-Schnitzeljagd gibt es die neuen Warnfiguren „Alexandra" und „Fabian" zu gewinnen.

### 3. Preis:
1 „KOMMUNAL-Vinzenz" ODER je 1 Kinder-Warnfigur „Alexandra & Fabian"

OÖ Tourismus-Gewinnspiel

## Sinfonie in Grün

OÖ Tourismus veranstaltet bei der KOMMUNALMESSE ein Gewinnspiel für Gemeinden. Zu gewinnen gibt es einen Besuch in der Landesgartenschau 2011 „Sinfonie in Grün" in Ansfelden für maximal 50 Personen im Wert von 685 Euro.
Die Teilnahmekarten werden während der Messe verteilt und können am OÖ Tourismus-Stand abgegeben werden.
Die Gewinner werden nach der Messe per Mail verständigt.

Nationalrat beschneidet kommunale Mitwirkungsrechte in Europa

# Österreichischer Gemeindebund fordert Gesetzesreparatur

Am 1. August trat in Österreich die für den österreichischen Parlamentarismus eher unrühmliche Lissabon-Begleitnovelle in Kraft. Dabei handelt es sich um eine Novelle des Bundes-Verfassungsgesetzes, in welcher die Bestimmungen über die Europäische Union den Erfordernissen des Vertrages von Lissabon angepasst werden.

Daniela Fraiss

Leider schoss der Gesetzgeber, der einem Initiativantrag der Abgeordneten Cap, Kopf, Prammer, Neugebauer, Wittmann, Molterer, Muttonen und Schüssel folgte, über das vorgegebene Ziel hinaus. Denn neben notwendigen Anpassungen wie der Umsetzung des Subsidiaritätsprotokolls sticht v. a. eine Änderung negativ ins Auge: Artikel 23c BVG.
In dieser Bestimmung geht es kurz gesagt um die Ernennung österreichischer Mitglieder in den Europäischen Institutionen und den beratenden Einrichtungen der Union. Eine solche ist, wie KOMMUNAL-Leser wissen, auch der Ausschuss der Regionen (AdR), in welchem Vertreter des Gemeindebundes seit Jahren aktiv mitwirken und sich für die Belange der österreichischen Kommunen auf europäischer Ebene stark machen.
Just dieses für den Gemeindebund so wichtige Mitwirkungsrecht ist nun durch eine Entscheidung des österreichischen Gesetzgebers (!) bedroht.
Doch der Reihe nach: Der Ausschuss der Regionen zählt aktuell 344 Mitglieder, 12 davon aus Österreich. Die 12 Sitze wurden gemäß der bis dato gültigen Bestimmung des Art. 23c Abs. 4 BVG „auf Grund von Vorschlägen der Länder sowie des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes“ ernannt. Die Länder hatten je einen, die beiden kommunalen Interessensvertretungen gemeinsam drei Vertreter vorzuschlagen. Dadurch ist eine ausgewogene Zusammensetzung der österreichischen Delegation im Ausschuss der Regionen garantiert, die kommunalen AdR-Mitglieder genießen und genossen über Österreichs Grenzen hinaus großes Ansehen und profilieren sich immer wieder als hervorragende Netzwerker im Dienst der kommunalen Sache.

> Wenn ich mir die Sitzungsprotokolle seit 1999 anschaue, dann stelle ich fest, dass die Gemeinden eine Präsenz von 100 Prozent bei den AdR-Plenartagungen gehabt haben.
>
> Helmut Mödlhammer über die Bedeutung der Arbeit der Gemeinden im Ausschuss der Regionen

Der Vertrag von Lissabon hat nun für den Ausschuss der Regionen eine Höchstzahl von 350 Mitgliedern eingeführt, welche bei einer allfälligen nächsten EU-Erweiterung erreicht werden würde. Dadurch ergäbe sich die Frage der Neuverteilung der Sitze innerhalb des AdR.
Der österreichische Nationalrat nahm diese Diskussion schon vorweg und beschloss am 8. Juli 2010 eine Regelung für den Fall der Fälle. Diese geht ganz klar zu Lasten der kommunalen Vertreter im AdR. Der nunmehr in Kraft befindliche Art. 23c Abs. 4 B-VG gesteht nämlich den Ländern weiterhin das Vorschlagsrecht für je ein Mitglied zu, Gemeindebund und Städtebund dürfen jedoch nur noch die verbleibenden restlichen Mitglieder vorschlagen. Das würde im schlimmsten Fall bedeuten, dass die kommunale Ebene Österreichs überhaupt nicht mehr im Ausschuss der Regionen vertreten ist! Denn wie viele AdR-Mitglieder Österreich zukünftig zugestanden werden ist keine nationale Entscheidung, sondern eine Entscheidung des Rates auf Vorschlag der Europäischen Kommission. Dabei könne die wirtschaftliche, soziale und demografische Entwicklung in der Union berücksichtigt werden, was natürlich auch Begehrlichkeiten „alter“ EU-Mitglieder weckt, die – so wie Deutschland – im AdR derzeit unterrepräsentiert sind. Kurz gesagt, wieviele Mitglieder Österreich in Zukunft im AdR stellen wird, ist ungewiss. Gewiss ist jedoch, dass der österreichische Nationalrat die kommunalen Vertretungsrechte mit der Beschlussfassung der Lissabon-Begleitnovelle deutlich einschränkte.

Mag. Daniela Fraiss ist Leiterin des Brüsseler Büros des Österreichischen Gemeindebundes

## Schnelle Reparatur nötig

Der Österreichische Gemeindebund fordert daher eine schnellstmögliche Reparatur der betreffenden Bestimmung. Wie Präsident Helmut Mödlhammer in Richtung der Bundespolitik betonte, „kann Europa nur von unten nach oben wachsen, die Mitwirkung der Gemeinden an europäischen Entscheidungen ist daher ein wesentlicher Bestandteil. Wenn man die Arbeit in Europa auch in Österreich ernst nimmt, dann ist es kontraproduktiv, wenn man auf nationaler Ebene die kommunalen Rechte in Europa beschneidet.“
Und weiter: „Wenn ich mir die

Sitzungsprotokolle seit 1999 anschaue, dann stelle ich fest, dass die Gemeinden eine Präsenz von 100 Prozent bei den AdR-Plenartagen gehabt haben. Das zeigt, dass die Arbeit im AdR für die Gemeinden existenziell wichtig ist. Sie ist die einzige Möglichkeit, auf europäischen Entwicklungen, die Gemeinden betreffen, einzugehen und an Entscheidungen mitzuwirken. Es ist überaus bedauerlich, dass der Nationalrat uns hier in unseren Rechten beschneidet, obwohl wir mehrfach vor einer Einschränkung gewarnt bzw. darauf hingewiesen haben“, so Mödlhammer.
Erfreulich sei, dass der Gemeindebund mit seinem Anliegen auch Unterstützung beim nö. Landeshauptmann und Vorsitzenden der LH-Konferenz, Erwin Pröll, gefunden habe.

## Fact-Box Art. 23c

Der Art. 23c BGBl.Nr. 1/1930 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 57/2010
Inkrafttretensdatum: 1.8.2010

***Artikel 23c. (4) Die Vorschläge für die Ernennung von Mitgliedern des Ausschusses der Regionen und deren Stellvertretern hat die Bundesregierung auf Grund von Vorschlägen der Länder sowie des Österreichischen Gemeindebundes und des Österreichischen Städtebundes zu erstellen. Jedes Land hat ein Mitglied und dessen Stellvertreter vorzuschlagen; die sonstigen Mitglieder und deren Stellvertreter sind vom Österreichischen Gemeindebund und vom Österreichischen Städtebund gemeinsam vorzuschlagen.***

**Art.23c Abs. 4 (alt):** *Die österreichische Mitwirkung an der Ernennung von Mitgliedern des Ausschusses der Regionen und deren Stellvertretern hat auf Grund von Vorschlägen der Länder sowie des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes zu erfolgen. Hiebei haben die Länder je einen, der Österreichische Städtebund und der Österreichische Gemeindebund gemeinsam drei Vertreter vorzuschlagen.*

Ausschuss der Regionen: Ein neues Gesicht

# Hannes Weninger für die Gemeinden neu in Brüssel

Hannes Weninger, Jahrgang 1961, geschäftsführender Gemeinderat in Gießhübl, SPÖ-Bezirksvorsitzender des Bezirks Mödling und Abgeordneter zum Nationalrat ist für den Gemeindebund neu Brüssel. Er folgt in dieser Funktion im AdR auf Marianne Fügl.

Hannes Weninger

Nach der Volksschule in Würflach und der Hauptschule in Ternitz maturierte er 1980 an der HTL für Elektrotechnik in Mödling, leistete den Zivildienst beim Roten Kreuz in Neunkirchen und trat dann als Elektrotechniker bei Brown Boveri in Wiener Neudorf ins Berufsleben ein.
Weningers politische Karriere begann mit seinem Engagement in der Sozialistischen Jugend in Würflach. Weninger: „Ich bin seit meiner Kindheit politisch und historisch interessiert und fand in der Politik eine ideale Ergänzung zu meinem technischen Beruf.
Auch meine soziale Erfahrung aus dem Lebensumfeld meiner Eltern trug zu diesem Entschluss bei, da auch mein Vater in der SPÖ lokal engagiert war. Durch mein Engagement in der SJ und SPÖ kam ich in den Landesvorstand der SJ. 1981 wurde ich Landessekretär und 1985 Landesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Niederösterreich sowie Stellvertretender Bundesvorsitzender der SJ Österreich, wo ich mich besonders in der Friedensbewegung und in der internationalen Solidaritätsbewegung engagierte. Seit 1982 bin ich Mitglied des Landesparteivorstandes und seit 1985 Mitglied des Präsidiums der SPÖ Niederösterreich.“
In seiner Heimatgemeinde Gießhübl ist er seit 1985 Gemeinderat und seit 2005 geschäftsführender Gemeinderat. Außerdem studierte er ab 1989 im zweiten Bildungsweg Politik- und Kommunikationswissenschaften.
In seinen beruflichen Funktionen als Leiter des Dr.-Karl-Renner-Instituts Niederösterreich und als Internationaler Sekretär der SPÖ Niederösterreich von 1985 bis 2003 widmete sich Weninger vorrangig der inhaltlichen Programmarbeit, der Anwendung neuer Managementmethoden in der Politik, dem Aufbau demokratischer Strukturen in Osteuropa und dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union.
1997 wurde er in den nö. Landtag berufen, von 1998 bis 2003 war er Vorsitzender des Verfassungsausschusses. Seit 9. April 2008 gehört Weninger dem Österreichischen Nationalrat an.
In seiner Laufbahn hat Hannes Weninger neben seinen politischen Tätigkeiten bereits eine Menge an Publikationen veröffentlicht. Hier ein Auszug:

- Weninger, Hannes; Danimann, Franz: Niederösterreichs Sozialisten und der März 1938, Zeitdokumente, Dr.-Karl-Renner-Institut NÖ, Wien 1988;
- Weninger, Hannes [Hrsg.]: Die Freiheit die WIR meinen, Beiträge zum 60. Jahrestag des Februar 1934, Zeitdokumente, Dr.-Karl-Renner-Institut NÖ, Wien 1994;
- Weninger, Hannes; König, Erich: Geschichte sozialdemokratischer Medienpolitik in Österreich 1848–1994, Dr.-Karl-Renner-Institut, Wien 1995;
- Weninger, Hannes: Erfolgsstory Zweite Republik – 50 Jahre für Niederösterreich, Ausstellungskatalog, Dr.-Karl-Renner-Institut NÖ, Wien 1995.

Eine Frage der Jahreszeit: Wer haftet bei Unfällen im Gemeindebad?

# Badegäste tragen auch sowas wie Eigenverantwortung

Rutschen, Sprungbretter, Kletterwände … das Angebot in den Freibädern wird immer aufwändiger und spektakulärer. Viele Gemeinden betreiben selbst Bäder und Freizeitanlagen. Doch wer haftet bei Unfällen?

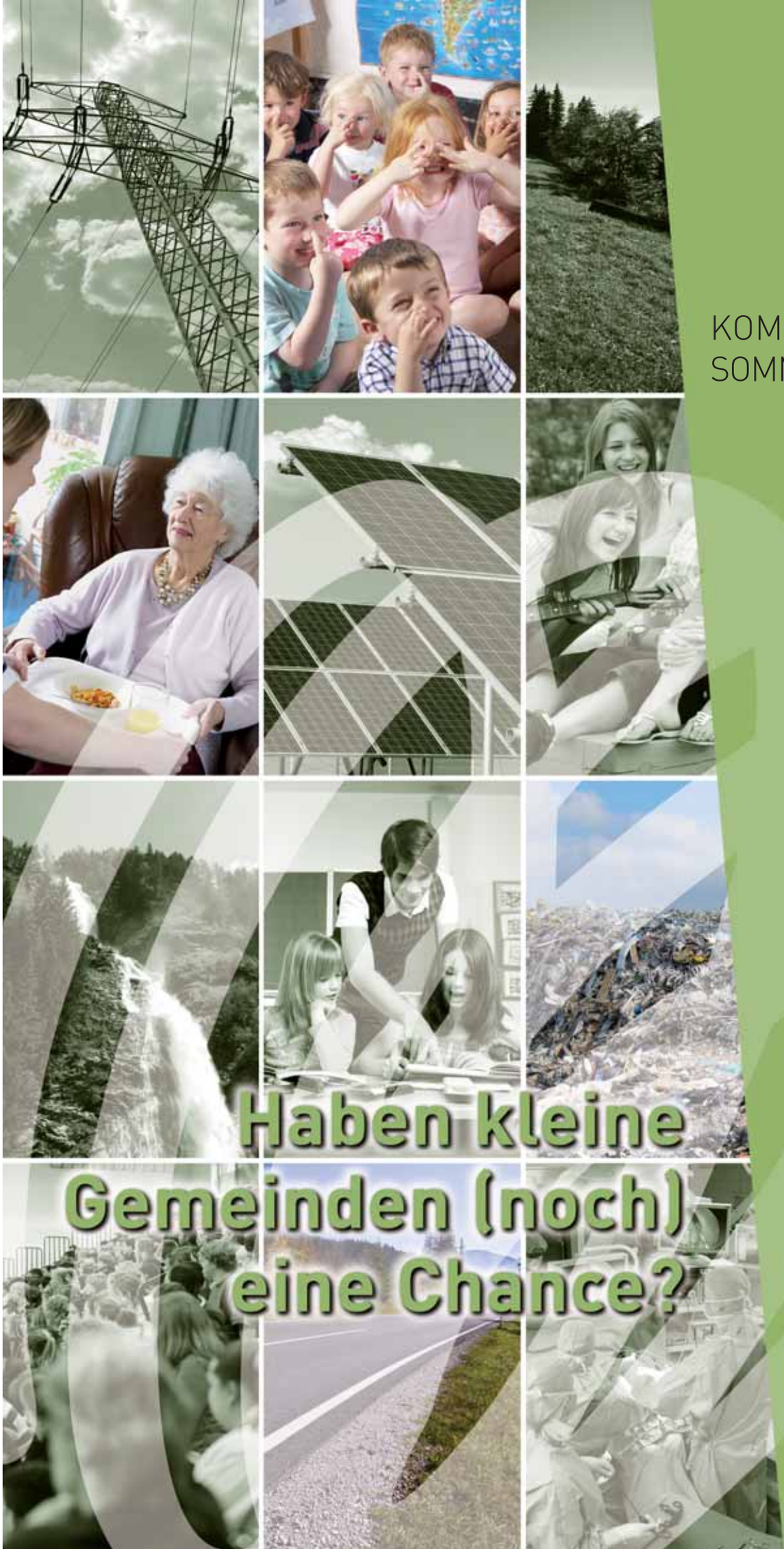
Martin Huber

Die Rekordhitze im heurigen Juli sorgte für einen Besucheransturm in den kommunalen Freibädern, Strandbädern und Badeteichen.

> Dass die Gemeinde nicht für „alles und jedes“ haftbar gemacht werden kann, unterstreicht eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes (OGH) aus dem Jahre 2005.

Dort, wo unsere Badegäste Abkühlung suchen, kann es manchmal „heiß“ hergehen – vor allem, wenn das Badevergnügen mit einem gewissen Nervenkitzel verbunden werden soll: riesige Luftkissen, Kletterwände, Rutschen und Bahnen in allen Schwierigkeitsgraden, Längen und Formen – das Angebot wird immer aufwendiger und spektakulärer.
Ob bei Unfällen, die in Zusammenhang mit der Nutzung derartigen Anlagen stehen, die Gemeinde als Badeanlagenbetreiber zur Haftung herangezogen werden kann, hängt – wie so oft – von den konkreten Umständen im Einzelfall ab. Dass die Gemeinde nicht für „alles und jedes“ haftbar gemacht werden kann, unterstreicht eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes (OGH) aus dem Jahre 2005 (OGH vom 23. 5. 2005, GZ 10Ob44/05a).
Der konkrete Fall trug sich in einer Kärntner Gemeinde zu. Der damals zehn Jahre alte Kläger schwamm ein kleines Stück vom sogenannten „Eisberg“ – einem künstlichen Kletterturm, der zu den Anlagen des Strandbades gehört – weg und wurde von einem unbekannten herabspringenden Badegast so unglücklich getroffen, dass er erhebliche Verletzungen erlitten hat.
Dem Vorwurf, dass die Gemeinde die geschaffene „Gefahrenquelle Eisberg“ nicht gehörig – insbesondere durch den Einsatz einer entsprechenden Aufsichtsperson – gesichert hat, folgte das Höchstgericht nicht und bestätigte die Abweisung des Klagebegehrens. Im wesentlichen folgte der Gerichtshof den Argumenten der Vorinstanz, wonach es eine Überspannung der Verkehrssicherungspflichten bedeuten würde, wenn sich der Badewart ständig beim Klettergerüst aufhalten müsse.
Der Umfang und die Intensität der Verkehrssicherungspflichten richten sich vor allem danach, in welchem Maß die Badegäste selbst vorhandene Gefahren erkennen und ihnen begegnen können. Der konkrete Inhalt einer Verkehrssicherungspflicht kann, so die Höchstrichter, immer nur von Fall zu Fall bestimmt werden; entscheidend ist vor allem, welche Maßnahmen zur Vermeidung einer Gefahr „möglich und zumutbar“ sind.
Hinzu kommt, dass der konkrete Unfall auf ein „völlig unvernünftiges und leichtsinniges“ Verhalten eines anderen Badegastes zurückzuführen war, für das der Badeanlagenbetreiber nicht zur Verantwortung gezogen werden kann.
Die Gemeinde ist zwar verpflichtet, die ihren Gästen zur Verfügung gestellten Anlagen in einen solchen Zustand zu versetzen und zu erhalten, dass die Gäste bei ordnungsgemäßer Benutzung keinen Schaden erleiden; die Auffassung der klagenden Partei, wonach beim „Eisberg“ sich ständig eine den Aufstieg und Absprung der Kinder koordinierende Aufsichtsperson hätte aufhalten müssen, würde einer Überspannung der Verkehrssicherungspflichten nachkommen.

Dr. Martin Huber ist Landesgeschäftsführer des Salzburger Gemeindebundes und lehrt am Technikum Kärnten



KOMMUNALE
SOMMERGESPRÄCHE
**2010**

# Haben kleine Gemeinden (noch) eine Chance?

Wie gut geht es den Menschen in ihren Gemeinden?
Können wir uns den Wohlstand noch leisten?
Müssen wir uns in Zukunft selbst um alles kümmern?
Können Partnerschaften oder Kooperationen den Gemeinden nützen?
Hier sind die Antworten.

# Inhalt


**Kooperationen machen Sinn** 2–3
Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und Kommunalkredit-Generaldirektor Alois Steinbichler im Interview.

**Der Mensch braucht ein Ziel vor Augen** 4–6
Kurt Biedenkopf, ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen, zum Verhältnis von Staatsgläubigkeit, freier Gesellschaft und Eigeninitiative.

**Gemeinden im Umbruch** 7–10
OGM-Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer präsentiert die Ergebnisse der aktuellen BürgermeisterInnen- und Bevölkerungsbefragung.

**Geborgtes Wachstum** 11–12
Impulsreferat von Industriellen-Vertreter Veit Sorger zur Lage der Wirtschaft.

**Workshopreihe „Im Spannungsfeld zwischen Wohlfühlgemeinde und Sparbudget“** 13–17
Von gemeindeübergreifenden Kooperationen und alternativen Finanzierungsmöglichkeiten über Energieautonomie bis hin zu Freiwilligenarbeit und effizientem Wirtschaften in der Kommune.

**Die Kraft der Kommunen ans Sonnenlicht lassen** 18–19
Kommunalberater Magnus Staehler zum Thema „Kommunale Selbstverwaltung“.

**Kalte Schauer, warmer Regen** 20–21
Kontroversielle Politikerdebatte zu heißen Themen.

**Alpbach für Gemeinden** 22
Gemeindebund-Generalsekretär Robert Hink im Interview.

**Seitenblicke** 22–23
Die Kommunalen Sommergespräche in Bildern


# „Kooperationen

Sie haben Tradition: Bereits zum fünften Mal in Folge fanden Ende Juli die Kommunalen Sommergespräche, eine gemeinsame Veranstaltung des Österreichischen Gemeindebundes und der Kommunalkredit Austria, statt. Ziel war es, wichtige Fragen des Kommunalwesens an führende Politiker, Wissenschafter, Unternehmer und Experten des öffentlichen Managements zu stellen und gemeinsam Antworten zu erarbeiten.

So diskutierten vom 28. bis 30. Juli mehr als 200 TeilnehmerInnen im Kurhaus in Bad Aussee zum Thema „Haben kleine Gemeinden (noch) eine Chance? Im Spannungsfeld zwischen Wohlfühlgemeinde und Sparbudget“. Das Thema stand im Zeichen der anhaltenden Debatte um die künftige Finanzierbarkeit kommunaler Leistungen, mögliche Entlastungen durch vermehrte Eigenleistungen der Bevölkerung und die Auswirkungen bundes- und landespolitischer Entscheidungen auf den Haushalt und die Leistungsfähigkeit der Gemeinden.

Die Nachlese-Redaktion der Kommunalen Sommergespräche hat den Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes, Helmut Mödlhammer, und den Vorstandsvorsitzenden der Kommunalkredit Austria, Alois Steinbichler, im Vorfeld befragt.

„Wir brauchen einen Belastungsstopp und eine Aufgabenreform, die klare Verantwortlichkeiten schafft.“
Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

**Herr Präsident Mödlhammer, haben es kleine Gemeinden schwerer als große?**
**Mödlhammer:** Kleine Einheiten haben hervorragende Chancen, weil sie sehr flexibel sind und rasch auf Veränderungen reagieren können. Die Wirtschaft liefert laufend den Beweis dafür, dass kleine Einheiten große Stärken haben. In Österreich bilden Kleinbetriebe das Rückgrat der Wirtschaft. Sie haben die Kraft, die Herausforderungen, die sich durch die geänderten Rahmenbedingungen ergeben, erfolgreich zu meistern. Genauso sehe ich das bei den Gemeinden. Da wird Großartiges geleistet.

**Herr Generaldirektor Steinbichler, tun sich kleine Gemeinden aufgrund ihrer Flexibilität leichter mit der Finanzierung?**
**Steinbichler:** Finanzierungen hängen nicht von der Größe einer Gemeinde, sondern von der Art des zu finanzierenden Projekts ab. Wir bieten sowohl Finanzierungen für kleinere Projekte als auch für komplexe Großprojekte an. So sind im Rahmen unserer „Initiative Licht“ Finanzierungen ab 150.000 Euro möglich. Durch die Erneuerung und Modernisierung der kommunalen

# machen Sinn“

Anlässlich der Eröffnung der fünften Kommunalen Sommergespräche diskutierten der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Helmut Mödlhammer, und der Vorstandsvorsitzende der Kommunalkredit Austria, Alois Steinbichler, über die Perspektiven der österreichischen Gemeinden.

Beleuchtung kann ein erheblicher Beitrag zur Sicherheit, zur Erhöhung der Lebensqualität und zum Klimaschutz in den Gemeinden geleistet werden. Gerade bei solchen Aufgaben bietet es sich an, Projekte durchzuführen.

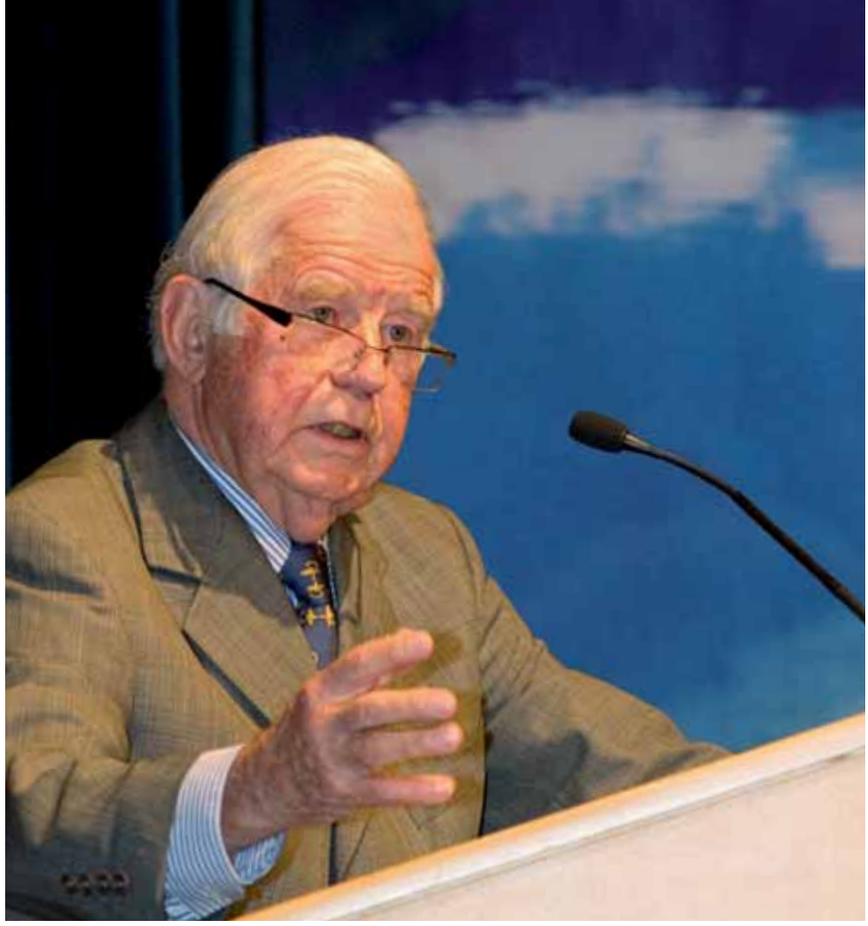
**Ist das ein Plädoyer für die Zusammenlegung von Gemeinden?**
**Steinbichler:** Es ist ein Plädoyer für alternative Lösungen im Finanzierungsbereich. Genau solche führen wir im Rahmen des Kerngeschäfts der Kommunalkredit durch. Es handelt sich um projektbezogene Finanzierungen, die je nach Art der Aufgabe gestaltet und strukturiert werden. Wir „versteigern“ nicht billiges Geld, sondern schauen uns gemeinsam mit den Gemeinden an, was benötigt wird, was möglich ist, und beraten hinsichtlich der geeigneten Finanzierungs- und Fördermaßnahmen. So macht es beispielsweise Sinn, die derzeitigen Chancen aus der Absicherung des niedrigen Zinsniveaus zu nutzen.

**Mödlhammer:** Man muss nicht gleich fusionieren, um bei einzelnen Projekten zu kooperieren. Wir haben eine Reihe von Beispielen erfolgreicher Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg – etwa gemeinsame Verwaltungseinrichtungen oder gemeinsame Bauhöfe. Solche Kooperationen machen absolut Sinn. Wogegen ich mich verwehre, ist ein unüberlegtes, zwangsweises Zusammenlegen von Gemeinden. Dadurch würde den einzelnen Gemeinden ihre Identität genommen und die Bereitschaft der Bevölkerung zu freiwilliger Mitarbeit und Eigeninitiative erheblich eingeschränkt werden.

**Mehr als die Hälfte der österreichischen Gemeinden schreibt rote Zahlen, Tendenz steigend. Wie kann der Schuldenberg bezwungen werden?**
**Mödlhammer:** Die Gemeinden liegen bei der Schuldenentwicklung weit besser als die Bundesländer und der Bund. Unser Anteil an den Gesamtschulden Österreichs beträgt nicht einmal fünf Prozent. In den Gemeinden wird ordentlich gewirtschaftet. Hier sind Menschen am Werk – auch in der Politik –, die ein Herz für die Bürgerinnen und Bürger haben und engagiert arbeiten. Natürlich müssen auch Maßnahmen gesetzt werden, um die Schulden zu verringern. Sparen allein wird das Problem nicht lösen, ebenso wenig der (Irr-)Glaube, dass alles mit Steuererhöhungen in den Griff zu bekommen ist. Was wir brauchen, sind ein Belastungsstopp seitens Bundesländer und Bund, eine Aufgabenreform, die klare Verantwortlichkeiten schafft, und ein aufgabenorientierter Finanzausgleich.

„Wir ‚versteigern‘ nicht billiges Geld, sondern stehen den Gemeinden beratend und unterstützend zur Seite.“
Alois Steinbichler, Generaldirektor der Kommunalkredit Austria

**Was kann die Kommunalkredit zur Lösung des Finanzierungsproblems beitragen?**
**Steinbichler:** Wir fühlen uns dem Kommunalen verpflichtet, unser Geschäftsmodell ist auf den kommunalen Bereich fokussiert. Als Österreichs Bank für Infrastruktur ist unser Vertrieb in die Sparten Soziale Infrastruktur, Energie & Umwelt und Verkehr gegliedert. Unser Leistungsprofil umfasst neben der Finanzierung die Budget-, Infrastruktur-, Veranlagungs- und Förderungsberatung. Außerdem unterstützen wir bei der Förderabwicklung. Mit diesem Angebot können wir die österreichischen Gemeinden vor allem jetzt – in wirtschaftlich besonders herausfordernden Zeiten – als verlässlicher Partner unterstützen.



Querdenker mit politischer Erfahrung: Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident von Sachsen a. D.

Den Auftakt zu den Kommunalen Sommergesprächen 2010 bildete das pointierte Referat eines Gastredners aus Deutschland. Kurt Biedenkopf, ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen, sprach zum Verhältnis von Staatsgläubigkeit, freier Gesellschaft und Eigeninitiative.

# Der Mensch braucht ein Ziel vor Augen

In den 1970er Jahren galt er als enger Vertrauter des damaligen CDU-Vorsitzenden und späteren Bundeskanzlers Helmut Kohl. In den 1990er Jahren, als Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, ließ er mit einem sozialökologischen Zukunftsprojekt aufhorchen. Im Juli 2010 war er als Eröffnungsredner zu den Kommunalen Sommergesprächen geladen: Kurt Biedenkopf, Jahrgang 1930, gelernter Jurist, ehemaliger CDU-Politiker, Autor und Querdenker. Seiner politischen Entourage war er nicht immer bequem, sprach er doch aus, was viele dachten, aber nicht zu sagen wagten, weil es gerade nicht opportun war.

Überaus opportun war hingegen sein Eröffnungsreferat in Bad Aussee unter dem Titel „Ohne Eigeninitiative keine freie Gesellschaft“. Mit scharfem Verstand und teils scharfer Zunge begeisterte Biedenkopf das Auditorium im Kursaal. Gleich zu Beginn zeigte er das Dilemma auf, in dem sich unsere Gesellschaft aktuell befindet: auf der einen Seite starke Staatsorientierung mit einem umfassenden Wohlfahrtsstaat, auf der anderen Seite der Ruf nach Individualität, Vielfalt, Freiheit und Unabhängigkeit.

„Selbsthilfe und Eigeninitiative sind als Samen zu verstehen, die man identifizieren und zum Treiben bringen muss. Sie sind keinesfalls Lückenbüßer für einen Staat, der nicht mehr kann oder will.“
Kurt Biedenkopf

## Widerstand gegenüber Eigenverantwortung

Dieses Dilemma führe nach Meinung Biedenkopfs dazu, dass man beim Versuch, von politischer Seite her mehr Eigenverantwortung zu begründen, unweigerlich auf Widerstand stoße. „Die Möglichkeit, Eigenverantwortung zu übernehmen, wird von den Menschen nicht als Ausdruck von Freiheit begriffen, sondern als ein Versuch des Staates, Aufgaben auf sie abzuwälzen“, so Biedenkopf. Ausgleichen lasse sich diese Spannung zwischen Staats-

orientierung und Eigenverantwortung nur auf kommunaler Ebene.

Damit ergibt sich freilich ein Problem: „Kommunen haben das Gefühl, ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen zu können, weil sie immer mehr verrechtlicht werden. Sie büßen an Autonomie ein und haben immer weniger Gestaltungsmöglichkeiten." Diese Verrechtlichung stehe in klarem Gegensatz zur Vielfalt der heutigen Lebensverhältnisse, und dieser Widerspruch lasse sich nun einmal „nicht durch Standardisierung und Zentralisierung, sondern nur durch Eigeninitiative aufheben".

Sind die Menschen aber zu mehr Eigeninitative bereit? Biedenkopf: „Wenn sie es nicht sind, werden sie ihre Freiheit einbüßen. Um die Vielfalt zu wahren, unterlaufen die Bürger zunehmend das zentrale Gleichheitselement." Vor allem jüngere Menschen werden sich keine Ordnung aufzwingen lassen, die sie ausbeutet. Sie werden diesem Zwang entgehen, indem sie Wege finden, die ihr Schicksal verbessern.

## Problem Demografie

Wie ist es überhaupt zu dieser gesellschaftlichen Entwicklung gekommen? Für Biedenkopf liegt die Ursache in der Demografie: „Das Medianalter in Deutschland liegt aktuell bei 41 Jahren. Vor 60 Jahren lag es noch bei 28. Allein aufgrund dieser Verschiebung ergibt sich eine tiefgreifende Veränderung der Bevölkerungsstruktur." Dabei sieht Biedenkopf nicht die rückläufige Fertilität als Hauptproblem, sondern die ständig steigende Lebenserwartung.

„Das hat massive Auswirkungen auf unsere Sozialsysteme, insbesondere auf das Verhältnis zwischen Leistungsträgern und Leistungsempfängern", so Biedenkopf. „Bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 80 Jahren hat die Bevölkerung einen Rentenanspruch von fast 20 Jahren an die nachwachsende Generation. Als Bismarck und Lassalle die ersten Elemente der Alterssicherung schufen, erhielten zwei Drittel der Arbeitnehmer keine Alterssicherung, weil sie vorher verstarben."

Statistisch gesehen haben die geburtenstarken Jahrgänge seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre rund 30 Prozent weniger Kinder zur Welt gebracht als die Elterngeneration. Gleichzeitig steigen die Ansprüche an die Alterssicherungssysteme und an die Gesundheitsversorgung. Biedenkopf: „Was macht eine Kommune mit diesen Einwohnern, die keiner Arbeit mehr nachgehen und keine Tagesbeschäftigung haben? Wie kann sich dieser Teil der Bevölkerung nützlich machen? Das sind die entscheidenden Fragen für die Zukunft!"

## „Das Gefühl, gebraucht zu werden"

Biedenkopf zeigte sich überzeugt, dass mit der Generation der Älteren eine bedeutende Ressource zur Verfügung stehe, mit deren Hilfe eine Fülle an Aufgaben erledigt werden könne, und stellte die in Deutschland erfolgreiche „Aktion 55" vor. Dabei übernehmen Senioren Tätigkeiten von öffentlichem oder allgemeinem Interesse und erhalten im Gegenzug einen kleinen Geldbetrag. „Die Menschen beteiligen sich nicht des Geldes wegen, sondern weil sie in ihrem Lebenskreis in der Gemeinde mitwirken wollen. Das gibt ihnen eine neue Identität und schafft das Gefühl, gebraucht zu werden", so Biedenkopf.

Voraussetzung für ein solches Modell ist allerdings, dass man die Kommunen neu versteht. „Die Gemeinden dürfen nicht einfach nur als verlängerte Administrationslinie gesehen werden", forderte Biedenkopf. „Man muss das System vom Kopf auf die Füße stellen, denn eine Veränderung kann sich nur von unten nach oben entwickeln."

> „Kein vernünftiger Mensch wird daran glauben, dass Wohlstand unbeschränkt vermehrbar ist. Vielmehr sollten wir uns ansehen, was die wahren Wünsche der Bevölkerung sind."
>
> Kurt Biedenkopf

## Mehr Geld für Ausbildung

Dieser Ansatz stellt freilich das bisherige Konzept des Sozialstaates in Frage. „Durch die immer älter werdende Bevölkerung ergeben sich zusätzlich zu den ohnehin schon vorhandenen Schulden weitere Belastungen, auf die die nachfolgende Generation nicht entsprechend vorbereitet wird", kritisierte Biedenkopf. Seiner Ansicht nach müssten Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, um die junge Generation besser auszubilden, damit sie bei geringerer Kopfzahl das Gleiche erreichen kann.

Gespannte Aufmerksamkeit im voll besetzten Kursaal

Veranstaltungsmoderator Hans Bürger, Chef der ORF-Innenpolitik, im Gespräch mit Kurt Biedenkopf

Dabei dürfe keine Rücksicht auf politische Durchsetzbarkeit genommen werden. Biedenkopf: „Die Wirklichkeit, die wir gemeinsam gestalten, fragt nicht, ob notwendige Veränderungen politisch durchsetzbar sind oder nicht. Wenn die Veränderungen nicht aktiv gestaltet werden, gestalten sie sich selbst, und das ist die unsozialste Form, weil sie sich nicht um die Interessen anderer kümmert."

## SECHS FRAGEN AN KURT BIEDENKOPF

**Welche Politik brauchen die Gemeinden?**
Wir gehen von der Prämisse aus, dass das Verteilbare ständig wächst. Deshalb betreiben wir Wachstumspolitik. Reallöhne steigen aber nur unterproportional im Vergleich zu dem, was abgeschöpft wird. Wir können natürlich so tun, als sei diese Strategie durchhaltbar. Kein vernünftiger Mensch wird aber daran glauben, dass Wohlstand unbeschränkt vermehrbar ist. Vielmehr sollten wir uns ansehen, was die wahren Wünsche der Bevölkerung sind. Das sind in erster Linie Geborgenheit, Sicherheit, Gesundheit und Freunde. Danach erst kommt wirtschaftlicher Wohlstand.

**Kann man es Bürgern überlassen, Aufgaben selbst zu erledigen?**
Will man die Frage mit „Nein" beantworten, hat man die Demokratie aufgegeben. Natürlich kann man es Bürgern überlassen, Aufgaben selbst zu erledigen! Damit es aber dazu kommt, braucht es ein generelles Umdenken und gute Vorbilder aus der Praxis. Selbsthilfe und Eigeninitiative sind als Samen zu verstehen, die man identifizieren und zum Treiben bringen muss. Sie sind keinesfalls Lückenbüßer für einen Staat, der nicht mehr kann oder will. Zusätzlich braucht es die richtige Führung.

**Was bedeutet für Sie Führung?**
Führen heißt helfen, anleiten, erklären, aber auch Autorität ausüben und die Möglichkeit einräumen, auf kommunaler Ebene gestaltend mitzuwirken. Dann kann die Bevölkerung auch stolz sein auf das, was sie geleistet hat.

**Wie kann die Bevölkerung dazu motiviert werden, mehr Eigeninitative zu übernehmen?**
Erstens: Prämieren Sie Gemeinden, zeichnen Sie Bürger aus, die das besonders gut machen! Solche Aktivitäten sind nicht notwendigerweise eine finanzielle Belastung, aber eine enorme Bereicherung. Anerkennung ist ein ungemein starker Motivationstreiber.
Zweitens: Lassen Sie die Schüler Aufsätze schreiben zum Thema „Wie soll meine Stadt in zehn Jahren aussehen, damit ich hier noch gerne lebe?". Sie werden überrascht sein, welche Vielfalt an Vorschlägen und Ideen Sie da bekommen. Dann müssen die Älteren mit den Jüngeren darüber reden und sich auf einen Dialog einlassen. Damit könnte man eine ungeheure Aufmerksamkeit erzeugen.
Drittens: Motivieren Sie junge Leute dazu, Fragen zu stellen. Ich glaube nicht, dass die Spaßgesellschaft eine befriedigende Alternative ist. Wenn allerdings von der Wiege bis zur Bahre alles staatlich geregelt ist und kein Raum für Fragen bleibt, kann sich die Eigeninitiative nur in Veranstaltungen der Spaßgesellschaft entfalten.

**Wie können Gemeinden verhindern, dass sie finanziell ins Minus rutschen?**
Das ist die falsche Frage. Man sollte vielmehr die Frage stellen, für welchen Zweck Geld ausgegeben werden soll. Dazu brauchen die Kommunen mehr Autonomie. Sie sollten mit ihren Bürgern darüber reden können, wofür Steuergelder verwendet werden und was das für die Bürger bringt. Die Menschen brauchen ein Ziel vor Augen und sollten sich dafür einsetzen dürfen. Im Moment gibt es dieses Ziel nicht – nur eine administrative Aufgabe, die lautet „Ausgaben kürzen".

**An neuen Ideen und Vorschlägen zur Lösung des Finanzproblems scheint es nicht zu mangeln. Warum klappt es nicht mit der Umsetzung?**
Es liegt an der politischen Kommunikation. Wir haben uns Terminologien angewöhnt, die uns innovations- und problemlösungsunfähig machen. Amtierende Politiker meinen, sie könnten der Bevölkerung keine „Grausamkeiten" mitteilen. Was ist grausam daran, zu sagen: Wir setzen uns jetzt einmal zusammen, machen eine Bestandsaufnahme und überlegen, wie unser Land in zehn Jahren aussehen würde, wenn wir so weitermachen wie bisher. Was machen wir mit den älteren Menschen, die immer früher in Rente gehen? Was machen wir mit den Jungen? Wie gehen wir mit Langzeitarbeitslosen um? Das muss klar und sachlich angesprochen und darf nicht durch Terminologien, die Tabus festlegen oder sich auf Vergangenes beziehen, verwaschen werden. In Deutschland ist die politische Sprache zunehmend eine Sprache der Vergangenheit. Damit werden Probleme fortgesetzt, die nicht mehr existieren, und Probleme, die sehr wohl existieren, nicht aufgegriffen.

# Gemeinden im Umbruch

Im Vorfeld der Kommunalen Sommergespräche befragten der Österreichische Gemeindebund und die Kommunalkredit Austria mehr als 450 BürgermeisterInnen zum Thema „Finanzierbarkeit kommunaler Leistungen“. Parallel dazu wurde eine Bevölkerungsumfrage bei rund 1.000 Personen durchgeführt. Wolfgang Bachmayer, Leiter des Meinungsforschungsinstituts OGM, präsentierte die Ergebnisse.

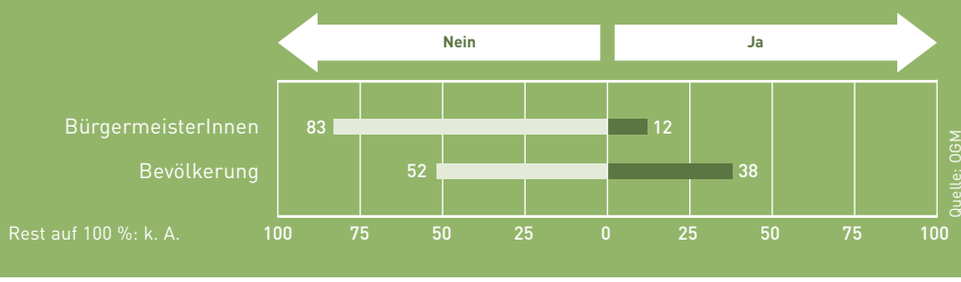
Je größer die Gemeinde, desto optimistischer sind die BürgermeisterInnen und die Bevölkerung, dass es so weitergehen könnte wie bisher.“ Diese Aussage stellte Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer an den Beginn seiner Präsentation am zweiten Konferenztag. Er wies damit auf einen strukturell bedingten Unterschied in der Selbstwahrnehmung der Gemeinden hin, der sich wie ein roter Faden durch die gesamte Analyse zog.

Die Ergebnisse im Detail: Auf die Frage, ob kommunale Leistungen in Zukunft gleich finanzierbar seien wie

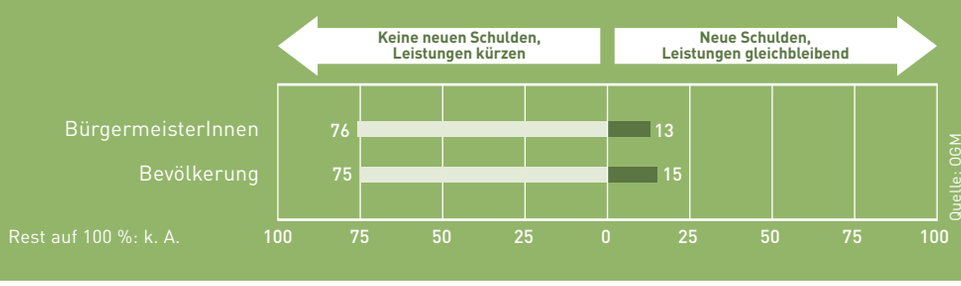
Bei der Präsentation der BürgermeisterInnen- und Bevölkerungsbefragung: Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer

Das Publikum verfolgte die Ergebnisse der BürgermeisterInnen-Befragung mit großem Interesse

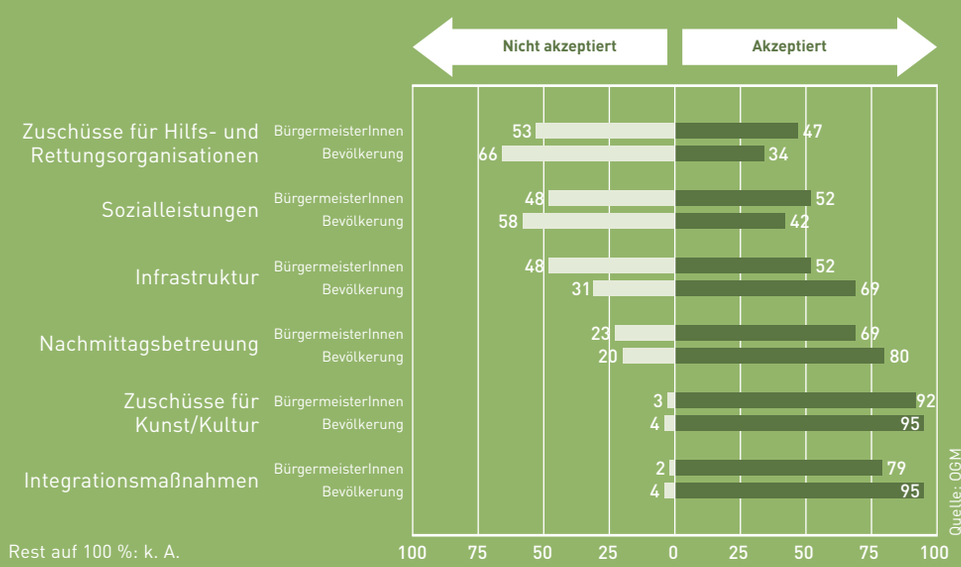
**Grafik 1: Sind kommunale Leistungen in Zukunft gleich finanzierbar wie bisher?**




**Grafik 2: Sollen zur Aufrechterhaltung der bisherigen Leistungen neue Schulden aufgenommen werden?**




**Grafik 3: In welchen Bereichen können Leistungen gekürzt werden?**




bisher, anworteten die BürgermeisterInnen mehrheitlich mit Nein, während sich die Bevölkerung weniger pessimistisch, aber doch skeptisch zeigte (vgl. Grafik 1).

Einig waren sich BürgermeisterInnen und Bevölkerung, als es darum ging, ob zur Aufrechterhaltung der bisherigen Leistungen neue Schulden aufgenommen werden sollten. Diese Möglichkeit lehnten sie zu 75 Prozent ab, wobei sich auch hier leichte Differenzen zeigten: Größere Gemeinden, insbesondere in Ostösterreich, wären eher noch bereit, neue Schulden zu akzeptieren (vgl. Grafik 2).

## Keine Kürzungen bei Sozialleistungen

Auf klare Ablehnung, insbesondere bei den BürgermeisterInnen, stieß die Frage, ob die Bevölkerung Leistungskürzungen hinnehmen würde. „Hier zeigt sich deutlich die Diskrepanz zwischen Finanzierbarkeit und der Bereitschaft zur Leistungskürzung“, so Bachmayer. Bei Vertiefung der Frage ergab sich jedoch, dass eine Einschränkung bestimmter Leistungen durchaus Akzeptanz finden würde – etwa in den

„Alles, was Autonomie- und Identitätsverluste für die BürgermeisterInnen bringen könnte, wird abgelehnt. Partnerschaften und Kooperationen, die die Autonomie unangetastet lassen, werden akzeptiert.“ Wolfgang Bachmayer

Bereichen Kunst & Kultur, Integrationsmaßnahmen und Nachmittagsbetreuung für Pflichtschüler (vgl. Grafik 3 auf Seite 8). Nahezu ein „Kürzungsverbot“ besteht bei Zuschüssen für Hilfs- und Rettungsorganisationen und Sozialleistungen. Infrastrukturkürzungen werden deutlich heftiger von BürgermeisterInnen als von der Bevölkerung abgelehnt.

Auf die nur an die BürgermeisterInnen gerichtete Frage, ob sie 2010 Einnahmenrückgänge erwarten, wurden sehr klare Antworten gegeben: Praktisch alle Gemeindevorstände rechnen mit einem durchschnittlichen Rückgang um 11 Prozent, wobei kleinere Gemeinden von einem höheren Minus ausgehen als größere.

## Konkrete Maßnahmenpläne

Vor diesem Hintergrund haben bereits 34 Prozent der BürgermeisterInnen entsprechende Maßnahmen beschlossen, um aktiv auf die Situation zu reagieren. 28 Prozent sind noch ohne konkrete Konzepte und Beschlüsse, 22 Prozent warten weiter ab, und 16 Prozent meinen, dass keine Veränderung möglich oder notwendig sei (vgl. Grafik 4).

„Hier zeigt sich, dass größere Gemeinden schon Krisenpläne vorbereitet haben, während sich kleine Gemeinden eher passiv verhalten. Das kann an einem Mangel an personellen Kompetenzen liegen und weist auf einen erhöhten Beratungsbedarf hin“, so Bachmayer.

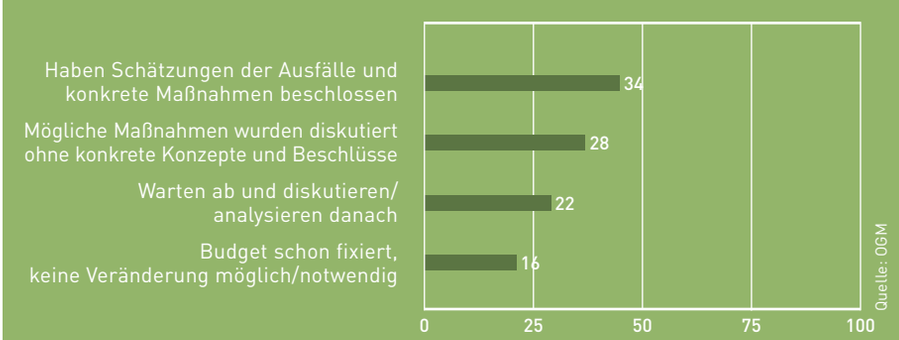
Die Antworten auf die Frage nach dem Investitionsbedarf in den kommenden Jahren spiegeln die Überlegungen zu möglichen Kürzungen wider. Die meisten Investitionen sind bei Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung und Energie erforderlich (vgl. Grafik 5 auf Seite 10).

## Nein zu Gemeindefusionen, Ja zu Kooperationen

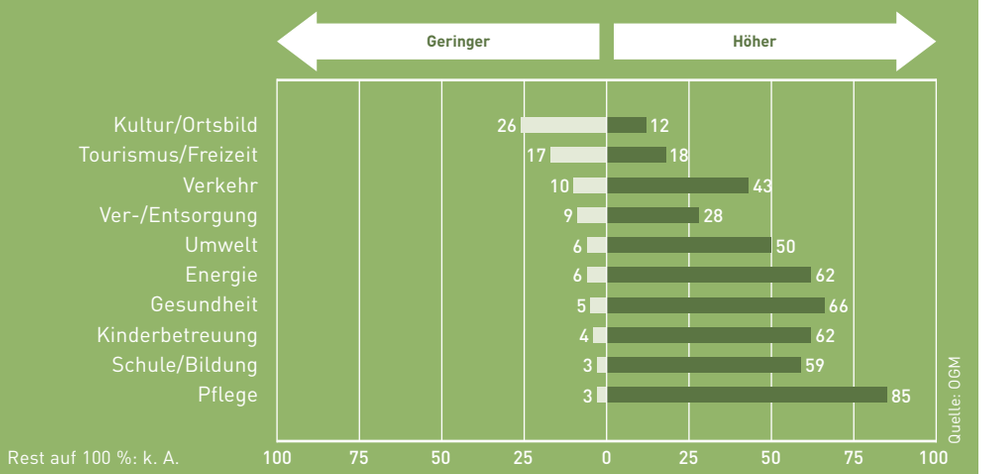
Bei den vorgeschlagenen Handlungsoptionen zur Lösung der Budgetprobleme kommen Gemeindezusammenlegungen für nahezu 90 Prozent der BürgermeisterInnen nicht in Frage. Auch die Privatisierung kommunaler Einrichtungen wird mehrheitlich abgelehnt. Mehr Kooperationen und verstärkte Arbeitsteilung zwischen den Gemeinden werden hingegen befürwortet (vgl. Grafik 6 auf Seite 10). Bachmayer: „Alles, was Autonomie- und Identitätsverluste für die BürgermeisterInnen bringen könnte, wird abgelehnt. Partnerschaften und Kooperationen, die die Autonomie unangetastet lassen, werden akzeptiert.“

Beim direkten Vergleich kleiner und großer Gemeinden zeigte die OGM-Analyse, dass sowohl Bürger-

**Grafik 4: Welche Maßnahmen zur Krisenbewältigung wurden getroffen?**

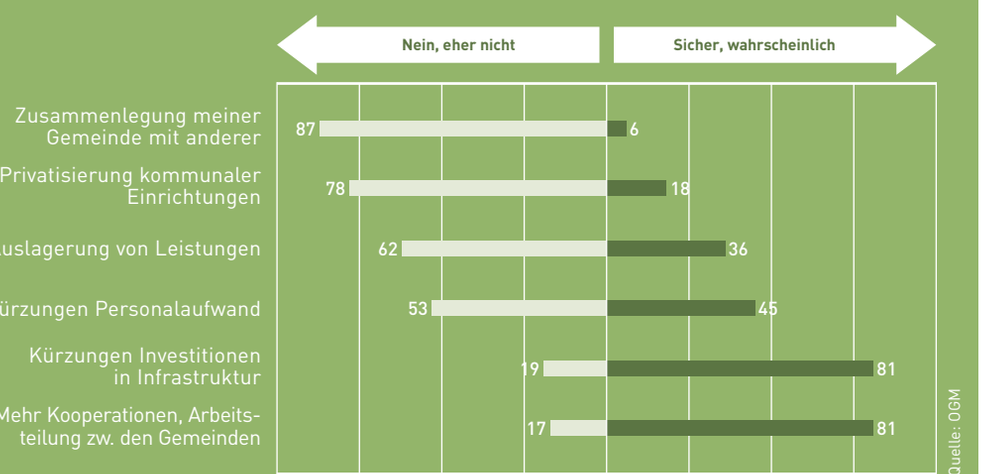


## Grafik 5: Wie entwickelt sich der Investitionsbedarf in den nächsten Jahren?



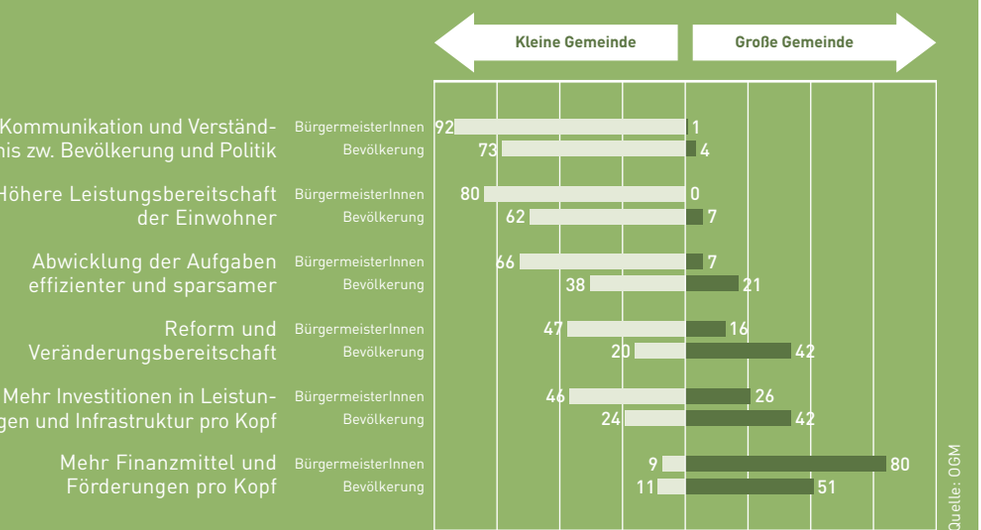

Rest auf 100 %: k. A.

## Grafik 6: Welche Handlungsoptionen kommen in Frage?




Rest auf 100 %: k. A.

## Grafik 7: Was trifft auf kleine Gemeinden (bis 5.000 EW) zu, was auf größere Gemeinden (ab 10.000 EW)?




Rest auf 100 %: k. A.

meisterInnen als auch die Bevölkerung der Ansicht sind, dass größere Gemeinden höhere Krisenabfederungskompetenz hätten und hier der wirtschaftliche Aufschwung stärker ausfallen könnte. Demgegenüber stehen höhere Leistungsbereitschaft, mehr Effizienz und Sparsamkeit in kleineren

> „Größere Gemeinden haben schon Krisenpläne vorbereitet, während sich kleine Gemeinden eher passiv verhalten."
> Wolfgang Bachmayer

Gemeinden, in denen sich Ehrenamtlichkeit leichter organisieren lässt. Eine grundsätzliche Reform- und Veränderungsbereitschaft wird von der Bevölkerung eher in größeren Gemeinden gesehen, da hier ein besserer Bildungsgrad gegeben sei (vgl. Grafik 7).

## DIE KERNAUSSAGEN DER UMFRAGE AUF EINEN BLICK

- Die Einnahmen der Gemeinden sinken um durchschnittlich 11 Prozent.
- Die Leistungserfordernisse und der Investitionsbedarf sind dagegen steigend.
- Neue Schulden werden von BürgermeisterInnen und Bevölkerung gleichermaßen abgelehnt.
- Leistungskürzungen werden mehrheitlich nicht akzeptiert, vor allem nicht in den finanziell gewichtigen Bereichen.
- Die Mehrheit der Gemeinden ist noch ohne Plan zur Reaktion auf diese Entwicklungen.
- Zusammenlegungen von Gemeinden sowie Privatisierungen werden abgelehnt. Erweiterte Kooperationen zwischen den Gemeinden und mit privaten Partnern werden jedoch als Chance gesehen.

# Geborgtes Wachstum

Über die Zukunftschancen der österreichischen Wirtschaft referierte Industriellen-Vertreter Veit Sorger und mahnte die Politik zu einer raschen Budgetkonsolidierung und Verwaltungsreform.

Klare Forderungen nach Reformen: Veit Sorger, Präsident der Industriellenvereinigung

Das Schlimmste ist vorbei.“ Mit dieser Botschaft eröffnete Veit Sorger, Präsident der Industriellenvereinigung, den zweiten Konferenztag. Unter dem Titel „Industrieland Österreich – Lehren für die Zukunft“ gab er einen Überblick über die aktuelle Lage der Wirtschaft und einen Ausblick, was künftig zu erwarten ist.

Trotz Erleichterung über die langsame Erholung der Konjunktur, die den heimischen Betrieben zuletzt Zuwächse bei den Exporten bescherte, warnte Sorger vor übertriebenem Optimismus: „Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass der Aufschwung nicht selbsttragend ist. Er resultiert aus Bewegungen der Lagerauffüllung und den Konjunkturbelebungsmaßnahmen der Regierung. Sieht man sich zum Beispiel den Schiffscontainer-Transportindex als spezifischen Frühindikator an, zeichnet sich seit Mai 2010 ein Einbruch um 40 Prozent ab. Das ist kein gutes Signal.“

„Wenn wir nicht jetzt den Spielraum schaffen, um die notwendigen Zukunftsinvestitionen in Aus- und Weiterbildung, Forschung & Entwicklung und Infrastruktur tätigen zu können, ist der Wohlstandsverlust auf lange Sicht vorprogrammiert.“

Veit Sorger

## Die Erholung aktiv gestalten

Darüber hinaus sei zu befürchten, dass ein mögliches Platzen der Immobilienblase am chinesischen Markt die Industrie belasten werde. Vor diesem Hintergrund könne das Wirtschaftsniveau von vor der Krise frühestens 2012 wieder erreicht werden. Bis dahin gelte es, die Erholung aktiv zu gestalten und die Stärke des Industrielandes Österreich zu nutzen.

„Als Industrieland und als kleine offene Volkswirtschaft, die ihren Wohlstand zu fast 60 Prozent mit Exporten erwirtschaftet, haben wir zwar besonders unter der Krise gelitten, aber eines ist auch deutlich geworden: Diejenigen Unternehmen, die auf Exporte gesetzt haben und sich nicht entmutigen ließen, kommen auch am schnellsten wieder aus der Krise heraus“, so Sorger.

## Rasche Budgetkonsolidierung

Aktuell prognostizieren die Wirtschaftsforschungsinstitute für 2010 ein reales Wirtschaftswachstum von 1,2 bis 1,5 Prozent. Davon stammen gut zwei Drittel aus dem Beitrag von den Weltmärkten. Nur ein Drittel geht auf den privaten Konsum zurück. Sorger: „Damit ist klar, wo wir den politischen Hebel für mehr Wachstum ansetzen müssen: bei den Exporten und einer raschen Budgetkonsolidierung.“

Letztere müsse in einer Form erfol-

## DAS SAGT VEIT SORGER ZUM THEMA ...

**... Arbeitszeitverkürzung**
„Die Forderungen der Gewerkschaften und Arbeiterkammern dividieren die Menschen auseinander, statt die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Wir arbeiten zu wenig, nicht lange genug und nicht flexibel genug. Wenn Arbeit da ist, soll gearbeitet werden, wenn zu wenig Arbeit da ist, sollen Stunden auf ein Zeitkonto vorgetragen werden."

**... Investitionen**
„Um langfristigen Wohlstand zu gewährleisten und Arbeitsplätze zu sichern, muss in Bildung, Forschung und Innovationen investiert werden. Österreich hatte bislang einen sehr guten Platz durch Dotierungen über dem europäischen Durchschnitt. In den letzten Jahren sind wir bei der indirekten Forschungsförderung von Platz 10 auf Platz 22 abgerutscht. Bei aller Budgetknappheit müssen wir danach trachten, dass wir unsere österreichischen Talente nicht vernachlässigen und dass unsere Kreativität und Möglichkeiten zur Eroberung von Nischenmärkten nicht an Dynamik verlieren."

**... Pensionsalter**
„In Deutschland liegt das gesetzliche Pensionsantrittsalter bei 67 Jahren; eine solche Maßnahme ist bei uns derzeit noch nicht notwendig. Wir können bei 65 bleiben – wenn wir wenigstens dort endlich hin- und von der populistisch unterstützten Förderung der Frühpensionierung wegkämen. Das Anheben des tatsächlichen Pensionsantrittsalters um ein Jahr würde rund 1,2 Milliarden Euro bringen. Die Unternehmer müssten diese Maßnahme mittragen, indem sie sich überlegen, wie ältere, erfahrene Mitarbeiter länger beschäftigt werden können – mit entsprechendem Respekt und gebührender Anerkennung."

**... Sparen in den Gemeinden**
„Gemeinden kann man zu diesem Thema nicht aus der Pflicht lassen. Man kann auch nicht immer vom geringen Grundsteueraufkommen reden, wenn gleichzeitig Gebühren für Müll und Wasser ständig steigen. Man wird um eine Verwaltungskooperation über Gemeindegrenzen hinaus nicht herumkommen. Bisher haben die Gemeinden aber oftmals auch die Zeche dafür gezahlt, dass der Reformwille von Bund und Ländern nicht entsprechend zum Ausdruck gekommen ist, wie beispielsweise im Gesundheits- und Sozialbereich. Das ist auch in anderen Bereichen sichtbar. "

**... Steuern**
„Die Gruppenbesteuerung hat sich mittlerweile zu einem international anerkannten Standortvorteil entwickelt. Jeder dritte Beschäftigte in Österreich arbeitet in einem Betrieb, der von der Gruppenbesteuerung profitiert. Die aktuell vorliegenden Steuerpläne sind ein massives Belastungsprogramm, das den Standort schädigt."

**... Wirtschaftswachstum**
„Reformmaßnahmen müssen so gesetzt werden, dass künftiges Wachstum richtig erfolgt. Ein Zahlenbeispiel: 1 Million zusätzliche Förderungen für Forschung & Entwicklung generiert 132 hochqualifizierte Jobs, 14 Millionen an zusätzlicher Produktion sowie 3 Millionen an zusätzlichen Steuern."

**... Zukunft**
„Es gibt ein Leben nach der Krise. Wir sehen veränderte Rahmenbedingungen mit neuen Herausforderungen. Neue Trends haben besondere Auswirkungen auf kleine Volkswirtschaften wie Österreich. Wir werden China als starke Wirtschaftsmacht sowie eine weitere Verlagerung von West nach Ost erleben, wobei der Mut, im Osten zu investieren, nachhaltig Dividende bringen wird. Rohstoffpreise werden steigen, Exporte nach Westeuropa werden ab- und Exporte in OECD-Länder zunehmen."

gen, die den Standort Österreich in seiner Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährdet. Gerade diesbezüglich werde aber in Österreich „das Pferd in der öffentlichen Debatte von der falschen Seite aufgezäumt". Täglich würde nur über die Einführung neuer oder die Erhöhung vorhandener Steuern geredet. Dabei sei es dringend geboten, das Budget ausgabenseitig zu sanieren. „Die notwendigen strukturellen Reformen sind bekannt, ausgearbeitete Konzepte liegen mehr als genug in den Schubladen", so Sorger.

> „Wir müssen den politischen Hebel für mehr Wachstum bei den Exporten und einer raschen Budgetkonsolidierung ansetzen."
> Veit Sorger

Als besonders vordringlich sieht Sorger Reformen in der Verwaltung, im Gesundheitswesen sowie im Bereich der Pensionen: „Wenn wir nicht jetzt den Spielraum schaffen, um die notwendigen Zukunftsinvestitionen in Aus- und Weiterbildung, Forschung & Entwicklung und Infrastruktur tätigen zu können, ist der Wohlstandsverlust für unser Land auf lange Sicht vorprogrammiert. Wir können nicht dauerhaft auf Wachstum setzen, das wir uns von künftigen Generationen borgen. Wir werden uns sehr konzentrieren müssen, um unsere Aufgaben zu bewältigen. Mit Hilfe von Solidarität, sozialem Zusammenhalt, Kreativität und Mut sollte das gelingen."

# Im Spannungsfeld zwischen Wohlfühlgemeinde und Sparbudget

Welche Finanzierungschancen bestehen in Zeiten knapper Budgets? Ist Energieautonomie nur eine Utopie? Wie lebt die Bürgergesellschaft in den Gemeinden? Sind Zusammenlegungen kleiner Kommunen wirklich eine Alternative?
Zu diesen hochaktuellen Themen wurde am zweiten Veranstaltungstag im Rahmen von vier Parallelworkshops heftig diskutiert. Die Einleitung in die dreistündigen Arbeitsrunden übernahmen Gastredner mit Best-Practice-Beispielen und Impulsreferaten. Die Moderation erfolgte durch namhafte Redakteure österreichischer Medien. Die wichtigsten Inhalte und Ergebnisse sind nachstehend zusammengefasst.

## Gemeinsam mehr erreichen

Um gemeindeübergreifende Kooperationen und alternative Investitionsmöglichkeiten ging es im Finanzierungsworkshop der Kommunalkredit unter der Leitung von Hellfried-Hanns Semler, Wirtschaftsredakteur bei der „Kleinen Zeitung“ in Graz.

Immer mehr Aufgaben bei immer weniger Geld: Auf diesen kurzen Nenner lässt sich die aktuelle Situation der österreichischen Gemeinden bringen. Mögliche Auswege aus dem Dilemma wurden beim ersten Workshop unter dem Titel „Kommunale Investitionen – Finanzierungschancen bei knappen Budgets“ erarbeitet. Dabei zeigte sich Ingeborg Rinke, Bürgermeisterin der Stadt Krems, überzeugt, dass „die Herausforderungen für die Kommunen alle gleichlautend sind – egal, ob es sich um große oder kleine Gemeinden handelt“. Sie empfahl, dass die Gemeinden die Wirtschaftskrise nützen sollten, um ihre Budgets genau zu durchleuchten.

Rinke sprach dabei aus eigener, positiver Erfahrung. „Wir haben eine Steuerungsgruppe für die Budgetplanung mit Vertretern aller politischen Parteien und der zuständigen Verwaltungseinheiten gebildet. Damit wird sichergestellt, dass Politiker und Beamte in regelmäßigen Sitzungen miteinander reden“, so Rinke.

Moderiert werden die Arbeitsgesprä-

Impulsreferate und Best-Practice-Beispiele am Podium (v. l. n. r.): Lukas Stühlinger (Kommunalkredit), Erich Dallhammer (ÖIR), Christian Kummert (Kommunalkredit), Alois Steinbichler (Generaldirektor Kommunalkredit), Ingeborg Rinke (Bürgermeisterin von Krems)

Intensiver Gedankenaustausch zum Thema „Finanzierungschancen bei knappen Budgets"

che durch einen externen Berater, der auch darauf achtet, dass die vorab vereinbarten Grundsätze der Zusammenarbeit – etwa Verschwiegenheit außerhalb der Steuerungsgruppe, Umsetzung der gemeinsam getroffenen Entscheidungen in den nachgeordneten Gremien sowie eine gezielte Erfolgskontrolle – eingehalten werden. Rinke: „Die Einbindung eines externen Beraters ist uns besonders wichtig, denn als Unabhängiger kann er auch heikle Themen mit der notwendigen Sachlichkeit ansprechen."

Nach Ansicht von Erich Dallhammer, Geschäftsführer des Österreichischen Instituts für Raumplanung (ÖIR), sollten sich Gemeinden bei der Budgetplanung auch unbedingt die Frage stellen, wie sich die Bevölkerungsstruktur in Zukunft entwickeln wird. Besonders beachtet werden sollte die Zu- und Abwanderungsbereitschaft der jüngeren Bevölkerungsgruppen. Dallhammer: „Als Gemeinde muss man für die 20- bis 40-Jährigen attraktiv sein, denn nur sie sind wanderungswillig. Erfolgreich werden jene Gemeinden sein, die es schaffen, diese jüngeren Erwachsenen durch entsprechende Versorgungs- und Infrastrukturmaßnahmen zu halten bzw. zu gewinnen."

## Kooperieren beim Investieren

Die Effizienz solcher Infrastrukturmaßnahmen wird in vielen Fällen durch eine kritische Größe bestimmt. Damit kleine Gemeinden nicht ins Hintertreffen geraten, riet Christian Kummert, Abteilungsdirektor Vertrieb der Kommunalkredit Austria, bei der Durchführung von Infrastrukturinvestitionen zu kooperieren bzw. Partner aus der Privatwirtschaft einzubeziehen. Wie eine solche Zusammenarbeit konkret aussehen kann, erklärte Lukas Stühlinger, Leiter Infrastruktur-Beratung der Kommunalkredit Austria, anhand einiger in Vorbereitung bzw. in Durchführung befindlicher Projekte:

- In der **Steiermark** plant ein regionaler Leitbetrieb den Schienenanschluss inklusive Umschlag- und Lagerplatz zum Gütertransport. Die Standortgemeinde sowie fünf angrenzende Gemeinden nützen das Projektvorhaben, um ein Gewerbegebiet mit überregionaler Bedeutung zu erschließen. Die Investition über 10 Millionen Euro erfolgt durch den privaten Unternehmer, während sämtliche umliegenden Betriebe von der Logistiklösung profitieren und ein wichtiger Impuls für Betriebsansiedlungen ausgelöst wird.
- In **Tirol** wird ein neues Gesundheits- und Sozialzentrum zur Versorgung der Region errichtet. Es kommt dabei zu einer Bündelung von Ärztezentrum und regionalen sozialen Einrichtungen mit der Möglichkeit zur Erweiterung um ambulante Rehabilitation. Der Ortskern der Gemeinde und die Kompetenzen der Ärzteschaft in der Region werden gestärkt.
- Im **Burgenland** wird ein Pflegeheim ausgebaut und erweitert, wobei der Krankenhausdienstleister VAMED die Entwicklung und den Betrieb des Pflegeheims für Land/KRAGES/Gemeinde übernimmt.

## Neue Ideen für Gemeinden

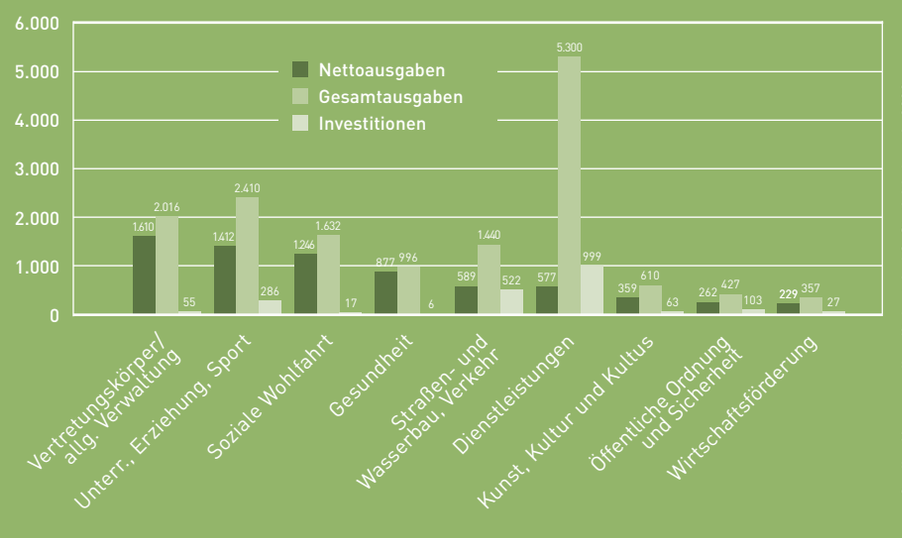
Darüber hinaus präsentierte Stühlinger einen Vorschlag zur Erneuerung der Gemeindeschulen. Hier könnten Private und Gemeindeverbände im Rahmen von Projekt-Einzelgesellschaften oder einer „Schulen für die Zukunft GmbH" zusammenarbeiten. Die Länder unterstützen koordinierend. Die Vorteile dieses Programms liegen auf der Hand:

- Erzielung von Größenvorteilen durch gebündelte Bau- und Sanierungsmaßnahmen
- Kostenvorteile durch Bündelung von Planung und Bau in einer Hand
- Bau-, Planungs- und Erhaltungsrisken werden den Gemeinden abgenommen
- Gemeinden können Erneuerungsmaßnahmen rasch realisieren
- Förderung der mittelständischen Bauindustrie durch starke Einbindung in das Programm
- Gemeinden behalten den Einfluss auf die Projekte über enge Zusammenarbeit und Beteiligung

Dass eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit zielführend sein kann, führte auch Sonja Ottenbacher, Bürgermeisterin der Salzburger Gemeinde Stuhlfelden, eindrücklich vor Augen. Ihre Gemeinde nimmt am intrakommunalen Finanzausgleich von neun Kommunen im Pinzgau teil. „Unser Fokus liegt darauf,

## Steigende Nettoausgaben belasten die Gemeinden

Haushaltsgebarung der Gemeinden (ohne Wien) nach Voranschlagsgruppen/-abschnitten 2008 (in € Mio.)




Quelle: Kommunalkredit Austria AG, Statistik Austria 2009

die Arbeitsplätze in der Region zu halten. So können wir uns gegenseitig, aber auch gegenüber dem Land stärken“, zeigte sich Ottenbacher überzeugt. „Außerdem fällt die Erpressbarkeit, dieses gegenseitige Ausspielen und Taktieren weg.“

### Finanzierungspartner Kommunalkredit

Hilfe bei der konkreten Umsetzung von Finanzierungen leistet die Kommunalkredit Austria. Generaldirektor Alois Steinbichler präsentierte dazu innovative Modelle; projektorientierte Lösungsansätze erlauben die direkte Zurechnung von Errichtungsaufwand, Betriebsaufwand und Projektnutzen und die Verlagerung von allgemeinem Budgetaufwand in projektbezogene Strukturen.

Darüber hinaus regte Steinbichler die Erstellung einheitlicher Richtlinien für die Darstellung von Gemeindeabrechnungsabschlüssen an. Derzeit bestehen hier Unterschiede zwischen den Bundesländern, insbesondere bei Verbindlichkeiten von ausgelagerten Einheiten, Haftungen sowie Dauerbelastungen. Steinbichler: „Für die budgetäre Transparenz wäre es sinnvoll, einheitliche Parameter zu schaffen.“

Zudem meinte Steinbichler, dass beim Budgetmanagement jedenfalls nicht alleine ein radikales Sparen bei Investitionen sinnvoll sei. „Das wäre die einfachste Variante, aber nicht unbedingt der richtige Zugang“, so Steinbichler, „da damit auch sehr oft Ertragsquellen wegfallen und Multiplikatoreffekte wie Arbeitsplätze, Abwanderungsgefahr und der Verlust an Ertragsteilen außer Acht bleiben“. Seiner Ansicht nach bringen derartige Maßnahmen keine oder nur eine geringe Entlastung des Haushaltsbudgets. Projektansätze und Privatbeteiligungen seien hingegen bei Investitionen ein hilfreicher Ansatz. Selbstfinanzierungspotenziale wie etwa Energieeinsparungen bei Beleuchtungsinvestitionen dürfen nicht unberücksichtigt bleiben. „Und schließlich gilt es, die derzeitigen Chancen aus der Absicherung des niedrigen Zinsniveaus zu nutzen“, so Steinbichler.

Energieautonomie ist keine Utopie, aber eine Zukunftsvision: v. l. n. r. Alexandra Amerstorfer (Kommunalkredit Public Consulting), Martin Bruckner (Bürgermeister Großschönau), Manfred Perterer (Moderation), Günter Liebel (BMLFUW)

# Realitäts-Check für eine Utopie?

Es klingt schick und jeder ist dafür.“ So könnte man die Einstellung der öffentlichen Meinung zum Thema Energieautonomie zusammenfassen. Nur – reicht eine „coole“ Bezeichnung, um energiepolitisch auf eigenen Beinen zu stehen? Was steckt hinter dem Bedürfnis, eine energieautonome Gemeinde zu werden?

„Es geht um die Idee von Unabhängigkeit und Sicherheit“, war im zweiten Workshop unter dem Titel „Energieautonome Gemeinden – Realitäts-Check für eine Utopie?“ zu hören. Darüber hinaus würden natürlich auch wirtschaftliche und ökologische Aspekte eine wichtige Rolle spielen. Günter Liebel, Sektionschef im Lebensministerium, machte deutlich, dass es insbesondere um die Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, die Schaffung von „Green Jobs“ und eine gemeindeübergreifende Energieraumplanung gehe.

Beim Versuch, den Begriff „energieautonome Gemeinde“ zu definieren, waren sich die Workshopteilnehmer einig, dass diese Bezeichnung nur dann zutreffe, wenn erneuerbare Energien und Ressourcen der Region zum Einsatz kommen. „Außerdem braucht es ein klares Ziel auf Basis einer Ist-Analyse, den Mut, neue Wege zu beschreiten, den Blick über die Gemeindegrenzen hinweg sowie Bewusstseinsbildung und Einbindung der BürgerInnen“, so Alexandra Amerstorfer, Geschäftsführerin der Kommunalkredit Public Consulting.

Amerstorfer zeigte eine Reihe von Angeboten auf, die Gemeinden auf dem Weg zur Energieautonomie unterstützen. Dazu zählen etwa eine umfassende Beratung im Rahmen der klima:aktiv-Initiative und zahlreicher Regionalprogramme, attraktive Investitionsförderungen sowie Hilfestellung beim Aufbau von Klima- und Energiemodellregionen.

Heikles Thema Energieautonomie: Es diskutierten Alexandra Amerstorfer, Förderspezialistin bei der Kommunalkredit Public Consulting, Günter Liebel, Sektionschef im Lebensministerium, und Bürgermeister Martin Bruckner unter der Moderation von Manfred Perterer, „Salzburger Nachrichten“.

Dass sich Energieautonomie lohnt, illustrierte Martin Bruckner, Bürgermeister von Großschönau, anhand konkreter Beispiele: In seiner Gemeinde gebe es u. a. neben einer Solar-Einkaufsgemeinschaft und einer Fotovoltaikanlage für die Abwasserreinigung eine Passivhaussiedlung, in der Interessierte probewohnen können (www.probewohnen.at). Darüber hinaus riet Bruckner allen Gemeindepolitikern, im Vorfeld von Energiemaßnahmen einen überzeugenden Fahnenträger für ihr Projekt zu etablieren: „Das ist wichtig, wenn Sie mit Ihrer Idee Erfolg haben und wiedergewählt werden wollen.“

# Chancen für Kinder und Senioren

Einigkeit im Publikum: Die zunehmende Verrechtlichung der Freiwilligenarbeit wird zum Problem

**Um freiwillige Leistungen und Beteiligung der Bevölkerung ging es in der von Nicholas Bukovec vom „Kurier“ moderierten Arbeitsrunde mit Altbürgermeister Erwin Mohr und Konsulent Peter Schawerda.**

Wie ist das Leben in den Gemeinden? Wie sieht es mit Eigeninitiative und Freiwilligenarbeit aus? Geht es der Bevölkerung in großen Gemeinden anders als in kleinen? Wo fühlt sie sich wohler?

Im Mittelpunkt des Workshops „Freiwilligenarbeit – Wie lebt die Bürgergesellschaft in den Gemeinden?“ standen die Menschen – insbesondere Kinder und Jugendliche sowie BürgerInnen ab 60 Jahren. Erwin Mohr, Vizepräsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes und Altbürgermeister von Wolfurt, präsentierte dazu ein aktuelles Vorzeigeprojekt: die Wolfurter Seniorenbörse. Sie hat mittlerweile mehr als 300 Mitglieder und ist weiter im Wachsen begriffen. „Wir haben diese Zielgruppe als Chance gesehen und uns ihrer Probleme angenommen“, erklärte Mohr.

## Generationenübergreifende Projekte

So engagieren sich nun „Jungsenioren“ im Alter zwischen 60 und 80 freiwillig bei der Organisation von Festen und Wochenmärkten, in der Krankenpflege, bei der Verwaltung des Pfarrheims und beteiligen sich an generationenübergreifenden Projekten im schulischen Bereich. Dazu zählen Schülerlotsen-Dienste, Skikurse oder auch Leseunterricht für Kinder mit Migrationshintergrund. Im Gegenzug erhalten die Senioren EDV-Unterricht von den „Jungen“. Mohr: „Die Kinder zeigen keine Hemmungen, mit alten Menschen zu arbeiten. Im Gegenteil – es macht ihnen großen Spaß.“

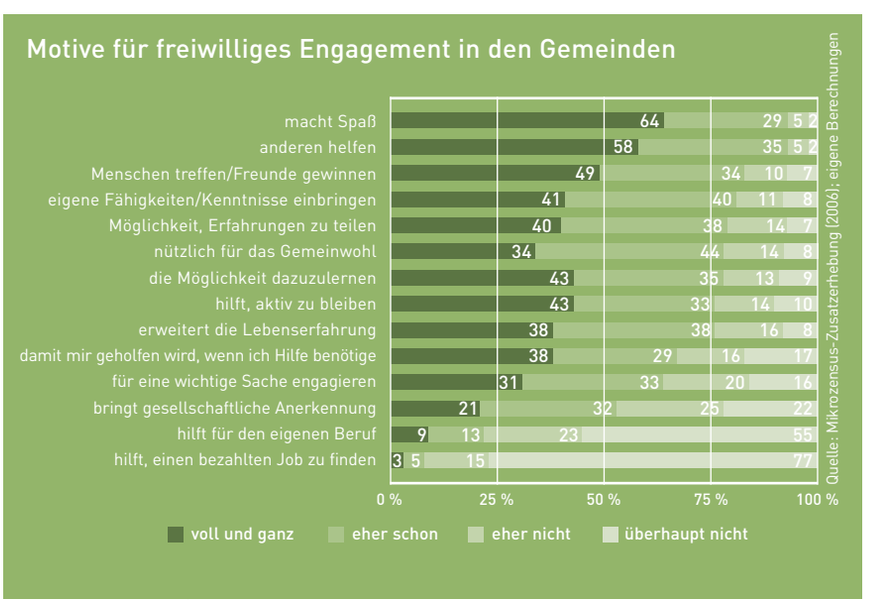
So führe Freiwilligenarbeit zu echter Teilhabe und Einbeziehung der Bürger und damit zu gelebter Nachhaltigkeit, zeigte sich auch Peter Schawerda, Konsulent bei der Europäischen ARGE für Landentwicklung und Dorferneuerung, überzeugt. Seiner Ansicht nach sind kleinere Gemeinden bei der Organisation von Freiwilligenarbeit im Vorteil: „Sie haben zwar eine geringere Finanzkraft, sind aber überschaubarer. Es kommt leichter zur Gemeinschaftsbildung.“

## Das Sozialkapital entscheidet

Tourismusgemeinden empfahl Schawerda, darauf zu achten, dass es nicht zu einer Verkommerzialisierung aller Lebensbereiche komme. „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Es gibt noch andere, wichtige Faktoren, die erfüllt sein müssen, damit die Bevölkerung gern in ihrer Gemeinde lebt.“ Der Wohlfurter Altbürgermeister Mohr fasste diese Faktoren unter dem Begriff „Sozialkapital“ zusammen, das vor herkömmlichen wirtschaftlichen Messgrößen wie dem Bruttoinlandsprodukt Vorrang haben sollte: „Das Sozialkapital steht in keinem Budget, entscheidet aber über die Lebensqualität einer Gemeinde.“

Ein weiteres Beispiel für erfolgreiche Freiwilligenarbeit präsentierte die Gemeinde Bad Aussee. Es wurde aufgezeigt, wie die jungen und älteren Generationen einander im Rahmen des freiwilligen Besuchsdiensts im örtlichen Pflegeheim unterstützen können. Die Bad Ausseer sehen diese Initiative insbesondere als Chance für Kinder, die sich zu keiner Gemeinschaft zugehörig fühlen und deshalb auch in der Schule als Außenseiter wahrgenommen werden. Im Kontakt mit den älteren Menschen können sich diese Kinder ganz anders präsentieren und entwickeln.

Als grundsätzliches Problem der Freiwilligenarbeit orteten die Workshopteilnehmer die zunehmende Verrechtlichung im Freiwilligenbereich. Sie würde die Gemeinden daran hindern bzw. dabei einschränken, das enorme Potenzial an freiwilligen Leistungen zu heben und auszuschöpfen. „Hier stehen Richtlinien dem gesunden Menschenverstand entgegen“, wie ein Teilnehmer zusammenfasste.



Pro und contra Gemeindezusammenlegung: v. l. n. r. Klaus Mezgolits (Bürgermeister Steinbrunn), Liselotte Palme (Moderation), Barbara Schwarz (Bürgermeisterin Dürnstein)

# Effizienz und Identität sind kein Gegensatz

**Zum Thema Gemeindefusionen diskutierten mit ihren WorkshopteilnehmerInnen Bürgermeisterin Barbara Schwarz und Bürgermeister Klaus Mezgolits unter der Leitung von Liselotte Palme, freie Journalistin.**

Lassen sich durch eine Erhöhung der Einwohnerzahl Effizienzsteigerungen erzielen oder nicht? Diese Frage stand am Beginn des vierten Workshops zum Thema „Identität versus Effizienz – Zusammenlegung von Gemeinden als Alternative?“

Die Mehrzahl der Workshopteilnehmer war der Auffassung, dass Effizienz nicht eine Frage der Größenordnung von Gemeinden sei, sondern dass es auf andere Faktoren ankomme. Klaus Mezgolits, Bürgermeister der burgenländischen Gemeinde Steinbrunn, führte ins Treffen, dass die Effizienz stark von der Attraktivität einer Gemeinde für Betriebsansiedlungen abhänge. Große Unternehmen würden Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region schaffen, die den Gemeinden zugute komme.

In einem zweiten Punkt waren sich die Diskutanten ebenfalls einig: Effizienz und Identität seien keine Gegensätze und müssten einander nicht ausschließen. Wenngleich in der Soziologie die Meinung vorherrscht, dass Konzentrationen der Identitätsstiftung abträglich sind, zeigt sich in der Praxis der Gemeinden, dass freiwillige Kooperationen und die Bündelung bestimmter Aktivitäten über Gemeindegrenzen hinaus sehr wohl zu einer Erhöhung der Effizienz führen können, ohne dem Identitätsgefühl in den einzelnen Gemeinden zu schaden.

## Zwangsfusionen als ultima ratio

Zwangsweise verordnete Zusammenlegungen von Kommunen erachtet Bürgermeister Mezgolits allerdings als „ultima ratio“ – also als Lösung, wenn „sonst nichts mehr geht“ – und nannte als Beispiel den Burgenländischen Müllverband. Dieser sei ursprünglich nicht freiwillig entstanden, funktioniere heute jedoch hervorragend.

Differenzierter sah diese Frage Barbara Schwarz, Bürgermeisterin der niederösterreichischen Gemeinde Dürnstein. „Gut überlegte Kooperationen in bestimmten Segmenten und auf freiwilliger Basis sind sinnvoll und wichtig“, so Schwarz. Es dürfe aber nicht übersehen werden, dass die Bürgermeister jeder einzelnen Gemeinde vorrangige Ansprechpartner für die Bevölkerung seien. Schwarz: „Welcher Bürger trifft einen Landes- oder Bundespolitiker? Das Vertrauen wird dem lokalen Bürgermeister entgegengebracht. Auf den kann man sich verlassen und dem hört man am ehesten zu.“

Zudem wurde unter dem Blickwinkel der Raumordnung davor gewarnt, kleine Gemeinden zu größeren Einheiten zusammenzulegen. Solche Fusionen würden zu urbanisierten Zentralregionen führen, die den ländlichen Raum infrastrukturell vernachlässigen und entvölkern.

## Österreich ist nicht Dänemark

Dass unter bestimmten Voraussetzungen die Größe von Gemeinden doch ein Effizienzkriterium sein kann, führten Workshopteilnehmer aus Dänemark vor Augen: Unter der Prämisse „Größere Gemeinden sind effizienter“ wurde in dem skandinavischen EU-Land im Jahr 2007 die Zahl der Gemeinden von über 200 auf 98 reduziert, ohne dabei den wichtigen Aspekt der Identifikation der Bürger mit ihren Gemeinden außer Acht zu lassen.

Aus dänischer Sicht war die Fusion erfolgreich, aus österreichischer Sicht wurde sie im Rahmen der Workshopdebatte in Frage gestellt. „Da werden Äpfel mit Birnen verglichen“, lautete ein Einwand aus dem Publikum. „Österreich hat traditionell eine der höchsten Zahlen an kleinen Gemeinden in Europa und ist verwaltungsstrukturell ganz anders aufgestellt als Dänemark.“ Dort gibt es zum Beispiel keine Bundesländer, die hingegen in Österreich eine verwaltungstechnisch und lokalpolitisch nicht unerhebliche Rolle spielen.

Keine Einwände gegen Gemeindekooperationen auf freiwilliger Basis

# Die Kraft der Kommunen ans Sonnenlicht lassen

Unbeirrbar, zielstrebig und mit deutlichen Ansagen präsentierte sich Gastredner Magnus Staehler am letzten Konferenztag dem Publikum. Er sprach zum Thema „Kommunale Selbstverwaltung".

Klare Worte und höchst pointierte Aussagen: Kommunalberater Magnus Staehler

Es gibt kein Patentrezept für die erfolgreiche Haushaltskonsolidierung, aber es lassen sich konkrete Parameter setzen, um aus roten Zahlen zumindest eine schwarze Null zu machen und in der Folge einen Haushaltsüberschuss zu generieren."

Mit diesen Worten lässt sich zusammenfassen, was Magnus Staehler, ehemaliger Bürgermeister der deutschen Stadt Langenfeld in Nordrhein-Westfalen sowie Berater und Autor, in seinem viel beachteten Referat vortrug. Als wichtigste Parameter nannte Staehler Klarheit, Kreativität und Konsequenz und definierte sie wie folgt:

- **Klarheit** bedeutet, Leistungstransparenz innerhalb der eigenen Kommune aufzuzeigen und mit Kostentransparenz zu untermauern. Die Ergebnissituation muss dabei ebenso deutlich gemacht werden wie die Organisationsperformance. „Das wird in der Praxis leider nicht im ausreichenden Maße getan", so Staehler. Häufig herrsche keine Klarheit über die Wertschöpfungskette in den Gemeinden, es komme zu Doppel- und Dreifachtätigkeiten aufgrund fehlender Schnittstellendefinitionen. Staehler: „Das führt zu organisierter Unverantwortlichkeit." Statt dessen müsse eine Kultur des Kostenbewusstseins im Rahmen einer vernünftigen Sparkultur aufgebaut werden und das System der Kameralistik durch Bilanzierung unter Einschluss aller Beteiligungsunternehmen ersetzt werden. Staehler: „Es braucht eine schonungslose, auf Fakten basierende Analyse und keine Nebelkerzen, die abgefeuert werden, um ja nicht zum Kern vordringen zu müssen."
- **Kreativität** und öffentlicher Dienst schließen einander nicht aus: „Es gibt bestens ausgebildete Mitarbeiter in der kommunalen Verwaltung, die etwas bewegen können und wollen. Man muss sie nur lassen, indem man sie aus den engen, unflexiblen Organisationsstrukturen befreit." Sie sollten die Möglichkeit haben zu überlegen, auf welche Aufgaben verzichtet werden kann, welche ausgelagert werden sollten und welche besser in Gemeindekooperationen erledigt werden. Durch diese Vorgehensweise könnten wesentliche Hebel für die Entschuldung der Gemeindehaushalte identifiziert, nach Prioritäten gereiht und zu einem Masterplan zusammengefügt werden. Staehler: „Ein Masterplan erlaubt ein langfristiges Nach-vorne-Denken und führt kurzatmige Tagespolitik auf das notwendige Maß zurück."

> „Ein Masterplan erlaubt ein langfristiges Nach-vorne-Denken und führt kurzatmige Tagespolitik auf das notwendige Maß zurück." Magnus Staehler

■ **Konsequenz** ist das Um und Auf bei einer erfolgreichen Budgetkonsolidierung. Viele Gemeinden scheitern bei diesem Punkt, weil sie nicht den nötigen Mut aufbringen, Lösungen auch einmal gegen den Mainstream und Partikularinteressen durchzusetzen. Sie tappen in die Harmoniefalle. „Man kann nicht immer Everybody's Darling sein", so Staehler, „damit macht man sich nur zu Everybody's Depp." Zu einer konsequenten Umsetzung von Maßnahmen gehöre seiner Meinung nach eine konsequente, ehrliche Kommunikation mit der Öffentlichkeit und den eigenen MitarbeiterInnen. „Mitarbeiter sind die besten Botschafter, um glaubhaft nach außen zu kommunizieren und Veränderungsprozesse sichtbar zu machen", erklärte Staehler.

## „Wer die Musik bestellt, muss zahlen"

Dass der Staat immer versuchen würde, kontrollierend in die Arbeit der Gemeinden einzugreifen, dürfe die Gemeinden nicht abschrecken. Staehler: „Das ist doch ganz natürlich, dass der Staat seine Macht über Eingriffe und strenge Hierarchien demonstriert." Äußerst hinderlich dabei sei allerdings, dass der Staat damit ständig das Konnexitätsprinzip verletze. Staehler: „Wer die Musik bestellt, muss sie auch zahlen. Sonst ist das keine Partnerschaft. Die Gemeinden landen in der Vergeblichkeitsfalle und fragen sich, was sie denn als kleine Stadt überhaupt noch tun können."

In so manchen Bereichen müssten sich die Kommunen freilich selbst an der Nase nehmen, gab sich Staehler überzeugt. Es würden zu viele „Nice to have"-Projekte umgesetzt – etwa das 27. Schwimmbad oder die 17. Sporthalle in der Region errichtet. Staehler: „Hier wird man sehr kritisch fragen müssen, wie mit dem Geld für solche Aufgaben in Zukunft umgegangen wird."

Ein überaus wichtiger Aspekt sei außerdem die europäische Karte. Staehler: „Europa greift bis auf den Schreibtisch des Bürgermeisters durch. Das muss unbedingt mitkalkuliert werden."

## „Handeln statt jammern"

Wie soll nun diese Vielfalt an Verbesserungsvorschlägen unter einen Hut gebracht werden? Staehler fasste sie unter dem Motto „Handeln statt jammern" zusammen. Dabei solle ein Schulterschluss der Kommunen erfolgen, der über die politische Farbenlehre hinausgeht. Staehler: „Der Schulterschluss erfolgt zwischen den Bürgern und den lokalen Unternehmen. Die politischen Parteien dürfen sich einbringen."

> „Haben wir den Mut, mit Konsequenz und klaren Ansagen Politik zu machen, und verabschieden wir uns von der Angst vor Veränderungen!"
>
> Magnus Staehler

Landes- und Bundespolitikern empfahl Staehler, regelmäßig einen Arbeitsaufenthalt in den Gemeinden zu absolvieren – und zwar ohne mediale Begleitung. „Das erzeugt eine völlig andere Sensibilität und ein viel größeres Verständnis für das, was in den Gemeinden tagtäglich geleistet wird", wusste Staehler aus eigener Erfahrung zu berichten.

Nicht außer Acht gelassen werden dürfe eine Reform der Gebietskörperschaften. Auf Dauer sei es nicht möglich, kleinteilige Strukturen aufrecht zu erhalten. Weiters sollten, so Staehler, die Kraftpotenziale der Gemeinde-MitarbeiterInnen für die Gestaltung der Zukunft aktiv genützt werden. Das würde auch helfen, sich endlich von der Vollkaskomentalität zu verabschieden. Staehler: „Die Menschen sind für sich und ihre Zukunft mitverantwortlich. Der Staat kann das riesige Leistungspaket, das von ihm gefordert wird, nicht mehr stemmen."

Schließlich solle den Kommunen die Freiheit gegeben werden, Neues auszuprobieren und in Kauf zu nehmen, dass auch Fehler passieren, aus denen die Gemeinden lernen. Staehler: „Die Chance, dass sich dadurch etwas verändert und die Situation auf Dauer besser wird, ist hoch. Haben wir doch den Mut, mit Konsequenz und klaren Ansagen Politik zu machen, und verabschieden wir uns von der Angst vor Veränderungen. Nur so kann die Kraft der Kommunen ans Sonnenlicht gelangen!"

## „ALLES HÄNGT MIT ALLEM ZUSAMMEN"

**Magnus Staehler war von 1994 bis 2009 Bürgermeister der nordrhein-westfälischen Stadt Langenfeld. Während dieser Zeit gelang es ihm mit seinem Team, aus einem 40-Millionen-Euro-Defizit eine Rücklage von 30 Millionen Euro zu generieren, ohne den Verkauf von Tafelsilber zu veranlassen oder eine Privatisierungswelle auszulösen. Sein Erfolgsrezept war ein ganzheitlicher Ansatz, bestehend aus folgenden Elementen (Auszug):**

- Wirtschaftsförderung mit gezieltem Branchenmix
- Langfristige Stadtentwicklung
- Strikte Einhaltung der Grundsätze einer ordentlichen Haushaltsführung
- Vorrang für Wachstum, um Einnahmen zu stärken
- Effiziente Fiskalpolitik mit sinnvollem Personaleinsatz, flachen Hierarchien, Pflege der Vermögenswerte durch adäquates Gebäudemanagement und genaue Kostenrechnung und Budgetierung
- Konsequente Durchführung des Grundsatzes „Nettoneuverschuldung = 0" durch strikte Ausgabendisziplin und Rückzug auf das Kerngeschäft der Verwaltung
- Schaffung einer „Bürgerdividende" durch Einführung eines Steuersenkungspakets, Gebührenstabilität und Einrichtung eines Gesellschaftsfonds
- Durchführung einer Bildungsoffensive in den städtischen Schulen
- Jederzeitige klare, transparente Kommunikation

# Kalte Schauer, warmer Regen

Im Anschluss an Magnus Staehlers Impulsreferat zum Thema „Kommunale Selbstverwaltung“ und als Abschluss der fünften Kommunalen Sommergespräche diskutierten Innenministerin Maria Fekter, SPÖ-Nationalratsabgeordneter Kurt Gassner und Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer über Aufgabenreform, Gemeindezusammenlegung, Gratisleistungen und politische Ehrlichkeit.
Im Folgenden eine Zusammenfassung.

**... zum Thema Aufgabenreform ...**

„Wir brauchen dringend eine Aufgabenreform. Es muss fair und sachlich darüber diskutiert werden, welche Leistungen die öffentliche Hand zu übernehmen hat, was die Aufgaben des Staates, der Länder und der Kommunen sein sollen und wie man die Aufgabenabwicklung anders organisieren kann. Diese Debatte ist bisher nur einseitig unter dem Gesichtspunkt der Privatisierungen geführt worden. Wahrscheinlich geht es uns noch zu gut, um über Formen von Zusammenlegungen ernsthaft nachzudenken.“

**Maria Fekter**

„Wir diskutieren schon so lange über Reformen. Die Menschen können das nicht mehr hören. Sie haben den Glauben daran verloren. Vor fünf Jahren – bei der Einführung der Kommunalen Sommergespräche – habe ich bereits von der Kinderbetreuung geredet. Was ist heute? Drei Ministerien und neun Landesregierungen betreiben enormen Aufwand, um Neuerungen zu beschließen. Zu organisieren und zu bezahlen haben das aber die Gemeinden. Warum haben Bund und Länder nicht den Mut zu sagen: ‚Geben wir das Geld den Gemeinden?‘ Wir könnten die weltbeste Kinderbetreuung sicherstellen und wirtschaftlich vernünftig organisieren. Im Gegenzug sollte man uns abnehmen, was wir nicht können, nämlich das Gesundheitswesen.“

**Helmut Mödlhammer**

„Ich halte es für richtig, dass jene Einheit die Aufgaben durchführt, die es am besten kann. Dass das verwaltungstechnisch nicht der Fall ist, hat mit der Historie zu tun. Die Kelsen-Verfassung hat es seinerzeit so geregelt, dass das Wichtige beim Bund angesiedelt wurde und das – aus damaliger Sicht – weniger Wichtige bei den Gemeinden. Dazu zählte zum Beispiel der gesamte Sozialbereich. Der hat mittlerweile einen ganz anderen Stellenwert bekommen. Die Strukturen in den Finanzierungsströmen sind aber gleich geblieben und bilden diese Verschiebung der Aufgabenbedeutung nicht ab. Im Hinblick auf Pflege & Soziales, Schule und Kinderbetreuung kann man sich sehr wohl überlegen, ob hier nicht auch eine Schwerpunktverschiebung innerhalb der Gebietskörperschaften stattfinden sollte.“

**Maria Fekter**

**... zum Thema Effizienz von Gemeinden ...**

„Es ist klar, dass Gemeinden besser wirtschaften. Der Bürger ist die beste Kontrolle. Bei uns fließen nicht 50 oder 60 Prozent des Budgets in die reine Verwaltung, sondern höchstens 15 Prozent. Da könnte sich der Bund einiges abschauen.“

**Helmut Mödlhammer**

**... zum Thema Gemeindezusammenlegungen ...**

„Ich frage mich, warum gerade jetzt das Thema Gemeindezusammenlegungen diskutiert wird. Damit werden wir die Gemeindebudgets nicht sanieren können. Mir ist keine Rechnung bekannt, die darüber Auskunft geben würde, was Gemeindefusionen tatsächlich bringen.“

**Kurt Gassner**

Heiße Politikerdebatte auf dem Podium (v. l. n. r.): Helmut Mödlhammer (Gemeindebundpräsident), Magnus Staehler (Kommunalberater), Hans Bürger (Moderation), Maria Fekter (Innenministerin) und Kurt Gassner (SPÖ-Parlamentsfraktion)

**... zum Thema Kameralistik versus Bilanzierung ...**

„Die Kameralistik motiviert zum Geldverschwenden. Auf Bundesebene haben wir bereits eine Haushaltsreform durchgeführt und betriebswirtschaftliches Denken eingeführt. Die Ministerien müssen sich selbst überlegen, wie sie mit dem Kuchen, der ihnen zur Verfügung steht, auskommen. Sie können ihn selbst verteilen, Sparpotenziale lukrieren und Rücklagen bilden. Das ist beim kameralistischen System nicht möglich. Dort wird, damit der Finanzminister mögliche Überschüsse nicht absaugt, das Geld noch schnell vor Jahresende ausgegeben. Ich wünsche mir dringend, dass sich die Kommunen so rasch wie möglich der Haushaltsreform anschließen."

**Maria Fekter**

„Eine Umstellung von der Kameralistik auf die Bilanzierung im Rahmen einer doppelten Buchhaltung mag nach deutschem System möglich sein. In Österreich geht das nicht."

**Kurt Gassner**

**... zum Thema Finanzausgleich ...**

„Es wird so getan, als wäre das ein Gnadenakt des Bundes oder der Länder in Richtung Kommunen. Das Geld kommt von den Bürgern und den Unternehmen. Mit ihnen müssen wir in Dialog treten und diskutieren, wofür wir Geld ausgeben und wie wir es verwenden wollen."

**Magnus Staehler**

„Bund und Länder gehen tatsächlich noch davon aus, dass sie den Gemeinden Mittel gnädig zur Verfügung stellen. Warum bekommen die Gemeinden nicht einfach das Geld, das sie brauchen? Es kann doch nicht sein, dass die Bürgermeister ständig auf Knien betteln müssen, um die Lebensqualität in ihren Gemeinden aufrechterhalten zu können."

**Kurt Gassner**

„Das war bislang alles andere als ein warmer Geldregen, der auf die Gemeinden niedergeprasselt ist. Es waren eher kalte Schauer. Schauen wir uns nur das Thema Kinderbetreuung an: Was ist bei der Nachmittagsbetreuung von Pflichtschülern passiert? Die ist über uns gekommen, ohne dass man vorher mit uns geredet hätte. Gleiches beim Thema Pflege."

**Helmut Mödlhammer**

**... zum Thema politische Ehrlichkeit ...**

„Es herrscht nach wie vor auf allen politischen Ebenen die Philosophie vor, dass mit Sparprogrammen keine Wählerstimmen zu gewinnen sind. Also macht man mit der Ausgabenpolitik weiter. Als ich Staatssekretärin wurde, bin ich mit dem Grundsatz in das Amt gegangen, nur auszugeben, was auch zuvor erwirtschaftet worden ist. Daraufhin bekam ich zu hören: ‚Schmink dir das ab, damit ruinierst du den politischen Gestaltungsspielraum.' So lange diese Philosophie vorherrscht und wir nicht mutig genug sind, auch unangenehme Wahrheiten auszusprechen, wird sich nichts ändern. Die Haltung, dass man als Politiker auch die Wahrheit sagen und Geld sparen kann, ist derzeit in unserer politischen Welt nicht mehrheitsfähig."

**Maria Fekter**

„Die Bürgerinnen und Bürger ertragen und vertragen die Wahrheit. Als Bürgermeister kann man ihnen die Wahrheit sagen. Das ist unser Vorteil auf der kommunalen Ebene. Die Menschen vertrauen uns. Ein solches Vertrauen würde ich mir auch auf Landes- und Bundesebene wünschen."

**Helmut Mödlhammer**

**... zum Thema Übersozialisierung ...**

„Es können gar nicht zu viele soziale Forderungen gestellt werden. Man muss sie allerdings genau definieren. Es geht nicht darum, jedem alles nachzuschmeißen, sondern das Grundprinzip einzuhalten, dass jeder Bürger gleichberechtigt ist, ein ordentliches, menschenwürdiges Leben zu führen. Dazu gehört auch, dass kleine Gemeinden im ländlichen Raum – immerhin leben rund 60 Prozent der Österreicher am Land – nicht einfach zugesperrt werden. Sie sind ein wichtiger Organisator für Lebensqualität."

**Kurt Gassner**

**... zum Thema Gratisleistungen ...**

„Es muss nicht alles gratis sein, denn Gratisleistungen sind nichts wert. Gute Ideen müssen umgesetzt werden und dürfen etwas kosten."

**Maria Fekter**

„Selbst wenn die Finanzkraft für Gratisleistungen – etwa den Kindergarten – vorhanden ist, sollte nichts gratis angeboten werden. Dadurch kommt es zu einer Entwertung der Leistung. Sie wird beliebig gemacht. Das ist unsozial."

**Magnus Staehler**

Die Gründer der Kommunalen Sommergespräche (v. r. n. l.): Hofrat Dr. Robert Hink, die Witwe von Helmut Frisch und Bürgermeister Otto Marl

# Alpbach für Gemeinden

Hofrat Dr. Robert Hink, Gemeindebund-Generalsekretär, anlässlich des fünften Geburtstages der Kommunalen Sommergespräche im Interview.

**Herr Generalsekretär, die Kommunalen Sommergespräche haben heuer ihren fünften Geburtstag gefeiert, wie lautet Ihre Bilanz?**
**Hink:** Es ist unglaublich, was hier innerhalb von wenigen Jahren entstanden ist. Es ist gelungen, einen Think-Tank der Kommunalpolitik zu etablieren, der in Österreich und im Ausland große Wertschätzung genießt. Vor fünf Jahren, als Prof. Frisch und ich diese Veranstaltung initiiert haben, haben wir uns gewünscht, ein kleines „Alpbach für Gemeinden" zu schaffen. Heute sind die Kommunalen Sommergespräche eine eigene Marke und sprechen für sich selbst.

**Was ist denn das Erfolgsgeheimnis?**
**Hink:** Die Mischung aus Praktikern, Wissenschaftern, Wirtschaftsexperten, internationalen Gästen und Politikern aller Ebenen, vorrangig natürlich aus der Kommunalpolitik. Wir haben einen Rahmen geschaffen, der es ermöglicht, abseits von Tages- und Termindruck die Gedanken schweifen zu lassen und sich mit höchst relevanten Zukunftsfragen zu befassen. Auch die kluge Themenwahl ist entscheidend. Die Probleme der demografischen Entwicklung haben ja wir vor zwei Jahren zum großen Thema in Österreich gemacht. Und nicht zuletzt ist der Ort wichtig. Das Ausseerland ist in seiner Schönheit prädestiniert dafür, dass die Leute gerne herkommen und gemeinsam mit uns nachdenken und diskutieren.

**Welche konkreten Erfahrungen lassen sich aus den Sommergesprächen 2010 gewinnen?**
**Hink:** Wir haben eine wichtige Frage im Konsens mit „Ja" beantworten können. Die kleinen Gemeinden in Österreich haben eine Zukunft, sie arbeiten effizient und wirtschaftlich und sind für die Identität von ungeheurer Bedeutung. Das ist kein Gefühl und kein Wunsch, sondern beruht auf Fakten. Die Gemeindestruktur in Österreich ist in Ordnung und funktioniert hervorragend. Damit sollten die immer wiederkehrenden Diskussionen rund um Gemeindezusammenlegungen ein für allemal beendet sein. Tatsache ist freilich auch, dass die Gemeinden – egal ob klein oder groß – unter gewaltigem finanziellen Druck stehen. Es muss aufhören, dass uns übergeordnete Ebenen immer mehr Aufgaben übertragen, ohne dafür die finanziellen Mittel bereitzustellen. Der Plafond der finanziellen Zumutbarkeiten ist erreicht.

**Wie sehen Sie die Zukunft der Sommergespräche?**
**Hink:** Ich glaube, dass diese Gespräche auf politischer und wissenschaftlicher Ebene fix verankert sind. Das Programm stimmt, auch von der Teilnehmerzahl her sind wir immer ausgebucht. Wir werden daran arbeiten, dass wir auch in den kommenden Jahren diese herausragende Qualität an Referenten und Teilnehmern sicherstellen können. Das ist Herausforderung genug. Persönlich würde ich mir wünschen, dass die Bundes- und Landespolitik unsere Sorgen und Nöte noch ernster nimmt, die eigenen Sinne schärft und die Hilferufe der Gemeinden besser hört.

Auftakt zur ersten Veranstaltung der Konferenz im Kursaal: Hans Bürger, ORF-Innenpolitikchef und Moderator der Sommergespräche, heißt das Auditorium willkommen.

Ehrung: Der Kärntner Gemeindebundpräsident Hans Ferlitsch wurde im Namen des Bundespräsidenten für seine Verdienste um die Republik Österreich mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen mit dem Stern ausgezeichnet.

# Die Kommunalen Sommergespräche 2010 in Bildern

Wie schon im Vorjahr waren auch heuer wieder zahlreiche Gäste bei der Eröffnung mit dabei.

Launige Begrüßungsworte von Hermann Schützenhöfer (Landeshauptmann-Stv.), Otto Marl (Bürgermeister Bad Aussee), Helmut Mödlhammer (Gemeindebundpräsident) und Alois Steinbichler (Generaldirektor Kommunalkredit), v. l. n. r.

Nicht nur Einigkeit, sondern auch heftige Debatten bei den Workshops: Günter Liebel (Sektionschef im Lebensministerium) und Manfred Perterer („Salzburger Nachrichten")

Impulsreferat von Alexandra Amerstorfer, Geschäftsführerin Kommunalkredit Public Consulting, im Rahmen des Workshops „Energieautonome Gemeinden"

Alois Steinbichler, Generaldirektor Kommunalkredit, im Gespräch mit Interessenten zur „Initiative Licht" der Kommunalkredit

Japanisches Symbol für „mutiger Krieger" von Kommunalberater Magnus Staehler als Talisman für Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer

Zielorientierte Bürgermeisterin mit ruhiger Hand: Sonja Ottenbacher (Stuhlfelden) beim Armbrustschießen auf der Blaa-Alm

Kommunalkredit-General Alois Steinbichler (li.) und Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer (re.) bedanken sich bei Ehepaar Biedenkopf für das Eröffnungsreferat des Ministerpräsidenten a. D.

Zum Abschluss der Kommunalen Sommergespräche 2010 ein herzliches Dankeschön der Veranstalter an die Ehrengäste, Vortragenden und das Auditorium

# So gibt Ihre Gemeinde Kindern mehr Sicherheit im Straßenverkehr!

- Die bestens bewährte Info-Broschüre: Jetzt neu erschienen.
- Erstellt von Experten des Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV).
- Bringt Kindern spielerisch und altersgerecht richtiges Verhalten im Straßenverkehr näher.
- Empfohlen vom Österreichischen Gemeindebund
- Eine wirkungsvolle Aktion Ihrer Gemeindevertretung
- Mit Bürgermeister-Foto – ohne Mehrkosten!
- Zum Stück-Preis von € 1,80 zzgl. 10 % MWSt

Bestellungen bitte an:
**verkehrserziehung@kommunal.at**

Österreichischer KOMMUNALVERLAG

Ausbildung der Polizei geht auch in Richtung „Erstkontakt mit Geschädigten“

# Den Opfern sensibel helfen

Hauptaufgabe der Polizei nach einer Straftat ist es, Sachverhalte zu ermitteln und Täter zu überführen. Immer wichtiger wird aber auch der Umgang mit Verbrechensopfern.

Hilfe für Opfer ist mindestens genau so wichtig wie Programme zur Resozialisierung von Tätern.

Verbrechens- und Katastrophenopfer sind oft schwer von traumatischen Erlebnissen betroffen. Das trifft vor allem auf Gewaltopfer zu, aber auch auf Einbruchsopfer und Opfer von Delikten, bei denen man es mitunter nicht erwarten würde. Erst seit einigen Jahren gilt es als Stand der Wissenschaft, dass sich auch bei Einbruchsopfern sogenannte posttraumatische Belastungsreaktionen verfestigen können, etwa Schlafstörungen oder ständiges Wiedererleben des traumatisierenden Ereignisses.

Für Opfer, die spezielle Hilfe benötigen, gibt es eigene Programme der Polizei, beispielsweise für Kinder, die sexuell missbraucht worden sind.

Innenminsiterin Dr. Maria Fekter

Die 45-jährige Lehrerin Beate B. aus Niederösterreich, eine Frau mitten im Leben, verheiratet und Mutter zweier erwachsener Kinder, ist keine Ausnahme: Als sie mit ihrem Mann aus dem Sommerurlaub nach Hause zurückkehrte und die Eingangstür des Einfamilienhauses öffnete, bemerkte sie, dass etwas nicht in Ordnung war: Sämtliche Räume des Einfamilienhauses waren durchwühlt worden. Den Heimkehrenden bot sich ein Bild der Verwüstung: Wäsche war aus den Kästen geworfen worden, Tische waren verrückt, Bücher lagen auf dem Boden, eine Anrichte war umgestoßen worden. Beate S. fühlte sich seit diesem Tag in dem Wohnhaus nicht mehr wohl. Sie hatte Einschlafschwierigkeiten und vieles mehr. Die Reaktionen von Beate B. sind nichts Ungewöhnliches, bestätigen Traumapsychologen. Besonders wichtig zur Verhinderung sogenannter Belastungsstörungen ist es, dass das Umfeld der Opfer richtig reagiert. Polizistinnen oder Polizisten sind meist die Ersten, mit denen Verbrechensopfer konfrontiert sind. Die Bediensteten der Polizei werden daher in ihrer Ausbildung sorgfältig auf den Erstkontakt mit den Geschädigten vorbereitet. Ihre Hauptaufgabe ist es zwar, bei der Aufnahme einer Straftat den Sachverhalt zu klären und den oder die Täter zu überführen. Daneben sind sie aber auch für den sensiblen Umgang mit Opfern ausgebildet. Sie versuchen, einfühlsam mit ihnen umzugehen und sich auf die speziellen Bedürfnisse der Opfer einzustellen. Viele Polizistinnen und Polizisten haben ein besonderes Bedürfnis, den Opfern zu helfen. Ein Drittel der freiwilligen Helfer des „Weißen Rings“, der größten Verbrechensopferhilfevereinigung Österreichs, sind Polizeibeamte. Sie arbeiten ehrenamtlich und unterstützen Opfer dabei, zu ihrem Recht zu kommen.

Für Opfer, die spezielle Hilfe benötigen, gibt es eigene Programme der Polizei, beispielsweise für Kinder, die sexuell missbraucht worden sind. Sie werden von besonders geschulten Beamtinnen und Beamten befragt. Für sie stehen in einigen Dienststellen spezielle Räume zur Verfügung, die ein ziviles Ambiente vermitteln und in denen die Polizistinnen und Polizisten in schonender Weise mit ihnen umgehen.

Mehr Infos auf **www.bmi.gv.at** oder **www.weisser-ring.at**

## Fact-Box Strafrecht

Das österreichische Straf- und Strafprozessrecht hat sich speziell in den letzten Jahren dahingehend entwickelt, als es nicht nur die Tat und den Täter im Blickfeld hat, sondern auch die Opfer. Einige wesentliche Verbesserungen hat das Strafprozessreformgesetz 2009 gebracht. Es ist teilweise als Vorgriff schon 2006 in Kraft getreten – vor allem mit den Bestimmungen zur

- professionellen Prozessbegleitung,
- zu Informationsverpflichtungen in Bezug auf Opferrechtsansprüche,
- zum würdevollen Umgang mit Opfern insgesamt,
- zur Schutzpflicht hinsichtlich personenbezogener Daten.

Österreichs Gemeinden setzen verstärkt auf erneuerbare Energie

# „Müssen alle Kräfte bündeln“

Der Einsatz erneuerbarer Energieträger hat seit langem Tradition in Österreich. Die größten Anteile erneuerbarer Energie stammen aus der Nutzung der Wasserkraft und der festen Biomasse – darüber hinaus werden auch Wind-, Sonnen- und geothermische Energie genutzt.

Im Jahr 2008 betrug der Anteil regenerativer Energieträger am heimischen Gesamtenergieverbrauch 28,5 Prozent. Damit liegt Österreich nach Schweden (44,4 Prozent), Finnland (30,5 Prozent) und Lettland (29,9 Prozent) an vierter Stelle in der EU-27. Die Europäische Union hat sich als Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 ein Fünftel ihres Energiebedarfs über Alternativen zu decken. Hierzu ist es notwendig, dass die Mitgliedstaaten entsprechend ihrer Möglichkeiten einen unterschiedlich großen Beitrag leisten. Für Österreich ist vorgesehen, dass der Anteil an erneuerbaren Energien auf 34 Prozent gesteigert wird.
Die Nutzung erneuerbarer Energiequellen trägt nicht nur zum Klimaschutz bei, sondern auch zu einer sicheren Energieversorgung und zum Aufbau einer wissensgestützten Wirtschaft, was sich wiederum positiv auf Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum, Wettbewerb sowie die regionale Entwicklung auswirkt. Ein Umstieg von fossiler Energie auf erneuerbare benötigt zwar Zeit, wichtig ist aber, dass mit gebündelten Kräften kontinuierlich an der Umgestaltung des Energiesystems gearbeitet wird. Zielgerichtete Aktivitäten auf regionaler Ebene sind dabei unverzichtbar. Denn wenn vor Ort engagiert an einer neuen, dezentralen Energieversorgung gearbeitet wird, dann kann das der Anfang einer wahren Erfolgsgeschichte sein. Österreichs Regionen sind reich an natürlichen Ressourcen, die auch zur Gewinnung von erneuerbarer Energie genutzt werden können. So gibt es bereits einige Energie-Modellregionen, die veranschaulichen, welche Vorteile die Arbeit für eine möglichst unabhängige Energieversorgung mit sich bringen kann.

> Das Lebensministerium hat eine Vielzahl an Maßnahmen gesetzt, um Regionen bei ihrer Arbeit für eine nachhaltige Energieversorgung zu unterstützen.

Daher hat das Lebensministerium eine Vielzahl an Maßnahmen gesetzt, um Regionen bei ihrer Arbeit für eine nachhaltige Energieversorgung zu unterstützen. Energieautarkie ist genau dieses Bestreben einer Gemeinde oder einer Region, ihre Energieversorgung in den Bereichen Wärme, Strom und Verkehr von Importen sowie von fossiler Energie weitgehend unabhängig zu machen.
Mit Förderungen im Rahmen des Klima- und Energiefonds sowie der Umweltförderung im Inland, Beratungsprogrammen und dem klima:aktiv-Netzwerk unterstützt das Lebensministerium Gemein-

## Punkt für Punkt zum Klimaziel – die klima:aktiv-Angebote

### Förderungspauschalen von klima:aktiv mobil

**Für eine einfache und schnelle Förderabwicklung werden kleine Fuhrparks mit Pauschalsätzen pro Fahrzeug unterstützt** (auszugsweise)

| Maßnahme | Förderung pro Fahrzeug |
|---|---|
| Erdgasfahrzeuge (CNG) | 500 bzw. 1000 Euro bei Verwendung von mind. 40 Prozent Biomethan |
| Mehrspurige Elektrofahrzeuge | 2500 Euro bzw. 5000 Euro bei Verwendungvon Ökostrom |
| Mehrspurige leichte Elektrofahrzeuge | 500 Euro bzw. 1000 Euro bei Verwendungvon Ökostrom |
| Einspurige Elektrofahrzeuge | 250 Euro bzw. 500 Euro bei Verwendung von Ökostrom |
| Elektro-Fahrräder | 200 Euro bzw. 400 Euro bei Verwendung von Ökostrom |
| Hybrid-Fahrzeuge | 400 Euro |

Stand August 2010

**Kontakt zum Beratungsprogramm:**
komobile Gmunden
DI Helmut Koch, Mag. Doris Kammerer
Tel.: +43 (0)7612 / 70911
E-Mail: **mobilitaetsmanagement@komobile.at**
Web: **www.klimaaktivmobil.at**

Online-Einreichung und Förderdetails:
Kommunalkredit Public Consulting GmbH;
Tel.: +43 (0)1 / 316 31-716
**www.umweltfoerderung.at/verkehr**

**Infos auf www.lebensministerium.at**

„Wichtig ist, dass mit gebündelten Kräften kontinuierlich an der Umgestaltung des Energiesystems gearbeitet wird“, Umweltminister Niki Berlakovich.

den und regionale AkteurInnen. e5 ist das Top-Programm für Gemeinden, die sich intensiv mit Energie- und Klimaschutz auseinandersetzen wollen. Gemeinden profitieren von der kontinuierlichen Arbeit mit e5-Beratern sowie der bewährten e5-Methodik und haben die Chance, ein bis fünf „e“ als sichtbares Markenzeichen für die erzielten Erfolge zu erreichen.
Der Beratungsfolder „10 Schritte in die Energieautarkie“ zeigt, wie jede Gemeinde sich diesem Ziel nähern kann. Weiters beschreibt er die wesentlichen nationalen Programme und Initiativen, die Gemeinden und Regionen auf diesem Weg begleiten. Aufgrund der begrenzten Ressourcen ist Energieautarkie ohne Energieeffizienz nicht denkbar, d. h. Energieautarkie bedingt die siamesischen Zwillinge der Energiewende: den Energieverbrauch senken und den Anteil erneuerbarer Energien steigern. Weitere wesentliche Prinzipien auf dem Weg in die Energieautarkie sind:

- die Vernetzung mit anderen Gemeinden der Region als Teil eines österreichweiten Energieeffizienz- und Klimaschutz-Programms,
- die Beachtung wirtschaftlicher, ökologischer und soziale Nachhaltigkeitskriterien.

Nutzen Sie die Chancen, die uns erneuerbare Energie bietet: für den Klimaschutz, für neue Green Jobs und optimale regionale Wertschöpfung in einer lebenswerten Umwelt. Nur durch die Ausschöpfung der lokalen Energieressourcen kann eine Gemeinde die Ziele Klimaschutz, höhere Versorgungssicherheit und lokale Wertschöpfung erreichen.

20 Jahre österreichisches Abfallwirtschaftsgesetz

## Online-Befragung hilft beim Blick in die Zukunft

Vor 20 Jahren ist das Abfallwirtschaftsgesetz in Kraft getreten. Das nehmen Lebensministerium und ÖWAV zum Anlass, einen Rückblick auf Errungenschaften zu halten, aber auch einen Blick in die Zukunft zu werfen.
Viele Fragen der Abfallwirtschaft können heute als gelöst betrachtet werden. Um auch in Zukunft probate Lösungen gemeinsam umzusetzen, wurde der Abfallwirtschaftsdialog **aw2020.at** als Online-Befragung ins Leben gerufen. Damit sind alle Interessierten eingeladen, sich durch die Beurteilung von Zukunftsszenarien an der weiteren Entwicklung der österreichischen Abfallwirtschaft zu beteiligen.
VertreterInnen von u. a. Gemeinden, NGOs, Verwaltung und Verbänden können ihre Meinung zu Szenarien und Optionen für Trenn- und Sammelsysteme, Import-Export-Fragen, zu Fragen der Energie- und Rohstoffgewinnung aus der Abfallwirtschaft und zu gesetzlichen Regelungssystemen abgeben und eigene Vorschläge einbringen.
Die Ergebnisse werden am 28. September anlässlich der Jubiläumsfeier „20 Jahre AWG“ im Museum für Angewandte Kunst – MAK in Wien präsentiert.
Eine Teilnahme an der Befragung ist auf **www.aw2020.at** noch bis Anfang September 2010 möglich.

Neuer Folder zur Bundesförderung Gewässerökologie

## 140 Millionen Euro für Verbesserung des Lebensraums Wasser

In Österreich sind wir in der glücklichen Lage, über ausreichende und qualitativ hochwertige Wasserressourcen zu verfügen. Die österreichischen Gewässer sollen auch weiterhin sauber und in möglichst naturnahem Zustand erhalten bleiben, um den folgenden Generationen damit eine lebenswerte Umwelt zu sichern. „In Zukunft sind neben der Sicherung der Wassergüte auch verstärkt Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung unserer Flüsse und Bäche als Lebensräume zu setzen“, erläutert Umweltminister Berlakovich, „Die insgesamt 140 Millionen Euro Bundesförderung Gewässerökologie setzen dabei maßgebliche finanzielle Anreize für die Gemeinden und Unternehmen.“

Der neue Folder des Lebensministeriums enthält detaillierte Informationen über die Bundesförderung für gewässerökologische Maßnahmen und kann von der Homepage des Lebensministeriums unter **http://publikationen.lebensministerium.at/–Wasser–Förderungen** oder unter **broschuerenservice-wasser@lebensministerium.at** bestellt werden. Weitere Informationen zur Bundesförderung Wasserwirtschaft können unter **http://wasser.lebensministerium.at**/ abgerufen werden.

**Infos auf www.lebensministerium.at**

Förderprogramm unterstützt Gemeinden mit vier Millionen Euro

# Die Wende vor der Tür: Klimafonds sucht Modellregionen

Der Klima- und Energiefonds läutet die zweite Runde des Förderprogramms „Klima- und Energie-Modellregionen“ ein. Gesucht werden Gemeinden und Regionen, die den Weg in eine energieautarke Zukunft gehen wollen. Insgesamt stehen für interessierte Kommunen vier Millionen Euro Fördergeld zur Verfügung.

Klimaschutz braucht Vorbilder. Es sind die Gemeinden und Regionen, die ihren Einwohnern täglich vor Augen führen können, dass der Einsatz alternativer Energiequellen keine abstrakte Öko-Fantasie mehr darstellt. Der Klimafonds führt derzeit die zweite Aktion zur Entwicklung von energieunabhängigen Regionen durch. Insgesamt stehen vier Millionen Euro für Gemeinden zur Verfügung, die als „Energie-Modellregionen“ Verantwortung für eine nachhaltige Klima-Politik übernehmen wollen.

„Wir initiieren gemeinsam mit den Gemeinden eine Bewegung – hin zu einer klimafreundlichen Zukunft, hin zum Einsatz erneuerbarer Energien, weg von der Abhängigkeit von Energieimporten“, beschreibt Umweltminister Niki Berlakovich das Ziel der Förderaktion. Strom und Wärme aus vorhandener Biomasse, Wind und Sonne müssen in Zukunft den fossilen Brennstoffen wie Erdöl und Gas den Rang ablaufen. Die Energieressourcen „vor der Haustür“ sollen zunehmend genutzt werden.

Das Förderprogramm der „Klima- und Energie-Modellregionen“ sucht dabei den Schulterschluss mit den Kommunen. Im Vorjahr vereinten sich 437 Gemeinden in einer ersten Konzeptphase zu 37 Modellregionen, um gemeinsam Projekte für nachhaltige Energiesparprogramme und lokale Energieproduktion aufzusetzen.

Foto: BMLUFW/Newman

> Die Bilder der Ölkatastrophe in Mexiko, die diesen Sommer die Nachrichtenwelt dominierten, machen klar: Die Zeit ist reif für den Ausstieg aus der fossilen Energie. Mein Ziel ist es, möglichst viele Regionen und Gemeinden zu unterstützen, mindestens ihren Eigenbedarf an Strom und Wärme selbst zu erzeugen. Damit werden sie einerseits unabhängiger von Importen fossiler Energieträger und schaffen sowohl regionale Wertschöpfung als auch green jobs. Damit leisten die Kommunen einen großen Beitrag zum Klimaschutz und zur Erreichung des Ziels, 34 Prozent des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen zu decken.
>
> *Umweltminister Niki Berlakovich*

## Lokale Erträge statt globale Schulden

In der zweiten Phase des Konzepts der „Modellregionen“ will der Klima- und Energiefonds weitere Kreise ziehen. „Bisher konnte man nur auf die Erfahrung einiger weniger Pioniere in Sachen regionaler Energieunabhängigkeit zurückgreifen. Mittlerweile hat sich auf Grund unserer Initiativen eine breite Bewegung gebildet“, ist Klima-

und Energiefonds-Geschäftsführer Ingmar Höbarth optimistisch. Damit sind Österreichs Gemeinden einen wesentlichen Schritt weiter auf dem Weg zum energieautarken Gemeinwesen. „Wir erreichen heute bereits ein Zehntel der Bevölkerung Österreichs. Das ist viel – aber noch nicht genug. Meine Vision ist ein energieautarkes Österreich“, will Umweltminister Niki Berlakovich noch mehr Modellregionen gewinnen, die mit Hilfe eigens installierter „Modellregionenmanager“ übergreifende Aktionen starten. „Wir fördern die lokale Wertschöpfung, die direkt zu neuen Arbeitsplätzen – Green Jobs – in den Gemeinden führen wird“, betont der Umweltminister den unmittelbaren Vorteil des Modellregionen-Konzepts. „So bringen wir neue Impulse, wirtschaftlichen Aufschwung und nicht zuletzt ein neues Lebensgefühl für eine bessere Umwelt in die Regionen.“

foto: Klima und Energiefonds

437 Gemeinden haben sich zu 37 Modellregionen zusammengeschlossen. 840.000 Österreicherinnen und Österreicher sind damit Teil der vom Klima- und Energiefonds initiierten Bewegung.

## Mehr Signale

Vorgabe der zweiten Ausschreibung des Modellregionen-Programms – sie endet am 27. Oktober dieses Jahres – ist es, die Gemeinden und ihre Entscheidungsträger bei der Gründung und beim Aufbau einer energieunabhängigen Zukunft zu begleiten. Besonders wichtig ist dabei der Multiplikatoreffekt.

„Es wird auf regionaler Ebene eine Entwicklungsdynamik initiiert, die eine unmittelbare Vorbildwirkung auf weitere Regionen ausübt. Was beim Nachbarn klappt, wird auch daheim funktionieren“, weiß Höbarth aus bisherigen Erfahrungen. Auf Initiative der Gemeinden erleben Bürger hautnah, wie Klimaschutz mit der Steigerung von Lebensqualität Hand in Hand geht.

## Konzepte für eine bessere Zukunft

Der Klima- und Energiefonds spricht Regionen an, die noch am Anfang der Entwicklung hin zu einer Modellregion stehen. Als geeignete Kandidaten gelten Gebiete im ländlichen Raum bis hin zu kleinen Ballungsgebieten im Umfeld von Kleinstädten, die aus einer oder mehreren Gemeinden bestehen. Der Klimafonds sucht dabei Ideen, die zu einer nachhaltigen Treibhausgas-Reduktion führen und den Gemeinden mehr energetische Selbstständigkeit bringen. Dabei sind Konzepte für kommunale Biomasse-Verwertungen – von der Holzgewinnung bis zur Fernwärme-Produktion – ebenso gefragt wie Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden oder der Aufbau regionaler Verkehrssysteme. Klimafonds-Geschäftsführer Ingmar Höbarth: „Die Modellregionen zeigen, wie’s für die Zukunft besser geht. Es ist einfach klüger, die Energie, die unsere Wälder, Wind, Wasser und Sonne bieten, zu nutzen, als Geld an Saudi-Arabien zu zahlen.“

Die Modellregionen zeigen, wie’s für die Zukunft besser geht. Es ist einfach klüger, die Energie, die unsere Wälder, Wind, Wasser und Sonne bieten, zu nutzen, als Geld an Saudi-Arabien zu zahlen.

Ingmar Höbarth, Geschäftsführer Klima- und Energiefonds

Informationen zu den Förderprogrammen und Einreichunterlagen finden Sie auch auf der Website des Klima- und Energiefonds
**www.klimafonds.gv.at/home/foerderguide/details/themenfeld/klima-und-energie-modellregionen-1.html**

## Was gefördert wird

Im Rahmen der „Klima- und Energie-Modellregionen“ werden folgende Maßnahmen unterstützt:

- Erstellung oder Vorlage eines regionalen Umsetzungskonzepts
- Tätigkeit eines Modellregionen-Managers für die regionale Verankerung des Umsetzungskonzepts
- Begleitende Vernetzungs- und Bewusstseinsbildungsmaßnahmen.

Die Einreichfrist endet am 27. Oktober.

## Information

Klima- und Energiefonds
Gumpendorfer Straße 5/22
1060 Wien
Tel.: 01/5850 390-0
Fax: 01/5850 390-11
**office@klimafonds.gv.at**
**www.klimafonds.gv.at**

„Mit der Einigung zur außerordentlichen Verlängerung der Spitzenförderung für Abwassermaßnahmen helfen wir den Kommunen gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Wir haben unsere Verantwortung wahrgenommen und ich hoffe, die Gemeinden werden sich bei der Frage der Budgetkonsolidierung ebenfalls kooperativ zeigen. Welche Maßnahmen wir getroffen haben, um die Spitzenförderung bis 2018 sicherzustellen, erfahren Sie in dieser Ausgabe unserer BMF-KOMMUNAL Kooperation."
*Ihr Josef Pröll*
*Finanzminister*

Finanzministerium sichert Förderung für Abwassermaßnahmen

# Treibstoff für Konjunkturmotor Siedlungswasserwirtschaft

Ende Juni 2010 konnte das Finanzministerium eine Einigung mit der Kommission für Wasserwirtschaft erzielen und so die Spitzenförderung für Abwassermaßnahmen in den Gemeinden ausnahmsweise verlängern. Damit können Gemeinden und Städte geplante Investitionen für Abwasserentsorgung aufschieben, ohne den befristeten hohen Spitzenfördersatz zu verlieren.

MMag. Andreas Mayrbäurl

Die Projekte der Siedlungswasserwirtschaft sind für die österreichische Wirtschaft ein wichtiger konjunkturstärkender Motor. Mit den Förderungsmaßnahmen in den Bereichen Siedlungswasserwirtschaft, Gewässerökologie und betriebliche Abwassermaßnahmen wurde im Zeitraum 1993 bis 2009 ein umweltrelevantes Investitionsvolumen von insgesamt rund 15 Milliarden Euro ausgelöst (*Quelle: Bericht zu den Umweltförderungen des Bundes, 2009*).
Über 30.000 Projekte wurden mit einem Förderbarwert von über 4,4 Milliarden Euro gefördert. Alleine im Jahr 2009 wurden für Projekte der Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie für Maßnahmen in der Gewässerökologie Förderungen von rund 200 Millionen Euro zugesagt.

> Nicht zuletzt durch sinkende Steuereinnahmen haben derzeit rund 550 Kommunen keine ausreichenden finanziellen Mittel, um beabsichtigte Investitionen vorzunehmen.

## Zahlreiche Projekte waren gefährdet

Besonders der Bau von Abwasserentsorgungsanlagen ist eine sehr finanzintensive Angelegenheit. Auf Grund der schwächeren Eigenmittelausstattung der Gemeinden, waren die zusätzlichen Bundesmittel nicht gesichert, da Förderungen erst nach Baubeginn fließen. In den Richtlinien war bisher der erhöhte Fördersatz von 50 Prozent nur bis maximal 2015 vorgesehen. Wurde das Projektende im Fördervertrag früher angegeben, galt sogar dieser noch frühere Zeitpunkt. Zeitliche Verschiebungen hätten daher eine Reduktion des Fördersatzes auf acht Prozent und damit wohl das Aus für viele Projekte bedeutet.
Durch die nunmehr erzielte Einigung konnte dieses Szenario im Sinne der Gemeinden verhindert werden. Allein die Tatsache, dass rund 11.500 Jobs durch die Förderschiene pro Jahr gesichert werden, ist ein Indikator für die große Bedeutung der Siedlungswasserwirtschaft (*Quelle: Bericht zu den Umweltförderungen des Bundes, 2009*).

MMag. Andreas Mayrbäurl arbeitet in der Abteilung II/9 – Budget, Familie, Jugend und Umwelt im Bundesministerium für Finanzen.

## Neue Richtlinien

Mit der Zustimmung zu den neuen Förderrichtlinien können Gemeinden den Beobachtungszeitraum ihrer Projekte nun bis 2015 oder um drei Jahre verlängern. Der Beobachtungszeitraum, der als Basis für die Berechnung der förderfähigen Kosten gilt, kann sich damit bis zum Jahr 2018 verschieben, wenn das Projektende derzeit mit 2015 angegeben ist. Damit ist sichergestellt, dass der Fördersatz von 50 Prozent auch bei jenen Investitionen angewandt wird, welche aus heutiger Sicht nicht im vorgesehenen Zeitraum vorgenommen werden können.
Im Zuge der Verhandlungen

Für die Jahre 2010 und 2011 sind auf Basis der Bedarfsmeldungen von Städten und Gemeinden je 180 Millionen Euro für die Siedlungswasserwirtschaft vorgesehen.

musste auch die finanziell angespannte Situation der öffentlichen Haushalte berücksichtigt werden. Um die Gemeinden nicht im Stich zu lassen und möglichst schnell eine Lösung zu finden, wurde zwischen Finanz-, Lebens- und Wirtschaftsministerium intensiv verhandelt. Mit der Zustimmung durch die Kommission für Siedlungswasserwirtschaft vom 23. Juni 2010 kann die Novelle nunmehr durchgeführt werden.

## Vorsorge für saubere Gewässer

Auch in Zukunft wird es Förderungen der Siedlungswasserwirtschaft geben. Das Zusagevolumen für die Projekte ist im Umweltförderungsgesetz für die nächsten Jahre gesetzlich geregelt. Für die Jahre 2010 und 2011 sind auf Basis der Bedarfsmeldungen von Städten und Gemeinden je 180 Millionen Euro vorgesehen. Die Finanzierung erfolgt zum einen aus Vorwegabzügen und Kostenbeiträgen nach Maßgabe des jeweiligen Finanzausgleichsgesetzes. Der Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds bringt zum anderen die Mittel für die Sondertranchen (z. B. Hochwasserschutz) auf. Zuletzt wurde im Februar 2009 mit der Einführung der Förderschiene zur Gewässerökologie eine deutliche Verbesserung im Fördersystem geschaffen.
Mit der nun beschlossenen Maßnahme wird die Erfolgsgeschichte fortgesetzt. In den Jahren zwischen 1993 und 2009 wurden knapp 22.000 Projekte in der Abwasserentsorgung genehmigt. Neben der wirtschaftlichen Impulswirkung konnte vor allem die Umwelt geschützt sowie die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser sichergestellt werden. Somit ist Vorsorge getroffen, dass auch zukünftige Generationen intakte und saubere Fließgewässer vorfinden werden.

BMF
BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

Finanzminister Josef Pröll im Interview

# „Wir greifen den Gemeinden finanziell unter die Arme“

Gerade in budgetär angespannten Zeiten muss besonders sorgsam investiert werden. Für Finanzminister Pröll steht im Vordergrund, sinnvoll einzusparen und Gemeinden nicht im Regen stehen zu lassen. Josef Pröll im Interview mit KOMMUNAL.

**Warum investiert der Bund – trotz Budgetknappheit – gerade jetzt im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft?**
Mit der einmaligen Verlängerung des Spitzenfördersatzes geben wir ein ganz klares Signal an die Kommunen, dass wir niemanden im Stich lassen. Wir greifen den Gemeinden finanziell unter die Arme und haben unsere Gesprächsbereitschaft – auch bei Sachthemen – bewiesen. Natürlich wünsche ich mir, dass bei anderen Themen unsere Gesprächspartner in den Ländern und Gemeinden ähnlich agieren werden. Gerade jetzt müssen wir alle Anstrengungen fokussieren und gemeinsam an der Budgetkonsolidierung und dem Wirtschaftsaufschwung arbeiten. Selbstverständlich war die Verlängerung der Förderungsmöglichkeit auch deshalb wichtig, weil auf Grund von wasserwirtschaftlichen Notwendigkeiten die Gemeinden in jedem Fall aktiv werden müssen.

**Durch die Haushaltsrechtsreform gibt es seit Anfang 2009 gesetzlich verbindliche Auszahlungsobergrenzen. Verursacht die eben vereinbarte Ausweitung des Beobachtungszeitraums eine Überschreitung?**
Für den Bund bedeutet die Verschiebung keine Überschreitung der Auszahlungsobergrenzen, die im Übrigen ein Kernelement der Haushaltsrechtsreform sind. Weil der gesetzlich fixierte Zusagerahmen auch bei einer Aufschiebung der Projekte nicht geändert wird, kommt es zu keinen Mehrkosten. Aber wir ermöglichen dadurch, dass der Zusagerahmen im vollem Ausmaß ausgeschöpft werden kann, was eine große Erleichterung für die Kommunen bringt.

**Wie steht es generell um die Wasserwirtschaft in Österreich?**
Ich freue mich, dass Österreich bereits heute Spitzenreiter bei der Qualität in der Abwasserentsorgung ist. Durch die Investitionen entsorgen mittlerweile rund 95 Prozent der Haushalte die Abwasser ordnungsgemäß. Das ist ein wertvoller Beitrag zur guten Wasserqualität in Österreich und hat besondere Bedeutung in unserer Verantwortung beim Umweltschutz. Ein 100-prozentiger Anschlussgrad ist jedoch auf Grund der dezentralen Siedlungsstruktur unrealistisch und auch unwirtschaftlich.

**Welche Vorteile bringt die Ausweitung der Förderung für die Bürgerinnen und Bürger?**
Der direkte Nutzen liegt darin, dass wir durch die Zuschüsse sicherstellen, dass die Gemeinden sozial verträgliche Gebühren verlangen können. Darüber hinaus wird auch die Konjunktur angekurbelt und Arbeitsplätze werden indirekt geschaffen und erhalten. Nicht vergessen dürfen wir – besonders bei der Siedlungswasserwirtschaft – den Umweltschutz, den wir durch unseren Beitrag zusätzlich fördern.

> Wir greifen den Gemeinden finanziell unter die Arme und haben unsere Gesprächsbereitschaft – auch bei Sachthemen – bewiesen. Natürlich wünsche ich mir, dass bei anderen Themen unsere Gesprächspartner in Ländern und Gemeinden ähnlich agieren werden.
>
> Josef Pröll

familienfreundlichegemeinde

# Freiwilligenarbeit ist der Motor der Gemeinden

Vbgm. Herbert Weber, Bgm. Franz Wachter (Gemeinde Deutsch Schützen-Eisenberg) und GV Markus Vlasek (Gemeinde Markt Piesting) bei der Expertenkonferenz Audit *familienfreundlichegemeinde* Ende Juni 2010 in Anif.

Die Visualisierung der Freiwilligenarbeit in der Gemeinde, die Zusammenarbeit in und zwischen den Gemeinden und was jeder Einzelne dafür tun kann, darüber diskutierten Bürgermeister und GemeindevertreterInnen bei einer von der Familie & Beruf Management GmbH und dem Österreichischen Gemeindebund in Kooperation mit dem Salzburger Gemeindeverband und dem Salzburger Familienreferat Ende Juni 2010 einberufenen Expertenkonferenz in Anif bei Salzburg. Die Zusammenarbeit von Land und Gemeinden, dem Netzwerk Familie, dem Netzwerk der Generationen in einer Gemeinde ist vor allem in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für ein erfolgreiches Wirtschaften einer Gemeinde immer wichtiger. Das Audit *familienfreundlichegemeinde* ist u. a. ein bewährter Prozess um Freiwilligenarbeit zu verstärken und zu visualisieren. Viele Bundesländer, hier vor allem Salzburg und Oberösterreich, haben die Stärken des Audit *familienfreundlichegemeinde* als Nachhaltigkeitsinstrument erkannt. Die Wichtigkeit des Ehrenamts als Gradmesser der Lebensqualität einer Gemeinde bestätigte auch der Präsident des Salzburger Landtages, Ök.-Rat Simon Illmer, anlässlich der Flachauer Bürgermeisterkonferenz im Juni 2010 in den Flachauer Nachrichten wie folgt: „Gemeindezusammenlegungen würden nichts billiger machen, aber dem Ehrenamt den Boden entziehen: Denn die Menschen engagieren sich dort, wo sie daheim sind“, ist Illmer überzeugt. Und er ergänzt: „Durch interkommunale Zusammenarbeit ließen sich die Vorteile der Größe genauso erreichen, das beweisen die Gemeinden, die sich dem Audit *familienfreundlichegemeinde* gestellt haben.“ (Flachauer Nachrichten Print 17. 6. 2010)

## Information

Familie & Beruf Management GmbH

Ansprechpartnerin:
Heike Trammer
**heike.trammer@familieundberuf.at**

Tel.: 01/218 50 70
Web:
**www.familieundberuf.at**

Österreichischer Gemeindebund
Tel.: 01/512 14 80-20
Ansprechpartnerin:
Mag. Anna Nödl-Ellenbogen
**anna.noedl-ellenbogen@gemeindebund.gv.at**
Web:
**www.gemeindebund.at**

Die neue SendStation Pro® von hpc DUAL

# Einfach per Mausklick sicher versenden

Die elektronische Zustellung von Mitteilungen ist ein wichtiger Teil der elektronischen Verwaltung. Mit hpc DUAL profitieren Sie davon schon heute, Sie regeln den Versand Ihrer Schriftstücke einfach per Mausklick.
Die SendStation Pro® ermöglicht das Signieren von Erledigungen aus dem AVG mittels Amtssignatur, das ab dem 1. 1. 2011 für Verwaltungen verpflichtend ist. Signierte Dokumente können automatisiert, wahlweise physisch oder elektronisch über die SendStation Pro® direkt oder via Zustelldienst zugestellt werden.
Zu den Funktionalitäten der SendStation Pro® gehören:

- die automatische Prüfung der elektronischen Erreichbarkeit (Zustellkopfabfrage bei jedem Adressaten),
- das Aufbringen der Amtssignatur,
- das Drucken, Kuvertieren und die Postaufgabe bei physischem Versand.

Wir bieten einfache elektronische Zusendung oder gesicherte, rechtsgültige elektronische Zustellung gemäß Zustellgesetz sowie physische Zustellung mit der Post.

## Warum duale Zustellung?

Das System der dualen Zustellung ermöglicht eine Senkung bis zu 92 Prozent der Versandkosten und eine Reduktion der Prozesskosten. Mit der SendStation Pro® wählen Sie automatisch den günstigsten Versandkanal und wandeln Fixkosten in variable Kosten um. Außerdem ersparen Sie der Umwelt bis zu

Josef Schneider, Geschäftsführer HPC Duale Zustellsysteme GmbH.

77 Prozent $CO_2$-Belastung durch e-Zustellung.

## Einfach und sicher

Durch die automatische Trennung von elektronisch und physisch zustellbaren Sendungen sind die Erstellung und der Versand von Schriftstücken kinderleicht. Aus Microsoft Outlook können Dokumente erstellt, per Mausklick signiert (auch PDF/A- und PDF/AS-Signaturen) und an die Send-Station Pro® vollautomatisch übermittelt werden. Der gesamte Prozess wird lückenlos dokumentiert.

Send Station Pro
Einfach sicher senden.

## Information

HPC Duale Zustellsysteme GmbH
Tel.: 0800/202 019
**www.hpcdual.at**

E.E.

ÖBB

# Alles spricht fürs Einfach-Raus-Ticket!

Jetzt € 28,- für 2 bis 5 Personen € 35,- mit Fahrrad

Ganz ehrlich: Wie viel haben Sie von unserem wunderschönen Österreich schon gesehen? Nicht genug? Dann wird es Zeit für das Einfach-Raus-Ticket der ÖBB: Damit können Gruppen von zwei bis fünf Personen um insgesamt € 28,– in allen Regionalverkehrszügen der ÖBB* und der Raaberbahn in Österreich den ganzen Tag fahren – so oft Sie wollen, wohin Sie wollen. Gültig von Montag bis Freitag von 9.00 bis 03.00 Uhr (Folgetag), Samstag, Sonn- und Feiertag von 0.00 bis 03.00 Uhr (Folgetag). Und mit dem Einfach-Raus-Radticket um € 35,– können Sie auch noch Ihr Fahrrad mitnehmen. **Mehr Infos unter www.oebb.at**

* Regionalzug R, RegionalExpress REX, S-Bahn, Regio S-Bahn RSB

Stand: Juni 2010

# PRAXIS

**Kooperation:** Attraktiven Betriebsstandort geschaffen

## In Eferding beginnt der „Zukunftsraum“

Fotos: RMOÖ

Bgm. Wolfgang Kreinecker (Hinzenbach), Bgm. Johann Stadelmayer (Eferding), RMOÖ-Geschäftsführer Wilhelm Patri, Bgm. Hubert Schlucker (Pupping), Bgm. Erwin Hartl (Fraham) und Wirtschaftslandesrat Viktor Sigl setzen die Puzzle-Teile zusammen, die gemeinsam den Zukunftsraum Eferding ergeben.

Einen bedeutenden Schritt in eine gemeinsame Zukunft haben die vier oö. Gemeinden Eferding, Fraham, Hinzenbach und Pupping gemacht: ein gemeinsames Standortentwicklungskonzept ist beschlossen worden. Die Bürgermeister haben eine Vereinbarung zur kooperativen Raumplanung unterzeichnet. Gelungen ist diese Kooperation durch den Einsatz und die Begleitung der Regionalmanagement OÖ GmbH (RMOÖ), der TMG und der Abteilung Raumordnung des Landes OÖ. Wirtschafts-LR Viktor Sigl unterstützt die Zusammenarbeit im Rahmen des Programms „Regionale Wettbewerbsfähigkeit OÖ 2007 – 2013“.

Die vier Gemeinden setzen schon seit längerem auf eine enge Zusammenarbeit. Nach dem Beschluss zur Aufteilung der Kommunalsteuern aus neu angesiedelten Betrieben haben sie als weiteren Schritt in ihrem Projekt „Zukunftsraum Eferding“ nun ein gemeinsames Standortentwicklungskonzept erstellt. Dieses ist ab sofort verbindliche Planungsgrundlage für die bisher unabhängig voneinander erstellten örtlichen Entwicklungskonzepte und Flächenwidmungspläne. Im Standortentwicklungskonzept stehen die Gemeinden nicht mehr in Konkurrenz zueinander, was die Betriebsansiedlung betrifft.

Ein weiteres Kooperationsprojekt im Bezirk Eferding ist die „Verbändegemeinschaft Eferding“. Der Bezirksabfallverband, der Regionalentwicklungsverband und der Reinhalte- und Wasserverband werden zukünftig unter einem Dach untergebracht.

**Förderung:** Umweltfreundliche Mobilität rentiert sich – noch bis 31. Dezember

## Geld zurück bei Elektrofahrradkauf

Wer ein E-Fahrrad kauft, bekommt je nach Bundesland zehn bis 40 Prozent des Kaufpreises zurück.

Elektrofahrräder dienen nicht nur als Beitrag zur Erfüllung der umweltpolitischen Verpflichtungen Österreichs, die Treibhausgasemmissionen bis 2012 um 13 Prozent zu reduzieren, sie sind auch eine neue Form von umweltfreundlicher Mobilität, die noch bis 31. Dezember 2010 von vielen Bundesländern und Gemeinden gefördert wird. Wer ein Elektrofahrrad kauft, bekommt zehn bis 40 Prozent des Kaufpreises zurück, abhängig vom jeweiligen Bundesland.

Klima:aktiv fördert beispielsweise die Anschaffung von bis zu zehn Elektrofahrrädern für Privatpersonen oder maximal 50 für Unternehmen, Tourismusverbände, Gemeinden oder gemeinnützigen Vereinen. Vorteile der Räder mit eingebautem Elektromotor sind unter anderm die umweltschonende, leise und einfache Fortbewegungsart. Mehr Infos auf **www.klimaaktiv.at**

**Bürgermeisterprotest**

## ÖBB will Pendlerstrecken einstellen

Ab Anfang August 2010 planen die ÖBB die Einstellung und Kürzung mehrerer Zugverbindungen. Betroffen sind damit vor allem Pendler in Nieder- und Oberösterreich. Laut einem Bericht der Zeitung „Heute“ von Ende Juli ist das in Niederösterreich (trotz Protesten der betroffenen BürgermeisterInnen) bereits geschehen, in Oberösterreich steht eine Schließung der Strecken vor der Tür.

**Photovoltaik-Aktion 2010:** 6800 Haushalte mit Solarenergie versorgt

# Mehr als 5700 PV-Anlagen errichtet

Ende Juli startete die Steiermark in den Vergabeprozess der Photovoltaik-Förderaktion 2010 des Klima- und Energiefonds. Wie in allen acht vorangegangenen Bundesländern lief auch hier der Start reibungslos, nach wenigen Stunden hatten sich bereits mehr als 3500 Interessierte registriert. Bundesweit wurden binnen kürzester Zeit knapp 6200 Anträge eingebracht. „Dies ist ein wichtiger Schritt für die österreichische Klimapolitik: Unser Ziel ist es, von ausländischen Energieimporten unabhängiger zu werden. Diesem sind wir nun wieder ein Stück näher“, so Umweltminister Niki Berlakovich. Erfreut zeigt sich auch Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds: „Die Verdoppelung des Budgets im Vergleich zum Vorjahr auf 35 Millionen Euro war wichtig und richtig – das zeigt die sehr gute Resonanz auf die Aktion. Mit heutigem Stand (Ende Juli) können österreichweit ca. 5700 Anlagen errichtet und damit Strom für durchschnittlich 6800 Haushalte erzeugt werden. Das ist gut für unser Klima und für unsere Wirtschaft.“ Gleichzeitig fordert er auf, sich vor allem in den Bundesländern Wien, Burgenland, Kärnten, Vorarlberg und Niederösterreich noch für die Förderung einer PV-Anlage zu bewerben: „Hier sind noch Fördermittel frei“, so Ingmar Höbarth.

Riesen-Run auf die Förderaktion für Photovoltaikanlagen.

**Konferenz in Linz**

## Energieeffiziente Beschaffung

Pro-EE ist ein EU-Projekt zur Steigerung der Energieeffizienz im öffentlichen Beschaffungswesen. Beteiligt sind die Länder Österreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Portugal und Spanien.
Bei der internationalen Konferenz „Öffentliche Beschaffung in Europa“ am 8. Oktober im Linzer Schlossmuseum dreht sich alles um ökologische Beschaffung und Beschaffungsnetzwerke und wie damit Kosten und Energie gespart werden können. Anmeldung bei der Oö. Akademie für Umwelt und Natur unter 0732/7720-14402, per E-Mail an **uak.post@ooe.gv.at** oder im Internet unter **www.umweltakademie.at**

KOMMUNALMESSE 2010

**Online-Befragung**

## Zukunft der Abfallwirtschaft

Seit 20 Jahren ist das Abfallwirtschaftsgesetz (AWG) in Österreich in Kraft. Aus diesem Anlass starten ÖWAV und Lebensminsterium eine Online-Befragung zu dem Thema. Nehmen Sie jetzt teil und gestalten Sie die Zukunft der Abfallwirtschaft in Österreich aktiv mit.
Ab sofort auf **www.aw2020.at**
Die Ergebnisse werden am 28. September 2010 bei der Jubiläumsveranstaltung im MAK Wien präsentiert.

**Badegewässerbericht ’09**

## 97 Prozent der Gewässer sind o.k.

In Österreich entsprechen laut dem EU-Badegewässerbericht 74,6 Prozent der 268 untersuchten Gewässer den Leitwerten und 97 Prozent den verbindlichen Werten. Lediglich sieben Gewässer (Stausee Burg, Hannersdorf; Kamp Flussbad, Langenlois; Donau, Weißenkirchen; Badesee Klaffer; Heratinger See, Ibm; Furtnerteich, Mariahof; Sulmsee, Tillmitsch) erfüllen nicht die vorgegebenen Qualitätsstandards.
**www.eea.europa.eu**

**Neue Ö-Norm:** Der Wassergehalt im Schnee

## Vorhersage von Gefahren durch Schmelzwasser

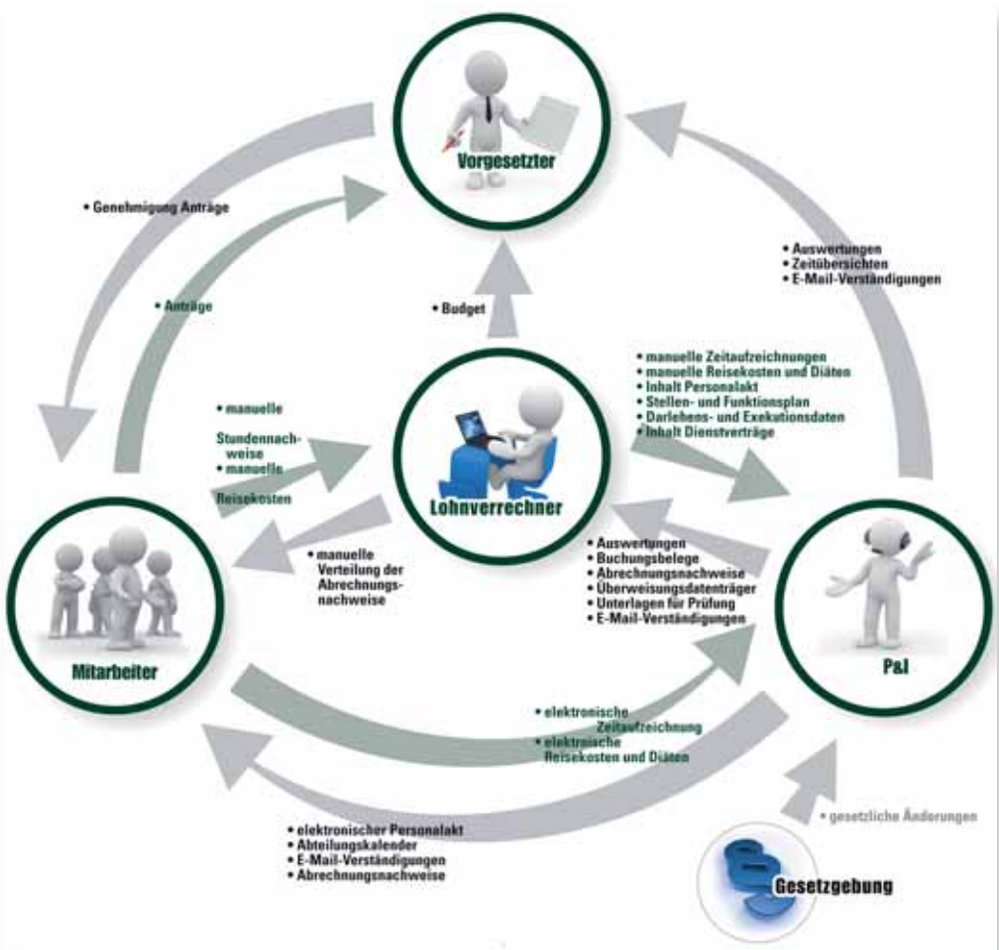
Für den nächsten Winter steht eine besonders wichtige ON-Regel zur Verfügung: ONR CEN/TR 15996 zur Messung des Wasserwerts von Schneedecken. Warum diese Messungen nach einheitlichen Regeln notwendig sind? Weil man damit feststellen kann, wie viel Wasser bei der Schneeschmelze abfließen wird. Das hilft ganz wesentlich bei der Hochwasservorhersage in Flusseinzugsgebieten. Und es ist für die Vorhersage der Lawinengefahr sowie der Risikobeurteilung von schweren Schneelasten wichtig. Mehr auf **www.as-search.at**

Nun kann man verbindlich messen, wieviel Wasser im Schnee gebunden ist.

Personalbüro mit Beratung und Unterstützung

# Sicher und zukunftsweisend: Neuer Service für P&I-Kunden

Seit Beginn dieses Jahres stellt die P&I GmbH mit dem Personalbüro einen zusätzlichen Service zur Erleichterung des Personalmanagements zur Verfügung. P&I unterstützt damit umfassend die Personalverrechnung für Städte und Gemeinden durch zentrale Services.




P&I unterstützt das gesamte Spektrum im Bereich Personalmanagement, besonders auch für Kommunen.

## Vorteile überwiegen

Es werden sämtliche bundesländerspezifische Gehaltsbestandteile und gesetzliche Änderungen zentral gewartet. Beitragsnachweisungen an die Sozialversicherungsträger und das Finanzamt bis hin zum Jahreslohnzettel erfolgen vollautomatisch. Auch dienstrechtliche Fragen beantworten die Mitarbeiter des Personalbüros gerne. So werden arbeitsaufwendige Personalaufgaben in Spitzenzeiten von Gemeinden optimal übernommen. Der Vorteil besteht vor allem in der Rechtssicherheit für Funktionäre und Lohnverrechner. Das Personalbüro bietet Beratung und Unterstützung durch geprüfte Lohnverrechner sowie Hilfestellungen bei arbeits- und sozialrechtliche Fragen.

## Umfassendes Spektrum

Der Service des Personalbüros deckt die Bereiche Abrechnung, Stellenplan, Budget, Zeiterfassung sowie Reisekosten ab. Im einzelnen beinhaltet er die Ermittlung der Auszahlungsbeträge, der Summen für die außerbetrieblichen Abrechnungen sowie der Buchungsbelege. Im Stellenplan sind die Ermittlung der Personalkosten und der ergänzenden Kosten aus den realen Personendaten und den geplanten Stellen enthalten.
Im Bereich der Zeiterfassung bietet das Personalbüro die Aufzeichnung von Arbeits-, Projekt- und Fehlzeiten. Zudem bildet die Zeiterfassung die Basis für die Abrechnung von Mehrarbeit, Überstunden und Zuschlägen.
Im Bereich der Reisekosten stellt das Personalbüro die Dokumentation und Aufwandsentschädigung von Dienstreisen im In- und Ausland zur Verfügung.

## Information

P&I GmbH
Ares Tower
Donau-City-Straße 11
1220 Wien
Tel.: 01/260 39 0
Fax: 01/260 39 330
**Mail: info.at@pi-ag.com**
**Web: www.pi-ag.com**

E.E.

Gernot Haupt, Bürgermeister von Marchegg, setzt auf den Unimog Euro 5.

# „Ich sorge dafür, dass bei uns keine dicke Luft herrscht.“

Der Unimog Euro 5 produziert 10-mal weniger Rußpartikel als ein Traktor mit aktueller Tier 3/Stufe III A-Emissionsvorschrift. Damit eignet er sich perfekt für Klimabündnis-Gemeinden wie Marchegg. **www.pappas.at/unimog**

UNIMOG 2 JAHRES WERTPAKET

Mercedes-Benz

Pappas

Pappas Gruppe. Das Beste erfahren.
www.pappas.at

**Georg Pappas Automobil AG** Autorisierter Mercedes-Benz Vertriebs- und Servicepartner für Nfz und Unimog, 5301 Eugendorf, Gewerbestraße 34; 2355 Wiener Neudorf, Industriezentrum NÖ-Süd, Straße 4, Postfach 126, Hotline: 0800/727 727

Thema Energie im Vordergrund

# Ein effizienter Einsatz sichert Österreichs Klima- und Energiesystem

Nicht nur die kommunale Energiepolitik steht am Scheideweg, auch der Bund muss sich zwischen Alternativ- und Traditionsenergien, Kostenfaktoren, Importabhängigkeit und Sparsamkeit entscheiden. KOMMUNAL sprach mit Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner.

„Wir brauchen eine Neuorientierung der Energie- und Klimapolitik, wie sie jetzt in der Energiestrategie Österreich vorgesehen ist."
Reinhold Mitterlehner

Fotos: Wiener Bezirkszeitung/Laubner

**Herr Bundesminister, Sie hatten kürzlich die Branchenvertreter der erneuerbaren – oder alternativen – Energien zu einem „Round Table" bei sich. Was waren die wichtigsten Themen der Besprechung?**
**Reinhold Mitterlehner:** Wir haben mit Vertretern der Kleinwasserkraft, der Windkraft, der Biomasse- und Biogaserzeuger sowie der Photovoltaik-Branche konstruktiv diskutiert – unter anderem über Themen wie Tariffestsetzung, Marktreife der einzelnen Technologien, Förderdeckel sowie Wartezeiten bei Förderzusagen und Investitionsentscheidungen. Ein wichtiges Thema war dabei das neue Ökostromgesetz, das wir im Herbst vorlegen wollen. Unser Ziel ist ein intelligentes Fördersystem, das aber nicht

ausufert. Jede noch so erfreuliche Anhebung der Ökostromtarife zur Erhöhung des Ökostrom-Anteils führt zu höheren Kosten für die Stromkunden. Schon jetzt zahlen sie mit ihren Stromrechnungen etwa 340 Millionen Euro pro Jahr für den Ökostrom.

**Unser Energiesystem steht vor großen Herausforderungen: Alle Szenarien gehen von einer Zunahme des Energieverbrauchs, einem Anstieg der $CO_2$-Emissionen und einer zunehmenden Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus. Was bedeutet das für Österreich?**
Wir brauchen eine Neuorientierung der Energie- und Klimapolitik, wie sie jetzt in der Energiestrategie Österreich vorgesehen ist. Durch den effizienteren Einsatz von Energie und den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energieträger – Wasser, Wind, Photovoltaik, Biomasse – sichern wir Österreichs Energie- und Klimasystem. Wir verringern so die Abhängigkeit von Energieimporten und erfüllen bis 2020 die Energie- und Klimaziele der EU. Besonders wichtig ist der Fokus auf die Verringerung des Verbrauchs, wodurch wir erstmals die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch schaffen. Mit der Umsetzung der Energiestrategie eröffnen wir auch unseren Unternehmen zahlreiche Vorteile, weil sie bei Energie- und Umwelttechnologie über ein weltweit anerkanntes Know-how verfügen.

**Die Energiestrategie Österreichs verspricht bis 2020 20 Prozent mehr Energieeffizienz, einen Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch von 34 Prozent und 16 Prozent weniger Treibhausgase. Ist das aus heutiger Sicht realistisch?**
Für den Aufgabenbereich des Wirtschafts- und Energieministeriums kann ich das bestätigen. Wir haben zum Beispiel am 30. Juni den Nationalen Aktionsplan erneuerbare Energien an die Europäische Kommission gemeldet. Darin ist detailliert beschrieben, wie Österreich bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch erhöhen wird. Mit unserem Zielwert von 34 Prozent liegen wir im EU-Vergleich auf Platz vier. Die anderen EU-Staaten werden im Jahr 2020 im Schnitt nur 20 Prozent erneuerbare Energien einsetzen.

**Wie viele Arbeitsplätze können durch die Energiestrategie geschaffen werden?**
Schon jetzt arbeiten in Österreich rund 185.000 Beschäftigte im Bereich Klima- und Umweltschutz. Experten erwarten, dass allein mit der Umsetzung der Energiestrategie rund 80.000 Jobs gesichert und geschaffen werden. Zum Beispiel durch Maßnahmen und Investitionen in den Bereichen Gebäudesanierung, erneuerbare Energien, energieeffiziente Produktion, öffentlicher Verkehr und Elektromobilität. Außerdem verschaffen wir unserer Wirtschaft große Wettbewerbsvorteile, indem wir die im In- und Ausland stark nachgefragten Öko-Innovationen forcieren. Damit schaffen wir zusätzliche „Green Jobs“ und legen so die Basis für intelligentes Wachstum.

**Auf welche Energiearten sollen Österreichs Gemeinden in Zukunft setzen?**
Wichtig ist, dass für die Erzeugung von Ökostrom die effizientesten Standorte genutzt werden. Darauf richten wir auch die Tarife aus. Gute Projekte an geeigneten Standorten sollen nicht durch teure und ineffiziente Anlagen verdrängt werden. Haushalte, Gewerbe und Industrie würden dadurch unnötig zur Kasse gebeten.

**Was sind ihre nächsten Pläne, um klima- und umweltfreundliche Energieformen zu forcieren?**
Parallel zur Umsetzung der Energiestrategie arbeiten wir derzeit an einer Novelle des Ökostromgesetzes. Damit wollen wir die Abrechnung der Mittel und die Aufbringung transparenter machen. Unter anderem prüfen wir, inwiefern der derzeit geltende Deckel bei der Solarstromförderung aufgehoben werden kann. Darüber hinaus nehmen wir für zwei neue Förderschienen im Bereich der Öko-Innovationen 20 Millionen Euro in die Hand, womit wir Investitionen von bis zu 200 Millionen Euro auslösen und weitere Green Jobs schaffen.

Die weltweite Tendenz geht dahin, langsam aus der Nutzung fossiler Energieträger auszusteigen, wobei wir natürlich die vielen Arbeitsplätze in diesem Bereich berücksichtigen müssen.

Denn die Entwicklung von „grünen Produkten“ nützt nicht nur der Umwelt, sondern beschleunigt auch den notwendigen Strukturwandel der Wirtschaft.

**Zur Energieversorgung gehört auch der Bereich „Energiesparen“. Wird es in naher Zukunft wieder eine Offensive zur Förderung der thermischen Sanierung geben?**
Wegen der schwierigen budgetären Situation wird es heuer keine Bundesförderung für die thermische Sanierung geben, frühestens 2011 wieder. In Zukunft streben wir im Rahmen der geplanten Ökologisierung des Steuersystems wieder eine zusätzliche Unterstützung für die thermische Sanierung an. Schon derzeit stehen allerdings in den Bundesländern verschiedene Fördertöpfe zur Verfügung.

> Wichtig ist, dass für die Erzeugung von Ökostrom die effizientesten Standorte genutzt werden. Darauf richten wir auch die Tarife aus.
>
> … auf die Frage, auf welche Energiearten Österreichs Gemeinden künftig setzen sollten

**Wie sieht es mit den Klassikern Öl und Gas aus? Die Ereignisse im Golf von Mexiko haben die Einstellung der Menschen zu den traditionellen Energieformen nicht gerade im positiven Sinn forciert. Wie sollte Österreich damit umgehen?**
Die weltweite Tendenz geht dahin, langsam aus der Nutzung fossiler Energieträger auszusteigen, wobei wir natürlich die vielen Arbeitsplätze in diesem Bereich berücksichtigen müssen. Gleichzeitig können wir die großen Potenziale, die sich aus diesem Prozess ergeben, hervorragend nutzen, weil wir weltweit als Umweltmusterland mit einer hohen technologischen Kompetenz anerkannt sind. Ich verweise hier etwa auf die Elektromobilität, die uns eine dreifache Chance bietet: Österreichische Unternehmen können mit neuen Produkten neue Märkte erschließen, die Konsumenten sind nicht mehr abhängig vom Ölpreis und die Umwelt wird durch den wegfallenden $CO_2$-Ausstoß geschützt. Im Jahr 2020 sollen rund 250.000 Elektrofahrzeuge auf Österreichs Straßen fahren.

**Sollte Österreich nicht jetzt die Gelegenheit nützen, um weltweit noch mehr „unser“ Know-how bei alternativen Energien – oder den sogenannten „Grünen Energien“ Wind, Wasser, Solar – zu bewerben?**
Genau das ist seit längerem unsere Strategie, die wir besonders im Rahmen der Internationalisierungs-Offensive „go international“ mit zusätzlichen Wirtschaftsmissionen, Marktstudien und Marketingbüros umsetzen. Weltweit gibt es eine enorme Nachfrage nach Öko-Innovationen „Made in Austria“, weil wir mit unserer Lösungskompetenz in Bereichen wie Umwelttechnik, Abwasseraufbereitung und Energieeffizienz zu den Weltmarktführern zählen. Parallel dazu pflegen wir die Kontakte in wachstumsstarke Länder wie China, Indien und Russland sowie in die Schwarzmeer-Region intensiver als früher. Teil dieses Konzepts ist auch unsere Präsenz auf der EXPO 2010 in Schanghai, wo wir in unserem Pavillon die Stärken Österreichs als innovatives High-Tech-Land präsentieren. Denn gerade Umwelt- und Energieeffizienz-Technologien zählen in China zu den größten Wachstumsmärkten. Allein heuer sollen dort rund 50 Milliarden Euro in Umweltschutzprojekte investiert werden.

> Unser Know-how stößt gerade in der Schwarzmeer- und Kaukasus-Region auf eine wachsende Nachfrage.
>
> … über Österreichs verstärkte Präsenz in Aserbaidschan und der Kaukasus-Region

**Im Juni hatten Sie Arbeitsgespräche mit EU-Energiekommissar Günther Oettinger und Aserbaidschans Präsident Ilham Aliyev. Dabei ging es unter anderem um die Themen „Österreich als Energiedrehscheibe“ und die Chancen durch eine verstärkte Präsenz in Aserbaidschan, wobei vor allem die Nabucco-Pipeline diskutiert wurde. Wird da nicht ein irreführendes Signal ausgesandt?**
Nein, denn wir setzen sowohl auf den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien als auch auf die Erhöhung der Versorgungssicherheit im Gasbereich. Viele österreichische Haushalte und Unternehmen sind weiterhin auf Erdgas angewiesen, wie unter anderem die Gaskrise im Jänner 2009 gezeigt hat. Und die Nabucco-Pipeline bietet den strategischen Vorteil, dass sie tatsächlich eine Diversifikation von Quelle und Route herstellt. Außerdem endet die Pipeline in Österreich, was unsere Funktion als Energiedrehscheibe weiter verbessern wird.

**Inwiefern wird derzeit die Gelegenheit genutzt, auch in Ländern wie Aserbaidschan Österreichs Know-how verstärkt anzubieten?**
Wir wollen die stärkere Präsenz in Aserbaidschan – unter anderem durch eine neue österreichische Botschaft in Baku – in möglichst vielen Bereichen nützen. Denn auch Aserbaidschan will langfristig unabhängiger von Öl und Gas werden und seinen Energiemix diversifizieren. Auch dort können wir daher mit Energie- und Umwelttechnologie punkten. Darüber hinaus sehen wir Chancen im Infrastruktur-Bereich, in der Modernisierung der Landwirtschaft und bei Dienstleistungen wie der Planung von Wintersportzentren. Unser Know-how stößt gerade in der Schwarzmeer- und Kaukasus-Region auf eine wachsende Nachfrage.

**Viele Gemeinden möchten ihre Beleuchtung umstellen, sind aber bei Investitionen eher zurückhaltend. Inwieweit sehen sie Möglichkeiten, die Umstellung von Beleuchtungssystemen zu fördern?**
Wir setzen hier vor allem auf mehr Information und eine stärkere Bewusstseinsbildung. Daher haben wir gemeinsam mit dem Gemeindebund, der Beleuchtungs-Branche und der Kommunalkredit die Energieeffizienz-Offensive „Mehr Licht – Weniger Kosten“ lanciert. Mit dem Austausch ineffizienter Beleuchtungs-Technologien wird nicht nur das Erreichen der Energieziele unterstützt, sondern erhält auch unsere Wirtschaft zusätzliche Aufträge. Wir erwarten hier

in den kommenden sieben Jahren ein zusätzliches Auftragsvolumen von rund 100 Millionen Euro. Städte und Gemeinden, die ihre Beleuchtung austauschen, kurbeln nicht nur die Wirtschaft an, sondern können langfristig auch bis zu 50 Prozent der Energiekosten sparen. Das ist in Zeiten knapper werdender Budgets wichtiger denn je. Um die Finanzierung der Umstellung für die Kommunen zu erleichtern, hat die Kommunalkredit ein spezielles Finanzierungsmodell entwickelt, das im Rahmen einer Informations-Roadshow präsentiert wird.

> Mit der neuen Regelung können Wirte künftig schneller und ohne bürokratische Hürden einen kleinen Gastgarten aufsperren.
>
> … über die neue Gastgartenregelung

**Ende Juli ist die neue Gastgartenregelung in Kraft getreten. Was sind die zentralen Vorteile gegenüber früher?**
Die Reform bringt eine Anpassung an die tatsächlichen Lebensgewohnheiten. Das Feeling von „Summer in the City“ findet somit auch in Österreich verstärkt statt und nicht nur in den südlichen Urlaubsländern. Mit der neuen Regelung können Wirte künftig schneller und ohne bürokratische Hürden einen kleinen Gastgarten aufsperren. Anrainer können bei berechtigten Beschwerden aber auch schneller eine Schließung erwirken. Künftig sollen Gastgärten mit bis zu 75 Sitzplätzen auf öffentlichem Grund von 8 bis 23 Uhr geöffnet sein dürfen und auf Privatgrund von 9 bis 22 Uhr, ohne dass der Gastronomiebetrieb dafür ein aufwendiges betriebsanlagenrechtliches Genehmigungsverfahren durchlaufen muss. Die Anzeige bei der Behörde reicht aus. Allerdings dürfen in genehmigungsfrei gestellten Gastgärten nur Speisen und Getränke verabreicht werden, Grillen im Freien ist in genehmigungsfrei gestellten Gastgärten nicht erlaubt, genauso wie Auftritte von Musikgruppen, das Abspielen von Musik via Lautsprecher oder TV-Übertragungen. Dafür ist so wie bisher eine Betriebsanlagengenehmigung erforderlich.

**Inwiefern sind die Gemeinden betroffen?**
Um die Regelung bürgernah gestalten zu können, dürfen die Gemeinden abweichende Öffnungszeiten festlegen. So kann es in der Nähe von Spitälern, Altersheimen oder Theatern zu Einschränkungen kommen, in Tourismusorten ist aber auch eine Ausweitung auf 24 Uhr möglich. Mit der Reform berücksichtigen wir die Lebensgewohnheiten vieler Österreicher, die heute im Schnitt häufiger und länger ausgehen als früher – und stellen gleichzeitig sicher, dass Schutzinteressen von Anrainern gewahrt bleiben.

**Das Thema Jugend ist ein weiteres „heißes Eisen“. Die Gemeinden leiden stark unter der Politikverdrossenheit der Jugend, weil sich kaum noch Nachfolger für Bürgermeister finden. Wie kann man Ihrer Meinung nach dieser Verdrossenheit Herr werden?**
Meine Erfahrung aus vielen persönlichen Kontakten ist, dass die Jugend entgegen vieler Klischees nicht generell politikverdrossen ist, sondern sich in allen Lebensbereichen engagiert. Allerdings müssen sich alle Parteien überlegen, wie sie attraktiver für Jugendliche werden und diese stärker einbinden. In meinem Bereich habe ich zum Thema „Politische Bildung“ ein spezielles Fortbildungsprogramm lanciert. Damit können wir Personen, die in der außerschulischen Jugendarbeit tätig sind, stärker für die Vermittlung von Politik qualifizieren. Denn für Jugendliche ist sehr oft nicht die Schule, sondern vielmehr das soziale Umfeld für politische Einstellungen prägend. Und genau dort setzen wir an.

**Zum Abschluss noch zwei persönliche Fragen: Ihre ersten Schritte in der Politik haben sie als Gemeinderat der 500-Einwohner-Gemeinde Ahorn getan. Was haben Sie aus dieser Zeit als Kommunalpolitiker mitgenommen?**
Den Bürger auf der Gemeindeebene interessieren weniger makroökonomische Zusammenhänge und die große Politik, sondern die konkreten Auswirkungen der Politik in seinem unmittelbaren Lebensbereich – also wie schaut es mit der Infrastruktur aus betreffend Straßen und Wasserleitung, wie funktioniert die Schneeräumung, wie ist die Schule ausgestattet und ähnliches mehr. Daher heißt es für einen Kommunalpolitiker gut zuhören zu können und zu veranlassen, dass möglichst konkrete Problemlösungen entstehen. Gefragt ist aber auch die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde, also wie schaut es mit den Arbeitsplätzen aus und wo möchte man in einigen Jahren sein.

**Was halten sie von Zwangs-Zusammenlegungs-Ideen, die immer wieder zu hören sind und denen vermutlich auch die Gemeinde Ahorn zum Opfer fallen würde?**
Zwang ist immer ein problematisches Mittel in der Politik. Ich halte Zwangsmaßnahmen für schlecht, weil sie nie zum Erfolg führen und eine Gemeinde natürlich auch identitätsstiftend ist. Wenn schon, muss die Idee der Zusammenlegung von innen heraus kommen. Sinn macht das Ganze höchstens dann, wenn über Verwaltungsgemeinschaften Kostenvorteile lukriert werden können. Wenn die Zeit reif ist, sollen die Bürger selber darüber bestimmen, ob sie mit jemand anderen eine Zusammenlegung wollen. Wenn sich Verbesserungen ergeben sollten, bin ich mir sicher, dass man auch derartig heikle Problemfragen gemeinsam einer Lösung zuführen kann.

> Ich halte Zwangsmaßnahmen für schlecht, weil sie nie zum Erfolg führen und eine Gemeinde natürlich auch identitätsstiftend ist.
>
> … über Zwangs-Gemeindezusammenlegungen

Auf **www.kommunal.at** finden Sie das vollständige Interview. Lesen Sie unter anderem, wie Minister Mitterlehner über die familienfreundlichen Gemeinde der Zukunft denkt.

Die Nachfrage nach Erdgas als Energieträger steigt stetig. Entsprechend wird vielfach mit regionalen Bauunternehmen an der notwendigen Infrastruktur gearbeitet. Warum? Ganz einfach: Um den Erdgas-Transport in Österreich nachhaltig zu sichern.

**Mehr bewegen.** OMV

Die Elektromobilität ist in ganz Österreich auf dem Vormarsch

# E-Mobilität: Überall dort laden, wo geparkt wird

„Echt toll, so leise und einfach zu bedienen“, das ist vielfach die Aussage, nachdem jemand erstmals ein Elektrofahrzeug Probe gefahren ist. Der Absatz von Elektrofahrrädern und Elektroscootern verzeichnet enorme Steigerungsraten. Österreichs Gemeinden sind in Sachen E-Mobilität vorne dabei. Sie präsentieren sich als innovativ, attraktivieren damit ihr Angebot für Bürger und Touristen und leisten dabei gleichzeitig einen positiven Beitrag zum Umweltschutz.

Damit überall im Gemeindegebiet geladen werden kann, wo geparkt wird, ist eine entsprechende Ladeinfrastruktur in Form von Stromtankstellen nötig. Rasch installiert, einfach zu bedienen und höchst zuverlässig bei allen klimatischen Verhältnissen sollen sie sein. Der Personenschutz ist dabei immer die oberste Prämisse. Gesetzliche Anforderungen, Normierungsrichtlinien und verschiedenste Sicherheitsbestimmungen erhöhen die Anforderung an eine moderne Ladeinfrastruktur.

## KeMove – ganzheitliche Infrastrukturlösung

Die KEBA AG als Spezialist für Elektronik und Mechanik mit Sitz in Linz bietet mit KeMove eine Lösung für die elektrische Mobilität, die diese Anforderungen bestens erfüllt.
Herzstück ist dabei KeContact, eine Ladestation für ein einfaches und sicheres Laden von elektrobetriebenen Fahrzeugen aller Art.
Dazu gehört auch ein umfassendes Dienstleistungssangebot. Dabei spannt sich der Bogen von der ersten Systemberatung und der Projektierung über die Installation und Inbetriebnahme bis hin zur Wartung und Servicierung.

KEBA bietet schlüsselfertige Infrastrukturlösungen für die E-Mobilität.

## Die Stromtankstelle

KeContact erlaubt dem Betreiber größtmögliche Flexibilität, gewährleistet maximalen Personenschutz, sorgt durch die einfache Benutzerführung für höchste Kundenakzeptanz, ist einfach zu installieren und sehr wartungsfreundlich.
Selbstverständlich erfüllt die Ladestation alle technischen Normen, die die Voraussetzung für Landesförderungen für Gemeinden, wie z. B. jene in Oberösterreich, sind.

## Größtmöglicher Personenschutz

KeContact verfügt über alle einschlägigen Sicherheitszertifizierungen und Schutzeinrichtungen. So ist ein maximaler Personenschutz gewährleistet und die Ladestationen sind für die unterschiedlichsten Einsatzbereiche im öffentlichen, kommerziellen oder privaten Bereich bestens geeignet.
Die durchdachte Konstruktion macht die KeContact-Ladestationen äußerst robust. Sie sind witterungsbeständig und gegen Vandalismus geschützt und daher optimal für den Outdoor-Einsatz geeignet, wodurch Wartungsaufwände sehr gering bleiben.
Die klare und einfache Benutzerführung mittels Grafikdisplay und Funktionstasten sowie das ergonomische und behindertengerechte Design ermöglichen eine einfache, selbsterklärende und komfortable Bedienung.

## Infrastrukturlösungen für E-Mobilität

Zahlreiche Gemeinden und Städte setzen verstärkt auf E-Mobilität und stellen Bürgern Ladestationen im Gemeinde- bzw. Stadtgebiet zur Verfügung. Ein Beispiel dafür ist die Energie Steiermark AG; sie will den Pendler-, Einkaufs- und Werksverkehr „grüner“ machen. Mit der Installation von Ladestationen soll der Umstieg auf das Elektrofahrrad oder den Elektroroller auf kurzen Strecken – und die machen den überwiegenden Teil des Autoverkehrs aus – erleichtert werden. Dazu wurden 20 Ladestationen in Graz und den größeren Bezirkshauptstädten installiert.

## Information

KEBA AG
Gewerbepark Urfahr
4041 Linz
**keba@keba.com**
**www.keba.com**

E.E.

Nach der Sommerpause findet in Gleisdorf die große Abschlussveranstaltung statt

# Info-Roadshow „Kommunale Beleuchtung“

Die unter der Patronanz des Wirtschaftsministers stehende Veranstaltungsserie „Kommunale Beleuchtung“, die der Österreichische Gemeindebund gemeinsam mit dem Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie und der Kommunalkredit Austria initiiert hat, blickt auf ein erfolgreiches 1. Halbjahr zurück. Rund 300 Bürgermeister und Gemeindebedienstete haben in den ersten fünf Veranstaltungen die Chance genutzt, sich kostenlos über Einsparungs- und Finanzierungsmöglichkeiten im Bereich kommunaler Innen- und Außenbeleuchtung zu informieren.
Nach der Sommerpause macht die Roadshow „Mehr Licht – weniger Kosten“ zum letzten Mal halt: Die Abschlussveranstaltung für Gemeindevertreter aus der Steiermark und Kärnten findet am 06. Oktober 2010 in Gleisdorf statt. Neben Best-Practice-Beispielen werden in etlichen Fachvorträgen Einsparungs-, Finanzierungs- und Förderungsmöglichkeiten, aber auch die rechtlichen Rahmenbedingungen aufgezeigt. Das Informationsangebot wird durch eine Ausstellung neuester Technologien abgerundet, in der auch Gespräche mit Experten geführt werden konnten.
Neben der $CO_2$-Reduktion spricht das Kosteneinsparungspotenzial von bis zu 50% für eine Umrüstung der Beleuchtung. Gleichzeitig verbessern hochwertige technologische Produktlösungen die Qualität der Beleuchtung erheblich.
Das Thema hat somit für den kommunalen Bereich hohe Priorität. Informieren Sie sich über alle relevanten Aspekte zum Thema moderne Beleuchtung im kommunalen Bereich und nutzen Sie die Veranstaltung für Gespräche mit erfahrenen Experten.
Das Programm sowie den Link zur Online-Anmeldung finden sie auf **www.gemeindebund.at**

Foto: Thorn Licht GmbH

Kostenlose Infos zur Beleuchtung gibt es am 6. Oktober in Gleisdorf.

## Information

FEEI-Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie
Mag. Sabine Trattler
Mail: **trattler@feei.at**
Mag. Bernhard Haubenberger
Mail: **office @gemeindebund.gv.at**

E.E.

Objektmöbel von ODM Mosbach

# Design und Qualität als erfolgreiche Symbiose

Objektmöbel in Fußgängerzonen oder Parkanlagen dienen nicht nur dazu, den Besuchern Ruhezonen zu bieten, sie sind auch Elemente, die das Umfeld mit gestalten.

ODM OBJECTDESIGN MOSBACH bietet ein breit gefächertes Programm mit unterschiedlichen Modellen. Klassisch geformt oder außergewöhnlich gestaltet sind sie in der Lage, sich unauffällig in die Umgebung zu integrieren oder Akzente zu setzen.
Solide, wertbeständige Unterkonstruktionen aus Edelstahl oder feuerverzinktem und beschichtetem Stahl bilden die Basis. Ebenfalls aus Metall oder witterungsbeständigem Holz bestehen Sitz- und Rückenflächen.

## Information

ODM Objectdesigen Mosbach GmbH & Co KG
Alte Neckarelzer Straße 15
D-74821 Mosbach
Tel.: +49 6261 64367-0
Fax: +49 6261 64367-25
**info@odm-mosbach.de**
**www.odm-mosbach.de**

E.E.

Trinkwasser im Zentrum

# ÖVGW-Ausbildungsprogramme auf Top-Niveau

Nur fachgerecht ausgebildetes Personal kann den immer größer werdenden Ansprüchen im Trinkwassersektor gerecht werden. Das Schulungsprogramm der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) hat eine Standardisierung auf bundesweit einheitlich hohem Niveau zum Ziel. Einer Vereinheitlichung der Ausbildung kommt im sensiblen Bereich der Wasserversorgung besonderer Stellenwert zu und nützt neben den Unternehmen auch den Konsumentinnen und Konsumenten.

## Wassermeisterschulungen und Seminare

Unter den zahlreichen auf die Bedürfnisse der Wasserversorger abgestimmten Seminaren sind die Wassermeisterschulungen hervorzuheben. Diese Intensivschulungen zur Wasserversorgung sind die ideale Vorbereitung auf das gemäß Trinkwasserverordnung als Nachweis der fachgerechten Schulung anerkannte Wassermeister-Zertifikat und werden in ganz Österreich angeboten.

## Werkleitertagung

Nicht minder anerkannt sind die Spezialseminare, die das gesamte Spektrum der Wasserversorgung abdecken. Die Schulungsinhalte sind dabei stets auf die Anforderungen der Praxis abgestimmt und zum Teil auch mit praktischen Übungen verbunden.

Die am **6. und 7. Oktober 2010 in Tulln stattfindende Werkleitertagung** bietet wieder exzellente Rahmenbedingungen für Erfahrungsaustausch und Diskussion und sollte von den verantwortlichen Wasserwerkleitern keineswegs versäumt werden!
Sie ist, so wie alle von der ÖVGW organisierten Tagungen, Symposien und Kongresse, ein wichtiger Beitrag, um fachlich up to date zu bleiben.
OVGW-Mitglieder erhalten auf alle Veranstaltungen Ermäßigung.

## Information

ÖVGW
Schubertring 14
1010 Wien
Tel.: 01/513 15 88-0
E-Mail: **office@ovgw.at**
**www.ovgw.at**

E.E.

Der Bedarf am umweltfreundlichen Energieträger Erdgas steigt stetig

# Erdgas-Infrastruktur: Auf gute Nachbarschaft

Die OMV betreibt in Österreich ein etwa 2000 Kilometer langes Pipelinesystem zum Transport und zur Versorgung mit Erdgas.
Der Bedarf an diesem umweltfreundlichen Energieträger steigt stetig an. Allein in den letzten drei Jahren hat die OMV Gas GmbH ihre Transportkapazitäten um ein Drittel erweitert. Derartige Ausbauten können aber nur in einem guten Klima und in nachbarschaftlichem Einvernehmen mit den Anrainern vor Ort erfolgen.

## Umweltfreundlich

Erdgas ist der umweltfreundlichste aller fossilen Energieträger. Zum Transport werden Pipelines aus Stahl in der Erde verlegt.

Die OMV betreibt in Österreich Erdgasleitungen von 2000 Kilometern Länge.

Darin fließt es sicher und geräuschlos in Richtung Verbraucher. Ausgehend vom niederösterreichischen Baumgarten, der zentralen Verteilstation für Erdgas, wurden entlang der Pipelines in regelmäßigen Abständen sogenannte Verdichterstationen errichtet. Sie sind notwendig, um das Erdgas für den Weitertransport zu komprimieren.
Beim Betrieb von Erdgasleitungen und regionalen Verdichterstationen ist der OMV Gas GmbH eine gute Nachbarschaft sehr wichtig. Langjährigen vertraglichen Bindungen gehen Gespräche mit Anrainern auf gleicher Augenhöhe voraus. Bauvorhaben werden vorgestellt und im Rahmen von Anrainerforen mit allen Beteiligten diskutiert.

## Information

OMV Gas GmbH
Floridsdorfer
Hauptstraße 1
1210 Wien
**www.omv.com/erdgas**

E.E.

Wien Energie bietet professionelle Überprüfung von Elektro- und Gasanlagen

# Gewerbliche Anlagen auf dem Prüfstand

Gewerbliche Elektro- und Gasanlagen sind das Herz vieler Betriebe. Ebenso wie für das menschliche Herz ist auch die regelmäßige Überprüfung dieser Anlagen notwendig. Das nützt nicht nur dem Budget, weil Reparaturen und Störungen vermieden werden, sondern ist auch im Sinne des Gesetzgebers.

Das Service von Wien Energie unterstützt Unternehmen dabei, Energie-Schwachstellen aufzuspüren.

Wien Energie bietet – speziell für Businesskunden – eine professionelle Überprüfung von Elektro- und Gasanlagen zu günstigen Konditionen an. Das Service unterstützt Unternehmen dabei, Energie-Schwachstellen aufzuspüren. Es wird sichergestellt, dass die Anlagen kosteneffizient und umweltgerecht funktionieren. Mit Hilfe der Wartung wird außerdem gewährleistet, dass die Anlagen alle behördlichen Auflagen erfüllen.

Ein weiteres Service zur Steigerung der Energieeffizienz jedes Unternehmens ist die Anlagen-Thermografie. Wärmeverluste oder Wärmestaus werden sichtbar gemacht.
Ähnlich wie bei der Thermografie von Gebäuden kommt auch bei Anlagen eine Spezialkamera zum Einsatz.
Diese ist mit Infrarottechnik ausgestattet und stellt die Temperaturunterschiede in Form eines Bildes, Thermogramm genannt, dar.

## Vorteile bei Überprüfung für Elektroanlagen:

- Sicherheit für Personen und Nutztieren gegen elektrischen Schlag und Verbrennungen
- hohe Betriebssicherheit und ungestörter Betrieb
- Beratung bei Behördenauflagen und der Gewerbeordnung

## Vorteile bei Überprüfung von Gasanlagen:

- Gewährleistung von Kosteneffizienz und Sicherheit
- Sicherstellung des umweltgerechten Anlagenbetriebs
- Abgasmessungen lt. Wiener Feuerpolizeigesetz

## Vorteile der Anlagen-Thermografie:

- Früherkennung von Brandgefahr
- Aufspüren von fehlerhaften Schraub- und Klemmverbindungen
- Erkennen von thermischen Überbelastungen von Elektroleitungen

## Information

Weitere Informationen zu allen Services für Businesskunden auf **www.wienenergie.at** und telefonisch unter 0800 502 800.

E.E.

Traditionelle und alternative Energie in den Gemeinden

# Gerade Umwelttechnologien erweisen sich als krisenfest

Beim Thema Energie stellt sich nicht nur die Frage nach der Art der Energie. Ganz wesentlich in dem Zusammenhang ist die verwendete Technik. KOMMUNAL sprach darüber und über den Stand der Forschung auf diesem Feld mit Technologieministerin Doris Bures.

**Frau Bundesminister, der Aufwärtstrend der letzten Jahre bei Biomasse, Photovoltaik, Solarthermie und Wärmepumpen wurde zuletzt stark gedämpft. Wie entwickelt sich der Markt derzeit?**
Es stimmt, dass im Bereich Umwelttechnologien im Vorjahr der starke Aufwärtstrend gedämpft wurde. Aber ich würde da eher den positiven Aspekt sehen: Andere Wirtschaftsbereiche sind real zurückgegangen, bei den erneuerbaren haben wir trotz Wirtschaftskrise weitgehend das Produktionsniveau gehalten, und das auf einem hohen Niveau. Umwelttechnologien erweisen sich als sehr krisenfest.

> Für ganz wesentlich halte ich Energieeffizienz. Und das betrifft alle Bereiche, vom Fuhrpark bis zu den öffentlichen Gebäuden.
>
> … über das Potenzial kommunaler Energiepolitik

Und alle Prognosen lassen auf weiteres Wachstum schließen. Weil wir es hier mit einem globalen Trend hin zu erneuerbaren Energien zu tun haben, und die heimischen Unternehmen in der Umwelttechnikindustrie sind da wirklich gut aufgestellt.

**Soweit wir wissen, hat Österreich in den Bereichen Solarenergie und Photovoltaik gute Marktwerte und Energieleistungen. Warum hinken die Bereiche Biomasse und Wärmepumpen hinten nach?**
Bei den Wärmepumpen und Pelletkesseln erklärt sich die schwierige Marktentwicklung im Vorjahr zum einen durch den relativ niedrigen Heizölpreis und durch Förderaktionen für Ölheizungen durch die Mineralölindustrie. Bei der Biomasse gab es mit Ausnahme der Pelletskessel in allen Bereichen eine Steigerung. Biomasse hat beim erneuerbaren Endenergieverbrauch einen sehr hohen Anteil. Auch auf den internationalen Märkten sind Österreichs Unternehmen sehr präsent. 70 Prozent der Produktion geht in den Export; allein in Deutschland kommen zwei von drei Biomassekessel bis 100 kW aus österreichischer Produktion.

**Die Bilder aus dem Golf von Mexiko haben die Öffentlichkeit wieder für die Gefahren durch Öl und Gas sensibilisiert. Wie sieht Ihr Zugang zu diesen derzeit noch unverzichtbaren Energieformen aus?**
Ich glaube, da sind sich letztlich alle einig: Mittel- und langfristig müssen die Planungen dahin gehen, dass wir zu einem Wirtschafts- und Verkehrssystem kommen, das nicht hauptsächlich von Erdöl angetrieben ist. Dazu sehe ich keine Alternative. Wegen Klima- und Umweltschutz und weil die fossilen Rohstoffe knapper und damit immer teurer werden. Und da macht es keinen großen Unterschied, ob der sogenannte Peak-Oil ein paar Jahre früher oder später erreicht wird. Denn Sie sagen es, die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko führt uns vor Augen, dass die Ausbeutung der noch vorhandenen Reserven immer riskanter wird für Mensch und Umwelt. Daher setze ich voll auf Energieeffizienz und die Entwicklung neuer Technologien. Die größte Ressource, die wir haben, liegt im Energiesparen. Mein Ressort investiert heuer 55 Millionen Euro in die Energieforschung, 40 Millionen Euro in die Elektromobilität. Ich sage Ihnen auch, warum das so wichtig ist: Indem man die Einsparungspotenziale nutzt, können wir es schaffen, Wirtschaftswachstum von Energieverbrauch vom $CO_2$-Ausstoß zu entkoppeln. Kurz gesagt: Klimafreundliches Wirtschaftswachstum ist möglich.

**Was würden Sie einer Gemeinde raten? Auf welche Energiearten soll sie in Zukunft setzen?**
Die Gemeinden sind meiner Meinung nach deswegen so wesentlich, weil sie der erste und unmittelbarste Ansprechpartner für die Bevölkerung sind. Es gibt im kommunalen oder regionalen Bereich großes Potenzial für die Nutzung erneuerbarer Energien und auch für die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen – ein gutes Beispiel für einen gesamthaften Ansatz ist die Gemeinde Güssing im Burgenland. Über den Klimafonds versuchen wir die kommunalen Entscheidungsträger noch besser zu informieren und zu beraten. Und wie schon gesagt: Für ganz wesentlich halte ich Energieeffizienz. Und das betrifft alle Bereiche, vom Fuhrpark bis zu den öffentlichen Gebäuden. Nicht vergessen sollte man auf den öffentlichen Verkehr. Da kann man oft mit kleinen Maßnahmen viel erreichen. Zum Beispiel, indem Gemeinden die Fahrradwege zu den Bahnhöfen verbessern und dort gemeinsam

mit den Verkehrsbetrieben für zeitgemäße, sichere Abstellplätze sorgen. Wir entwickeln im Klimafonds gerade eine neue Initiative, bei der es darum geht, neue Technologien verstärkt und frühzeitig zur Anwendung in den Kommunen zu bringen.

**Einer der Schwerpunkte Ihrer Förderpolitik ist Umwelt und Energie, wo österreichische Betriebe Spitze sind. Was müssen wir tun, um diese Spitzenposition zu halten?**
Der Schlüssel ist für mich Forschung und Technologieentwicklung. So, oder besser gesagt: nur so wird es uns gelingen, die vorhandenen Potenziale zu nutzen. Wir wissen, dass wir den derzeitigen Endenergieverbrauch um ein Viertel senken können. Also dass wir mit deutlich weniger Energieverbrauch mehr bewegen können. Deshalb haben wir die Mittel für die Energieforschung seit 2007 beinahe verdreifacht. Von 30 Millionen Euro im Jahr 2007 auf 87 Millionen Euro 2009 und 2010. Das BMVIT stellt hier mit 55 Millionen Euro fast zwei Drittel davon zur Verfügung. Und wir setzen auf die richtigen Schwerpunkte. Die großen Energieforschungsthemen liegen in den Bereichen E-Mobilität, intelligente Stromnetze, effiziente Endverbrauchertechnologien, Gebäude wie zum Beispiel das Plus Energie-Haus, energieeffiziente Produktionstechnologien und erneuerbare Energien, also Solarthermie, Photovoltaik, Biogas, Windkraft, Geothermie.

**Die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft sind, investieren viel in die Ausbildung – Stichwort Lehrlinge. Wie können diese KMU von den Forschungsausgaben profitieren? Oder wohin müssen sie sich wenden, um daran zu partizipieren?**
Zentraler Ansprechpartner für KMU ist hier die FFG – die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft, die unsere unternehmensbezogenen BMVIT-Förderungen abwickelt. Ich bin überzeugt, dass Innovation in allen Unternehmensbereichen immer wichtiger wird. Mit Forschung und Entwicklung erreicht man den technologischen Vorsprung, der am Markt entscheidend ist. Deswegen unternimmt mein Ressort in der Forschungsförderung so viel, um gerade die Kleinen und Mittleren Unternehmen für F&E zu gewinnen. Das reicht vom Innovationsscheck bis zum KMU-Offensive Quick-Start, mit der wir seit letztem Herbst mehr als 200 Projekte von KMU verstärkt unterstützt haben. Von allen Unternehmen, die direkte Forschungsförderung bekommen, sind heute schon gut drei Viertel KMU.

**Das Wort „Forschungsausgaben von heute schaffen die Arbeitsplätze von morgen“ stammt ja von Ihnen. Im internationalen Vergleich hinkt Österreich aber bei den Ausgaben für Forschung nach. Sind Sie mit der momentanen Situation zufrieden oder könnte es besser sein?**
Dass wir bei den Forschungsausgaben nachhinken, dem muss ich widersprechen. Denn unter den 27 EU-Staaten ist Österreich mit seiner Forschungsquote, also mit den Forschungsausgaben im Verhältnis zum BIP, an drittbester Stelle. Kaum ein anderes Land in Europa hat so eine dynamische Entwicklung hingelegt wie wir in den letzten Jahren. Aber natürlich ist es so, dass die Budgetkonsolidierung eine ähnliche Steigerung der öffentlichen Mittel wie in den letzten Jahren nicht erlaubt. Wir müssen deshalb jedenfalls schauen, dass wir das Niveau halten und, was mir besonders wichtig ist, dass wir noch mehr aus jedem Förder-Euro heraus-

> Die großen Energieforschungsthemen liegen unter anderem in den Bereichen E-Mobilität und erneuerbare Energien.

„Wir haben die Mittel für die Energieforschung seit 2007 beinahe verdreifacht. Von 30 Millionen Euro im Jahr 2007 auf 87 Millionen Euro 2009 und 2010. Das BMVIT stellt hier mit 55 Millionen Euro fast zwe Drittel davon zur Verfügung.“ Doris Bures zur Förderpolitik im Umwerlt und Energiesektor.

holen, also die Effizienz weiter steigern.

**Umweltminister Berlakovich hat seine Vision von der energieautarken Gemeinde schon öfter betont. Ihr Ministerium trägt ja auch einen Teil des Budgets des Klimafonds, der diese Vision unterstützt. Wäre es nicht sinnvoll, die Kompetenzen in einer Hand zu vereinen?**
Im Klimafonds gibt es ja an sich eine recht übersichtliche Aufgabenverteilung. Während der Landwirtschaftsminister sich eher um traditionelle Umweltförderung bemüht, setzt mein Ressort auf die echten Zukunftsthemen wie Energieforschung oder mit der Elektromobilität auf die Mobilität von morgen. In dem Sinn ist auch die Kompetenzverteilung kein Problem, weil wir gemeinsam die gesamte Innovationskette, vom Forschungsprojekt bis zur Markteinführung, abdecken können.

**Eine Schwenk zu anderen Themen, die die Leser in den Gemeinden interessieren werden: Wann dürfen die Gemeinden wieder uneingeschränkt mit eigener Radarüberwachung für mehr Sicherheit vor Schulen und Altenheimen sorgen?**
Wie Sie wissen, war und bin ich in dieser Frage immer gesprächsbereit. Wichtig ist jetzt einmal, dass sich die Gemeinden mit den Ländern auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen.

**Thema Bahnübersetzungen. Nach den Vorfällen zu Jahresbeginn hieß es, dass die Verordnung überarbeitet wird. Wann ist damit zu rechnen und wie soll es denn für die Gemeinden weitergehen?**
Unabhängig von der Verordnung haben wir eine Novelle zum Eisenbahngesetz beschlossen. Damit ist es seit dem Frühjahr jetzt erstmals möglich, dass auch Eisenbahnkreuzungen mit Rotlichtkameras überwacht werden. Und bei der geplanten Verordnung werden wir ganz neue Wege beschreiten, damit man die technisch neusten Entwicklungen zum Einsatz bringen kann. Das erhöht die Sicherheit und bleibt kostenmäßig trotzdem im Rahmen. Man muss aber festhalten, dass das eine gemeinsame Verantwortung von Schiene und Straße ist.

> Wichtig ist jetzt einmal, dass sich die Gemeinden mit den Ländern auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen.
>
> … über das Thema Radarüberwachung durch Gemeinden

Fotos: BMVIT / Peter Rigaud

„Die Post AG hat ganz klare Informationspflichten und die Auflage, im Zusammenwirken mit der Gemeinde alternative Lösungen zu suchen." Doris Bures über das Postmarktgesetz und Gemeindeklagen.

**Der Innovationsmotor und Wirtschaftsfaktor Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) bestimmt ja anerkannterweise auch über Arbeitsplätze und Standortqualität. Was sagen Sie zum Schlagwort „Technologiepolitik ist Wirtschaftspolitik"?**
Das halte ich uneingeschränkt für richtig. Österreich wird sich im internationalen Standortwettbewerb nicht mit Niedriglöhnen, sondern mit Hochtechnologie bewähren. Es gibt etliche Bereiche, wo wir Technologieführer sind. Nehmen Sie nur die Gebäudetechnologie: Österreich hat die höchste Passivhausdichte weltweit, mit 3,2 Millionen Quadratmeter Nutzfläche in Passivhausstandard, das ist fast die Hälfte der europaweiten sieben Millionen Quadratmeter. Jeder dritte in Europa verbaute Sonnenkollektor wird in Österreich hergestellt. Die Exportquoten österreichischer Umwelttechnik-Unternehmen sind enorm hoch, eben weil es diesen Technologievorsprung gibt. Und das ist ein direktes Ergebnis von jahrelanger Forschungs- und Entwicklungsarbeit. Und mit der F&E-Offensive für die Elektromobilität hat mein Ressort eine echte Aufbruchsstimmung in der gesamten Branche ausgelöst. Österreichische Automobilzulieferer sind im Bereich E-Mobilität im europäischen Spitzenfeld. Eine Querschnittsmaterie sind immer Informations- und Kommunikationstechnologien. Es ist kein Zufall, dass IKT einer der großen Forschungsschwerpunkte ist, wo mein Ressort in Summe bis zu 100 Millionen Euro jährlich investiert.

**Ein Reizthema für die Gemeinden ist das Postmarktgesetz. Viele Kommunen beschweren sich vor allem darüber, dass sie trotz einer gesetzlichen Vorgabe nicht in die Schließungsverfahren eingebunden sind. Wie stehen Sie als oberste Postbehörde zu diesen Vorwürfen?**
Wie Sie es ja selbst sagen, sind die gesetzlichen Vorschriften eindeutig und streng. Die Post AG hat ganz klare Informationspflichten und die Auflage, im Zusammenwirken mit der Gemeinde alternative Lösungen zu suchen. Dass die Post diese Pflichten einhält, wird durch die unabhängige Post-Control-Kommission im Rahmen der Verfahren überprüft. Generell haben wir im Postmarktgesetz für eine sehr weitgehende Einbindung der Gemeinden gesorgt. Denn der Post-Control-Kommission steht zur Beratung der Postgeschäftsstellenbeirat zur Verfügung, in dem Vertreter von Gemeindebund, Städtebund und der Verbindungsstelle der Bundesländer entsandt werden.

Auf **www.kommunal.at** finden Sie das vollständige Interview mit Technologieministerin Doris Bures zum Nachlesen.

# KOMMUNALMESSE 2010

Die größte Wirtschaftsschau für Österreichs Gemeinden
im Rahmen des 57. Österreichischen Gemeindetages in Graz

## KOMMUNALMESSE – die größte Leistungsschau für Österreichs Gemeinden

Die KOMMUNALMESSE ist der Ort, um Impulse für Investitionen in den 2.357 österreichischen Gemeinden zu setzen. Kommunale Entscheidungsträger aller Bundesländer treffen im September 2010 zusammen, um sich über aktuelle Herausforderungen zu beraten und Strategien zu entwickeln.

**Hier erfahren Sie alles zum Thema Energie in den Gemeinden und vieles mehr...**

## Nutzen Sie die Chance!

**Am 9. und 10. September 2010 in Graz.**

Österreichischer Gemeindebund

Das größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind Österreich

Gemeinden tragen zur postalischen Grundversorgung bei

# Schon 129 Gemeinden sind Post-Partner

Mit mittlerweile mehr als 1800 Post-Geschäftsstellen im ganzen Bundesgebiet ist das Netz um 20 Prozent dichter als noch zu Jahresbeginn. Möglich wurde dieser Erfolg durch den verstärkten Einsatz von Post-Partnern und der hohen Akzeptanz dieser modernen Post-Geschäftsstellen in der Bevölkerung. Derzeit sorgen 805 Post-Partner für die postalische Versorgung in vorwiegend ländlichen Gegenden. 129 dieser Post-Partner werden von Gemeinden betrieben.

## Hohe Akzeptanz

„Die Bevölkerung in den ländlichen Gebieten gibt uns recht. Mittlerweile gibt es mehrere Umfragen von verschiedenen Meinungsforschern, die unabhängig voneinander bestätigen, dass die Post-Partner eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung genießen. Und gerade Gemeinden sind uns ein wichtiger Partner, da sie in der Bevölkerung ein hohes Ansehen genießen“, so Post-Vorstandsdirektor Dr. Herbert Götz.

Foto: BMLFUW/Kern

Post-Vorstandsdirektor Dr. Herbert Götz: 129 Gemeinden sind auch Post-Partner.

## Die Post-Partner sind überall

Die meisten Gemeinden, die auch als Post-Partner fungieren, finden sich mit 35 in Niederösterreich, gefolgt von 25 in Oberösterreich und 24 in der Steiermark. Zwölf sind im Burgenland, elf in Kärnten, zehn in Tirol, neun in Vorarlberg und drei in Salzburg,

## Versorgung bleibt aufrecht

„Wir haben unser Versprechen, das Netz der Post-Geschäftsstellen und somit auch die postalische Versorgung im ländlichen Bereich sicherzustellen, gehalten. Und wir werden diesen Weg weitergehen“, so Götz abschließend.

## Information

Österreichische Post AG
Postgasse 8
1010 Wien
Tel.: 05/577 67-0
Fax: 05/7767 22071
E-Mail:
**post.partner@post.at**
**www.post.at**

E.E.

TERRAWAY-Beläge eigenen sich hervorragend für Parks, Plätze, Wege, Bäder und mehr

# Fest wie Asphalt aber wasser-und luftdurchlässig!

**Warum eignet sich TERRAWAY für die Gestaltung von öffentlichen Anlagen?**
TERRAWAY besteht aus Edelsplitten und Kiesen, welche mit einem Kunstharz verbunden werden. Er ist wasser- und luftdurchlässig und dämmt den Schall um rund 40 Prozent. Was gerade in Parks, Schulhöfen, Freibädern, Radwegen oder auf freien Plätzen nur Vorteile bringt.

**Bilden sich dann auch Lacken auf TERRAWAY?**
Nein, durch die hohe Durchlässigkeit kann Wasser ungehindert abfließen, was auch im Winter wichtig ist, so entsteht nach kurzem Tauwetter keine Eisschicht. Er wird auch sehr gerne bei Thermen und Freibädern eingesetzt. Aber genauso in Senioren- oder Pflegeheimen. Zusätzlich hat TERRAWAY einen geringen Rollwiderstand und ist trotzdem rutschfest.

Geschäftsführer Ing. Gerold Steinbauer beantwortete Fragen zu seinem Produkt.

**Wie kann man den Belag reinigen?**
Ganz einfach abkehren oder spülen, im Winter mit einem Schneepflug, der mit einer Kunststoffkante versehen ist.

**Wie lange hält TERRAWAY?**
Die Lebensdauer ist vergleichbar mit Asphalt. Wir empfehlen, nach fünf bis sieben Jahren die Oberfläche erneut zu stabilisieren.

**Wie unterscheidet sich TERRAWAY von Asphalt oder Beton?**
TERRAWAY kann für Nebenfahrbahnen, Zufahrten oder Parkplätze verwendet werden, doch für normale Straßen ist er nicht geeignet. Der große Vorteil ist auch hier die Wasserdurchlässigkeit. Gerade im Ortskern kann es sonst zwangsläufig zu Überschwemmungen kommen. Durch das direkte absickern schont TERRAWAY Kanal und Kläranlagen und hinterlässt keine Rückstände.

**Wie ist das bei begrünten Flächen?**
Dafür da eignet sich unser Produkt sehr gut. TERRAWAY kann bis neben Bäume oder Beete heran gehen und ist in allen Naturfarben lieferbar. Daher kann man auch Logos oder Wappen in den Belag einbauen.

**Wo gibt es TERRAWAY?**
Bei uns (Steinbauer Development GmbH). Ich bin Lizenznehmer für Österreich und dabei, ein Netz an Vertragspartnern aufzubauen. Wir sind heuer auch bei der KOMMUNALMESSE dabei!

## Information

Steinbauer Development GmbH
Favoritenstraße 50
1040 Wien
Tel.: 01/505 80 11
Fax: 01/505 80 11 19
**office@steinbauer.co.at**
**www.steinbauer.co.at**

E. E.

Graffiti leicht entfernen, auch von Verkehrszeichen!

# Umweltfreundlich, innovativ gegen starken Schmutz

Moravia hat ein neues Produkt auf den Markt gebracht: ein umweltfreundliches Mittel zur Entfernung unerwünschter Graffiti. **graffitiCRACK** auf Gel-Basis wischt unerwünschte Schmierereien einfach weg. Mit einem Schwamm wird das Mittel aufgetragen und bereits nach wenigen Minuten mit einem kräftigen Wasserstrahl abgespült. Das Mittel ätzt Farbe nicht weg, sondern quillt sie auf und trennt sie vom Untergrund. Anwendbar ist **graffitiCRACK** auf mineralischen Oberflächen, Glas, Metall, Holz, 2-komponenten-Lacken. graffitiCRACK befreit nicht nur Mauern von Schmierereien. Kunden entdeckten eine weitere Anwendung: bemooste Treppen im Freien einfach mit dem **graffitiCRACK** reinigen. Die Rutschgefahr ist gebannt. Seit heuer hat Moravia auch den **graffitiCRACK Kunststoff** im Angebot. Damit reinigen Sie besonders einfach Kunststoffoberflächen. Ganz einfach ist Graffiti-Entfernung von beschmierten Verkehrszeichen, die ja mit einer reflektierenden Kunststofffolie überzogen sind. Aber auch Kunststofffenster, Zeltplanen oder die Rückseite der Sitze von Autobussen können damit problemlos gereinigt werden.

## Information

MORAVIA GmbH
Tel.: 01/713 47 247
**beratung@moravia.at**

E. E.

Ablöse für das „Schwarze Brett“– Kostenloses Informationsmedium für Kommunen

# Digilight – Leuchtende Infosäule für Gemeinden

In Klosterneuburg bereits installiert– die neu Digilight-Infosäule.

Plakatflut ade! Das neue elektronische Schwarze Brett bringt in kürzester Zeit Gemeindeneuigkeiten oder Veranstaltungshinweise zu den Bürgern. Bgm. Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes: „Für die Gemeinden ist das eine perfekte Möglichkeit, sehr schnell und unmittelbar mit den Bürger/innen zu kommunizieren.“

Die elegante 2,2 m hohe Edelstahlsäule sorgt mit seinen zwei sonnenlichttauglichen LCD-Screens für einen designschönen Blickfang und fügt sich gut in jedes Stadtbild ein.

Das Echo auf die in Klosterneuburg bereits seit April installierten Digilights ist sehr positiv. „Bis Ende des Jahres werden wir österreichweit mit 70 Standorten online gehen, wobei unser Fokus auf den Bezirkshauptstädten und Ballungszentren liegt“, erklärt hierzu Alexander Christ, GF der neu gegründeten Digilight Werbe- und Netzwerk GmbH.

## Bis zu drei Stunden Sendezeit

20 Prozent der Sendezeit kann von den Gemeinden genützt werden. Dazu kommen redaktionelle Inhalte wie Wetter, Ozon, News. 50% stehen regionalen und nationalen Werbepartnern zur Verfügung (Refinanzierung). Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern wird das Digilight kostenlos zur Verfügung gestellt, lediglich behördliche Bewilligung, Fundament und Stromversorgung sind seitens der Kommunen sicherzustellen. Kleineren Gemeinden kann ein Kostenbeteiligungsmodell angeboten werden.

## Information

Digilight Werbe- und Netzwerk GmbH
Universitätsstraße 4
1090 Wien
KommR Robert Oman
Tel.: +43 676 643 50 60
Mail: **oman@digilight.at**
Web: **www.digilight.at**

E.E.

**Österreichs größtes Konferenzunternehmen präsentiert:**

**Business Circle Jahresforum**
21./22. Oktober 2010, Trend Hotel Savoyen, Wien

BUSINESS CIRCLE
Konferenzen und Seminare

ERFOLG STECKT AN!

Vergabeforum 2010
Österreichs größte Plattform für Auftraggeber und Bieter

› Erste Erfahrungen mit der BVergG-Novelle 2009
› Aktuelle Judikatur des EuGH - VwGH/VfGH - BVA - VKS - UVS
› Neueste Entwicklungen auf europäischer Ebene

Programm anfordern unter info@businesscircle.at Tel: +43/1/5225820-65

Erneuerbare Energie in der Gemeinde

# Mehr als nur ein Schlagwort

Umwelt- und Klimaschutz sind elementare Themen zur Sicherung unserer Gesellschaft. Beim Einsatz erneuerbarer Energie geht es aber um wesentlich mehr.

Zum Aufbruch in eine neue Energie-Ära braucht es auch den Mut, neue Wege zu beschreiten.

Der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energie ist für jede Gemeinde eine mehr als attraktive Alternative. Neben dem Umweltaspekt sind die Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, die Stärkung der regionalen Wertschöpfung, die Schaffung von „Green Jobs“, die höhere Versorgungssicherheit durch Nutzung von Ressourcen aus der Region bedeutende Aspekte, die für diese Entscheidung sprechen.
Energieraumplanung lautet das Stichwort. Das setzt das Denken über die Gemeindegrenzen hinweg voraus. Die Anschaffung einer Biomasse-Nahwärmeversorgung mag für eine einzelne Gemeinde nicht rentabel sein, im Verbund hingegen schon. Der Einsatz einer Biogas-Busflotte ist für eine Gemeinde evtl. unerschwinglich, für die Region nicht. Energieautonomie/-autarkie versteht sich nicht als Abkapselung nach außen, es besteht in der optimalen und effizienten Nutzung der vorhandenen lokalen Potenziale und Ressourcen an erneuerbarer Energie.

Energieraumplanung lautet das Stichwort. Das setzt das Denken über die Gemeindegrenzen hinweg voraus.

## Öffentliche Unterstützung

Die Gemeinden werden bei ihren Bestrebungen nicht allein gelassen. Zahlreiche Programme des Lebensministeriums unterstützen die Bemühungen und Ideen, auf „saubere“ Energie umzustellen. Die Initiative klima:aktiv umfasst ein breites Leistungsspektrum. Das e5-Programm für energieeffiziente Gemeinden unterstützt, sich von Einzelprojekten zu lösen und auf kontinuierliche Umsetzungsarbeit (Gemeinde-Maßnahmenkatalog, Betreuung durch Berater) umzusteigen. Klimaschonende Mobilitätslösungen (von der Elektrofahrzeugflotte über den neuen Radweg bis hin zu bewusstseinbildenden Maßnahmen bspw. zur umfassenden Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel) werden durch das Beratungsprogramm klima:aktiv mobil unterstützt.
Das dazugehörige Investitionsförderungsprogramm zielt insbesondere auf das Mobilitätsmanagement von Städten, Gemeinden und Regionen ab, setzt Schwerpunkte im Bereich Freizeit und Tourismus und hat einen Fokus auf den Radverkehr (sowie Elektrofahrräder) gerichtet. So sind Flottenumrüstungen, die Einrichtung bedarfsorientierter Verkehrssysteme (Gemeinde-, Wanderbusse) und von Mobilitätszentralen förderfähig.

Bis zu 30 Prozent der Investitionskosten werden für den Einsatz erneuerbarer Energieträger und für Energieeffizienz aus den Mitteln der Umweltförderung im Inland ausbezahlt. Biomasse-Nahwärmesysteme, energieeffiziente LED-Beleuchtung, die Solaranlage für das Schwimmbad sind so leichter umsetzbar. Förderfähig sind auch Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit sowie ausgegliederte Gemeindebetriebe.

## Klima- und Energiemodellregionen

Das Programm Klima- und Energiemodellregionen zielt darauf ab, eine nachhaltige Treibhausgasreduktion bei Verkehr und Haushalt, im öffentlichen Dienst und Gewerbe zu erreichen, die natürlichen Ressourcen optimal zu nutzen und das Potenzial der Energieeinsparung auszuschöpfen. Es unterstützt deshalb ein Entwicklungspaket für Modellregionen, indem es das Umsetzungskonzept sowie einen Modellregionen-Manager über zwei Jahre mitfinanziert. Diese Aktion läuft noch bis 27. Oktober! Die Förderungsberatung und -abwicklung erfolgt über die Kommunalkredit Public Consulting, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für weitere Auskünfte unter der Wiener Telefonnummer 01/31 6 31, Durchwahl 716 (Verkehr und Mobilität), 719 (erneuerbare Energieträger) und 723 (Energiesparen) jederzeit zur Verfügung stehen.

## Information

**www.publicconsulting.at**
**www.klimaaktiv.at**
**www.e5-gemeinden.at**
**www.klimaaktivmobil.at**
**www.klimafonds.gv.at/klimaundenergiemodellregionen**

E.E.

Mit dem Vergaberecht Dinge im Sinne der Gemeinde ändern

# Kein Hemmschuh, eher eine Chance für die Gemeinden

Das Vergaberecht wird von den Ortschefs meist zwiespältig gesehen. Aber wie man damit viele Dinge im Sinne der Gemeinde regeln kann, erörtern die Vergabeexperten von Willheim Müller Rechtsanwälte, Katharina Müller und Bernhard Kall, im Gespräch mit KOMMUNAL.

**Wo beginnt Vergaberecht?**
Ein erfolgreicher Vergabeprozess beginnt mit der richtigen Vorbereitung eines Projekts, das ist der Grundstein. Das Vergaberecht selbst ist nur einer von mehreren Bausteinen für ein effizientes, kostengünstiges und rasches Vergabeverfahren.

**Es handelt sich bei Vergabeverfahren ja um einzelne Verfahren, die üblicherweise nicht begleitet werden. Das bedeutet doch, es wird erst dann angefochten, wenn etwas schief gegangen ist.**
Ja, In Wahrheit spielt sich das Vergaberecht in der jeweiligen Gemeinde ab, es gibt keine übergeordneten kommunalen Zusammenschlüsse. Wenn das Vergabeverfahren läuft und die ersten Entscheidungen getroffen werden, besteht für die Bieter die Möglichkeit, Entscheidungen der Gemeinden, wie die Zuschlagsentscheidung, anzufechten. Ab dann wird es ein Kampf Bieter gegen Auftraggeber.

Wenn eine Ausschreibung einmal ordentlich gestaltet ist, kann man sich daran bei jedem Folgeauftrag halten, im Sinne von allgemeinen rechtlichen Vertragsbedingungen.

DDr. Katharina Müller

**Dass sich vorab schon eine Gemeinde an Sie oder einen anderen Vergaberechtsexperten wendet, das gibt es aber schon?**
Das gibt es schon und das ist auch sinnvoll. Das Vergaberecht ist nicht nur sehr komplex, sondern ändert sich auch noch laufend – Beispiel Schwellenwerte. Aus unserer Sicht ist aufgrund der ständigen Änderungen ein laufender Informationsbedarf für Gemeinden gegeben.
Es ist aus unserer Sicht auch ratsam und wichtig, dass man sich bereits in der Phase vor der Ausschreibung mit einem Experten berät. Das sollten nicht nur Juristen sein, sondern auch Techniker, vor allem bei Bauaufträgen. Nur so kann eine Ausschreibung wirklich optimal gestaltet sein. Was aber wieder nicht bedeutet, dass sich dieser juristische Prozess dauernd wiederholen muss. Wenn eine Ausschreibung einmal ordentlich gestaltet ist, kann man sich daran bei jedem Folgeauftrag halten, im Sinne von allgemeinen rechtlichen Vertragsbedingungen. Die Leistungsbeschreibung mit dem Techniker muss aber trotzdem jedes Mal neu geschrieben werden.

**Wenn also die Gemeinde sagt, ich will einen Wohnbau mit sechs Wohneinheiten errichten und die Ausschreibung dafür formuliert, kann sie diese Ausschreibung für einen zweiten Bau zwei Jahre später ein weiteres Mal verwenden?**
Jedenfalls manche Teile wie z. B. für die Bestbieterermittlung bereits ausformulierte soziale Aspekte. Allerdings kommt es im Vergaberecht laufend zu Änderungen, was auch der Grund dafür ist, warum man einen Experten im Vergaberecht beziehen sollte.

**Heißt das, dass eine Ausschreibung nicht nur technisch, sondern auch von Seiten der Formulierung geprüft werden sollte?**
Um Fehlern und nachträglich teuren Streitereien und Verhandlungen zu entgehen? Jedenfalls. Nur zu oft werden aus fehlendem Know-how falsche Entscheidungen getroffen und der ganze Teufelskreis geht los. Aber wir reden hier von zumeist nur punktuellen Eingriffen.

**Der Schwellenwert ist im Moment sozusagen oben. Wie soll es denn hier weitergehen?**
Die derzeit geltende Verordnung ist temporär und gilt bis Jahresende. Anfang 2011 werden die Schwellenwerte wieder auf die Werte vor der Anhebung gesenkt. In der Verordnung selbst gibt es keine Bestimmung, die regelt, wie es nach dem Auslaufen der Verordnung weitergeht. Wenn sich also politisch bis Jahresende nichts tut, fallen wir wieder auf die Werte von 2009, also bei der Direktvergabe von 100.000 Euro auf 40.000 Euro, beim nicht offenen Verfahren ohne vorheriger Bekanntmachung von einer Million Euro auf 120.000 Euro bei Bauaufträgen beziehungsweise auf 80.000 Euro bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen und beim Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung von derzeit 100.000 Euro auf 80.000 Euro bei Bauaufträgen und 60.000 Euro bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen zurück.

**Der Gemeindebund ist klar für die Beibehaltung der aktuellen Schwellenwerte, weil man meint, dass damit die Wirtschaft angekurbelt wird. Sehen Sie das auch so?**
Die Gemeinde hat mit den ho-

Fotos: KOMMUNAL/Horvath

Die Vergaberechtsexperten Dr. Bernhard Kall und DDr. Katharina Müller im Gespräch mit Mag. Hans Braun, Chefredakteur von KOMMUNAL.

hen Schwellenwerten natürlich mehr Spielraum, die lokalen Unternehmen in der Region zu fördern. Aber auch ohne hohe Schwellenwerte habe ich als Gemeinde die Möglichkeit, den Wirtschaftsstandort der Gemeinde zu fördern. Es kommt nur darauf an, wie geschickt ich das Vergaberecht einsetze.
Eigentlich ist das auch eine Aufgabe des Vergaberechts, z. B. die Beschäftigungssituation innerhalb der Gemeinde zu berücksichtigen. Durch das Vergaberecht können z. B. Bieter, die Lehrlinge einsetzen, gefördert werden. Im Vergaberecht ist auch das Miteinbeziehen sozialer Aspekte in die Ausschreibung vorgesehen.
Ein weiterer Vorteil der hohen Schwellenwerte ist, dass der Verwaltungsaufwand bei den Vergabeverfahren, für die derzeit die höheren Schwellenwerte gelten, viel geringer ist als zum Beispiel bei einem offenen Verfahren ...
Das große Problem ist, dass die Gemeinden das Vergaberecht oft als Hemmschuh betrachten. Wir glauben aber, dass das Vergaberecht auch eine große Chance darstellt, denn richtig eingesetzt, kann man mit dem Vergaberecht viele Dinge, die im Interesse der Gemeinde liegen, regeln.

**Kommt es dann zu den Fällen, wo ein lokaler/regionaler Unternehmer eine Ausschreibung gewonnen hat und eine etwas weiter weg befindliche Firma dann Einspruch erhebt?**
Genau. Sowas passiert vielleicht weniger oft, wenn es den Unternehmen gut geht, aber in Zeiten schlechter Konjunktur benötigen Unternehmen oft Aufträge um jeden Preis. Aus diesem Grund wird dann z. B. die Zuschlagsentscheidung vor den zuständigen Rechtschutzbehörden bekämpft, weil die Unternehmen hoffen, den Auftrag so doch noch zu erhalten. Die Hemmschwelle von Unternehmen, Nachprüfungsverfahren einzuleiten, wird umso geringer, je weiter der Unternehmensstandort von der jeweiligen Gemeinde entfernt ist.
Wenn ein Nachprüfungsverfahren eingeleitet wird, wird auf Antrag auch eine einstweilige Verfügung erlassen. Die Gemeinde darf dann den Auftrag so lange nicht erteilen, bis das Nachprüfungsverfahren beendet ist. Das dauert mindestens einige Wochen bis hin zu mehreren Monaten, was dem Auftraggeber – in unserem Fall den Gemeinden – wiederum eine Menge Geld kostet.

**Wie ist das eigentlich mit dem Billigst- und Bestbieterprinzip?**
Es bleibt dem Auftraggeber überlassen, ob der das Billigstbieter- oder Bestbieterprinzip wählt. Aus unserer Sicht sollten Gemeinden aber viel öfter das Bestbieterprinzip wählen.

**Aber gerade die Gemeinden sind die Geprügelten, wenn medial ausgeschlachtet wird, dass ein Verfahren nach dem Bestbieter-Prinzip durchgezogen wird. Da heißt es dann, die bauen goldene Häuser.**
Das muss der Bevölkerung kommuniziert werden. Allein vom Preis her bewegt man sich meist in einem Segment von plus-minus zehn Prozent. Bei der richtigen Wahl von Bestbieterkriterien können durchaus höhere Einsparungen erzielt werden bzw. kann sich auch eine viel höhere Wertschöpfung für die Gemeinderegion ergeben.

Auf **www.kommunal.at** finden Sie das vollständige Interview mit vielen nützlichen Details zum Nachlesen und Download.

Medienservice
von Infrapool

Infrapool bietet speziell für Städte und Handelsverbände:

Websites/Blogs inkl. Newsletter, Forum, Veranstaltungskalender, Online-Shop, Umfragen, RSS-Feed uvm.

Meinungsführer-Email-Adressrecherche u. Stammkundenerfassung, Adressdatenbank-Verwaltung

Flyer, Folder, Broschüren, Poster, Transparente, Visitenkarten, Präsentationsflächen, Verkleidung von Ständen/Schalter, 3D-Stadtpläne, uvm.

Marketing für STADT und STANDORT Infrapool

Kontakt:
Frau Mag. Schaffner
0699/19449404 oder
marketing@infrapool.com

DAS GRÖSSTE FACHMAGAZIN FÜR ÖSTERREICHS GEMEINDEN
KOMMUNAL
Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Das Country–Elektrofahrzeug für alle Ansprüche mit Vierrad-Antrieb

# Mit dem GreenCart die Umwelt neu erfahren

Umweltschonende Elektrofahrzeuge können in jedem Bereich eine große Entlastung sein, ob in Kommunen, im Tourismus oder in Gewerbebetrieben. Die straßentauglichen Elektrofahrzeuge von GreenCart bieten in jedem Bereich vielfältige Einsatzmöglichkeiten.

## Der COUNTRY

Viele landwirtschaftliche Betriebe, Förster, Waldbesitzer oder Weinbauern haben oft unwegsames Gelände zu bewältigen, um ihre Arbeit verrichten zu können. Da braucht es schon den richtigen fahrbaren Untersatz, um in Wald und Wiesen gut voranzukommen.

## Emissionsfreies Fahrvergnügen

Mit dem COUNTRY geht es über Stock und Stein und zwar auch dort, wo mit motorisierten Fahrzeugen kein Weiterkommen ist – in Naturschutzgebieten etwa, wo nur emissionsfreie Fahrzeuge zugelassen sind. Mit dem vierradbetriebenem COUNTRY tut man sich leicht.
Und abgesehen vom praktischen Nutzen ist der Off-Road-Fahrspaß kaum zu überbieten.
Ein Servicenetz mit über 130 Standorten in ganz Österreich, eine dreijährige Garantie, Haft- und Kaskoversicherung und eine Mobilitätsgarantie versprechen beste Betreuung.

Viel Vergnügen mit Ihrem 4x4 COUNTRY von GreenCart!

Der COUNTRY ist mit Scheinwerfer, Blinker, Bremslicht und Rückspiegel ausgestattet. Sicherheitsgurte für Fahrer und Beifahrer sind optional.

## Information

GREENCART

Cetra Trading GmbH
E-Mail: **office@cetratrading.com**
Web: **www.greencart.at**

E.E.

VERTRAUEN
ALS BASIS

**IMMER MEHR KUNDEN VERTRAUEN** auf die integrierten HR-Softwarelösungen und -Services von P&I und gestalten damit ihre Zukunft erfolgreicher. Davon sind mehr als 15.000 internationale Endkunden, zahlreiche Rechenzentren und führende HR-Serviceanbieter überzeugt. Der generierte Mehrwert fließt direkt in die Verwaltungen. P&I - Basis für erfolgreiche Personalarbeit **WWW.PI-AG.COM**

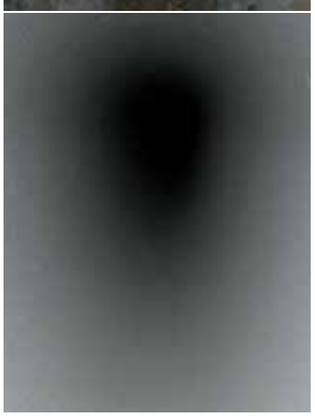
P&I
Your partner for integrated HR solutions

Kanalrohrauskleidung mit ERGELIT

# KASPER macht Kanäle wieder fit

Ein Fahrwagen im Kanal.

Kürzlich wurden ca. 180 Meter korrodiertes Kanalrohr Eiprofil DN 600/900 in der Stadtgemeinde Stockerau mit einer neuen Auskleidung im Horizontal-Anschleuderverfahren mit ERGELIT Trockenmörtel beschichtet.
Auf Grund des Schadensbildes wurde festgestellt, dass nach einer Re-Profilierung der gröberen Unebenheiten eine Beschichtung mit einer abwasserbeständigen Beschichtung die wirtschaftlichste Sanierungslösung darstellt. Die Beschichtung soll die Wasserdichtigkeit und Korrosionsfestigkeit der Kanalwandung erhöhen und Auswaschungen, Löcher und Risse verfüllen.
Die Profis der STRABAG GmbH aus Loosdorf (NÖ) erhielten den Sanierungsauftrag und führten die Arbeiten durch. Sie wurden von der KASPER Technologie (Schwanenstadt, OÖ) unterstützt.
Kasper stellte eine KS-ASS-Beschichtungsanlage zur Verfügung und lieferte den ERGELIT Beschichtungsmörtel. Zunächst musste der Kanal gereinigt werden.



Das obere Bild entstand vor der Sanierung, unten sieht man den Kanalzustand danach.

Hierzu kam eine rotierende Düse mit einer Leistung von 390 l/min. bei 140 bar zum Einsatz. Für den Waschkopf wurde ein auf den Durchmesser abgestimmter Fahrwagen eingesetzt. Deutlich war die Qualität der Reinigung im Vergleich zur üblichen Kanalreinigungsdüse sichtbar.
Nach dem Aufbau einer vollständigen Wasserhaltung und einer nochmaligen Kanalreinigung konnte die Beschichtung vorgenommen werden.
Im KS-ASS-Fahrzeug wurde der ERGELIT-KS Trockenmörtel mit Wasser gemischt. Der Schleudermotor schleuderte mit 5000 Umdrehungen pro Minute das ERGELIT KS Material an die Wandung.
Reinigung, Vorarbeiten und Auskleidung erfolgten zügig, und nach vier Tagen waren die Sanierungsarbeiten abgeschlossen.
Durch die moderne Beschichtungstechnik in Verbindung mit fachlicher Kompetenz und dem speziell für solche Einsätze entwickelt und erprobten ERGELIT KS Mörtel konnte der Kanal für die nächsten Jahrzehnte wieder fit gemacht werden.

## Information

Kasper Technologie
Salzburger Straße 44
4690 Schwanenstadt
Tel.: 07672/2320-3
E: **info@kasper-tech.com**
**www.kasper-tech.com**

E.E.

## ÖWAV-Veranstaltungstipps

**Energiemanagement in der Abwasserwirtschaft – Kanal und Kläranlage**
13. Oktober 2010, Redoutensäle, Linz

**Praxisseminar Umwelthaftung – Haftungsvermeidung in der Wasser- und Abfallwirtschaft**
28. Oktober 2010, KPC GmbH, Wien

**ÖWAV-Klärschlammseminar 2010 – Rahmenbedingungen, Konzepte, Strategien**
17.-18. November 2010, Europacenter, Wels

**Abfallrecht für die Praxis**
25. November 2010, Bundesamtsgebäude Wien

zukunft 1909-2010 denken

**Informationen, Anmeldung und Auskünfte für Aussteller:**
Irene Peyerl / Martin Waschak
Tel. +43-1-535 57 20-88 / -75
peyerl@oewav.at
waschak@oewav.at
www.oewav.at

E-Government und der elektronische Akt in den Gemeinden

# Elektronische Systeme sparen Kosten und bringen Transparenz

Das geflügelte Schlagwort des papierlosen Büros wurde bereits vor Jahren zum Sinnbild moderner Organisation, unterstützt durch Verfahren, die die Möglichkeiten der elektronischen Medien ausschöpfen. KOMMUNAL zeigt auf, wie es im Jahre 2010 tatsächlich damit aussieht.

Peter Parycek
Johann Höchtl

Zwar ist das Papier nicht aus den Amtsstuben verschwunden und wird auch in näherer Zukunft nicht gänzlich durch Bildschirm, iPad oder Tablet-PC abgelöst werden, dennoch hat sich das Verwaltungshandeln in den letzten Jahren verändert und viele Prozesse werden heute vollelektronisch durchgeführt, vom Strafregisterauszug bis zur Meldebestätigung wird direkt auf die elektronischen Register zurückgegriffen. Zahlreiche Verwaltungsverfahren auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene werden inzwischen von Wirtschaft und BürgerIn ebenfalls elektronisch erledigt. Der nächste logische Weiterentwicklungsschritt ist die Einführung von elektronischen Akten in den Gemeinden.

Viele Gründe sprechen für eine elektronische Aktenführung in den Gemeinden, wie verkürzte Durchlaufzeiten, der Wegfall manueller Routinetätigkeiten und die durchgängige elektronische Bearbeitung von Verwaltungsverfahren durch die Gemeinden. Bei einer Einführung ist die Absicht einer flächendeckenden Umsetzung im gesamten Gemeindebereich maßgeblich, Ausnahmen sollten nicht zum Regelfall werden. Wie an den bisherigen ersten Erfahrungen zu sehen ist, kann der ELAK in der Gemeinde in allen Bereichen eingesetzt werden, selbst im komplexen und sensiblen Baubereich, wie das Beispiel der Stadt Krems veranschaulicht.

Viele Gründe sprechen für eine elektronische Aktenführung in den Gemeinden, wie verkürzte Durchlaufzeiten und der Wegfall manueller Routinetätigkeiten.

Das System einer elektronischen Aktenführung bedingt gewisse Kriterien, nach denen das Anlegen, die Führung sowie schließlich die Archivierung der Akten durchgeführt werden. Dazu gehören die vollständige Digitalisierung und Aufzeichnungen von Geschäftsfällen, die ausschließlich im ELAK-System erfolgen sollten – eine doppelte Führung der Akten ist nur während der Einführungsphase sinnvoll. Über die Büroordnung sollte daher festgehalten werden, dass der ELAK „das Original“ darstellt. Andernfalls würde der elektronische Akt parallel zum Papier-Originalakt existieren, was nicht die erwünschten positiven Effekte bringen würde. Eine solche Anordnung ist eine organisationsrechtliche Festlegung, die von der Gemeinde selbst vorgenommen werden kann. Die Entscheidung, wie die Aktenführung organisatorisch gestaltet ist und welche Dokumente zum Akt zu nehmen sind, obliegt jeder Gemeinde aufgrund ihrer Organisationsgewalt selbst.

Gescannte Papierdokumente bleiben dabei eine Kopie und werden gegenüber Dritten (außerhalb einer Aktenvorlage) keinesfalls zum Original (eine gescannte Geburtsurkunde wird durch den ELAK nicht wieder zum Original). Während also der Akt als solcher rein elektronisch sein kann, weil dies die Gemeinde so festgelegt hat, kann es erforderlich sein, Papieroriginale außerhalb einer „Aktenvorlage“ auch an Dritte weiterzureichen. In diesem Fall ist es empfehlenswert, sensible Papieroriginale gemeindeintern weiterhin aufzubewahren.

Eine papiergebundene Aktenverfolgung ist oft zeitaufwändig und die Feststellung des aktuellen Verfahrensstands mit umfangreichen Ermittlungen verbunden. Wie auch von Ing. Karl-Heinz Angerer, Anlagenrecht Krems, bestätigt wird, ermöglicht das ELAK-System den Berechtigten, einen Akt über Schlagwörter oder Volltext aufzufinden, unabhängig davon, in

welchem Stadium sich das Verfahren gerade befindet. Durch die Vernetzung mit den jeweiligen Fachanwendungen können verfahrensrelevante Daten per Mausklick in den elektronischen Akt übernommen werden. Für die SachbearbeiterIn bedeutet dies ein Mehr an Komfort und Zeitersparnis.
Jede Veränderung wird im Regelfall von den Systemen durch Versionsverwaltung von Dokumenten sowie einer Protokollierung registriert, so auch der in der Gemeinde Gföhl im Einsatz befindliche ELAK, wie Amtsleiter Anton Deimel berichtet. Aktenverlauf und Genehmigungsaktionen werden genau festgehalten, es entsteht ein nachvollziehbarer und kontrollierbarer Verfahrensablauf. MitarbeiterInnen können gleichzeitig auf das elektronische Original zugreifen und somit am Akt parallel arbeiten, wodurch Arbeitsabläufe wesentlich beschleunigt werden.
Innerhalb der Gemeindeverwaltung können Arbeitsschritte reduziert und somit Kosten und Zeit gespart werden, ein Vorteil, der sich besonders bei der vereinfachten Bearbeitung und Übermittlung von Daten in abteilungsübergreifenden Geschäftsfällen bezahlt macht. Für Controlling und Revision durch die Landesabteilungen ist die Revisionssicherheit von Geschäftsfall und Ablage gegeben. Ein erheblicher Mehrwert ist die von vielen Systemen angebotene Möglichkeit der Volltextsuche (unter Berücksichtigung der Berechtigungsstruktur) innerhalb eines Aktenbestandes inklusive der angeschlossenen Briefe, Pläne und Dokumente. Gerade im Fall schwebender Verfahren befinden sich Dokumente häufig in unterschiedlichen Ordern oder bei unterschiedlichen BearbeiterInnen. Ein elektronisches Aktensystem mit Dokumentenmanagementfunktionalität verwaltet diese Dokumente. Ist eine KollegIn abwesend, kann eine Vertretung zumindest lesend auf die Dokumente zugreifen und so bürgerinnenorientiert Auskünfte erteilen. Optimierte Prozesse verbunden mit parallelem Aktenrundlauf ermöglichen eine schnellere Erledigung von Eingaben. Ein weiterer Vorteil ist die Möglichkeit der Verwaltung, jederzeit Auskunft zu geben. Jede berechtigte SachbearbeiterIn hat einen direkten Zugriff auf Verfahrensdokumente und kann damit effizient in historischen Sachverhalten recherchieren. Entsprechende externe Zugriffsmöglichkeiten vorausgesetzt, kann der Zugriff unabhängig von Ort und Zeit durch berechtigte BenutzerInnen erfolgen.
Schnelle Erledigung ist ohne Medienbrüche leichter realisierbar, wodurch Liegezeiten minimiert und relevante Verfahrensbeschleunigungen erzielt werden können, ein Grund mehr für Gerald Schindler, MSc, aus der IT-Abteilung von St. Pölten, das ELAK-Projekt voranzutreiben. Durch den Dienst der elektronischen Zustellung profitiert die Verwaltung durch Kostenreduktion und BürgerInnen, denen die erhöhte Transparenz und Schnelligkeit innerhalb der Verwaltung damit doppelt zu gute kommt.

## Implementierung des ELAK in der Gemeinde

Bei einer ELAK-Einführung müssen die Geschäftsprozesse analysiert, optimiert und zum Teil neu gestaltet werden. Eine ELAK-Einführung kann in Schritten erfolgen wie zum Beispiel abteilungsweise oder in kleinen Gemeinden mit Verfahren mit hoher Frequenz und geringem Risiko. Jedenfalls müssen die bestehenden Prozesse dahingehend untersucht werden, ob die bestehenden Abläufe auch in der elektronischen Welt noch Sinn machen und bestehende Genehmigungsschritte nicht gewachsene Prozesse ohne gesetzliche Grundlage darstellen. Eine Digitalisierung bestehender Verfahren ohne Prozessoptimierung bringt häufig nicht die vor der Umsetzung erhofften Effekte wie beispielsweise Beschleunigung der Verfahren.
Bei der Auswahl des Soft-

Die Entscheidung, wie die Aktenführung organisatorisch gestaltet ist und welche Dokumente zum Akt zu nehmen sind, obliegt jeder Gemeinde aufgrund ihrer Organisationsgewalt selbst.

Foto: BuenosDias

Im Dual-Monitorbetrieb sind alle wichtigen Daten auf einem Blick abrufbar, die Bescheiderstellung mit ELAK-Unterstützung und vorgefertigten Vorlagen bei Routine-Vorhaben mitunter eine Angelegenheit von Minuten – hier im Bauverfahren der Stadt Krems.

ware-Produkts für die eigene Gemeinde ist eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Anforderungen des Verwaltungsbereiches sowie den Schnittstellen zwischen den Abteilungen und zu weiteren Behörden erforderlich. Erfolgsfaktoren sind eine optimale Kooperation von Softwareanbieter, Berater und Gemeinde sowie einen breiter Konsens und Akzeptanz der GemeindemitarbeiterInnen. Empfehlenswert ist die Zusammenstellung einer internen Projektgruppe, die sich aus Vertreterinnen/Vertretern der einzelnen Abteilungen zusammensetzt. Eine Reihe niederösterreichischer Gemeinden hat die elektronische Aktenführung bereits eingeführt, darunter sind die Statutarstädte Krems und St. Pölten genauso wie kleine Umlandgemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. Auch der Einsatzbereich ist so breit gefächert wie unterschiedlich. Während in Krems vor allem der Bau- und Anlagenbereich von einem ELAK-System erfasst ist, streben Gföhl und St. Pölten eine alle Verfahren umfassende Lösung an.

> Empfehlenswert (vor der Einführung des ELAK) ist die Zusammenstellung einer internen Projektgruppe, die sich aus Vertreterinnen/Vertretern der einzelnen Abteilungen des Gemeindeamtes zusammensetzt.

## Der ELAK in St. Pölten

Die Landeshauptstadt St. Pölten hat im Jahre 2002 eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung einer E-Government-Strategie beauftragt. Grundlage dazu war die Masterthese von Gerald Schindler, E-Government MSc Absolvent der Donau-Universität Krems. Wichtige Meilensteine der Umsetzung waren die Mitarbeit an einem interkommunalen Projekt zur Entwicklung einheitlicher elektronischer Formulare (amtsweg.gv.at), die Neuentwicklung des Internetauftritts, die Beteiligung an Initiativen zur Entwicklung einer E-Government-Referenzarchitektur und eines auf kommunale Bedürfnisse zugeschnittenen Aktenmanagmentsystems sowie die Teilnahme an der Referenzstädte-Initiative des Österreichischen Städtebundes. 2008 wurde vom Gemeinderat die Einführung eines ELAK beschlossen und die IT-Abteilung der Stadt mit der Umsetzung beauftragt. Verfahren sollten möglichst durchgängig und medienbruchfrei abgewickelt werden. Um die Vorteile eines ELAK-Einsatzes auch realisieren zu können ist es natürlich sinnvoll und notwendig, bisherige Verfahrensabläufe zu hinterfragen und gegebenenfalls anzupassen. Das Projekt stellt somit einen wesentlichen Schritt zu einer Verwaltungsreform dar. Februar dieses Jahres wurde das Produktivsystem mit einem einfachen Verfahren gestartet. Weitere Verfahren in den Bereichen Veranstaltungswesen, Gastgartenbewilligung, Umweltservice, Bürgerservice und Posteingangsmanagement befinden sich zurzeit auf etwa 50 Arbeitsplätzen im Testbetrieb. Die ELAK-Projektleiterin der Stadt St. Pölten, Rosa Gressenbauer, hat sich das engagierte Ziel gesetzt, in den kommenden Jahren sämtliche Verwaltungsbereiche durch den Einsatz von elektronischem Aktenmanagement zu modernisieren.

**Kontaktadresse:**
*Rosa Gressenbauer, rosa.gressenbauer@st-poelten.gv.at, 02742 333-2054*
*Gerald Schindler, MSc, gerald.schindler@st-poelten.gv.at, 02742 333-2040*

## ELAK im Bauverfahren der Stadt Krems

Die Verfahren des Bau- und Anlagenrechts zählen zu jenen, die vielfach als nicht für den ELAK geeignet angeführt werden. Einerseits aufgrund der rechtlich verpflichtenden Papierpläne und andererseits aufgrund der Bauverhandlungen, die oft auch vor Ort durchgeführt werden. Dass dem nicht so sein muss, erklärt Ing. Karl-Heinz Angerer, Projektleiter des ELAK im Anlagen- und Baurecht der Stadtgemeinde Krems, da in Krems der ELAK für alle Rechtsmaterien (Bau-, Abfallwirtschafts-, Wasserrecht, Gewerbeordnung/Betriebsanlagen, Naturschutz- und Forstrecht, Denkmalschutz etc) verwendet wird. Überdies sind die Bereiche Kanal, Wasser, Zivilrecht/Liegenschaften, Kultur, Straßen- und Wasserbau, Stadtentwicklung und die Magistratsdirektion als II. Instanz eingebunden. Ausgangspunkt für die Einführung des ELAK war die 2002 durchgeführte Verwaltungsreform, die für Krems als Statutarstadt einen echten Mehraufwand bedeutet hätte. Das auf Barcodes basierende Aktensystem sollte auf ein vollelektronisches System umgestellt werden, dazu startete im Herbst 2002 eine Evaluierungsphase, im April 2003 erfolgte die Ausschreibung, und mit 1. 6. 2003 konnte bereits der Zuschlag für die Umsetzung erteilt werden. In acht Workshops wurden die Anforderungen erhoben und nach der Einführung Mitarbeiterschulungen durchgeführt. Karl-Heinz Angerer dazu: „In der Konzeptionsphase war es für uns wichtig, von Anfang an alle Mitarbeiter im Boot zu haben. Außerdem sollten über 90% der Funktionalität nicht mehr als fünf Mausklicks entfernt sein.“ An anfängliche Zweifel bei einigen MitarbeiterInnen kann sich heute fast niemand mehr erinnern, eine Arbeit ohne den ELAK ist im Anlagenrecht in Krems heute nicht mehr vorstellbar.
Aktenrelevante Dokumente und E-Mails werden in der Posteingangsstelle gescannt und den

Scan-Station im Gemeindeamt Gföhl. Alle aktenrelevanten Dokumente werden hier zentral erfasst und elektronisch den Posteingangskörben der SachbearbeiterInnen zugeordnet.

BearbeiterInnen automatisch zugeordnet. So wurden seit Einführung des Systems über 12.600 Verfahren (über 167.000 Dokumente) mit dem ELAK bearbeitet. Dies bedeutet, dass alle Dokumente eines Verfahrens vom Aktenvermerk bis zum größten Plan digital vorhanden sind. Einem Bau- und Anlagenvorhaben liegen häufig Fristen zugrunde, auf Wiedervorlagen oder laufende Überprüfungen wird automatisch hingewiesen. So werden z. B. mit den Sachverständigen des Landes Niederösterreich bereits ein Jahr im Vorhinein die Termine für Überprüfungsverfahren festgelegt.
Als weiteres Projekt konnte das „Wasserbuch der Stadt Krems“ in enger Zusammenarbeit mit dem Land Niederösterreich durchgängig elektronisch gestaltet und in die Datensammlung des Wasserdatenverbundes des Landes NÖ implementiert werden. Somit steht den BürgerInnen über die Website des Landes dieses Wasserbuch online zur Verfügung. „Das ist einzigartig in Niederösterreich,“ Angerer generell dazu.
Während vor Einführung des ELAK eine Beauskunftung aus den einzelnen Verfahren bis zu 14 Tage dauern konnte, lautet heute der letzte Satz im Telefongespräch mit dem Bürger und der Bürgerin; „Ist das Dokument schon als E-Mail angekommen?“ So rasch können Verfahren gesucht, gefunden und unkompliziert per E-Mail zugestellt werden. Bei Besprechungen im Sitzungszimmer werden Pläne elektronisch vorgelegt und können in Echtzeit digital auf einem Meetingboard bearbeitet werden. Bei Großkunden läuft die Bauverhandlung direkt vor Ort ab und die erhobenen Daten werden in der Dienststelle wieder in das System eingespielt.
Als weitere Entwicklung hat Angerer noch einiges vor: „In Zukunft könnte ich mir vorstellen, dass mit der Bürgerkartenfunktion die Bürgerinnen und Bürger einen Online-Zugriff auf ihre Dokumente bekommen. Das ist echtes Service mit einer Zeitersparnis für beide Seiten!“

**Kontaktadresse:**
*Ing. Karl-Heinz Angerer, Anlagenrecht Krems; anlagenrecht@krems.gv.at, 02732/801-421*

## ELAK in Gföhl – ein Modell für Städte und Gemeinden

Ein elektronisches Aktensystem ist keineswegs auf große Gemeinden beschränkt, wie die Stadtgemeinde Gföhl vorführt. Dort ist ein ELAK-System im Einsatz, das den Anforderungen von kleinen Gemeinden wie Rohrendorf bei Krems bis zur 8000-Einwohner-Gemeinde Wiener Neudorf anpassbar ist. Stadtamtsdirektor Anton Deimel als Umsetzungsverantwortlicher für den ELAK in Gföhl dazu: „Zu einer modernen elektronischen Verwaltung gehört mehr als eine schöne Homepage mit einigen Online-Formularen. Die Stadt Gföhl hat diesen Umstand schon früh erkannt und im Jahre 2007 den Weg in die vollelektronische Verwaltung gewagt. Seitdem kann Bürgermeister Karl Simlinger mit seinen Bediensteten die Vorzüge der fast papierlosen Gemeindeverwaltung nutzen. Das System führt die Bearbeiter elektronisch durch den Arbeitsalltag. Wir können Akten mit anderen Behörden, der Wirtschaft und unseren Bürgern ohne Medienbruch blitzschnell austauschen.“ In den letzten drei Jahren wurden in Gföhl 38.000 Dokumente elektronisch erfasst, was einem Aktenstapel von ca. 12 Metern Höhe entsprechen würde, pro Jahr werden dabei rund vier Laufmeter Archivraum eingespart. „Wir sparen Zeit und kommen schneller zum Ergebnis“, so Ök.-Rat Bgm. Karl Simlinger.

**Kontaktadresse:**
*Stadtamtsdirektor Anton Deimel, anton.deimel@gfoehl.gv.at, 02716 6326-14*

## Fact-Box

Zentrum für E-Government

Das Zentrum für E-Government an der Donau-Universität Krems hat es sich seit 2003 zur Aufgabe gemacht, als Partner für Verwaltung und Wirtschaft innovative und zukunftsweisende Lösungen zur Verwaltungsmodernisierung zu entwickeln. Als Partner des Landes Niederösterreich und der niederösterreichischen Gemeinden werden Weiterbildungen angeboten, die zielgerichtet auf die jeweiligen Bedürfnisse abgestimmt sind und laufend modernisiert werden.

**Seminar Certified E-Government Expert**
Zielgruppe sind Bedienstete der Länder und Gemeinden, deren Abteilungen mit einer E-Government-Einführung betreut sind und auf diesem Weg die Grundlagen der elektronischen Verwaltungsreform kennenlernen.
Termine: 18.-20. 10. 2010, 29.11. - 01.12.2010 & 24.01. - 26.01.2011 (3 Module zu drei Tagen)
Durchführungsort: Wien, BKA.
Kosten: 1490 Euro für VerwaltungsmitarbeiterInnen

**Professional MSc E-Government**
Das postgraduale Ausbildungsprogramm vermittelt in einer bewährten Zusammenstellung aus international anerkannten ExpertInnen aus Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft Themen aus Recht, Verwaltungswissenschaften und Wirtschaftsinformatik, um als Team erfolgreich E-Government Projekte umsetzen zu können. Der internationale Titel des Master of Science ist in Verwaltung und Wirtschaft anerkannt.
Start: 16. November 2010
Dauer: 2 Jahre
Kosten: 9900 Euro für VerwaltungsmitarbeiterInnen

Weitere Informationen und Bewerbung bei den Autoren.

Dr. Peter Parycek, MSc ist Leiter des Zentrums für E-Government der Donau-Uni Krems und Projektleiter von E-Government Projekten der Sektion I, BKA

Mag. Johann Höchtl ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für E-Government, Donau-Uni Krems

E-Government-Innovationen bestimmen den Alltag in der Verwaltung

# Elektronische Signaturen und Zustellung via Internet

Elektronische Verwaltungsservices gewinnen weiter an Bedeutung. Neben dem wachsenden Bekanntheitsgrad der Online-Services ist diese erfreuliche Entwicklung vor allem der verbesserten Handhabung von E-Government-Werkzeugen zuzuschreiben.

Harald Pirker
Christian Rupp

Allein die Möglichkeit, E-Government-Werkzeuge wie die Bürgerkarte zur Abwicklung von E-Banking-Geschäften zu nutzen oder damit behördliche Schriftstücke bequem und sicher über das Internet zu empfangen, tragen bei den Bürgerinnen und Bürgern zu einer vermehrten Nutzung und einer Reduktion von administrativen Lasten bei.

## Die Amtssignatur

Im Zuge der letzten Novellierung des AVG wurde normiert, dass Ausfertigungen in elektronischer Form ab dem 1. Jänner 2011 zwingend eine Amtssignatur benötigen (§ 18 Abs. 4 AVG). Für die notwendige Umstellung bei den Behörden wurde dazu eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2010 vorgesehen (§ 82a AVG).
Die Amtssignatur ist die Signatur einer Behörde. Sie wird auf Bescheiden und anderen Erledigungen seitens einer Behörde aufgebracht und macht damit kenntlich, dass es sich um ein amtliches Schriftstück handelt. Dies wird im Zertifikat der Signatur durch ein spezielles Attribut (dem sogenannten Object Identifier der Behörde) ausgedrückt.
Die Amtssignatur gewährleistet:

- die Erkennbarkeit der Herkunft des Dokuments von einer Behörde
- die Prüfbarkeit des Dokuments

Darzustellen ist die Amtssignatur durch eine Bildmarke, also das „elektronische Amtssiegel" der Behörde. Im Bild ein Musterbeispiel der Bildmarke: 1. Institution, 2. Wappen.

Weitere Informationen zur Amtssignatur erhalten Sie unter: **http://www.digitales.oesterreich.gv.at/site/5318/default.aspx** bzw. in Abschnitt 5 des E-Government-Gesetzes (E-GovG §§ 19 und 20).

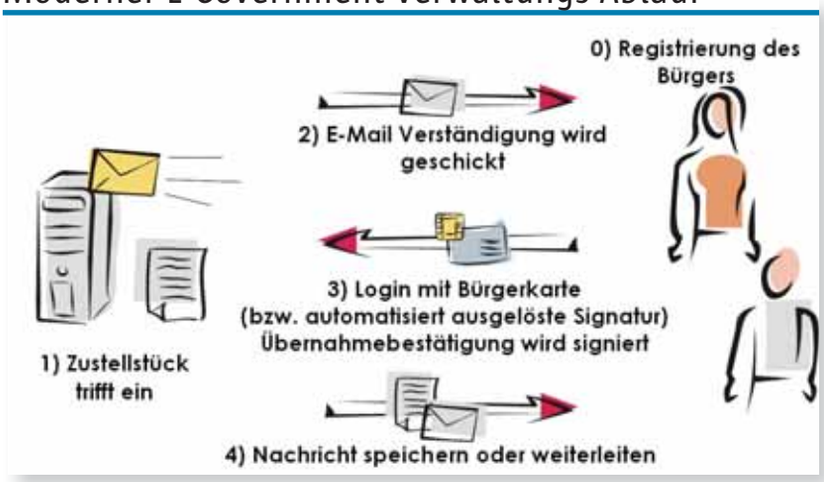
## Die Handy-Signatur

Dass Österreich bei Lösungen im Bereich elektronischer Verwaltungsservices und Identitäten („E-Identity") zu den führenden Staaten Europas zählt, konnte mit der Lösung für qualifizierte elektronische Signaturen mittels Mobiltelefon („Handy-Signatur") neuerlich unterstrichen werden. Mittels Mobiltelefon kann nun auf denkbar einfache Weise eine qualifizierte elektronische Signatur erzeugt werden, die als gleichwertiges Pendant zur eigenhändigen Unterschrift auch in der Privatwirtschaft – etwa beim E-Banking – uneingeschränkt Verwendung finden kann. Installations- und Investitionshürden fallen gänzlich weg.
Die Handy-Signatur wurde von Österreich im Rahmen des EU-Großpilotprojekts zur Interoperabilität elektronischer Identitäten „STORK"[1] mit Unterstützung durch die EU-Kommission entwickelt und im vierten Quartal 2009 in Betrieb genommen. Die Lösung ermöglicht qualifizierte elektronische Signaturen ohne Softwareinstallation und zusätzliche Hardware wie Kartenleser. Es wird – ähnlich den von Banken für das E-Banking verwendeten Lösungen – nach erfolgter Anmeldung mittels Zugangskennung (Handynummer) und PIN ein TAN-Code mittels SMS an das registrierte und vorab zur Bürgerkarte aktivierte Handy übermittelt. Die Eingabe dieses TAN-Codes in der Anwendung löst die qualifizierte elektronische Signatur aus.
Dieses Verfahren bietet allen Bürgerinnen und Bürgern, die bisher kein Kartenlesegerät kaufen und installieren wollten, die Möglichkeit, ihr Handy als Bürgerkarte zu verwenden. Dabei bietet die Handylösung die gewohnt hohen Sicherheitsmerkmale der kartenbasierten Lösung (z. B. auf der aktivierten eCard). Gewährleistet wird die Sicherheit durch die Kombination von Signaturpasswort (Wissen), Besitz des Mobiltelefons und einen fünf Minuten gültigen Einmalcode (= Transaktionsnummer TAN). So kann man mit der Handy-Signatur ebenso eine rechtsgültige Unterschrift in der elektronischen Welt leisten, wie es bislang mit der Kartenversion der Bürgerkarte möglich war.
Eine neue, besonders nutzerfreundliche Möglichkeit der Aktivierung besteht darin, dass Bürgerinnen und Bürger mit ihren herkömmlichen Login-Daten bei FinanzOnline

Christian Rupp ist Sprecher der Plattform Digitales Österreich **christian.rupp@bka.gv.at**

Harald Pirker arbeitet in der Abt I/11 E-Government, Bundeskanzleramt **harald.pirker@bka.gv.at**

## Moderner E-Government Verwaltungs-Ablauf




(**http://finanzonline.bmf.gv.at**) einsteigen und dort die Schaltfläche „Handy-Signatur aktivieren“ anklicken. Dieser Teil des Aktivierungsprozesses ist in wenigen Minuten erledigt. Etwa zwei Tage später erhält man per Papierpost einen Aktivierungscode, mit dem der Aktivierungsvorgang abgeschlossen wird. Weiters kann die Handy-Signatur in einer Reihe von Registrierungsstellen, beispielsweise im „Servicezentrum HELP.gv.at“ am Ballhausplatz, aktiviert werden. Voraussetzung hierfür ist die Vorlage eines amtlichen Lichtbildausweises.
Weitere Informationen zur Handy-Signatur erhalten Sie unter: **www.buergerkarte.at**

### Elektronische Zustellung über einen Zustelldienst

Als wesentlicher Bestandteil einer modernen, serviceorientierten Verwaltung ermöglicht die E-Zustellung für Privatpersonen und Unternehmen den zeit- und kostensparenden Zugriff auf nachweislich zugestellte Dokumente im Internet. Aber auch Behörden profitieren von effizienteren Abläufen und sinkenden Kosten. Derzeit beläuft sich der finanzielle Aufwand für eine zustellende Behörde auf ein halbes Briefporto (= die Hälfte von 0,55 Euro) plus Umsatzsteuer, d. h. in Summe 0,33 Euro pro E-Zustellung. Eventuell sind noch die Kosten für die Papierverständigung der Empfängerin bzw. des Empfängers in der Höhe des Portos (0,55 Euro) zu übernehmen. Stellt man diesen finanziellen Aufwand den 4,75 Euro für einen RSa- bzw. 2,65 Euro für einen RSb-Brief gegenüber, zeigt sich das enorme Einsparungspotenzial der nachweislichen E-Zustellung.
Ein wesentliches Ziel der Zustellung über einen elektronischen Zustelldienst[2] liegt darin, dass Bürgerinnen und Bürger nur einen elektronischen Postkasten haben müssen, in dem sie sämtliche Zustellstücke in Empfang nehmen können. Damit wird der für die Benutzerinnen und Benutzer oft unüberschaubaren digitalen Nachrichtenflut entgegengewirkt. Der Gesetzgeber hat diese Intention im Zustellgesetz verankert, wonach Zustellungen über ein behördeneigenes elektronisches Kommunikationssystem (z. B. „Postfächer“ in Systemen nach dem Muster der Databox von FinanzOnline[3]) seit 2009 grundsätzlich nur mehr dann vorgenommen werden dürfen, wenn die Empfängerin bzw. der Empfänger nicht über die elektronische Zustellung erreichbar ist. Durch diese Anpassung des ZustG (§ 37 Abs. 2) wurde sichergestellt, dass Verwaltungskundinnen und -kunden in einem digitalen Postkasten (analog zur Papierwelt) sämtliche Zustellstücke in Empfang nehmen können.
Weitere Informationen zur E-Zustellung erhalten Sie unter: **www.digitales.oesterreich.gv.at/site/5228/Default.aspx**

### ÖBB Scotty im Digitales Österreich-Design

Mit dem neuen Routenplaner „Scotty“ im Digitales Österreich-Design können BürgerInnen und Unternehmen schnell und einfach ihre Route zum nächstgelegenen Amt direkt auf HELP.gv.at ausrechnen. Damit wurde ein weiterer Schritt zum bürgernahen E-Government gesetzt. Dieses Tool steht ab sofort auch allen Kommunen über die HELP-Partnerschaft kostenlos zur Verfügung. Durch den Beitritt der ÖBB in die E-Service-Anbieterallianz der Plattform Digitales Österreich erfolgt künftig auch eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich E-Infrastruktur. Der Routenplaner „Scotty“ greift auf Fahrpläne aller öffentlichen Verkehrsunternehmen in Österreich (Bahn, Bus und städtische Verkehrsunternehmen) zurück. Brauchen BürgerInnen und Unternehmen Auskunft über die schnellste und einfachste Route zum benötigten Amt, können sie dies künftig online auf **HELP.gv.at** über den Routenplaner „Scotty“ ausrechnen lassen. Dazu muss man lediglich auf das gewünschte Amt klicken und die Startadresse eingeben. In kürzester Zeit wird der schnellste Weg berechnet und die für die Fahrt nötigen öffentlichen Verkehrsmittel, die Umstiegsstellen und –zeiten sowie verbindende Fußwege angezeigt.

Die ÖBB unterzeichnet die Beitrittserklärung zur E-Serviceallianz der Plattform Digitales Österreich: Peter Ostermann, CIO der ÖBB-Holding, Gabriele Lutter, Vorstandssprecherin ÖBB-Personenverkehr, Sektionschef Manfred Matzka, Bundeskanzleramt, Christian Rupp, Digitales Österreich.

1 https://www.eid-stork.eu.
2 Eine Liste aktiver Zustelldienste finden Sie unter www.bka.gv.at/zustelldienste.
3 https://finanzonline.bmf.gv.at/

### Information

**Informieren Sie sich über E-Government und die vielfältigen Serviceangebote bzw. kostenlosen Tools für Gemeinden auf der Kommunalmesse (9 und 10. 09. 2010 in Graz), Digitales Österreich, Stand 310.**

RiS Kommunal bringt Top-Wirtschaftstrainer Panhölzl zum Gemeindetag

# Wege zum Erfolg – Panhölzl am Gemeindetag in Graz

„Der Bürgermeister mit seiner virtuellen Gemeinde im 21. Jahrhundert!“ lautet der exklusive Vortrag von Günther Panhölzl, in dem er Strategien und Ideen für erfolgreiches Wirtschaften präsentiert.

Günther Panhölzl wird referieren.

Die Highlights des Vortrages vom anerkannten Wirtschaftsforscher Günther Panhölzl sind:
- Die Strategie von erfolgreichen Bürgermeistern im 21. Jahrhundert lautet: REGIOGLOBAL, vernetzt Denken, Planen und Handeln!
- Die Gemeinde im globalen Wettbewerb – die Chancen-Management-Spielregeln von heute und morgen!
- Der Bürgermeister als Coach und Vorbild für die Bürger mit dem Bonus „wirtschaftliche Erfolge in der Gemeinde sichert eine hohe Lebensqualität der Wähler“!
- Die virtuelle Gemeinde im Netz der Netze – wer die Chancen und Risiken/Potenziale der Zukunft nicht kennt, kann sie auch nicht lenken und beeinflussen!
- Ohne MehrWert ist auch das virtuelle Gemeinde-Schaufenster nichts wert und erfolgsversprechende Besucherzahlen bleiben aus!

Der Vortrag findet am **9. September, 14 Uhr im Saal 3 der Messehalle** statt. Bürgermeister und Amtsleiter können sich kostenlos unter **www.riskommunal.at/gemeindetag** anmelden.

Die Anzahl der Teilnehmer ist leider beschränkt. Nur die ersten 60 Anmeldungen können berücksichtigt werden.

Screenshots von den Homepages der Kommunen Krems und Kremsmünster.

Aber es können alle RiS Kommunal-Kunden (mehr als 1000 Gemeinden in Österreich) wirtschaftlichen Erfolg haben, indem sie das neue kostenlose Vermarktungsmodul bestellen und lukrative Einnahmen erzielen. Das Vermarktungsmodul sichert der Gemeinde laufende Einnahmen ohne eigenen Aufwand. Das wird durch eine Kooperation von RiS Kommunal mit der Vermarktungsagentur Adworx ermöglicht, die auf der Gemeindewebseite Werbungen schaltet. Darüber hinaus können über das Vermarktungsmodul aber auch noch fixe Werbebanner und Business News geschalten werden.
Plattform für die lokale Wirtschaft – Werbung auf der Gemeindewebseite zu schalten oder Neues und Interessantes über die Business News bekannt zu machen – ist für die lokalen Unternehmen oft die einzige Möglichkeit, sich punktgenau bei ihren Kunden zu präsentieren. Das Vermarktungsmodul bringt somit nicht nur Einnahmen, es ist auch eine wichtige Dienstleistung für die lokalen Wirtschaftsbetriebe.

Nähere Informationen zum Vermarktungsmodul erhält man beim Gemeindetag am Stand von RiS Kommunal und im Web unter **www.riskommunal.at/vermarktung** oder direkt bei den Vertriebspartnern von RiS Kommunal.

## Information

RiS GmbH
Ing.-Kaplan-Gasse 1
A-4400 Steyer
Tel.: 07252/861 8610
Fax: 07252/861 8633
E-Mail: **office@ris.at**
Web: **www.ris.at**

E.E.

gemdat
Gemdat NÖ
www.gemdatnoe.at
Tel.: +43/2262/690-0
gemdat
Gemdat OÖ
www.gemdat.at
Tel. +43/732/36993-0
kufgem
Kufgem
www.kufgem.at
Tel.: +43/5372/6902-0
PSC
Public Software & Consulting
www.psc.at
Tel.: +43/1/660504-0
RISKOMMUNAL
RiS GmbH
www.ris.at
Tel.: +43/7252/86186-0

# Sicher im Straßenverkehr

Die lebensgroßen Kinder-Warnfiguren **„Alexandra“** und **„Fabian“** machen Autofahrer auf die jüngsten Straßenteilnehmer aufmerksam und sorgen so für optimale Sicherheit der Kinder.

Jetzt im neuen Design!
Widmungsbanderole möglich!

**Jetzt bestellen!**
Tel.: 01/532 23 88-43
verkehrserziehung@kommunal.at
www.kommunalverlag.at

Österreichischer KOMMUNALVERLAG

# CHRONIK

**Benefiz-Spiel:** Österreichisches Bürgermeister-Fußballteam spielte gegen den Club Niederösterreich

## 1:6 verloren, aber viele neue Freunde gewonnen

**WINKLARN**
Mitte Juli fand im niederösterreichischen Winklarn, der Heimatgemeinde von Gernot Lechner (drückte die Ersatzbank beim Bürgermeisterteam) das Benefiz-Fußballspiel des Österreichischen Bürgermeister-Fußballteams gegen den Club Niederösterreich statt. Das Spiel auf der tollen Sportanlage der Sportunion Winklarn war von Anfang an recht flott. In der ersten Hälfte konnten die Bürgermeister mit den klar stärkeren Niederösterreichern noch recht gut mithalten. Durch ein Tor von Bernhard Deutsch (Strem/Bgld.) gingen sie sogar in Führung und mussten erst kurz vor der Pause den Ausgleich hinnehmen.
Nach zehn Minuten in der zweiten Halbzeit ging den Ortschefs aber „die Luft aus“: Innerhalb von wenigen Minuten kassierten sie drei Treffer, das Spiel endete schließlich 6:1 für den Club Niederösterreich. Überschattet wurde dieses Spiel auch durch den plötzlichen Tod von Hubert van Langh, der in der letzten Woche verstorben ist. Hubert war unser Masseur seit dem Bestehen des Österreichischen Bürgermeister-Fußballteams und ist in dieser Zeit vielen von uns zu einem Freund geworden.

Das Bürgermeisterteam und der Club Niederösterreich. Rechts der verstorbene Hubert van Langh (r.), der mehr als nur ein Masseur war.

**Auszeichnung:** Bewerbungsphase noch bis 17. September

## Seniorenfreundliche Gemeinde gesucht

**WIEN**
Bereits zum vierten Mal vergeben der Pensionistenverband und die Volkshilfe die Auszeichnung „Seniorenfreundliche Gemeinde Österreich“. Sie ehrt Gemeinden, die sich durch ihr vielfältiges Engagement für die ältere Generation besonders hervorheben. Gemeinden können sich jetzt bewerben!
Vier Gemeinden werden ausgezeichnet. Die Gemeinden werden je nach Größe in vier Kategorien eingeteilt. Neu ist heuer, dass pro Kategorie nur eine Gemeinde ausgezeichnet wird. Außerdem gibt es dieses Jahr erstmals einen Spezialpreis für besonders innovative Projekte.
Die Sieger werden Anfang Oktober von einer kompetent besetzten Jury ausgewählt. Die Verleihung der Auszeichnung und die Übergabe der Ortstafel „Seniorenfreundliche Gemeinde 2010“ erfolgt in den jeweiligen Gewinner-Gemeinden im Herbst 2010. Einsendeschluss für die Bewerbung ist der 17. September 2010. Informationen und Bewerbungsfolder unter **www.volkshilfe.at** oder **www.pvoe.at**

**Klima und Energie**

## Auf dem Weg zur Modellregion

**VÖCKLABRUCK**
Die Regionalmanagement OÖ GmbH Geschäftsstelle Vöcklabruck-Gmunden lud kürzlich zu einem Vernetzungstreffen zum Thema „Der Weg zur Klima- und Energie-Modellregion in den Bezirken Vöcklabruck und Gmunden“ ein. Dabei wurden Möglichkeiten diskutiert, um die Leader-Regionen als Klima- und Energie-Modellregionen zu positionieren. Bereits jetzt ist die Region Vorreiter bei sauberer Energie.

**www.flussdialog.at**: Die Zukunft der Alm mitgestalten

# Die Bevölkerung Oberösterreichs ist gefragt

**LINZ**
Welche Ansätze sollen künftig beim Hochwasserschutz an der Alm verfolgt werden, wie wichtig ist der Bevölkerung die Alm als natürlicher Erholungs- und Freizeitraum und was muss für den Tourismus in der Flussregion getan werden?
Diese und andere Fragen kann die Öffentlichkeit von 13. September bis 17. Oktober 2010 auf **www.flussdialog.at** beantworten und damit die Zukunft der Alm mitgestalten. Mitmachen zahlt sich aus: Unter allen TeilnehmerInnen werden tolle Preise rund ums Thema Wasser verlost.

Foto: Neptun Wasserpreis - S. Enzlmüller

Hohe Wasserqualität und großer Wasserreichtum zeichnen das Wasserland Österreich aus. Der Flussdialog soll helfen, dass es so bleibt.

Die Ergebnisse der Befragung geben Verwaltung und Behörden für die nächsten Jahre eine weitere wichtige Entscheidungsgrundlage bei Planungen und Schwerpunktsetzungen entlang der Alm.
Weitere Informationen gibt es auf **www.flussdialog.at**

**Schülerbetreuung**

# Ja zu weiterem Ausbau

**BREGENZ**
LR Greti Schmid unterstützt die Forderung der Kinderdienste des Instituts für Sozialdienste (IfS) und des Vorarlberger Kinderdorfes: „Der qualitative und quantitative Ausbau der Schülerbetreuung ist und bleibt einer unserer Schwerpunkte.“ Durch enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Schulen konnten in Vorarlberg allein in den letzten vier Jahren über 4000 zusätzliche Schülerbetreuungsplätze geschaffen werden, verweist Schmid auf die positive Entwicklung der letzten Jahre.
**www.presse.vorarlberg.at**

2010 Sie ist ganz in der Nähe: www.kommunal.at/kommunalmesse

**Aufgabe für Behörden**

# Auf Wölfe vorbereiten

**INNSBRUCK**
Der World Wildlife Fund weist darauf hin, dass in Zukunft verstärkt mit dem Auftreten von Wölfen in Österreich zu rechnen ist. „Jetzt ist noch Zeit, sich auf die Wölfe in Österreich vorzubereiten“, erklärt Christoph Walder vom WWF.
Der WWF verlangt, dass die Behörden Vorkehrungen für ein konfliktfreies Einwandern der Wildtiere treffen. Hingewiesen wird auf die positive Rolle des Wolfes für das Ökosystem.

**Tagung:** Oö. Umweltkongress von 27. bis 29. September

# Gemeindenetzwerke für die Klimawende

**BAD ISCHL**
Der oberösterreichische Umweltkongress, der von 27. bis 29. September in Bad Ischl stattfindet, will Lösungen aufzeigen, wie man mit spektakulären Technologien und Gemeindenetzwerken die Klimawende schaffen kann. Behandelt werden Ergebnisse aus der Klimaforschung, Strategien für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel. So zeigt etwa die Gemeinde Munderfing ihr Programm für die Versorgung mit 100 Prozent erneuerbarer Energie in 30 Jahren.
Die Energieregion Sauwald will wiederum zeigen, dass auch beim Klimaschutz gemeinsam vieles leichter geht.
Informationen und Anmeldung unter **www.umweltakademie.at**

In Bad Ischl werden Erkenntnisse der Klimaforschung präsentiert.

Oberösterreichs Gemeindebund-Präsident Johann Hingsamer

# Trotz schwieriger Situation: Da werden wir durchkommen ...

Über seine Wahl zum neuen „Chef“ der oberösterreichischen Gemeinden hat KOMMUNAl berichtet, bei den Kommunalen Sommergesprächen fand sich die Gelegenheit, mit Johann Hingsamer zu plaudern. Für KOMMUNAL fragte Hans Braun.

**KOMMUNAL: Sie sind seit rund drei Monaten neu im Amt als Präsident des oberösterreichischen Gemeindebundes. Wie geht es Ihnen dabei?**
**Johann Hingsamer:** Es geht sehr gut, es gibt viel zu tun in Oberösterreich. Wir arbeiten an einer Verwaltungsreform, wo wir als Gemeindebund auch aktiv sehr viel einbringen wollen. Die Fragen der finanziellen Gegebenheiten der Gemeinden mit der Finanzierung der sozialen Bereiche und des Gesundheitswesens fordern uns ebenfalls sehr stark.

**Bei einer österreichweiten Aufstellung der Abgangsgemeinden hat Oberösterreich die Spitzenposition eingenommen. Wie erklären Sie sich das?**
Ja, wir haben von 444 Gemeinden 307 Abgangsgemeinden. Das kommt in erster Linie daher, dass wir im Sozialbereich zum einen höhere Standards haben und zum anderen die Gemeinden mehr leisten als in anderen Bundesländern. Dazu gehört die offene Sozialhilfe, die Mindestsicherung und die Sozialhilfe in Pflegeanstalten und -heimen, welche in Oberösterreich zur Gänze von den Gemeinden getragen werden. Das überfordert uns zurzeit. Wir haben ein sehr engagiertes Chancengleichheitsgesetz, wo auch die Behindertenhilfe in der Gänze geregelt ist. Das Land tut sehr viel im Bereich der Chancengleichheit, wir zahlen dort 40 Prozent mit, so ist der Schlüssel. Das hört

> Dazu gehört (unter anderem) die Mindestsicherung und die Sozialhilfe in Pflegeanstalten und -heimen, welche in Oberösterreich zur Gänze von Gemeinden getragen werden.
>
> ... über die Gründe, warum Oberösterreich so viele Abgangsgemeinden hat

sich vielleicht günstig an, aber dadurch, dass dort sehr viel passiert, zahlen wir auch sehr viel ein. Im österreichweiten Vergleich zahlen die oberösterreichischen Gemeinden deutlich mehr, als das in anderen Bundesländern der Fall ist, das ist der Hauptgrund der hohen Zahl an Abgangsgemeinden.

**Wie sieht das aus mit der Diskussion über Gemeindezusammenlegungen, da gehen in Oberösterreich zeitweise die Wogen hoch. Gibt es da schon einen gemeinsamen Nenner?**
Diese Diskussion wurde auch immer wieder medial angeheizt. Es ist so, dass der Präsident der Industriellenvereinigung von Oberösterreich, DI Klaus Pöttinger, dazu öffentlich Stellung genommen hat. Die offene Antwort dazu von mir baut auf der etwas genaueren Betrachtung des österreichischen Gemeindefinanzberichtes. Der stellte fest, dass die kleinen Gemeinden kostengünstiger wirtschaften als die großen. Die Gemeinden unter 10.000 Einwohner liegen in etwa bei 245 Euro pro Person für politische Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung. So wirtschaften diese Gemeinden im Durchschnitt sparsamer als die größeren. Sie sind auch ein bisschen dazu verdammt, weil sie durch den Finanzausgleich weniger bekommen und automatisch sparsamer wirtschaften müssen. Wenn ich mir die Gemeinden über 20.000 Einwohner anschaue, dann liegen dort die Pro-Kopf-Ausgaben bei über 433 Euro für Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung. Das zeigt deutlich, dass kleine Gemeinden wesentlich günstiger wirtschaften. Wir führen aber eine intensive Diskussion über Kooperationsmodelle und Verwaltungsgemeinschaften der Gemeinden. Das betrifft die Bauhöfe, die Standesamtsverbände oder die Bauamtsverwaltungen, aber dabei sind wir erst am Anfang. Dazu gibt es auch schon sehr positive Beispiele. Vorreiter-Gemeinden werden auch dabei unterstützt. Am Beispiel Bayern können wir sehen, dass Zusammenlegungen auch zu schwierigen Mehrheitsfindungen im Gemeinderat geführt haben. Dort haben in der Folge immer mehr Ortschaftslisten für den Gemeinderat kandidiert. Für eine Umsetzung von Projekten fehlen dort immer öfter klare Mehrheiten.

**Gab es in Oberösterreich nicht in den 70er-Jahren bereits größere Gemeindezusammenlegungen?**
Es hat 1974 eine größere Diskussion über Zusammenlegungen gegeben, dazu wurden bereits Pläne erstellt, wie die Großgemeinden dann aussehen sehen sollten ...
Wir wollen heute nichts ausschließen, doch die Zahlen müssen stimmen, und da zeigt uns der Gemeindefinanzbericht deutlich, wohin überschnelle Zusammenführungen führen würden. Durch Kooperationen kann das Bürgerservice bereits

„In Wirklichkeit leistet der Bund nur einen Dienstgeberbeitrag zur Sozialversicherung der Menschen, die eine Mindestsicherung beziehen. Alles andere zahlen in Oberösterreich die Gemeinden oder sonst zumindest Länder und Gemeinden." Johann Hingsamer im Gespräch mit dem Autor über die Problematik bei der Mindestsicherung.

enorm gesteigert werden. Das tragen wir mit. Viele Zusammenlegungsargumente sind meiner Ansicht nach aber zu emotional und ideologisch geprägt. Die Gemeinden mischen sich nicht in die Industrie ein, und umgekehrt soll es auch nicht anders sein. Sonst könnte ich auch emotional erwähnen, dass durch Veränderungen bei der Körperschaftssteuer diese im letzten Jahr um 35,5 Prozent eingebrochen ist, was für die Gebietskörperschaften vergangenes Jahr in Summe ein Minus von 2,1 Milliarden Euro bedeutet hat. Heuer setzt sich dieser Trend abgeschwächt fort, das betrifft vor allem die Kommunen. Es war die Steuer, die am stärksten rückläufig war. Diesen Einbruch und die Einführung der Gruppenbesteuerung spüren die Gemeinden sehr stark.

**Allgemein zur Krise: Haben Sie eine kurzfristige Prognose für uns?**
Wenn wir nicht bereit sind, den Gemeinden bei der Gesundheits- und Sozialfinanzierung zu helfen, werden wir die Krise noch lange nicht durchgetaucht haben. Selbst wenn sich die Steuerertragsanteile wieder im normalen Ausmaß, so wie 2008, bewegen, mit dem allein werden wir als Gemeinden nicht so schnell aus der Krise kommen. Die Sozial- und Gesundheitsfinanzierung überfordert uns. Als Christoph Leitl 1994 die damals neue Form der Spitalsfinanzierung vorstellte, haben Länder und Gemeinden 29 Prozent dabei getragen, den Rest übernahmen die privaten Krankenversicherungen, der Bund und die Krankenversicherungsträger. Heute zahlen Länder und Gemeinden 42 Prozent in den Topf für die Spitäler. Die Kosten sind nicht nur wegen der Steigerung der Qualität enorm gestiegen. Dadurch, dass sich der Bund und die Krankenversicherungen bei den Kosten gedeckelt haben, gab es eine Verschiebung auf Kosten der Gemeinden und Länder. So kann und darf das nicht weiter gehen. Das verkraften die Gemeinden einfach nicht mehr.

> Selbst wenn sich die Steuerertragsanteile wieder im normalen Ausmaß bewegen, mit dem allein werden die Gemeinden nicht so schnell aus der Krise kommen. Die Sozial- und Gesundheitsfinanzierung überfordert uns.
>
> ... über einen Weg aus der Finanzkrise.

**Die Länder und Gemeinden haben aber in Österreich eine große Macht, kann man da nicht „Einspruch" erheben?**
Ich würde mir das wünschen, doch der Bund hat die Gesetzgebung in der Hand. Im Finanzausgleich müssen Länder, Städte und Gemeinden einen gemeinsamen Standpunkt verfolgen, dann tun wir uns sicher etwas leichter. Es ist so, dass der Bund von der Mindestsicherung spricht, doch die Leistungen dazu kommen Großteils von uns. In Wirklichkeit leistet der Bund nur einen Dienstgeberbeitrag zur Sozialversicherung der Menschen, die eine Mindestsicherung beziehen. Alles andere zahlen in Oberösterreich die Gemeinden oder sonst zumindest Länder und Gemeinden. Da stehen wir schlechter da als andere Bundesländer. Ungewiss ist noch dazu, wie sich die Mindestsicherung entwickeln wird. Es werden sicher mehr Menschen darauf zurückgreifen. Das macht den Gemeinden wirklich Sorgen.

**Wie lange sind Sie schon politisch tätig?**
Ich bin seit 1991 Bürgermeister in Eggerding und seit 1997 im oberösterreichischen Landtag. Seit 2002 habe ich das Amt des Vizepräsident im Oberösterreichischen Gemeindebund inne und jetzt seit Ende Mai auch den Vorsitz als Präsident.

**Wie läuft es in Ihrer Gemeinde Eggerding?**
Wir sind eine kleine Gemeinde mit 1300 Einwohnern, es geht gut, ich bemühe mich. Ich muss aber alles tun, damit ich auch die Zeit für alle meine Funktionen finde. Mir ist wichtig, dass ich auch in Eggerding präsent bin, ohne Unterstützung der Familie ginge das nicht. Die Freizeit ist sehr wenig, und somit ist eine umfangreiche Zusammenarbeit wirklich wichtig. Politik muss Spaß machen, das ist die Hauptsache.

**Wie motiviert man eigentlich einen Bürgermeisterkandidaten?**
Das Bürgermeisteramt ist die politische Tätigkeit, wo man am meisten sichtbar gestalten kann. In keiner anderen politischen Funktion, sei es im Landtag oder im Bundesrat, Nationalrat kann man politisch derart viel umsetzen. Das ist auch das, was Spaß macht, auch wenn die Situation derzeit sehr schwierig ist. Aber da werden wir durchkommen.

Auf **www.kommunal.at** finden Sie das vollständige Interview mit Oberösterreichs Gemeindebund-Präsident Hans Hingsamer zum Nachlesen. Erfahren Sie unter anderem, was er zur Diskussion über die Grundsteuer und über die Bedeutung von Sommergesprächen oder Gemeindetagen sagt.

„Sonnenschein-Gemeinde“ werden und alles andere in den Schatten stellen

# Know-how steht im Vordergrund

In Niederösterreich gibt es seit kurzem eine wertvolle Ausbildung für BürgermeisterInnen und AmtsleiterInnen: Die Sonnenschein-Akademie. KOMMUNAL hat sich angesehen, was die Schulung kann.

Der Sonnenplatz in Großschönau – Europas erste Adresse für klimafreundliches Bauen & Wohnen. Und Probewohnen kann man hier auch.

Teilnehmer der Sonnenschein-Akademie (kommunale Entscheidungsträger, aber auch Verantwortliche aus dem Bauamt und der Amtsleitung) erhalten innerhalb von 23 Stunden einen ersten strategischen Überblick über ihre derzeitige Energiesituation und einen Ausblick für mehr Wertschöpfung in der eigenen Region. Lösungsansätze und Motivation für mehr Energiesicherheit sowie kommunaler Austausch sind Zielsetzung dieses Seminars. Nach drei abgehaltenen Lehrgängen zeigen sich erste Erfolge. Neben Steigerungen der Versorgungs- und Energieunabhängigkeit konnte insbesondere eine Basis für die Schaffung weiterer regionaler Arbeitsplätze in den Gemeinden gelegt werden. Vermittlung von Know-how und Wissen stehen bei der Sonnenschein-Akademie im Vordergrund. Dabei wird auf die individuellen Bedürfnisse jeder teilnehmenden Gemeinde eingegangen. Aus einem umfangreichen Maßnahmenpaket in Form eines Werkzeugkoffers kann sich jeder Teilnehmer das für sich Passende herausnehmen und in der Region anwenden.

> Der Ansatz, wie und wann ich die ersten Schritte in der Gemeinde setze, wurde gut vermittelt.
>
> Feedback eines Teilnehmers

Bürgermeister Martin Bruckner ist einer der Vortragenden der Sonnenschein-Akademie.

Das Thema Energie holt uns ein, wenn wir nicht rechtzeitig das Problem zur Chance machen. Gerade die hohen Kosten für Energie reißen ein großes Loch in die Budgetkassen der Gemeinden und deren Bürger.
Und das sagen bisherige Teilnehmer über die Sonnenschein-Akademie:
„Es wurde viel Wissen in kurzer Zeit vermittelt – und vor allem verständlich!“
„Der Erfahrungsaustausch mit den Kollegen und der Aufbau des Werkzeugkoffers, den wir zum Abschluss erhalten haben, waren besonders wertvoll für mich.“
„Die Übernachtung im Passivhaus war ein echtes Wohlfühlerlebnis, das ich nur jedem weiterempfehlen kann.“
„Der Ansatz, wie und wann ich die ersten Schritte in der Gemeinde setze, wurde gut vermittelt.“

Für eine Teilnahme an der Sonnenschein-Akademie stehen folgende Termine zur Auswahl:
- 20. bis 21. September 2010
- 11. bis 12. Oktober 2010

(Weitere Termine sind geplant)

Die Kosten in Höhe von 595 Euro enthalten den Sonnenschein-Werkzeugkoffer für die Gemeinde, Verpflegung, Nächtigung im Passivhaus, Abendprogramm und einen Probewohn-Gutschein im Wert von 219 Euro.
Der Bildungsscheck für nö. Gemeindebeauftragte kann bei dieser Ausbildung eingelöst werden. Gegen Vorlage des Schecks wird der Betrag um 75 Prozent (max. 500 Euro) reduziert.
Nähere Informationen unter **http://www.gemeinden.energieberatung-noe.at/bildungsscheck**

Der Sonnenplatz Großschönau beschäftigt sich bereits seit mehr als einem Jahrzehnt mit der Verbreitung von energieeffizientem Bauen und Sanieren. Im Mittelpunkt des Projekts stehen Ressourcenschonung, Energieeffizienz sowie der Einsatz erneuerbarer Energien bei Neubau und Sanierung.
Mehr Infos auf **www.sonnenplatz.at** oder unter **www.probewohnen.at**

Foto: Sue-Architekten

Das offene Amtshaus (oben): Der Sitzungssaal wurde ein Mehrzweckraum, der auch geeignet ist für Veranstaltungen, Versammlungen, Feste etc.

Rechts: Der einladend gestaltete Haupteingang, rechts davon die ansprechend angelegte Fensterfront der Bürgerservicestelle.

Ottensheim, der älteste Markt des Mühlviertels, hat ein neues Rathaus

# Das offene Amtshaus und die Geschichte einer Metamorphose

Die oberösterreichische Marktgemeinde Ottensheim hat sein Rathaus neu definiert: Nun ist es ein offenes Amtshaus. Die Devise dabei lautete Pflege statt Lifting und Reperatur statt Neubau. KOMMUNAL stellt eine architektonisch gelungene Lösung vor.

Eigentlich reicht es, den Architekten DI Christian Ambos zur Charakterisierung zu zitieren: „Durch wenige, geschickt gesetzte Eingriffe werden die alten Gemäuer für die Benutzer und Besucher wieder einladend, klar und übersichtlich, zudem sind nun alle Bereiche barrierefrei erschlossen. Wie schon im ursprünglichen Konzept des ‚Forums am Platz' bedeutet für uns ein offenes Amtshaus das Einbeziehen des öffentlichen Raumes in das Gebäude. Durch eine großzügige Öffnung des Saales zur Linzer Straße und zum Hof hin fungiert der Saal als Gelenk zwischen Straßenraum und Arkadenhof. Bei geöffneter Fassade verschmelzen Innen und Außen.

Der Saal wird zum gedeckten öffentlichen Raum. Straße, Saal und Hof werden zum Raumkontinuum und bieten Platz für Feste, Veranstaltungen und Märkte. Die Devise der Planung und des Umbaus war: Reparieren, nicht alles erneuern, Pflege und kein Lifting. Alle verwertbaren bestehenden Bauteile wurden an gleicher oder an anderer Stelle wieder verwendet. Die Geschichte des Ortes bleibt so auch nach dem Umbau in allen Räumen spürbar und präsent."

Durch wenige, geschickt gesetzte Eingriffe werden die alten Gemäuer für die Benutzer und Besucher wieder einladend, klar und übersichtlich, zudem sind nun alle Bereiche barrierefrei erschlossen.

Nebenbei wurden unter den zahlreichen Oberflächen und Um- und Einbauten auch einige Entdeckungen gemacht: Im Gang im Obergeschoß kann man nun das barocke Kreuzgratgewölbe wieder in seiner vollen Pracht sehen, im Raum der Amtsleiterin wurde eine frühhistoristische Deckenmalerei freigelegt.
Dass es „ein besonderes Haus (ist), ein Haus für die Gemeinschaft Ottensheim und darüber hinaus, wurde mit ganz vielen Menschen eröffnet und gefeiert. Unaufgeregt mischt es sich nun ein in das Gefüge des Ortskerns. Christian Thanhäuser (Holzschnitzkünstler, ‚Kunst am Bau') spricht von einem ‚ruhenden Blick' – dieser Ausdruck passt sehr gut zu diesem Haus", das meint auch Bürgermeisterin Uli Böker.
Ausführliche Berichte über den Neubau gibt es auf der offiziellen Homepage der Gemeinde auf **www.ottensheim.ooe.gv.at** sowie in der Juli-Ausgabe der Gemeindezeitung Ottensheim.

Für die exakte Darstellung von Gebäuden, Innenräumen und Landstrichen

# Vermessung, aber diesmal ganz genau

Eine genaue Verarbeitung von Vermessungsdaten hilft bei Sanierungen oder Umbauten von Gebäuden und Restaurierungen von denkmalgeschützen Gemäuern und spart Kosten. „Wo keine herkömmlichen Methoden sinnvoll anwendbar sind, überlegen wir uns spezielle“, sagt Peter Myslivec beim KOMMUNAL-Lokalaugenschein.

Julya Pollak

Ob das Rathaus und der Kurpark von Baden, Industrieparks in der Ukraine oder in Rumänien, Einkaufszentren im Raum Wien, in Karlsruhe oder Nürnberg, Hochspannungsleitungen zwischen Wien und Vorarlberg, die Außenringautobahn, den Hauptbahnhof in Salzburg, die Staatsoper, die Volksoper oder das Burgtheater: Peter Myslivec hat sie alle bereits unter die Lupe genommen und vermessen. „Wir kombinieren verschiedenste Methoden und können so kostengünstig ganz genaue Modelle eines Auftrages erstellen“, erklärt Myslivec. Das Familienunternehmen hat sich auf die exakte Vermessung von Fassaden, Innenräumen und Sonderkonstruktionen spezialisiert. Bei der Staatsoper beispielweise stellte sich nach den Messungen heraus, dass ein Großteil des Foyers und der Loggia dringend sanierungsbedürftig seien.

Die Brüder Martin und Peter Myslivec bei der Arbeit im Wiener Burgtheater, dort wurde die Feststiege vermessen.

Auch Gewölbe sind für die Detail-Vermessung kein Problem.

## Vorarbeit bringt Ersparnis

Die Restaurierung liegt nicht in seinen Händen, aber ohne eine genaue Karte des zu sanierenden Objektes fällt es schwer, die nachfolgenden Arbeiten zu koordinieren. „Anhand der Kartierung kommt heraus, wo gearbeitet werden muss und wo nicht. Das senkt die Kosten für die Auftraggeber“, weiß Myslivec aus Erfahrung. Dies sei auch für Gemeinden mit wenig Geld eine gute Möglichkeit, ihre Baudenkmäler fachgerecht und kostengünstig zu restaurieren. Das bestätigte auch Dr. Bruno Maldoner vom Ministerium für Unterricht, Kunst und Kultur anhand eines Schreibens an Myslivec aus Sicht der Denkmalpflege: „Die Ungenauigkeit und die kaum gegebene Rationalisierung bei der Vermessung von Baudenkmalen in Verbindung mit den hohen Kosten der Handarbeit bildeten in der Vergangenheit die Hindernisse, warum bei monumentalen Bauten keine ausreichenden Maßaufnahmen angefertigt wurden. Die maßstabgetreuen Aufnahmen bilden eine ausgezeichnete Grundlage für die genaue restauratorische Kartierung der Schadensbilder.“ Myslivec geht bei jeder Vermessung spezifisch vor: „Ich habe kein Schema F“, und manchmal braucht es auch „kreative Lösungen, mit einem Schuss Mathematik“.

> Eine exakte Vermessung bietet auch für Gemeinden mit wenig Geld eine gute Möglichkeit, ihre Baudenkmäler fachgerecht und kostengünstig zu restaurieren.

> Anhand der Kartierung kommt heraus, wo gearbeitet werden muss und wo nicht. Das senkt die Kosten für die Auftraggeber.

Kuratorium für Verkehrssicherheit: Gefahrenpunkt Baustelle

# Baustellenabsicherung ist Wahrnehmungspsychologie

Baustellen greifen in den Verkehrsfluss ein und verändern ihn. Eine Situation, die manche Verkehrsteilnehmer überfordert. Die richtige Absicherung kann dazu beitragen, Unfälle zu vermeiden.

Autofahrer müssen sich im Baustellenbereich besonders konzentrieren und schnell umdenken, um die veränderte Verkehrssituation zu meistern. Nicht immer geht das gut aus: 2009 passierten in Österreich im Ortsgebiet in gekennzeichneten Baustellenbereichen 207 Unfälle, bei denen 248 Personen verletzt und vier getötet wurden. Im Freiland (ohne Autobahnen und Schnellstraßen) waren es 128 Unfälle im Baustellenbereich, mit 181 verletzten und drei getöteten Verkehrsteilnehmern. Während im Freiland die Unfälle mit Pkw dominieren, sind im Ortsgebiet hauptsächlich Fußgänger, Rad- und Mopedfahrer betroffen. Baustellenverantwortliche haben also die Aufgabe, den Verkehrsteilnehmern die Baustellenform – z. B. Gehsteigsperre, eine Fahrbahnverengung, eine Umleitung oder eine Sperre eines Radfahrstreifens – so vereinfacht und prägnant darzustellen, dass eine schnelle Orientierung und die richtige Reaktion möglich sind. Damit ein Verkehrsteilnehmer schnell und richtig reagieren kann, muss er auch erwarten können, dass ein und dieselbe Art von Baustelle in ganz Österreich nach dem gleichen Schema abgesichert wird. Für eine verkehrssichere Baustelle gelten daher im Prinzip drei Punkte: Mitarbeiter sichtbar machen, Baustelle sichtbar machen, konkrete Gefahren sichtbar machen. Änderungen im Verkehrsfluss lösen bei Verkehrsteilnehmern Reaktionen aus, die von angepasster Fahrweise über Trotzreaktionen bis hin zu Flucht-Tendenzen – wie auch bei Fahrten durch längere Tunnels – reichen. Wichtig ist daher, dass eine Baustelle ein stimmiges Ganzes ergibt, von der rechtzeitigen Baustellenankündigung bis zur nachvollziehbaren Geschwindigkeitsbegrenzung. Die Verkehrsregelungen sollen alarmierend und plausibel, aber nicht überzogen dargestellt werden. Lenker sollen die Regelungen als zu ihrer Sicherheit gemacht erleben. Erkenntnisse der Wahrnehmungspsychologie bilden auch die Grundlage gesetzlicher Vorschriften, etwa bei der Anbringung von Verkehrszeichen. Hier einige Aspekte:

Verkehrszeichen wirken am besten bei einer widersprüchlichen oder schlechten Wahrnehmungssituation, in der sie eine wichtige Zusatzinformation sind.

► **Verkehrszeichen.** Je erfahrener ein Autofahrer ist, umso eher nimmt er Verkehrszeichen nicht wahr, deutet sie um, missachtet sie bewusst oder unbewusst. Verkehrszeichen wirken am besten bei einer widersprüchlichen oder schlechten Wahrnehmungssituation, in der sie eine wichtige Zusatzinformation sind. Und sie sind effektiv, wenn das Verhalten nur gering geändert werden muss.

► **Vorhersehen.** Auf gewohnten Strecken kann sich eine abweichende Situation besonders stark auswirken. Die Wahl der Annäherungsgeschwindigkeit z. B. an eine Kurve erfolgt nach der Gestaltung des Eingangsbereichs. Wenn danach eine Situation folgt, die nicht zum gewohnten Bild passt, passieren Fehler bei der Geschwindigkeitswahl.

► **Geschwindigkeitsbegrenzungen.** Niedrige Beschränkungen (Tempo 30) sollten nur auf kurzen Strecken aufgestellt werden und auch nur während der tatsächlichen Arbeitszeit. Sonst führen sie zur Unsicherheit bei den Lenkern und schlagen ins Gegenteil um – nicht akzeptierte Tempolimits führen oft zur Geschwindigkeitserhöhung.

## KfV-Baustellenseminare halten auf dem Laufenden

Die korrekte Baustellenabsicherung ist ein sehr komplexes Thema mit technischen, rechtlichen und praktischen Aspekten. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit bietet in allen Bundesländern für Straßenerhalter, Gemeindebedienstete, Mitarbeiter von Baufirmen und Verordnungsaussteller Seminare zur richtigen Absicherung von Baustellen an. Nähere Informationen dazu bekommen Sie unter www.kfv-seminare.at oder unter der Telefonnummer 05 770 77-2119. Das Baustellenhandbuch kann unter 05 770 77-2116 oder per E-Mail (**sylvia.hoefling@kfv.at**) bestellt werden.

> Für eine verkehrssichere Baustelle gelten im Prinzip drei Punkte: Mitarbeiter sichtbar machen, Baustelle sichtbar machen, konkrete Gefahren sichtbar machen.

# Burgenland

Land fördert mit Geld aus Tourismusbudget

## Mehr Geld für Radwege

**EISENSTADT**
Aufgrund eines Antrages von Tourismuslandesrätin Michaela Resetar hat die Landesregierung beschlossen, 14 Gemeinden für die Attraktivierung und Instandhaltung von Radwegen 233.100 Euro an Fördermittel aus dem Tourismusbudget zu gewähren. Für den Ausbau von Radwanderwegen werden 180.600 Euro und für die Instandhaltung 52.500 Euro zur Verfügung gestellt. „Das Interesse der Gemeinden am Bau von Radwanderwegen hat in den letzten Jahren immer mehr zugenommen. Immerhin sind bereits 95 Prozent aller burgenländischen Gemeinden an das touristische Radwegenetz angeschlossen“, so Resetar. Unter den Projekten befinden sich unter anderem die Attraktivierungen des Frauenkirchen-Thermenradwegs im Nordburgenland, des B42-Radwegs bei Markt St. Martin im Mittelburgenland sowie des Stremtalradwegs B56 bei Ollersdorf und des Zickentalradwegs B56 bei Steingraben.
Das Burgendland setzt stark auf den Radtourismus. Mit einer Förderung in der Höhe von 2,7 Mio. Euro aus Tourismusmitteln des Landes haben die Gemeinden in den letzten fünf Jahren burgenlandweit rund 6 Mio. Euro in das rund 2500 km lange Radwegenetz investiert. Im Jahr 2010 stehen rund 360.000 Euro zur Verfügung.

Die Zahl der Windräder im Norden und Osten des Neusiedler Sees würde sich verdoppeln.

Windenerige soll stärker genutzt werden

## Neue Windräder geplant

**SEEWINKEL**
Die Austrian Wind Power (AWP), ein Tochterunternehmen der Bewag, will im September weitere 139 Windräder mit einer Gesamtleistung von rund 500 Megawatt zur Förderung einreichen.
Damit würde sich die Zahl der Windräder im Norden und Osten des Neusiedler Sees verdoppeln. Die Leistung würde sich sogar verdreifachen, weil die neuen Anlagen höher und stärker sind als die alten.
Widerstände gegen die neuen Windräder gibt es laut AWP nur wenig, weil Gemeinden, Experten und Umweltorganisationen in die Planung mit einbezogen werden.

# Kärnten

WLAN: Internet-Offensive für Tourismusbetriebe

## In drei Jahren flächendeckend

**KLAGENFURT**
Kärntens Tourismusbetriebe starteten fast auf den Tag genau vor einem Jahr drahtlos mit dem Angebot einer flächendeckenden WLAN-Lösung durch. Um Tourismus-Anreize zu schaffen, hat das Land die Installationen der kabellosen Internetzugänge (WLAN) gefördert. Die Aktion läuft noch. Das Tourismusreferat des Landes fördert die WLAN-Aktion, weil drahtloses Internet im Tourismus mittlerweile zur Grundausstattung gehört. Das Ziel der Förderaktion ist hoch gesteckt: Innerhalb von drei Jahren soll die Flächendeckung mit WLAN-Netzen erreicht sein.

Elektronische Gästemeldung

## Förderung für Software

**KLAGENFURT**
Das Bundesland Kärnten unterstützt seine Gemeinden bei der Anschaffung von Software für die elektronische Gästemeldung und die Anbindung an die notwendigen EDV-Systeme. Für die Betriebe, die auch gefördert werden können, soll die Gemeinde dann erster Ansprechpartner sein. Informationen unter **www.giz-k.at**

KABEG-Gesetz: Gemeindebund fordert Partnerschaft

## Gemeinden sind mit 30 Prozent dabei

**KLAGENFURT**
Im Zuge der Diskussion um den Entwurf eines neuen KABEG-Gesetzes meldet sich nun auch der Präsident des Kärntner Gemeindebundes, Bgm. Hans Ferlitsch, zu Wort. „Die Gemeinden befinden sich in finanziell schwierigen Zeiten. Maßgeblich für diesen Umstand sind neben dem Rückgang der Ertragsanteile auch die Entwicklung der Kostenanteile der Gemeinden im Bereich der Krankenanstalten.“ Verwunderung habe daher die gewählte Vorgehensweise ausgelöst, bei der neben den politischen Mitbewerbern auch die Städte und Gemeinden aus dem Meinungsbildungsprozess gänzlich ausgeklammert worden sind. „Immerhin tragen die Gemeinden mit 30 Prozent des Nettobetriebsanganges der Krankenanstalten wesentlich zu deren Finanzierung bei“, so Ferlitsch.

Kärntens Gemeindebund-Präsident Bgm. Hans Ferlitsch.

# Niederösterreich

SP-Politiker wollen Transferbeziehungen entflechten

## Reformen gefordert

**ST. PÖLTEN**
Eine Analyse des Zentrums für Verwaltungsforschung zur Entwicklung der Gemeindefinanzen niederösterreichischer Kommunen zeigt eine dramatische Entwicklung auf.
Eine nachhaltige Stabilisierung der Gemeindehaushalte könne nur dann erfolgen, wenn die Finanzierung öffentlicher Leistungen anders geregelt wird als bisher, warnen SP-Chef Sepp Leitner und der Präsident des SP-GVV, Bgm. Rupert Dworak. „Die komplexen Transferbeziehungen und -zahlungen zwischen Land und Gemeinden müssten entflochten, die Steigerungen der Transferzahlungen in der Höhe beschränkt werden. Weiters soll es eine Kompetenzentflechtung nach dem Motto ‚Wer zahlt, schafft an!' geben", fordert Dworak. Für die Gemeinden würde dies bedeuten, dass sie sich aus der Finanzierungsverpflichtung für das Gesundheits- und Sozialwesen gänzlich zurückziehen und dies künftig in die alleinige Kompetenz des Landes fallen würde. Dafür würden die Gemeinden vollständig die Finanzierung der Kinderbetreuung übernehmen. Auch eine Reform des Gemeindefinanzausgleichs sei notwendig, so dass die Verteilung der Ertragsanteile nach aufgabenorientierten Kriterien erfolgt. Demnach sollten Gemeinden, die eine größere Aufgabenlast tragen, auch mehr Mittel erhalten.

Ein keltisches Versammlungshaus wurde rekonstruiert.

Urgeschichtsmuseum: Archäologie einer Landschaft

## Lebendige Wissenschaft

**MICHELSTETTEN/ASPARN**
Fünf Jahre lang haben Archäologen auf einer Fläche von 10.000 m² in Michelstetten gegraben. Die Auswertungen der Funde liefern sensationelle Ergebnisse für die Wissenschaft, die in der Ausstellung „Archäologie einer Landschaft – Michelstetten" zu sehen sind. Die größte Sensation der Grabung war das erstmalige Auffinden eines keltischen Versammlungshauses in Österreich, das nun im Urgeschichtemuseum in Asparn an der Zaya nachgebaut wurde. Der Grundriss des Gebäudes aus dem 2. Jahrhundert v. Chr. weist eine bisher unbekannte Form in Österreich auf. Mit ca. 8 x 7,5 m und vier ungewöhnlich tief eingegrabenen Holzpfosten kann auf eine Höhe von ca. sechs Meter geschlossen werden.
**www.urgeschichte.at**

# Oberösterreich

Novelle zum oberösterreichischen Kinderbetreuungsgesetz regelt Bewilligung, Betrieb und Aufsicht

## Eltern müssen vermehrt ihren Teil beitragen

**LINZ**
Die Verantwortung für alle Kinderbetreuungseinrichtungen, das heißt Kindergärten, Krabbelstuben und Horte sowie Tagesmütter/-väter, ist in Oberösterreich seit Herbst 2009 erstmals in einem Ressort zusammengeführt. Die erste Zielsetzung der Novelle des Kinderbetreuungsgesetzes ist es, einheitliche Standards für die Bewilligung, den Betrieb und die Aufsicht von Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen. Weiters schafft diese Regelung aus einem Guss bisherige Doppelgleisigkeiten und Kompetenzüberschneidungen ab.
Darüber konnte mit den oö. Landtag vertretenen Parteien eine gemeinsam getragene Novelle des Oö. Kinderbetreuungsgesetzes erarbeitet werden. Die wesentlichen Änderungen sind unter anderem:

Künftig können auch Werkbeiträge eingehoben werden.

► **Gruppenförderung**: Künftig gibt es eine einheitliche und transparente Regelung für alle Einrichtungen.
► Beim Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung in einer anderen Gemeinde ist ein **Gastbeitrag** zu entrichten, sofern in der Wohnsitzgemeinde kein bedarfsgerechtes Angebot zur Verfügung steht oder die familiäre Situation den Besuch einer gemeindefremden Einrichtung erfordert.
► Für Träger, die im Entwicklungskonzept der Gemeinde zur Deckung des Bedarfs an Kinderbetreuungseinrichtungen berücksichtigt sind, wird eine gesetzliche Verpflichtung zur **Deckung des Betriebsabgangs** eingeführt.
► Der Kindergartenerhalter erhält künftig ausdrücklich die Möglichkeit, von den Eltern angemessene **Materialbeiträge (Werkbeiträge)** oder Veranstaltungsbeiträge einzuheben.
► Von Eltern, die ihre Kinder zum Kindergartenbesuch anmelden, aber dann ohne Begründung und Entschuldigung die Betreuung nicht in Anspruch nehmen, besteht künftig die Möglichkeit der Einhebung eines **Kostenbeitrages**.

# Salzburg

Förderstopp für Mietwohnungen – Info aus Zeitung

## Gemeinden protestieren

**SALZBURG**
Einen scharfen Protest richtete der Salzburger Gemeindeverband Ende Juli an Landesrat Walter Blachfellner. Grund war ein Bericht im Lokalteil der „Salzburger Nachrichten“, laut dem an die Gemeinden eine Mitteilung ergehen wird, wonach es bis zum Herbst keine Zusagen für den Bau neuer geförderter Mietwohnungen mehr geben wird. Der Gemeindeverband hielt daraufhin fest, dass es „eine der wichtigsten Aufgaben des Landes Salzburg ist, ... unserer Bevölkerung durch finanzielle Hilfen (Förderung) die Beschaffung von qualitativ gutem Wohnraum in einer gesunden und vielfältig gestalteten Wohnumwelt zu tragbaren Bedingungen zu ermöglichen ... Die Salzburger Gemeinden sowie ihre Bürgerinnen und Bürger verlassen sich darauf, dass die dafür zur Verfügung stehenden Mittel ohne Verzug und zielgerichtet in die dringend erforderlichen Projekte eingesetzt werden.“ Der Gemeindeverband erwartet jedenfalls, „dass in dem gegenständlichen Konflikt umgehend eine Lösung gefunden wird und dieser nicht auf dem Rücken unserer Gemeinden, unserer Bürgerinnen und Bürger und unserer Wirtschaft ausgetragen wird“. **www.gemeindeverband.salzburg.at**

Damit das Wasser zum Badevergnügen passt.

Wasserqualität von 26 Salzburger Badeseen

## Badeseen werden laufend überwacht

**SALZBURG**
Seit Anfang August muss nach einer Verordnung der Landeshauptfrau Gabi Burgstaller die Wasserqualität von 26 Salzburger Badeseen an insgesamt 38 verschiedenen Stellen regelmäßig kontrolliert werden. **www.salzburg.at**

Neue Broschüre des Landes bietet Überblick

## Rechte und Pflichten bei eingetragenen Partnerschaften

**SALZBURG**
Das Land hat eine neue Broschüre mit den wichtigsten Informationen über eingetragene Partnerschaften herausgegeben. Die Broschüre „Eingetragene PartnerInnenschaften – Rechte und Pflichten“ ist kostenlos im LandVersand, dem Webshop des Landes, unter **www.salzburg.gv.at/landversand** erhältlich beziehungsweise steht zum Herunterladen zur Verfügung.

# Steiermark

Modellregion für Elektromobilität

## Elektrofahrräder für alle

**ALMENLAND**
Die zwölf Gemeinden rund um Sommer- und Teichalm sind seit kurzem Modellregion für Elektromobilität. Gestartet wurde mit 50 Elektrofahrrädern, die an vier Verleihstationen ausgeborgt werden können. Das Projekt erfolgt in Kooperation mit dem Stromkonzern Verbund. Ziel ist es, Elektromobilität für jedermann erlebbar zu machen.

Novelle der Steiermärkischen Gemeindeordnung

## Widerspruch zur Bundesverfassung?

**ST. LAMBRECHT**
Bei einer Informationsveranstaltung zur Novelle der Steiermärkischen Gemeindeordnung wies Prof. Max Taucher, Obmann des Forum St. Lambrecht, Stmk. Institut für Gemeinde- und Regionalentwicklung, darauf hin, dass nun alle Verordnungen der Gemeinde aufsichtsbehördlich bewilligungspflichtig sind. Diese Gesetzesänderung steht seiner Meinung nach im Widerspruch zur Bundesverfassung und der Gemeindeautonomie.

Jeder Unfall ist einer zuviel – vor allem, wenn Kinder betroffen sind.

Unfallzahlen in einem Jahr um elf Prozent verringert

## Kindersicherer Bezirk

**DEUTSCHLANDSBERG**
Dank dem Pilotprojekt „Kindersicherer Bezirk“ verringerten sich von 2008 auf 2009 die Kinderunfallzahlen im Bezirk Deutschlandsberg um elf Prozent: An die 200 Kinder weniger wurden bei Unfällen verletzt. Mit der baldigen Eröffnung eines Verkehrsgartens setzt die Marktgemeinde Wies ein klares Zeichen für mehr Sicherheit, und die Marktgemeinde Eibiswald profitiert schon länger von ihrem mobilen Verkehrsgarten. Das Pilotprojekt läuft nocht noch bis 2012.

# Tirol

Kindereinrichtungen

## Erfolgreicher Bildungsplan

**INNSBRUCK**
Der bundesländerübergreifende Bildungsplan für Kinderbetreuungseinrichtungen wurde in Tirol erfolgreich umgesetzt. Die aus dem Bildungsplan entwickelten Fortbildungsprogramme der Bildungsabteilung des Landes für Mitarbeiter von Kindergärten wurden von Tirols Pädagogen mit rund 5000 Anmeldungen zu 150 Veranstaltungen sehr gut angenommen. Auch dieses Jahr gibt es wieder ein großes Weiterbildungsangebot, wie Qualitätsentwicklung in der Praxis, Improvisationsarbeit und Konfliktlösung sowie Workshops für Leiterinnen.

Gemeindekooperationen

## Gemeinsame Projekte fördern

**KUNDL & BREITENBACH**
Das Land hat beschlossen, dass Gemeinden, die sich auf interkommunale Zusammenarbeit stützen, eine Zuwendung in der Höhe von insgesamt 8,3 Millionen Euro erhalten. Die ersten Begünstigten dieser Finanzspritze sind Kundl und Breitenbach, die 135.000 für das 900.000 Euro teure gemeinsame Wertstoffsammelzentrum bekommen. Schwendau, Hippach und Ramsau errichten gemeinsam ein Sportzentrum und erhalten 43.000 Euro. Unterstützt wird auch die Errichtung eines Salzsilos der Gemeinden Mils und Schönwies.

Bergsteiger auf dem Gipfel des Großvenedigers.

Bürgermeister wollen Interessensgemeinschaft gründen

## Den Nationalpark stärken

**MATREI**
Um den Tourismus im Nationalpark Hohe Tauern zu stärken, wollen die 35 Gemeinden im Nationalpark eine Interessensgemeinschaft gründen. „Die Österreichwerbung und die Drei-Länder-Werbung sollen mehr in die Vermarktung einbezogen werden“, sagt der Bürgermeister von Matrei, Andreas Köll, laut „Tiroler Tageszeitung“. Bei einem Symposium im Herbst soll über die Möglichkeit einer Harmonisierung der Schutzbestimmungen gesprochen werden. Außerdem wird ein einheitliches Besucherleitsystem gefordert.

# Vorarlberg

Weiterbildung

## Hoher Stellenwert in Gemeinden

**SCHLOSS HOFEN**
Die berufliche Qualifikation spielt in der öffentlichen Verwaltung eine ebenso wichtige Rolle wie in der privaten Wirtschaft. Daher nimmt Weiterbildung auch im Landes- und Gemeindedienst einen hohen Stellenwert ein, betonen Landeshauptmann Herbert Sausgruber und Bürgermeister Wilfried Berchtold, Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes. Als gemeinsame Plattform hat die Verwaltungsakademie Vorarlberg kürzlich ihr neues Bildungsprogramm für die Herbst- und Wintermonate präsentiert.
Mehr im Internet unter **www.schlosshofen.at**

Kursprogramm für die Umweltverbände

## Erfahrungen nutzen, Infos erhalten

**BREGENZ**
Mit Unterstützung des Landes Vorarlberg, des Bundes und der EU bietet der Umweltverband heuer ein interessantes Kursprogramm für politisch Verantwortliche sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vorarlberger Gemeinden.
Inhalte der Kurse von September bis November sind u. a. der Umgang mit Problemstoffen.
Alle Kurse sind für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie politische Mandatarinnen und Mandatare der Vorarlberger Gemeinden kostenlos. Um schriftliche Anmeldung wird gebeten.
**www.umweltverband.at**

Die Kurse über den Umgang mit Problemstoffen sind für Mitarbeiter der Gemeinden kostenlos.

Tourismus

## Geringe Einbußen im Juni

**BREGENZ**
Auf Grund einer Nachmeldung einer Gemeinde an die Landesstelle für Statistik müssen die Zahlen für den Juni nach oben korrigiert werden. Die Zahl der Nächtigungen ist von 413.500 auf insgesamt 425.310 gestiegen.
Im Monat Juni meldeten die Vorarlberger Tourismusbetriebe in Summe 129.700 Ankünfte und 425.310 Nächtigungen. Verglichen mit dem Juni des Vorjahres sind dies 0,3 Prozent (bisher 1,4 Prozent) weniger Ankünfte und drei Prozent (bisher 5,7 Prozent) weniger Nächtigungen.

## Personalia Steiermark

25 Jahre Arbeit für die Gemeinden

# „Mister Finanzausgleich“ Dietmar Pilz in Pension

**GRAZ**
Mit 31. Mai 2010 hat Prof. Dietmar Pilz (Jahrgang 1944) nach über 34 Dienstjahren im Steiermärkischen Gemeindebund durch Pensionierung sein aktives Berufsleben beendet.
Gymnasium und Matura absolvierte er in Graz, wo er seinen beruflichen Werdegang beim Finanzamt Graz-Stadt begann. 1974 wurde er zum gerichtlich beeideten Sachverständigen für das Buch- und Rechnungswesen bestellt.
Im Jänner 1976 trat er seinen Dienst als Leiter der Finanzabteilung im Steiermärkischen Gemeindebund an.

Prof. Dietmar Pilz

Und war seither ein gefragter und geschätzter Berater der steirischen (und auch aller österrichischen) Gemeinden in allen Bereichen des Finanz- und Steuerrechts, war Vortragender an der Gemeindeverwaltungsschule und Vertreter des Gemeindebundes in zahlreichen Gremien des Landes.
Seit Herbst 1995 war Dietmar Pilz auch Landesgeschäftsführer-Stellvertreter des Steiermärkischen Gemeindebundes.
Durch sein Fachwissen und sein großes Engagement konnte er sich eine breite Anerkennung über die Grenzen Österreichs hinaus erwerben. Seit vielen Jahren ist er Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes, seine Beiträge, Berechnungen und Überlegungen rund um Finanzthemen sind gefragt und seine Meinung hat stets besonderes Gewicht. KOMMUNAL-Leser kennen Dietmar Pilz durch seine zahlreichen Beiträge. In allen Finanzausgleichsverhandlungen der letzten zwei Jahrzehnte vertrat er die Interessen der österreichischen Gemeinden mit spürbaren positiven Ergebnissen und Erfolgen für die kommunale Ebene und berichtete in KOMMUNAL darüber.
Sein umfangreiches Wissen und seine Tätigkeit äußern sich außerdem in vielen Publikationen und Artikeln von Fachzeitungen im In- und Ausland.
In Würdigung seiner Verdienste in über 25 Jahren Arbeit für die österreichischen Gemeinden wurde ihm im Jahre 2004 der Titel „Professor“ verliehen.
Der „Privatmensch“ Dietmar Pilz schöpfte seine Kraft vor allem aus seiner Familie, seine Söhne und Enkelkinder sind sein ganzer Stolz. Wandern und Lesen sind ebenso seine Hobbys wie die Beschäftigung mit Kunst, Kultur und Reisen.
Der Steiermärkische Gemeindebund dankt Prof. Dietmar Pilz für sein Jahrzehnte langes positives Wirken zum Wohle der Gemeinden, für die gute Zusammenarbeit und die persönliche Verbundenheit. KOMMUNAL wünscht für den neuen Lebensabschnitt unseres Prof. Dietmar Pilz alles Gute.

## Personalia Niederösterreich

# 25 Jahre Bürgermeister Fritz Knotzer

Am 3. Juli 1985 wurde Fritz Knotzer (Mitte) zum Bürgermeister von Traiskirchen angelobt. Stadtrat Hannes Herbst, Gattin Elisabeth Knotzer, die Stadträte Andreas Babler und Helmuth Hlavacek sowie Vizebgm. LAbg. Franz Gartner gratulieren zum 25-jährigen Jubiläum.

## Personalia Salzburg

Foto: LPB Franz Neumayr

GR Peter Harlander Medaille für Verdienste um die Gemeinde und silberner Ehrenring der Gemeinde, LHF Gabi Burgstaller, Elisabeth Schlager fünf Jahre Obfrau Elternverein Urkunde Dank und Anerkennung, GR Walter Kaiser Medaille für Verdienste um die Gemeinde und goldener Ehrenring der Gemeinde, Bgm. Anton Kaufmann.

Für verdienstvollen Einsatz für die Gemeinde

# Burgstaller zeichnete zwei verdiente Gollinger aus

**GOLLING**
Die Salzburger Medaille für Verdienste um die Gemeinde erhielten Ende Juli die beiden früheren Gollinger Gemeinderäte Peter Harlander und Ing. Walter Kaiser. Landeshauptfrau Gabi Burgstaller überreichte den verdienten Gemeindevertretern die Medaillen und bedankte sich bei den beiden sowie auch bei der früheren Obfrau des Elternvereines, Elisabeth Schlager, für deren jahrelangen, besonders engagierten Einsatz für die Gemeinde Golling.

Die Jubilare des Gemeindebundes 2010: Gemeindebund-General Robert Hink, Bgm. Peter Oberlehner (OÖ), Bgm. Günter Fankhauser (Tirol), Bgm. Otto Weinberger (OÖ), Martin Huber (LGF Salzburg), Bgm. Wolfgang Eder (Sbg.) Matthias Heinschink (Burgenland), Bgm. Karl Wilfing (NÖ), Franz Ninaus (Stmk. Ehrenmitglied des Gemeindebundes) und Gemeindebund-Präsident Bgm. Helkmut Mödlhammer.

## Gemeindebund feierte Geburtstage von Funktionären

# Respekt und Anerkennung ...

Einmal jährlich lädt der Gemeindebund jene Funktionäre und Freunde ein, die im jeweiligen Jahr einen runden oder halbrunden Geburtstag feiern. Ort des Geschehens war heuer die Wein- und Stiftsstadt Klosterneuburg vor den Toren Wiens, Gastgeber einer der jüngsten Bürgermeister Österreichs, Stephan Schmuckenschlager.

„Es ist inzwischen zu einer guten und schönen Tradition geworden, dass wir die runden und halbrunden Geburtstag unserer Freunde und Mitstreiter gemeinsam feiern“, sagte Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer im Weingut Zimmermann, das wunderschön auf einem Hügel über Klosterneuburg liegt. „Es ist bei weitem keine Selbstverständlichkeit, dass sich Menschen neben ihren kommunalen Aufgaben zusätzlich noch im Gemeindebund oder einem Landesverband engagieren. Es ist angemessen und schön, mit ihnen gemeinsam Geburtstag zu feiern und ihnen dabei auch den Respekt und die Anerkennung zu zollen, die sie verdienen.“

Der „Junior“ dieses Jahres war der Direktor des Salzburger Landesverbandes, Dr. Martin Huber, der 2010 seinen 45er feierte.

In den Klub der 50er tritt 2010 der Pöttinger Bürgermeister und Vizepräsident des OÖ Gemeindebundes, Peter Oberlehner, ein.

> Wir arbeiten nicht nur zusammen, wir sind in der Regel auch freundschaftlich verbunden. Das gibt uns Kraft und macht uns stark.
>
> Bgm. Helmut Mödlhammer

Ebenfalls seinen 50er feiern bzw. feierten 2010 die Bürgermeister von Poysdorf (NÖ), Karl Wilfing, und von Sölden (T), Ernst Schöpf, Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes.

Der Vizepräsident von Schöpf, der Bürgermeister von Mayrhofen im Zillertal, Günter Fankhauser, feiert seinen 55. Geburtstag, langjähriger Vizepräsident des Tiroler Verbandes. Ebenfalls 55 Jahre wird einer der beiden Direktoren des Vorarlberger Gemeindeverbandes, Peter Jäger.

Altersmäßig einen Schritt weiter sind da schon der Direktor des burgenländischen Verbandes, Matthias Heinschink, und der Bürgermeister der Gemeinde Mauterndorf im Lungau, Wolfgang Eder. Beide feiern 2010 ihren 60er.

Seinen 70er beging der Bürgermeister von Schlüsslberg, Otto Weinberger.

30 Jahre stand Franz Ninaus an der Spitze seiner Heimatgemeinde St. Stefan ob Stainz in der Steiermark. Er feiert 2010 seinen 75. Geburtstag und wurde in Anerkennung seiner Verdienste zum Ehrenmitglied des Gemeindebundes ernannt.

Abschließend würdigte Gemeindebund-Chef Mödlhammer alle Jubilare noch einmal und überreichte jeweils ein kleines Geschenk. „Die Kraft des Gemeindebundes liegt nicht zuletzt auch darin, dass wir sehr familiäre Strukturen haben. Wir arbeiten nicht nur zusammen, wir sind in der Regel auch freundschaftlich verbunden. Das gibt uns Kraft und macht uns stark.“

Mödlhammer bedankte sich auch bei seinem General Robert Hink, der diesen Brauch der gemeinsamen Feier vor einigen Jahren initiiert hatte.

Mehr auf
**www.gemeindebund.at**

## KOMMUNAL International

Jon Gnarr macht seinem Ruf alle Ehre

### Bürgermeister mit falschem Busen

**REYKJAVIK**
Der neue Bürgermeister von Islands Hauptstadt Reykjavik, Jon Gnarr, hat mit einem launigen Auftritt ein Homosexuellen-Festival in der Stadt eröffnet. Bei der Feier erschien Gnarr mit blonder Perücke, die Lippen knallrot geschminkt und einem üppigen falschen Busen unter dem Oberteil auf die Bühne und verkündete, dass der „Bürgermeister leider nicht persönlich kommen konnte“, wie die Veranstalter am Freitag mitteilten. Bei seinen Landsleuten dürfte der 43-Jährige damit kaum für Verwunderung gesorgt haben – Gnarr ist einer der bekanntesten Komiker des kleinen Inselstaates.

Jon Gnarr, Bürgermeister von Reykjavik.

Ein Israeli ist der „beste Bürgermeister der Welt“

### Die Stadt neu erfunden und die Infrastruktur angekurbelt

**LONDON/HALON (Israel)**
Motti Sasson (63), Bürgermeister von Halon nahe Tel Aviv, wurde vom britischen Magazin „Monocle“ zu einem der zehn besten Bürgermeister der Welt gewählt. „Der 63-jährige Workaholic hat fünf neue Museen nach Holon gebracht, einschließlich von Ron Arads bahnbrechenden 24-Millionen-Euro-Design-Museum“, begründet Monocle seine Wahl. Dabei habe Sasson einen Zustrom von jungen Leuten erzeugt und aus dem Nichts ein besonderes urbanes Markenzeichen geschaffen.
Sasson, der seit 17 Jahren Bürgermeister ist, sei ein Beispiel dafür, dass der „richtige Bürgermeister eine Stadt neu erfinden und verjüngen, die Infrastruktur ankurbeln“ kann.
Die weiteren Auserwählten sind die Stadtchefs von Stockholm, Amsterdam, Houston, Phoenix und Madrid.

Motti Sasson

## Personalia Oberösterreich

Doyen der österreichischen Kommunalwissenschaft geehrt

### Auszeichnung für Prof. Hans Neuhofer

Dem langjährigen Direktor des OÖ Gemeindebundes Hans Neuhofer wurde die Ehrenmitgliedschaft in der Europäischen Fakultät für Bodenordnung zuerkannt. Neuhofer war viele Jahre Mitglied des Vorstandes der Europäischen Fakultät für Bodenordnung, Referent bei vielen Symposien, Organisator der Symposien in Salzburg (1999) und in Linz (2007) sowie Herausgeber des Tagungsbandes „Aktuelle Probleme der Stadt- und Landplanung“. Dass sich die Europäische Fakultät für Bodenordnung „auf gutem Weg zur Erneuerung befindet, ist maßgeblich und weitgehend das Verdienst“ von Neuhofer, so die Begründung.

Prof. Dr. Hans Neuhofer 2009 bei der Gemeindebund-Feiern zu den runden Geburtstagen, links Helmut Mödlhammer, dahinter General Robert Hink.

## Personalia

Für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt

### Robert Gruber bleibt bis 2012 Präsident des VÖEB

Der Präsident des Verbandes Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VÖEB), Dr. Robert Gruber, wurde für weitere zwei Jahre in seiner Funktion bestätigt; er ist Geschäftsführer der AVE Österreich mit Sitz in Hörsching/Linz. Da die heimische Entsorgungswirtschaft von der Wirtschaftskrise stark getroffen wurde, will sich Gruber in seiner zweiten Funktionsperiode intensiv dem Abbau von finanziellen Belastungen der Betriebe durch ausufernde Bürokratie widmen. Weiters fordert der VÖEB vom Gesetzgeber die Anerkennung der bereits vor Jahren eingeführten freiwilligen Qualitätsverpflichtung EFB – Entsorgungsfachbetrieb.

VÖEB-Präsident Robert Gruber

Wir realisieren Gewerbe- und Industrieobjekte nach Ihrem individuellen Bedarf. Sie mieten das fertige Objekt. P+M. Innovative Lösungen fur Expansion UND Liquidität!
www.pm-holding.at
INNOVATION IST UNSER ANSPRUCH

EVONIK / Schörfling, Eröffnung 17.06.2010
P+M PROJEKT-ENTWICKLUNG UND MANAGEMENT HOLDING GMBH

## Termine

Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband

### Schulung für Kanalisationsmitarbeiter

Kanäle und Anlagen zur Regenwasserbehandlung stellen nicht unbeträchtliche Vermögenswerte dar. Ein ordnungsgemäßer Betrieb dieser Anlagen durch fachkundiges Betriebspersonal ist sowohl aus rechtlichen als auch aus wirtschaftlichen Gründen unabdingbar. Damit rückt die Frage nach der Qualifikation und der Ausbildung dieses Personals in den Vordergrund.
Von 20. bis 24. September 2010 findet daher in Wien der „27. Grundkurs für das Betriebspersonal von Kanalisationsanlagen“ statt. Veranstalter ist der Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV). Die Kursteilnehmer sollen lernen, wie man den Betrieb ordnungsgemäß aufrecht erhält.
Infos: 01/535 57 20-82 oder E-Mail: **seebacher@oewav.at**
Web: **www.oewav.at**

Oberösterreichische Akademie für Umwelt und Natur

### Tagung zur EU-Hochwasserrichtlinie

Die EU-Hochwasserrichtlinie, deren Ziel die Bewertung und das Management von Hochwasserrisken ist, wird mit der Novellierung des Wasserrechtsgesetzes in nationales Recht umgesetzt. Eine Tagung am 18. Oktober in Linz vermittelt die fachlichen und rechtlichen Inhalte dieser Novelle.
Neu ist etwa die Berücksichtigung seltener Hochwässer und deren Schadensauswirkungen. Vertreter des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft berichten über die Details. Anmeldung bis 4. Oktober bei Oö. Akademie für Umwelt und Natur
E-Mail: **uak.post@ooe.gv.at**
**www.umweltakademie.at**

Baumschulsiedlung in Walding beim Hochwasser 2002 (Quelle: Marktgemeinde Walding)

## Handbuch

Informations- und Nachschlagewerk für Gemeinden

### Naturgefahren-Management

Dr. Rudolf-Miklau ist Experte für alpine Naturgefahren und Mitarbeiter des dafür zuständigen Lebensministeriums in Wien. Sein umfangreiches Fachwissen hat er in dem Buch „Naturgefahrenmanagement in Österreich“ niedergeschrieben. Die Fakten und Informationen des Buches bieten dem Leser einen Leitfaden für eine aktive Partizipation am Naturgefahrenmanagement. Ungeachtet ob er willentlich vorsorgt, unfreiwillig betroffen ist oder einfach Bescheid wissen will. Dieses Handbuch ist ein Informations- und Nachschlagewerk für Gemeinden, Entscheidungsträger und Bürger. „Naturgefahren-Management in Österreich“ kann telefonisch, per Fax, via E-Mail oder im Webshop von LexisNexis bestellt werden. 48 Euro
(ISBN 978-3-7007-4109-1,
Tel.: 01/534 52-5555
Fax: 01/534 52-141
E-Mail: **bestellung@lexisnexis.at**
Web: **www.lexisnexis.at**

## Seminar

Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband

### Ingenieurbiologische Bauweisen an Fließgewässern

Der ÖWAV (Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband) veranstaltet in Kooperation mit der Universität für Bodenkultur Wien am 30. September 2010 (Exkursion am 1. Oktober 2010) in Wien ein Seminar zum Thema „Ingenieurbiologische Herausforderungen – Die Anwendungen von Gehölzstrukturen im Wasserbau“.
Die Frage, ob Gehölze auch zur Sicherung von Hochwasserschutzdämmen oder -deichen beitragen, wird widersprüchlich diskutiert.
Info: **www.oewav.at**

Hilfestellung für die fachkundige Planung und Erstellung eines Leitungskatasters

# Neues ÖWAV-Regelblatt „Leitungsinformationssystem“

Der Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV) hat in Kooperation mit der ÖVGW das ÖWAV-Regelblatt 40 „Leitungsinformationssystem Wasser und Abwasser – Digitaler Leitungskataster“ erstellt.
Bei Kanalisation, Kläranlagen und Trinkwasserversorgung wurden in Österreich sehr hohe Anschlussgrade erreicht. Ab nun geht es vorrangig darum, diese Anlagen und ihren Wert zu erhalten und sie ökonomisch zu bewirtschaften. Dabei hilft ein digitaler Leitungskataster, in dem aussagekräftige und möglichst aktuelle Informationen festgehalten werden. Wo liegen die Kanäle und Leitungen, welche Dimensionen haben sie, in welchem Zustand befinden sie sich?
Diese Daten helfen bei der langfristigen Planung und bei der Instandhaltung des Leitungssystems.
Der Bund und die Länder Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark fördern die Erstellung eines LIS.

Das ÖWAV-Regelblatt 40.

### Information

Bezug des ÖWAV-Regelblattes 40:
ÖWAV, Frau Cerny
Tel.: 01/535 57 20-73
Fax: 01/535 40 64
E-Mail: **cerny@oewav.at**
**www.oewav.at**

Leserbrief

# Nein, Sinn „macht“ das nicht!

An Grundsatzfragen rührte eine Zuschrift, die die KOMMUNAL-Redaktion kürzlich erhalten hat: Leser Christian Hlavac (1190 Wien) schrieb: *Über den Sinn einer Managerpflicht (Ausgabe 6/2010, Seite 92/93) lässt sich inhaltlich streiten. Ungeachtet dessen ersuche ich Sie dem Denglisch (Genglisch) als Schriftsprache nicht weiter zu verfallen. „Sinn“ kann eine Sache „haben“, wir können einer Sache einen Sinn „geben“, wir können jedoch nicht Sinn „erzeugen“ oder „machen“ … Auch wenn die englische Redewendung „That makes sense“ in ihrer falschen Übersetzung in Österreich in den letzten Jahren überall Einzug hält, habe ich eine Bitte an Sie: Machen Sie bei diesem Unsinn im wahrsten Sinne des Wortes nicht mit.“*

Die Redaktion dankt dem aufmerksamen Leser, der uns auf eine tatsächlich um sich greifende Unsitte aufmerksam gemacht hat.
Es geht dabei nicht um Lehnwörter, die schon lange aus dem Englischen übernommen wurden – wie Baby, Airline oder Teenager. Man kann auch diskutieren, ob es nötig ist Anglizismen wie Ticket (Fahrkarte bzw. Strafzettel), Task (Aufgabe), Provider (Anbieter) oder Fake (Fälschung) zu verwenden. Oder ob man als Manager besonders hip (modern) ist, wenn man mit Worten wie Assets (Vermögensstand), Brand (Marke) oder CEO (Geschäftsführer) um sich wirft.
Nein, es geht einerseits um die um sich greifende Angewohnheit, deutsche und englische Wortbestandteile zu einem holprigen Neusprech zusammen zu führen. Da werden dann Flüge gecancelt, Dateien downgeloadet und Bars spacig durchdesignt. Bei solchen Wortschöpfungen ist der englische Stamm des Wortes auch für des Englischen Kundige oft gar nicht auf den ersten Blick erkennbar, was zu peinlichen Situationen führen kann. So wollte etwa eine Modemarke kleine Rucksäcke unter dem Begriff „Bodybags“ auf den Markt bringen; offenbar ohne zu wissen, dass das Wort im Englischen „Leichensäcke“ bedeutet.
Andererseits geht es um die Unsitte, englische Redewendungen wörtlich ins Deutsche zu übernehmen. Ob man Sinn „machen“ kann, ist eine Frage, die in die Existenzanalyse hineinspielt und über die man wohl trefflich mit dem berühmten Psychotherapeuten Viktor Frankl hätte diskutieren können. Aber dessen ungeachtet „haben“ Dinge im Deutschen einen Sinn – oder eben nicht. Derartige „Denglische“ Wort- und Satzkonstruktionen finden sich immer wieder in Beiträgen unserer Fachautoren. Die Redaktion steht dann regelmäßig vor der Frage, wie sehr in Texte eingegriffen werden soll und wie viel man verändern kann, ohne den Sinn zu verändern.
Im konkreten Fall können wir uns aber nicht auf den Autor ausreden; die kritisierte Überschrift wurde von der Redaktion verfasst.
Wir geloben Besserung!

Oö. Umweltkongress zum Thema Klimawende von 27. bis 29. September in Bad Ischl

# Wie Gemeinden die Klimawende schaffen

Der Klimawandel passiert. Schmelzende Gletscher, zunehmende Wetterextreme und Hitzewellen lassen sich nicht wegdiskutieren. Es braucht also baldmöglichst Veränderungen, um „die Kurve noch zu kratzen.“ Spannende Vorträge zu globalen, regionalen und technologischen Aspekten der Klimawende sind beim Oö. Umweltkongress der Oö. Akademie für Umwelt und Natur von 27. bis 29. September in Bad Ischl zu erwarten. Was die regionale Umsetzung betrifft, kommen Gemeinden und Gemeindenetzwerke zu Wort.

Unsere Zukunft beginnt heute mit nachhaltigen Lösungen.

## Voneinander lernen und Synergien nutzen

Die Gemeinde Munderfing zeigt ihr Programm für die Versorgung mit 100 Prozent erneuerbarer Energie in 30 Jahren. Aus dem Allgäu reist Arno Zengerle, Bürgermeister von Wildpoldsried, an. Er stellt das bereits mehrfach ausgezeichnete Klimaschutzmodell seiner Gemeinde vor. Die Klimawende gemeinsam schaffen wollen die zwölf Innviertler Gemeinden der Energieregion Sauwald. Beim Umweltkongress spricht Thomas Müller vom Regionalverband Sauwald über das Konzept.

## Mikroben: Energielieferanten der Zukunft

Der Umweltkongress wird auch zeigen, dass bereits vielversprechende Technologien für das Erreichen der Klimawende am Start sind. Erstmals vor größerem Publikum stellt Dr. Alexander Krajete sein Projekt Greentech vor. Das Geheimnis dieser weltweit einzigartigen Technologie sind Mikroben, die Kohlendioxid in Methan umwandeln.
Die Auswirkungen des Klimawandels aus globaler und österreichischer Sicht zeigt Dr. Herbert Formayer von der Universität für Bodenkultur.

## Information & Anmeldung

Oö. Akademie für Umwelt und Natur
Kärntner Straße 10–12
4021 Linz
Tel.: 0732-7720-14402
Mail: **uak.post@ooe.gv.at**
**www.umweltakademie.at**

E.E.

Credit: Olympiaworld

Die ÖISS-Sportstätteninformationsreise führt unter anderem nach Innsbruck zu den Sportstätten der Olympia Sport- und Veranstaltungszentrum Innsbruck GmbH.

Neues aus dem Schul- und Sportstättenbau

# Das ÖISS informiert

Immer am Puls der Zeit mit den Informationen des Österreichischen Instituts für Schul- und Sportstättenbau. Die kommende Ausgabe der „Schul & Sportstätte“ berichtet unter anderem über das Sportzentrum Salzburg Mitte und das Thema „Schulbau in Bewegung“.

## ÖISS-Sportstätteninformationsreise 2010

Informationen nicht nur aus erster Hand, sondern auch direkt vor Ort, das bietet die ÖISS-Sportstätteninformationsreise. Vom 28. September bis 1. Oktober 2010 veranstaltet das ÖISS für interessierte Planer und Betreiber von Sportstätten eine Informationsreise zu ausgewählten Projekten in der Schweiz und Österreich. Das Spektrum der Besichtigungen erstreckt sich dabei von kleinen adaptierten Anlagen wie dem Sport Park Lech bis zu den Eurostadien in Zürich und Bern.
Die Reise führt von Innsbruck nach Lech am Arlberg, St. Gallen, Zürich, Bern und Dornbirn und wieder zurück nach Innsbruck. Dabei werden an vier Tagen elf Besichtigungen stattfinden!
Nähere Informationen über die Kosten und Anmeldung für die Informationsreise erhalten Sie unter **www.oeiss.org**

## Aktuelle Richtlinien des ÖISS

Mit den ÖISS-Guides Futsal, Radball und Tchoukball wurde die Anzahl der Informationsblätter auf 48 Sportarten erweitert. Die ÖISS-Guides geben Ihnen kurz zusammengefasst alle Informationen, die Sie benötigen um eine Sportstätte für eine bestimmte Sportart zu planen. Alle Richtlinien des ÖISS können Sie unter www.oeiss.org bestellen.

## Spielraumsymposium 2010

Das Schwerpunktthema der diesjährigen Tagung, die am 14. und 15. Oktober in Dornbirn stattfindet und bei der das ÖISS als Partner fungiert, widmet sich den „grenzüberschreitenden“ Fragen in der Spiel- und Freiraumplanung.
Dass Spielen sich idealerweise über den klassischen Spielplatz hinweg, also auch in der Natur, auf öffentlichen Plätzen, in der Schule oder am Wasser abspielt, ist allgemein bekannt, in Vorarlberg auch Ziel einer landesweiten Spiel- und Freiraumoffensive.
Die Grenzen zwischen Jung und Alt werden bei der Planung bewusst aufgebrochen. Die Mehrfachnutzung von Freiräumen, die Partizipation aller Nutzergruppen bei der Planung und kreative Methoden in der Umsetzung sind weitere Themen der Tagung. Nähere Informationen zu dieser Veranstaltung finden Sie unter **www.ifau.at**

## IMAGINE! Exploring radical visions for tomorrow’s schools

Vom 20. bis 22.September 2010 findet in Wien eine OECD-Konferenz unter dem Titel „IMAGINE! Exploring radical visions for tomorrow’s schools ... and how to make them work“ statt. Im Mittelpunkt der Konferenz stehen zwei Szenarien („Schulen ohne Wände“ und „Eine Welt ohne Schulen“), zu denen Experten aus mehreren Ländern (unter anderem England, Australien, Dänemark, Schweden und Deutschland) ihre Ideen und Erfahrungen in Vorträgen und Podiumsdiskussionen vorstellen werden. Weitere Informationen zur Konferenz finden Sie unter **www.gbl.tuwien.ac.at/imagine2010**

**SSP-Schwerpunkte 3/2010**

In der März-Ausgabe von „Schule & Sportstätte“ berichten wir weiters über

- Schulbau in Bewegung,
- zehn Jahre Arbeitskreis Schulfreiräume,
- das Sportzentrum Salzburg-Mitte und
- darüber wie viel Sport die ÖsterreicherInnen wirklich und warum betreiben

## WINTERDIENST

### Vorschau auf Ausgabe 10/2010 (Okt):

Winterdienst: Eine Hauptaufgabe aller Kommunen

# Gemeinden sorgen für Sicherheit auf den Wegen

Der Winterdienst kommt bestimmt. Auch wenn es ein wenig abgedroschen ist, er wird kommen. Dann läuft wieder alles und schaut, ob die Gehsteige frei sind, in Gesetzbüchern wird geblättert, wer denn was zu kehren hat und so weiter. In den Gemeinden werden wieder alle Alarmglocken schrillen, wenn sich auf altersschwachen Dächern der Schnee meterhoch türmt. Die Feuerwehr muss ausrücken und hochgebirgsmäßig gesichert die weiße Last von den Dächern schaufeln. Aber ab wann wird eigentlich das Gewicht des Schnees zur Bedrohung? Und wie könnte man sich versichern? KOMMUNAL versucht sich an ein paar Antworten.

## VERKEHRSSICHERHEIT

### Damit auf den Straßen alles geordnet abläuft

Verkehrssicherheit ist weit mehr als ein paar Verkehrszeichen aufzustellen oder Straßenlaternen richtig zu bestücken und zu platzieren. Verkehrssicherheit ist auch, Schutzwege richtig zu planen und anzulegen oder Kreuzungen im richtigen Winkel zu bauen, damit keine Fallen daraus werden. Verkehrssicherheit ist auch Baustellensicherheit und – ganz wichtig – die Überwachung der Disziplin der Autofahrer. Sprich Radarüberwachung. KOMMUNAL zeigt auf, wer bei diesem komplexen Thema was zu tun hat.

## KONTAKT

### So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Fax: 01/532 23 77
Web: **www.kommunal.at**

Mag. Sabine Brüggemann
Tel.: 01/532 23 88 – 12
**sabine.brueggemann@kommunal.at**
Mag. Alexander Palaschke
Tel.: 01/532 23 88 – 14
**alexander.palaschke@kommunal.at**

## In dieser Ausgabe:

### Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand


- Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft 50
- Bundesministerium für Finanzen 54
- Bundesministerium für Inneres 49
- CETRATrading GmbH 82
- CityChannel Werbevertrieb GmbH 78
- FEEI Management-Service GmbH 69
- Österreichischer Verband für für Wasser- und Abfallwirtschaft GmbH 107
- Kasper Technologie Ltd 83
- KEBA Zentrale 68
- Klima- und Energiefonds 52
- KOMMUNALKREDIT Austria AG 79
- Microsoft Österreich GmbH 56
- MORAVIA Verkehrssicherung GmbH 77
- ODM OBJECTDESIGN MOSBACH GmbH 69
- ÖISS – Österreichisches Institut f. Schul- und Sportstättenbau 109
- OMV Gas GmbH 70
- OÖ Akademie für Umwelt und Natur 108
- Österreichische Post AG 76
- Österreichische Vereinigung des Gas- und Wasserfaches 70
- Personal & Informatik GmbH 60
- RIS GmbH Internet-Lösungen und Dienstleistungen 90
- Steinbauer Development GmbH 77
- WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG 71


### Vorschau auf Ausgabe 9/10 (Sept.):

## 57. ÖSTERREICHISCHER GEMEINDETAG & KOMMUNALMESSE 2010

- **Mehr als 2000 Verteter der Gemeinden beim größten kommunalpolitische Event Österreichs**

Der 57. Österreichische Gemeindetag in der Grazer Stadthalle und die KOMMUNALMESSE 2010 wird in Zeiten der Wirtschaftskrise vor allem wieder eines: Eine Demonstration der Geschlossenheit. Mehr als 2000 Delegierte aus allen Gemeinden Österreichs treffen nicht nur auf die Spitzen der österreichischen Politik wie Bundespräsident Heinz Fischer und Vizekanzler Josef Pröll. Sie treffen auch auf mehr als 100 Firmen und Unternehmen der Kommunalwirtschaft, die auf der KOMMUNALMESSE 2010 ihre Neuheiten und Produkte vorstellen und den direkten Kontakt zu den Mandataren suchen.
KOMMUNAL als offizielles Organ des Gemeindebundes und offizielle Messezeitung begleitet Gemeindetag und Messe mit Sonderausgaben und ausführlichen Berichten von den Ereignissen. Die Ausgabe nach dem Gemeindetag und der KOMMUNALMESSE gehört mit zu den Ausgaben, die von den kommunalen Mandataren Österreichs am aufmerksamsten gelesen wird.

# Arbeitsschutzgesetz verpflichtet

## Wiederholungsprüfung von Erdungs- und Kurzschließvorrichtungen

**Jeder Unternehmer trägt für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz in seinem Unternehmen die Gesamtverantwortung. So ist er entsprechend dem Arbeitsschutzgesetz verpflichtet darauf zu achten, dass beim Arbeiten an elektrischen Anlagen alle notwendigen Schutzmaßnahmen getroffen und eingehalten werden.**

Deshalb werden bei Arbeiten an elektrischen Anlagen und Betriebsmitteln die betreffenden Anlagenteile spannungsfrei geschaltet. Doch die simple Betätigung eines Schalters zur Freischaltung reicht bei weitem nicht aus. Von der Freischaltung einer Anlage bis zur Freigabe der Arbeitsstelle bedarf es weiterer sicherer Informationen zum Zustand der Anlage, Maßnahmen zur Vermeidung von Fehlbetätigungen und -funktionen, Schutz bei dennoch stattgefundenen Fehlbetätigungen und -funktionen sowie Schutz vor den Gefahrenpotentialen benachbarter Anlagenteile. Dazu wurden die fünf Sicherheitsregeln formuliert:

⇒ Freischalten

⇒ Gegen Wiedereinschalten sichern

⇒ Spannungsfreiheit feststellen

⇒ **Erden und Kurzschließen**

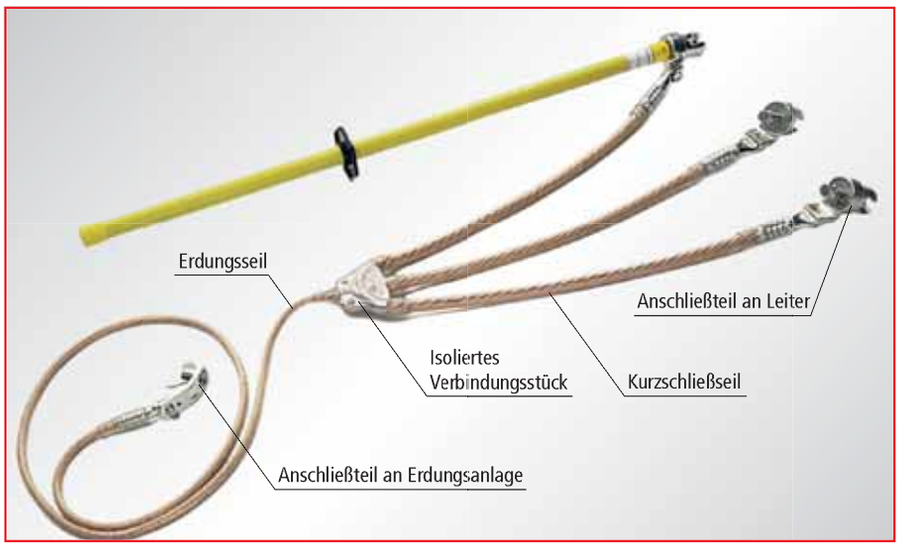
⇒ Benachbarte und unter Spannung stehende Teile abdecken oder abschranken.

Jeder Elektrofachkraft sind diese Regeln als ihre Lebensversicherung wohl bekannt. Doch wie steht es um die Sicherheit und Verlässlichkeit der Geräte und Hilfsmittel mit denen sie ihre lebenswichtigen Informationen gewinnen oder Arbeitsabläufe absichern müssen? Jede Maßnahme ist nur so sicher wie die benutzten Sicherheitsgeräte.

*Erdungs- und Kurzschließvorrichtung mit Mängeln, Kurzschließseil mit fortgeschrittener Schwarzverfärbung*

**Bei Erdungs- und Kurzschließvorrichtungen mit Mängeln, die eine Gefahr für Personen zur Folge haben können, sind entsprechend dem Arbeitsschutzgesetz und der Betriebssicherheitsverordnung Maßnahmen zur Beseitigung der Mängel zu treffen.**

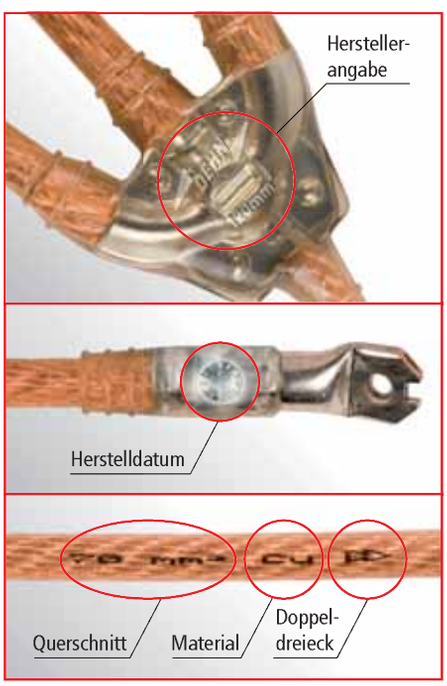
Bei Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten nach der Methode Arbeiten im spannungsfreien Betriebszustand muss sich der Monteur auf seine Erdungs- und Kurzschließvorrichtung verlassen können. Sie schützt ihn vor schwerwiegenden Gesundheitsschäden (tödliche Körperdurchströmung oder Verbrennungen durch Störlichtbögen) beim irrtümlichen Wiedereinschalten oder bei Beeinflussungsspannungen und atmosphärischen Überspannungen während der Arbeiten.




*Erdungs- und Kurzschließvorrichtung nach EN 61230, neue Garnitur mit Kugelkopfhaube und Erdungsstange*

Nach den aktuellen Rechtsvorschriften muss der Unternehmer für Arbeiten an elektrischen Anlagen und Betriebsmittel eine Risikoabschätzung durchführen. Auf Basis dieser Risikobetrachtung sind Bedienungsabläufe und Sicherheitsmaßnahmen festzulegen, die Gesundheitsschäden durch elektrische Energie vermeiden sollen.

**Für Erdungs- und Kurzschließvorrichtungen sind nach der Gefährdungsbeurteilung Art, Umfang und Fristen erforderlicher Prüfungen zu ermitteln.**




*Haben Ihre Garnituren diese Kennzeichnungen?*

Ein zentraler Punkt der fünf Sicherheitsregeln ist das Erden und Kurzschließen.

Damit wird der spannungsfreie Zustand der Anlage für die Dauer der Arbeiten gesichert und dies auch bei Beeinflussungsspannungen, atmosphärischen Überspannungen oder irrtümlichem Wiedereinschalten. Doch auch diese Sicherheitsmaßnahme ist nur so gut wie die dazu verwendeten Mittel und deren ordnungsgemäße Anwendung.

**Das heißt, nur die richtige Auswahl der Vorrichtung, der ordnungsgemäße Zustand und die richtige Montage in der Anlage, können den spannungsfreien Zustand sicherstellen. Deshalb sind regelmäßige Schulungen und Unterweisungen der Elektrofachkräfte unerlässlich.**

Sicherheit aus einer Hand, weil Sicherheit unteilbar ist. Qualitätsdenken, Kundennähe und ein breites Serviceprogramm machen DEHN + SÖHNE zum sicheren Partner für den Arbeitsschutz:

⇒ Wir beraten Sie gerne bei der Auswahl der passenden Arbeitsschutzmittel und Geräte.

⇒ Wir bieten praxisbezogene Seminare mit Teilnahmebestätigung zum Arbeitsschutz in elektrischen Anlagen.

**Wir führen für Sie Prüfdienstleistungen aus wie z. B. die Wiederholungsprüfung von Erdungs- und Kurzschließvorrichtungen, aber auch Wiederholungsprüfungen von Spannungsprüfern, Schaltstangen und Sicherungszangen über 1 kV.**

**DEHN AUSTRIA**
**Blitzschutz**
**Überspannungsschutz**
**Arbeitsschutz**
**Infoservice A 413**
**Volkersdorf 8**
**A-4470 Enns**
**Tel.: 07223 80356**
**Fax: 07223 80373**
**www.dehn.at**
**info@dehn.at**

DEHN AUSTRIA

# WAS TUT DIE KOMMUNALKREDIT FÜR ÖSTERREICH?

Infrastruktur ist die Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Aus diesem Grund legt die Kommunalkredit ihren strategischen Fokus auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. **Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung, Anlagen der Wasserwirtschaft** sowie **der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs** sind für die Allgemeinheit unerlässlich. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind bedeutendes Kapital für **Städte und Gemeinden**, damit sie ihre Vorhaben erfolgreich umsetzen können. Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft.

**WASSERKRAFT**
als sauberer Stromlieferant

**NACHHALTIGE ENERGIE**
ohne Umweltbelastung

**MODERNE GESUNDHEITSZENTREN**
für Bürgerinnen und Bürger

**KADERSCHMIEDEN**
für unsere Jugend

**SOZIALE INFRASTRUKTUR**
für eine funktionierende Gesellschaft

**VERKEHRSWEGE**
für rasche und sichere Verbindungen

**ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR**
www.kommunalkredit.at

KOMMUNAL KREDIT